

Die „Freizeitpolitik“ der SED und das Freizeitverhalten der „gewöhnlichen
Bevölkerung“ in der DDR :
Die Konkurrenz eines „furchtsamen politischen Regimes“ mit einer „geschickten
Resonanzgesellschaft“

Dissertation
zur
Erlangung des akademischen Grades
Doctor philosophiae (Dr. phil.)
der Philosophischen Fakultät
der Universität Rostock

vorlegt von
Nobuharu Kawai geb. am 21. März 1976 aus Shizuoka (Japan)

Rostock, 3. September 2010

Gutachter

Prof. Dr. Werner Müller
Historisches Institut
Universität Rostock

Prof. Dr. Kersten Krüger
Historisches Institut
Universität Rostock

Prof. Dr. Michael Ruck
Institut für Geschichte und ihre Didaktik/Institut für Politik und Wirtschaft und ihre Didaktik
Universität Flensburg

Datum der Verteidigung
26.01.2011

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	5
1.1	Ausgangspunkt dieser Forschung	5
1.2	Forschungsstand	9
1.3	Fragestellung	18
1.4	Gliederung und Quellen	19
2.	Die Freizeitidee innerhalb der DDR	23
2.1	Rahmenbedingungen des Diskurses über die sozialistischen Freizeit	25
2.1.1	Voraussetzungen zur sozialistischen Freizeit: Beschränkung der Arbeitszeit, wirtschaftliche Entwicklung und inhaltliche Form	25
2.1.2	Die offizielle Freizeitidee der SED: „Sinnvolle Nutzung“ der Freizeit und Verwirklichung der „sozialistischen Lebensweise“	27
2.2	Die „Freizeitidee“ in der Wissenschaft der DDR (1): Der Diskurs in der Sozialwissenschaft	29
2.2.1	Freizeit für ein gesundes Leben: Studien zur „Körperkultur“	30
2.2.2	Erziehung und „sinnvolles“ Freizeitverhalten: Studien zur Jugend	32
2.2.3	Freizeit als Zeit außerhalb der Arbeit: „Zeitbudgetforschung“	33
2.2.4	Konsum und Freizeit: der Diskurs im „Institut für Bedarfs- und Marktforschung“	37
2.3	„Freizeitidee“ in der Wissenschaft der DDR (2): Kulturgeschichte und –wissenschaft	47
2.3.1	Dietrich Mühlberg und der „Wissenschaftsbereich der Sektion Ästhetik und Kulturwissenschaft“ an der Humboldt-Universität Berlin	49
2.3.2	Helmut Hanke	52
2.4	Zwei Gesichter der „sozialistischen Freizeit“: Kollektivismus-Einseitigkeit und Individuums-Differenziertheit	56

3.	Die wirtschafts- und sozialpolitischen Voraussetzungen für die „Freizeitpolitik“ und das Freizeitverhalten: über die Gemeinsamkeiten des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ und der „Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik“	59
3.1	Bedeutung der „relativ stabilisierten Ära“ in der DDR-Forschung	59
3.2	Die sechziger und siebziger Jahre als Voraussetzung der Freizeit	62
3.2.1	Innenpolitischer Zustand bis zum Bau der „Berliner Mauer“	62
3.2.2	Außenpolitischer Zustand bis zum Bau der „Berliner Mauer“	63
3.2.3	Die Einführung des „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“ und die Anerkennung des „individuellen Interesses“	66
3.2.4	Die kontinuierliche Berücksichtigung der „individuellen Interessen“ unter „Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik“	71
3.3	Die Entstehung der Voraussetzungen des Freizeitverhaltens	76
3.3.1	Die Verminderung der Arbeitszeit	76
3.3.2	Der Anstieg der Löhne und Gehälter	79
3.3.3	Stabilität des Konsumgüterpreises und Verbesserung des Konsumlebens	83
3.4	Die doppelt beeinflussten Voraussetzungen des Freizeitverhaltens	87
4.	Die „Freizeitpolitik“ der SED unterhalb der Politbüroebene und deren Reflektion in der „gewöhnlichen Bevölkerung“	89
4.1	Freizeit als ein Teil der Sozial- und Konsumpolitik	90
4.1.1	Freizeitdiskurs bei der Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“	90
4.1.2	Ausbreitung der Beschäftigung von der Frauen und Freizeit	93
4.1.3	Möglichkeiten und Grenzen des Freizeitverhaltens	97
4.1.4	Die gleiche Problematik der „Freizeitpolitik“ in der Ära Ulbricht und in der Ära Honecker	99
4.1.5	Die Möglichkeiten für Auslandsreisen und das gesamtdeutsche Bewusstsein	102
4.1.6	Besuch der Gastronomie und deren Engpass	105
4.2	Freizeit in der Kulturpolitik	111
4.2.1	Der „Bitterfelder Weg“ und die Freizeit	113
4.2.2	Das Fernsehen und der Schatten Westdeutschlands	117
4.2.3	Grenze der „kulturellen Massenarbeit“ und Diversifikation der Freizeiträger	118
4.2.4	Musikszene und Maßnahmen zur Jugend	120
4.3	Freizeit in der Sportpolitik	123
4.3.1	Diversifikation der sportpolitischen Trägern	124

4.3.2	Widerspruch des einheitlichen sportpolitischen Zwecks	125
4.4	Widerspruch in der „Freizeitpolitik“	127
5.	Die „Freizeitpolitik“ im FDGB, der Bezirksebene und die Realität des Freizeitverhaltens : Erholungspolitik am Beispiel des Bezirks Rostock	131
5.1	Die Bedeutung der Erholung in der DDR	131
5.2	Die Verwaltung der Ferienheime: Die Beziehung des „Feriendienstes“ des FDGB mit den anderen Erholungsträgern	135
5.3	Die Realität der Erholungspolitik im Bezirk Rostock	146
5.3.1	Die Verteilung der Ferienheime und deren Errichtung	147
5.3.2	Das Problem der Campingplätze: von der „Vermittlung der Ostsee“ zum „Campingzentrum der Ostsee“	155
5.3.3	Freikörperkultur: FKK	162
5.4	Die Realität der Erholungspolitik: Die „unbewusste Interessensvertretung“ der gesellschaftlichen Institutionen und die Erschaffung einer „geschickten Resonanzgesellschaft“	166
6.	Der Kleingarten als die „Näherholungsmöglichkeit“ in der Stadt Rostock	171
6.1	Die Bedeutung des kleinen Gartens im Freizeitverhalten	171
6.2	Die „Kleingartenpolitik“ der SED und VKSK	172
6.3	Entwicklung der Kleingärten in der Stadt Rostock	175
6.3.1	Einordnung der Kleingartensparten und deren Verteilungsmangel	175
6.3.2	Die Realität der Ergänzung von der landwirtschaftlichen Produktion	179
6.3.3	Politik im Problem von der Futtermittelverteilung	181
6.4	Die Doppelbedeutung des Freizeitverhaltens und der Ergänzungsaktivität von der landwirtschaftlichen Produktion	184

7.	Fazit	
7.1	Der Widerspruch in der Freizeitszene der DDR: Die Konkurrenz des „furchtsamen politischen Regimes“ mit der „geschickten Resonanzgesellschaft“	187
7.2	Möglichkeiten zukünftiger vergleichender Geschichtsforschung über die Freizeit	193
8.	Quellen	195
8.1	Archiv	195
8.2	Zeitung	196
8.3	Gedruckte Quellen, Dokumentensammlungen, Reden und Schrift	196
9.	Literatur	203
10.	Anhang	213
10.1	Abkürzungsverzeichnis	213
10.2	Tabelle und Abbild	214

1. Einleitung

1.1 Ausgangspunkt dieser Forschung

Trabant und Volkswagen, Goldbroiler und McDonalds, Sonnenbad an der Ostsee und Urlaub am Mittelmeer. Diese Wörter zeigen ein typisches Bild vom Alltag in beiden deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg auf.¹ Tatsächlich erlebte die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland einen ähnlichen Alltag.

Mehr als zwanzig Jahren sind bereits seit dem „Berliner Mauerfall“ von 1989, der den Zusammenbruch des sozialistischen Systems einleitete, vergangen. Nach dem Ende des Kalten Krieges konnten nicht viele diese Ähnlichkeiten erkennen. Insbesondere Menschen, die die kapitalistische und westliche Wertstellung als selbstverständlich betrachteten, können diesem Bild nicht so einfach zustimmen. Gewiss war es selbstverständlich, dass sich das kapitalistische Regime und das sozialistische Regime im Zeitalter des Kalten Krieges gegenseitig Vorwürfe machten, um die eigene Legitimität und Priorität zu behaupten. Der Zusammenbruch Osteuropas und der Sowjetunion bestätigte allerdings das miserable Image des Staatsozialismus. Ein extremes Beispiel erscheint in der These von „the end of history“.² Das sozialistische Regime stellte eine repressive Herrschaft dar, die im Widerspruch zur Demokratie stand. Im alltäglichen Bild hatten die Leute morgens vor der Tür der Metzgerei in einer langen Schlange gewartet. Im Gegensatz dazu kritisierte der Kommunist die Ausbeutung der Arbeiter und die Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Welt. Verfechter eines anderen Typs Sozialismus behaupteten, dass der „real existierende Sozialismus“ kein wirklicher Sozialismus war.

Gewiss prägte die Spannungssituation des Kalten Krieges diese unterschiedlichen Ansichten, aber sie bestimmen immer noch die gegenwärtigen Forschungen zum Staatsozialismus und der DDR. Daher hat sich die DDR-Forschung mit der schwierigen Frage zu beschäftigen, warum die Deutsche Demokratische Republik über die Dauer ihres vierzigjährigen Bestehens oberflächlich stabil erschien. Warum brach die DDR dennoch 1989 plötzlich zusammen?

Die DDR-Forschung versuchte deswegen in den letzten zwanzig Jahren zu erklären, inwiefern

¹ Vgl. Patrice G. Poutrus, Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2002.

² Vgl. Francis Fukuyama, the End of History and the Last Man, New York 2002.

die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) die DDR-Gesellschaft, d.h. die „gewöhnliche Bevölkerung“, integrierte.³ Diese Forschungsfrage findet sich sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Geschichtswissenschaft. Beide haben das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft bereits mehrfach untersucht.

Die vorliegende Arbeit betrachtet nicht nur den, am Anfang erwähnten, gemeinsamen Alltag in beiden deutschen Staaten, sondern auch die Unterschiede im Alltagsleben. Dabei behandelt sie diese Problematik aus Sicht der Freizeit.

Die Freizeit unterscheidet sich im generellen Verständnis von der Arbeit. Sie bedeutet die autonome Aktivität, die auf den Wunsch jedes Individuums, der Familie oder eines Freundeskreises beruht, um eine materielle und psychische Zufriedenheit zu erreichen. Freizeit bildet einen Knotenpunkt zwischen dem privaten und dem sozialen Leben, entzieht sich aber gleichfalls am meisten dem Eingriff der politischen Macht. Trotzdem hat die Freizeit für den „real existierenden Sozialismus“ im zwanzigsten Jahrhundert eine andere Bedeutung.

Der Staatssozialismus musste aufgrund seiner spezifisch marxistisch-leninistischen Ideologie die politische Herrschaft auf alle Bereich der Gesellschaft ausdehnen. Deshalb erkannte die politische Führung, dass die Zukunft der sozialistischen Regime davon abhing, ob sie die bisherige traditionelle und übliche Wertvorstellung der „gewöhnlichen Bewölkung“ zu ihren Gunsten verändern konnte. Sie musste daher intensiv versuchen, die sozialistische Ideologie in der Bevölkerung zu verankern. Darauf hinaus versprach der Kommunismus eine wohlhabende Gesellschaft, in der die verschiedenen Probleme des Kapitalismus überwunden worden waren. Daher musste die sozialistische politische Führung die Bevölkerung tatsächlich zum realen Wohlstand verhelfen. Aus diesem Grunde musste das sozialistische Regime die Probleme, die im Kapitalismus als individuelle Angelegenheiten galten, selbst tragen. Deshalb konnte es auch nicht das Freizeitverhalten ignorieren, da es ein wichtiges Element der sozialistischen Gesellschaft gestaltete. Die politische Führung erkannte die begrenzten Möglichkeiten, durch

³ Die vorliegende Arbeit benutzt den Begriff der „gewöhnlichen Bevölkerung“ nach dem von Fulbrook und Ross vermehrten in ihren Forschungen gebrauchten Ausdrücken von „ordinary east German“ oder „the People“. Der Verfasser versucht absichtlich, die Wörter „Volk“ (people) und „Bürger“ (citizen) zu vermeiden, da diese eine bestimmte politische Beurteilung enthalten. „Volk“ bedeutet aus Sicht des Staatssozialismus die Bevölkerung, die die sozialistische Herrschaft aktiv unterstützt. „Bürger“ bezieht sich auf die Bevölkerung, die die „Parlamentarische Demokratie“ anerkennt und sich an dieser aktiv politisch beteiligt. Der Verfasser nutzt daher den Begriff „gewöhnliche Bevölkerung“ (ordinary people) ohne politische Beurteilung, um den multiplen Charakter der unter dem sozialistischen Regime lebenden Bevölkerung als Produzent, Konsument, politisch Berechtigten, Nutznießer politischer Interessen usw. auszudrücken. Vgl. Corey Ross, Constructing Socialism at the Grass-Roots. The Transformation of the East Germany, 1945-1965, Basingstoke 2000; Mary Fulbrook, Anatomy of Dictatorship, Oxford/New York 1995.

die die ideologische Durchdringung des Sozialismus in der Gesellschaft zum Erfolg führen konnte. Sie versuchte daher in die privaten Angelegenheiten einzudringen. Zum Beispiel beschleunigte sie immer die Säkularisierung der Gesellschaft. Es ist nicht bekannt, ob die politische Führung die gleiche Orientierung im Bereich der Freizeit vertrat. Freizeit bildete aber das Tor, mit dem die Politik in die individuelle Welt eintreten konnte. Hier verbindet sich der private mit dem öffentlichen Raum.

Das zwanzigste Jahrhundert, insbesondere die letzte Hälfte, kann auch als „Jahrhundert der Freizeit“ bezeichnet werden. In der modernen Zeit nach der industriellen Revolution war Freizeit noch das Privileg bestimmter Schichten. Jürgen Habermas hebt die Lesekreise und die Salons als bildungsbürgerliche „Öffentlichkeit“ hervor, denen eine hohe politische Bedeutung zukam.⁴ Ihm gegenüber steht Thorstein Veblen mit seiner Definition der „feinen Leute“, deren Luxuskonsum er kritisierte.⁵ Diese zwei Aspekte zeigen die zustimmenden und kritisierenden Aspekte der Freizeit in dieser Zeit auf. Dennoch stieg die Bedeutung der Freizeit für die „gewöhnliche Bevölkerung“ ab der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts langsam an. Dies ist auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung zurück zu führen. Die Steigerung der Arbeitslöhne und die Verkürzung der Arbeitszeit boten einen neuen Rahmen und ermöglichten der „gewöhnlichen Bevölkerung“ die freie Gestaltung ihrer Zeit außerhalb der Arbeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg beschleunigte sich dieser Prozess. Die westlichen Regierungen erkannten die Notwendigkeit, die Arbeiter mit der teilweisen Verteilung des wirtschaftlichen Wachstums zu beruhigen. Es erwies sich tatsächlich als effektiv, um, in der Situation des Kalten Krieges, die sozialistische Revolution zu vermeiden. Darüber hinaus veränderte sich das Bewusstsein der Unternehmer von dieser passiven Verhinderung der sozialistischen Revolution hin zur positiven Bedeutung der Verteilung. Das „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik oder das „hohe Wirtschaftswachstum“ in Japan wurden erst durch die Orientierung auf den amerikanischen Markt und durch die Ausdehnung des Binnenmarkts erreichbar. Die werktätigen Schichten veränderten sich zu Käufern und Verbrauchern der Produktion. In dieser Zeit wurde der Kompromiss mit den Werktätigen auch von Unternehmern und Kapital, die primär den Profit verfolgten, als rationale und kluge Methode erkannt.

Die Gebrauchsgüter, die vorher als Luxusartikel angesehen wurden, breiteten sich rasch in der

⁴ Vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuaufl., Frankfurt (Main) 1990.

⁵ Vgl. Thorstein Veblen, *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*, Frankfurt (Main) 1993.

Gesellschaft aus, was auch zu einer Erweiterung der Freizeit beitrug. Die Konsumgüter, wie Waschmaschine, Kühlschrank und Staubsauger erleichterten die Hausarbeit, die bisher neben der Arbeit die freie Zeit der „gewöhnlichen Bevölkerung“ einschränkte. Fernsehen und Auto erweiterten ebenso die Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten. Auch begünstigte dies das Wachstum der vielfältigen Dienstleistungsindustrie. Diese Industrie hatte die wichtige Aufgabe, die Lebensqualität und Zufriedenheit der Bevölkerung zu erhöhen.

Diese quantitative und qualitative Entwicklung des Konsumlebens, einschließlich des Wandels der Mentalität nach dem Zweiten Weltkrieg, wird von Jarausch mit dem Begriff der „Amerikanisierung“ beschrieben.⁶ In der DDR kam es zu einer „Sowjetisierung“ des Regimes und einer gleichzeitigen „Amerikanisierung“ der Gesellschaft, was die Komplexität dieses Staates ausmachte. Auch in der DDR kann von einem bestimmten Reichtum des Konsumlebens gesprochen werden, auch wenn dieser in Bezug auf die Bevölkerung eher als mangelhaft oder ungenügend bezeichnet werden kann. Die oben genannten Konsumgüter waren auch für die Bevölkerung in der DDR erhältlich. Die SED musste der Bevölkerung diese Waren immer in großer Zahl und gerechter Verteilung anbieten können, um die eigene Legitimität zu erhalten. Weiterhin war sich sowohl die SED als auch die „gewöhnliche Bevölkerung“ immer bewusst, dass die DDR dauerhaft mit der Bundesrepublik konkurrierte. Die Legitimität der SED konnte daher leichter als die anderen osteuropäischen Regime untergraben werden. Der Staatssozialismus sollte diktatorisch das wirtschaftliche System kontrollieren, um so die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verhindern. Er musste aber auch unbedingt die Wohlfahrt in der Gesellschaft verwirklichen. Darin zeigt sich einerseits die Methode, mit der der Staatssozialismus die Legitimität der eigenen Herrschaft begründete, andererseits zeigt es auch die paternalistische Neigung der SED gegenüber der Gesellschaft, um die Gleichberechtigung von Oben zu steuern. Jarausch spricht hier von der „Fürsorgediktatur“ der DDR.⁷

Charles S. Maier zeigt mit der Bezeichnung der „long 1970s“ die vergleichbaren Situationen auf, in denen die Regierungen des östlichen und auch des westlichen Blocks versuchten, die Gesellschaft zu koordinieren.⁸ Hier treten der Wille und die Wirklichkeit des politischen

⁶ Vgl. Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt (Main) 1997.

⁷ Vgl. Konrad H. Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der Fürsorgediktatur, in: APuZ B20 1998 S. 33 ff.

⁸ Vgl. Charles. S. Maier, Two Sorts of Crisis? The “long” 1970s in the West and the East, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 49-62; Ebd., „Consigning the Twentieth Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era“, American Historical Review 105 (2000), S. 807 ff.

Regimes zur „Regulierung“ des wirtschaftlichen Systems auf. Diese Zustände veränderten sich aber gleichzeitig mit der Entwicklung der Freizeit. In diesem Bereich waren die Absichten der Subjekte, wie dem politischen Regime, dem Kapital und der Bevölkerung miteinander verflochten. Eigentlich stellt die Freizeit in der DDR den Forschungsgegenstand dar, in der die einzelnen staatsozialistischen und gemeinsamen weltlichen Probleme der letzten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts betrachtet werden. Daher bildet die Freizeit zweifellos auch in der DDR-Forschung ein wichtiges Thema.

1.2 Forschungsstand

Bauerkämper erwähnt bei seiner Forschungsanalyse in groben Umrissen die Freizeit.⁹ Danach entwickelte sich die Freizeit nur langsam zu einem wichtigen Forschungsthema in den letzten Jahren in der DDR.

Die vorliegende Arbeit betrachtet hier zunächst die Rahmenbedingungen für das SED-Regime und die Gesellschaft der DDR, die in der DDR-Forschung Westdeutschlands vor 1989 und nach der Wende in Gesamtdeutschland debattiert wurden. Danach stellt sie die Orientierung der ausländischen Forschung, einschließlich der japanischen Sowjetforschung, vor, um die deutsche theoretische Orientierung aus einer anderen Sicht zu überprüfen. Besonders werden die Erfolge der angloamerikanischen DDR-Forschung in den letzten Jahren erwähnt. Daraus wird der allgemeine Standpunkt der vorliegenden Arbeit in der zeitgeschichtliche Forschung abgeleitet. Danach ordnet die vorliegende Arbeit den gegenwärtigen Forschungszustand über die Freizeit in der DDR-Forschung ein. Hier erwähnt sie nicht die Forschungen über die Freizeit der Wissenschaftler in der DDR vor 1989, da dieses Thema im zweiten Teil ausführlich überprüft wird.

Die theoretischen Rahmenbedingungen der DDR-Forschung definieren sich bisher über das gemeinsame Einverständnis der verschiedenen Abhandlungen über das politische System der DDR als „Diktatur“. Nach 1989 zeigt der Diskurs offenkundig die undemokratische Prägung des politischen Systems der DDR gegenüber der parlamentarischen Demokratie auf, die in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde. Dennoch benutzte auch der Sozialismus das Wort von der Diktatur, die „proletarischen Diktatur“, die von Lenin ausgerufen wurde. Mit diesem Begriff legitimierte die SED ihre Herrschaft. Ausgehend von dieser

⁹ Arnd Bauerkämper, Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005, S. 18 ff.

Definition kann die DDR möglicherweise auch aus ganz anderen Richtungen betrachtet werden. Es besteht aber gleichfalls die Gefahr, unklare Diskussionen einzuführen, solange nicht jede Studie eine eigene Definition herausarbeitet.

Trotz des gemeinsamen Einverständnisses in der DDR-Forschung gibt es große Differenzen im Diskurs über das SED-Regime und die Gesellschaft der DDR. Die bisherigen Arbeiten über das SED-Regime vergleichen die politische Struktur mit der parlamentarischen Demokratie. Sie bestätigen die These vom „Totalitarismus“ oder „Stalinismus“. Totalitarismus erweiterte die klassische Diskussion, die die politikwissenschaftliche These von Friedrich/Brzezinski und die philosophische These von Arendt vertraten, bis die Diskussionen von Schröder und Jesse nach der Wende wieder belebt wurden.¹⁰ „Stalinismus“ erklärt die Einführung des sowjetischen Systems in der DDR. Er beschreibt das politische System, das sich auf die willkürliche Herrschaft und den Personenkult gründet. Auch ist das gesellschaftliche System ähnlich der Herrschaft Stalins aufgebaut. Die Studien von Hermann Weber vertreten diesen politisch geschichtlichen Ansatz.¹¹ Sie verdeutlichen, inwieweit politische Macht unter der SED konzentriert war. Weber erklärt daran auch die politischen Strukturen und Institutionen der DDR. Sein statisches Verständnis spiegelt dennoch nicht für jedes Jahrzehnt die veränderten Orientierungen des Regimes wider. Infolgedessen sollte die politische Geschichte den Nachteil haben, mit einem Image versehen zu sein, das nicht der gesamten Zeit der Existenz der DDR gerecht wurde. Sigrid Meuschel erkennt klar das Dasein der Gesellschaft, aber sie erfasst die Gesellschaft der DDR als Objekt der „Entdifferenzierung“. Daher besitzt auch ihre These einen Nachteil in der Politikgeschichte.¹² Diese Diskurse lassen die Forschung zu dem Ergebnis kommen, dass die SED die Gesellschaft unterdrückte, manipulierte oder entdifferenzierte. Deswegen fängt sie nicht genug den genauen und realen Zustand der Gesellschaft ein. Dagegen kritisiert Ludz die These vom „Totalitarismus“, da sie nur aus der äußerlichen Sicht auf das SED-Regime entsteht. Seine These wendet die Theorie von der „Modernisierung“ an, die sich auf die Entwicklungstheorie gründet und schlägt dagegen einen „systemimmanenten“ Diskurs vor, in dem die schrittweise Veränderung der Gedanken und der Verhaltensweise der Führungselite betrachtet werde.¹³ Er spricht von dem „Autoritarismus“ in den sechziger Jahren,

¹⁰ Vgl. Arnold Sywottek, „Sozialismus“ und „Totalitarismus“ in der DDR-Geschichte, in: Deutsche Studien, Bd. 30, 1993, S.25-38; Klaus Schroeder unter Mitarbeit von Steffen Alisch: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949 bis 1990, München 1998; Eckhard Jesse, War die DDR totalitär?, in: APuZ, Bd. 44 1993 40, S. 12 ff.

¹¹ Vgl. Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1999.

¹² Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt (Main) 1992.

¹³ Vgl. Peter Christian Ludz, Parteielite in Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur, und Ideologie der

bei dem die junge Generation, die einen technokratischen Charakter besaß, langsam in die politische Elite wechselte. Dieser Diskurs spiegelt aber nicht die allgemeine Prägung der politischen Struktur wider.

Die Diskurse über die Gesellschaft der DDR zeigen die Grenzen der Durchdringung durch die SED auf. Beispielsweise zeigt Jessen, dass der Gesellschaft der DDR, trotz der Eingriffsversuche der Politik, ein unabhängiger Raum übrig blieb.¹⁴ Da der Eingriff der SED aber auch nicht ganz ignoriert werden konnte, akzeptieren die gesellschaftlichen Diskussionen über die DDR im Allgemeinen die These der „durchherrschten Gesellschaft“.¹⁵ Auch sieht der gesellschaftliche Ansatz die Umstände der verschiedenen Sozialgruppen. Konkret vertreten Forscher, wie Hübner und Lindenberger diese Richtung.¹⁶ Besonders Lindenberger gebraucht in der gesellschaftlichen Forschung über die DDR die These vom „Eigensinn“, mit der Lüdtke die Art und Weise des Verhaltens der Bevölkerung bis zur nationalsozialistischen Ära beschreibt.¹⁷ Auch wenn die Bevölkerung den Einfluss der SED akzeptierte, versuchte sie möglichst das eigene Interesse zu verwirklichen.

Die Wiedergeburt der „zivilen Gesellschaft“ wird auch aufgrund der Entwicklung der Opposition oder den Relikten der „bürgerlichen Gesellschaft“ in den Kirchen diskutiert.¹⁸ Diese Diskussion macht auf die Autonomie in der Gesellschaft aufmerksam. Dies zeigt sich auch in der Abhandlung Habermas‘ über den „Veröffentlichten Raum“.¹⁹ Die Forschung über Bedeutung der Satire in der DDR nutzt den Begriff der „zweiten Gesellschaft“, mit dem ein ungarischer Wissenschaftler, Hankiss, die kommunistische Gesellschaft betitelt. Die Forschung vertritt eine ähnliche Position wie der Diskurs über den freien Raum in den Kirchen.²⁰ Diese

¹⁴ SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, 2. Aufl., Köln 1968.

¹⁵ Vgl. Ralph Jessen, die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 21 (1995); Ebd., Richard Bessel/Ralf Jessen (Hrsg.) Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

¹⁶ Vgl. Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte, Stuttgart 1994, S. 547 ff.

¹⁷ Vgl. Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 1995.

¹⁸ Vgl. Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen, in: ders., (Hrsg.) Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999; Alf Lüdtke, Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993.

¹⁹ Vgl. Christoph Kleßmann, Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble Hartmut, et al., a. a. O., Sozialgeschichte, S. 254 ff.

²⁰ Vgl. Habermas, a. a. O.

²⁰ Vgl. Sylvia Klötzer, „Volldampf woraus?“ – Satire in der DDR. „Eulenspiegel“ und „Kabarett am Obelisk“ in den siebziger und achtziger Jahren, in: Thomas Lindenberger (Hrsg.), a. a. O., S. 267-310; Ebd., Satire und Macht. Film, Zeitung, Kabarett in der DDR, Köln 2006; Elemér Hankiss, The “Second Society”. Is There an Alternative Social Model Emerging in Contemporary Hungary?, in: Social Research, Spring/Summer 1988, S. 13 ff.

Diskurse erörtern die Rolle der Intellektuellen als soziale Gruppe in der sozialistischen Gesellschaft und zeigen ihre Aktivitäten während der Wende auf.²¹ Durch die Anwendung des Diskurses von Habermas kann eine bestimmte Bedeutung für die politische Strategie zur Bildung der Opposition in der DDR bestätigt werden, auch wenn der Diskurs ursprünglich nicht den ost- und mitteleuropäischen Staatssozialismus betrachtet. Daher kann diese These nicht einfach für die analytische Erklärung des allgemeinen gesellschaftlichen Bildes der DDR verwendet werden.

Diese Arbeit betrachtet besonders die These der „Nischengesellschaft“, da sie den gleichen Zeitraum behandelt. Günter Gaus, der erster ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin war, schlug diese Betrachtungsweise vor. Einerseits hätten die DDR-Bürger nach den siebziger Jahren das politische Leben, in dem sie oberflächlich dem SED-Regime gehorchten, hervorgebracht, andererseits hätten sie nur mit der Familie und in ziemlich kleinen Freundeskreisen die politische Unzufriedenheit besprochen. Diese These vertritt zwei extreme Verhaltensweisen der Bevölkerung im Alltag. Zum einen die öffentliche spielerische Zustimmung zum politischen Regime und zum anderen die persönliche wahre Meinungsäußerung, die beide koexistierten.²² Beide Diskussionen, sowohl über das SED-Regime, als auch über die DDR-Gesellschaft, stimmen bisher der Gültigkeit dieser These zu. Da sie den öffentlichen Raum und den privaten Raum teilt, sieht die Forschung, die die Auswirkungen des Regimes auf die Gesellschaft betrachtet, das öffentliche Verhalten der Bevölkerung als Symbol der Repression. Da die private Welt aus dem politischen Raum entzogen wird, bildet sie nicht den Forschungsbereich. Dagegen kann durch die freie Meinungsäußerung im privaten Bereich eine bestimmte Autonomie der Gesellschaft erkannt werden.

Darüber hinaus hat die These der „Nischengesellschaft“ Ähnlichkeiten mit der These der „Massengesellschaft“ in den westlichen Ländern. Der Ansatz der „westlichen Massengesellschaft“ diskutiert kritisch das Verhalten der Bevölkerung, die sich aus dem öffentlichen Raum in die private Welt zurückzieht. Diese Gesellschaft begründet den materiellen Wohlstand nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie zeigt sich typischerweise in der niedrigen Wahlbeteiligung oder in der großen Abhängigkeit der Massenmedien. Der Zustand

²¹ Die Studie, die die politischen Bedeutung der „runden Tische“ bei der Wende und danach in Mecklenburg behandelt, Vgl. Tadahisa Izeki, Das Erbe der Runden Tische in Ostdeutschland. Bürgerorientierte Foren in und nach der Wendezeit, Frankfurt (Main) 1999.

²² Günter Gaus, Wo liegt Deutschland? Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983, S. 156 ff.

kehrte sich in der DDR um, da die Bevölkerung nicht vor dem politischen Regime fliehen konnte. Der Ansatz reflektiert aber das Image vom westlichen Leben in der Gesellschaft der DDR. Er setzt das gemeinsame private Leben voraus, in dem die Bevölkerung das angenehme Konsumleben genießen konnte. Die oben erwähnten Diskussionen betrachten nach dem westlichen Maßstab die östliche Welt und versuchen aus dieser äußeren Ansicht die Rahmenbedingungen einzuordnen. In ihnen wird auch der in den sechziger Jahren entwickelte „systemimmanente Ansatz“ kritisiert, da er „Demokratie“ oder die „Konvergenz“ infolge der „Modernisierung“ als Maßstab der westlichen Einschätzung voraussetzte. Trotzdem soll sich die Forschung dieser Arbeit nicht nach den Kategorien der westlichen Ansichten, sondern nach den Ergebnissen dieser Diskussionen richten. Die Problematik der Diskurse besteht darin, dass sie nicht ausreichend Wert auf die äußere Ansicht legten, sondern den Vorschlag des jeweiligen analytischen Begriffes des bestehenden zeitlichen politischen Zustands, insbesondere beim Verlauf des kalten Krieges, abhingen. Da der analytische Begriff stetigen Änderungen unterlag, war er wissenschaftlich nicht objektiv, sondern rief die Politisierung hervor.

Die Diskurse über „Diktatur“ und „Nischengesellschaft“ bilden derzeit sicherlich das gemeinsame Einverständnis in der DDR-Forschung. Dennoch stellen diese beiden unterschiedlichen Forschungsansätze in ihren Betrachtungen keine Verbindung zwischen repressivem SED-Regime und autonomer DDR-Gesellschaft her.

Im wissenschaftlichen Interesse der DDR-Forschung liegen auch die Themen, die andere Forschungen über Staatssozialismus betrachten. So beschäftigt sie sich auch mit der Art und Weise der Legitimation der politischen Herrschaft und der Integration der Bevölkerung.²³ Normalerweise betrachten die Diskurse das politische Regime „von oben“, mit welcher Methode die sozialistische Regierung die Rechtmäßigkeit gegenüber der Gesellschaft legitimierte und wie sie Aktivisten oder Bürokraten für das Regime zu gewinnen versuchte. Dagegen erörtern die Diskurse über die Gesellschaft aus der Sicht „von unten“, wie die Gesellschaft diese Legitimität empfand.

Die amerikanischen Wissenschaftler diskutieren die Seite der „gesetzlichen Herrschaft“ und der „charismatischen Herrschaft“ unter den „drei Typen der Herrschaft“ von Legitimität in Bezug auf die Position der Partei und die Behandlung der politischen Planung. Die kommunistische Partei sichere, durch das Recht und die Bürokratie, die hergestellte rationale Herrschaft.

²³ Als klassischen Diskurs vgl. Max Weber, Die Typen der Herrschaft, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972, 5. Aufl., S. 122 ff.

Gleichfalls sei sie selbst Avantgarde und Held, welche/-r die Massen leitete. Beides passt zur Seite der „gesetzlichen Herrschaft“ und der „charismatischen Herrschaft“. Bei der Verwirklichung der politischen Planung verkörpere die gesetzliche und rationale Methode durch die bürokratischen Institutionen die „gesetzliche Herrschaft“ und die aus den propagandistischen Aktivitäten hervorgebrachten „Arbeiterhelden“ ermöglichen die „charismatische Herrschaft“.²⁴ Larsen wendete diesen Diskurs konkret auf die DDR an.²⁵

Wie die Forschungen von Shiokawa und Tomita zeigen, stimmt die japanische Sowjetforschung dieser Einordnung des theoretischen Begriffs der Legitimität zu, versucht aber die politische Integration der Bevölkerung mit zu beschreiben. So kategorisiert Shiokawa die Grundrichtung der Politik in drei Typen. Erstens versuche der Kommunist das Regime durch die sozialistische Ideologie zu stabilisieren. Zweitens versuche sie mit der wirtschaftlichen und sozialen Politik der Bevölkerung die materiellen Interessen zu geben. Drittens versuche sie die Legitimität aus der Gewohnheit zu vermitteln, Shiokawa bezeichnet dies als „lauwarmes Wasser“, weil damit der Bevölkerung der Eindruck von Kontinuität in der alltäglichen Politik und der sozialistischen Herrschaft vermittelt werden sollte.²⁶ Tomita erklärt mit der archivarischen Arbeit den Mechanismus der Politikbestimmung des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) in den dreißiger Jahren unter Stalin. Dabei erwähnt er auch die Integration der Bevölkerung. Neben der Verteilung der materiellen Interessen durch die Sozialpolitik hatten die propagandistischen Appelle nach traditionellen Werten, wie die Bedeutung der Familie und „die Großzügigkeit des Vaterlandes“ eine große Bedeutung bei Stalin.²⁷

Die vorliegende Arbeit untersucht bewusst die traditionelle politische geschichtliche Frage, ob die SED die „Legitimität“ gewinnen konnte und überprüft, wie die japanische Sowjetforschung, die reale Politik. Dabei betrachtet sie nicht nur einseitig die Auswirkungen des Regimes auf die Gesellschaft, sondern auch die Reaktionen und das Gegenwirken der Gesellschaft. Anhand der Analyse der „Freizeitpolitik“ lassen sich die Gestaltung des SED-Regimes, die Erreichung der „Legitimität“ und die Wirklichkeit der Gesellschaft der DDR sowie die Reaktionen der gewöhnlichen Bevölkerung betrachten. Dabei behandelt die vorliegende Arbeit die Beziehung

²⁴ Vgl. Ken Jowitt, *New World Disorder. The Leninist Extinction*, Berkeley 1992; Hanson, Stephen. E., *Time and Revolution: Marxism and Design of Soviet Institutions*, Chapel Hill 1997.

²⁵ Vgl. Eric Larsen, *Marxism-Leninism's Loss of Momentum. Conflict and Routinization in the East German State, 1961-1971*, Dissertation University of Washington, Department of Sociology 1994.

²⁶ Vgl. Nobuaki Shiokawa, *Der vergangene Sozialismus. Das Gesicht des Leviathans*, Tokio 1999 (auf Japanisch).

²⁷ Vgl. Takeshi Tomita, *Die Struktur des Stalinismus. Sowjetische Politikbestimmung und Integration der Nation in den 1930ern*, Tokio 1996 (auf Japanisch).

der SED zur Gesellschaft. Sie richtet ihr Augenmerk dabei nicht nur auf das Zentrum oder den Blick von oben, sondern Versucht auch die lokalen Gesichtspunkte, die „grassroots“ oder den Blick von unten einzubeziehen. Nicht nur die SED sondern auch die „gewöhnliche Bevölkerung“ stellen die Forschungsobjekte dar.

Die Ansicht, die das Regime mit der Gesellschaft bewusst verbindet, findet sich weit verbreitet in den derzeitigen angloamerikanischen DDR-Forschungen wieder, welche die Überlegungen von Fulbrook übernehmen.²⁸ Beispielweise erklärt Ross das Doppelverfahren, dass die Bevölkerung entweder teilweise versuche die Zukunft vorauszusehen, damit aber keine politischen Interessen verfolgte oder die Politik der SED ganz für das Eigeninteresse ausgenutzt habe. So nennt er die „kreative Anpassung“ („creative accommodation“), mit der er die herrschenden Spannungen zwischen Regime und Gesellschaft in der Gründungszeit der DDR beschreibt.²⁹ Stitzel betrachtet die Entwicklung der Kleidung und Mode als einem grundlegenden Konsumgut und wie sich daran der Widerspruch zwischen Regime und Gesellschaft aufzeigen lässt.³⁰ Bereits aus diesen Forschungen ist zu erkennen, dass die politische Struktur sich mit der Mentalität und den Denkweisen der Politikführung und der „gewöhnlichen Bevölkerung“ vermischte.³¹ In den letzten Jahren begann auch die japanische DDR-Forschung diese Punkte gemeinsam zu betrachten. So untersucht beispielweise Adachi ausführlich die landwirtschaftliche Kollektivierung in den fünfziger Jahren im Kreis Bad Doberan im Bezirk Rostock, auf die auch die vorliegende Arbeit eingeht. Er sieht in der Gleichstellung der Begriffe „subjektiver Anpassungsprozess“ und „Unterordnungsprozess“ die doppelte Verhaltensweise der dörflichen Bevölkerung während der landwirtschaftlichen Kollektivierung.³² Der japanische DDR-Forscher Saitô untersucht in seiner letzten Arbeit die Entwicklung des Konsumlebens, besonders der Frauen, in der deutschen Zeitgeschichte. Seine Beschreibungen zeigen bewusst den Zusammenhang zwischen dem SED-Regime und der

²⁸ Über die DDR-Forschung in Großbritannien siehe, vgl. Nobuharu Kawai, Die Perspektive und die Entwicklung der DDR-Forschung in Großbritannien. Zur Bedeutung des Diskurses um Mary Fulbrook, in: Seikei Zeitschrift der Recht- und Politikwissenschaft Bd. 32 (2006), S. 33-44 (Auf Japanisch); Fulbrook erfolgt weiter in ihrem letzten Werk diese Richtung, vgl. Mary Fulbrook (Hrsg.), *Power and Society in the GDR, 1961-1979. The “Normalisation“ of Rule*, New York/Oxford 2009.

²⁹ Ross, a. a. O., S. 206.

³⁰ Vgl. Judd Stitzel, *Fashioning Socialism. Clothing, Politics, and Consumer Culture in East Germany*, Oxford/New York 2005.

³¹ Siehe auch, vgl. Katherine Pence/Paul Betts (Hrsg.), *Socialist Modern. East German Everyday Culture and Politics*, Ann Arbor 2007.

³² Yoshihiro Adachi, Das Problem der Vertriebenen in den ostdeutschen Dörfern und der „Sozialismus“ nach dem zweiten Weltkrieg: Bodenreform und Kollektivierung als Siedlungsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Zeitschrift für Agrargeschichtsforschung*, Bd. 43 (2009), S. 37 (Auf Japanisch); siehe auch ders., Bodenreform und Kollektivierung in den Dörfern der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Land Mecklenburg-Vorpommern 1945-1961, in: *Geschichte und Wirtschaft* Bd. 188 (2005), S. 50 f. (Auf Japanisch).

Gesellschaft auf. Zwar findet sich bei ihm auch eine ausführliche Beschreibung der Freizeit vor dem Zweiten Weltkrieg und in der Bundesrepublik, er erwähnt aber nur die Notwendigkeit der Freizeitforschung der DDR, ohne sie direkt zu betrachten.³³ Die vorliegende Arbeit ist in der Kategorie der ausländischen DDR-Forschung einzuordnen, die die Einigkeit der Institutionen und der Struktur mit den dadurch erzeugten Verhaltensweisen darstellt.

Bei der Betrachtung des gegenwärtigen Forschungsstandes über die Freizeit in der DDR scheint es fehlerhaft, dass die Perspektive der Freizeit aus der bisherigen DDR-Forschung ganz entfällt. Die meisten Veröffentlichungen beschränken sich aber auf den Bereich der Soziologie in beiden deutschen Staaten vor 1989. Die Forschungen behandeln sowohl den Zustand der Freizeit beider Gesellschaften, als auch dessen Charakter als Vergleichsforschung. Die Freizeit bot ein hervorragendes Thema, damit beide deutsche Staaten den eigenen Vorrang behaupten und sie den Zustand des anderen Landes kritisieren konnten. Die Forschung von Voigt in der Bundesrepublik gibt hierfür ein bemerkenswertes Beispiel. Sie thematisiert hauptsächlich die Sportaktivitäten in der DDR und zeigt die strikte Kontrolle der SED.³⁴ In der Bundesrepublik verfolgte die Forschung ebenfalls den „systemimmanenter“ Ansatz. Aus dieser Sicht betrachtet Micksch die Freizeit der Jugend in der DDR.³⁵ Er erwähnt eine gewisse Autonomie im Freizeitverhalten der Jugendlichen.

Die Forschung über die Freizeit in der DDR entwickelt sich nach der Wende hauptsächlich aus den zwei, bereits genannten Richtungen. Die politische Geschichtsschreibung erwähnt die Freizeit allerdings nur bedingt. Sie ist hier nur sekundäre Bedeutung für die Analyse der verschiedenen Arten der Politik. Die Beispiele zeigen sich konkret in der „Medienpolitik“, der „Kulturpolitik“ und der „Sportpolitik“, in der die SED auf dem Bereich der Freizeit Einfluss nahm.³⁶ Zimmermann diskutiert über die Arbeitssituation der Schichtarbeiter in der DDR. Er erwähnt in seiner Abhandlung zum Teil auch die Freizeit der Schichtarbeiter und analysiert die Diskrepanz zwischen Realität und der durch die SED versprochenen Ideologie.³⁷

³³ Vgl. Akira Saitô, Konsumleben und Frauen. Ein Aspekt der deutschen Sozialgeschichte 1920-1970, Tokio 2007 (auf Japanisch).

³⁴ Vgl. Dieter Voigt, Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Untersuchung, Köln 1975, S. 117 ff.

³⁵ Vgl. Jürgen Micksch, Jugend und Freizeit in der DDR, Opladen 1972.

³⁶ Vgl. Gunter Holzweißig, Massenmedien in der DDR. 2., völlig überarb. Aufl., Berlin 1989; Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis, „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensur-System und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis zur Gegenwart, Berlin 1997; Theobald Austermühle, Der DDR-Sport im Lichte der Totalitarismus Theorien, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 11. 1997, 1, S. 28 ff.

³⁷ Vgl. Wolfgang Zimmermann, Die industrielle Arbeitswelt der DDR unter dem Primat der sozialistischen Ideologie, Münster/Hamburg 2002.

Die Freizeit bildet auch einen Forschungsgegenstand der Sozialgeschichte. Die schon oben erwähnte Forschung von Hübner und Roesler analysiert beispielsweise die Brigaden, die das Ausführungsorgan der Partei in den Betrieben bildete. Hübner bestätigt deren teilweise vorhandene Autonomie und einen Kompromiss zwischen dem SED-Regime und den Werktagen. Dabei spielten die Brigaden auch bei der Freizeit eine Rolle.³⁸ Die Studie von Alheit/Haack stellt das Freizeitverhalten auf der Rostocker Neptunwerft in den fünfziger Jahren vor.³⁹

In den letzten Jahren nahmen die Betrachtungen des Konsumproblems in der DDR-Forschung deutlich zu. Kaminsky betrachtet diese Problematik aus der Perspektive der Politikgeschichte. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt in der Konsumpolitik und deren Planung. Sie erwähnt auch die Freizeit, die sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre entwickelte. Die Produktion der Konsumgüter machte gleichzeitig die Erfüllung der Freizeit erforderlich.⁴⁰

Ina Merkel sieht den Konsum als ein Kulturproblem an. Nicht nur der Wille der SED sondern auch die Reaktion der Gesellschaft erzeuge den eigenen speziellen sozialen Raum in der DDR. Sie betrachtet dabei zwei wichtige Elemente der Entwicklung des Konsums in der DDR, die Kultur der Rationierung und die des Privilegs. Sie erwähnt auch die Diskurse über die Freizeit, die sich unter der offiziellen Linie nicht entwickeln konnten, sondern eine Autonomie oder einen widersprüchlichen Charakter gegen die offizielle Linie enthielten.⁴¹ Zusammen mit Kaschuba, Scholze-Irrlitz und Scholze verfasste sie auch den Aufsatz über die Freizeit für die „Enquete-Kommission“ des deutschen Bundestags. Dieser Aufsatz trägt dazu bei, das gesamte Bild der Freizeit in der DDR aufzuzeigen und bietet ein Modell der Freizeitforschung.⁴²

Auch das Werk aus kulturwissenschaftlicher Sicht, das Badstübner veröffentlichte,⁴³ behandelt zum Teil die Freizeit und Irmscher sieht die Freizeit hier als freie Zeit an, die die Verkürzung

³⁸ Vgl. Hübner, a. a. O.; Jörg Roesler, Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: Kaelble et al. (Hrsg.), a. a. O., S. 144 ff.

³⁹ Vgl. Peter Alheit/Hanna Haack, Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptunwerft, Berlin 2004.

⁴⁰ Annette Kaminsky, Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001, S. 105 ff.

⁴¹ Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 303 ff.

⁴² Vgl. Wolfgang Kaschuba/Ina Merkel/Leonore Scholze-Irrlitz/Thomas Scholze, Forschungsbericht „Freizeit-verhalten in der DDR und in den neuen Ländern: Geselligkeit, Fest- und Konsumkultur“, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ Band V, Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern, Deutscher Bundestag (Hrsg.), Frankfurt/Main 1999, S. 655 ff.

⁴³ Vgl. Evemarie Badstübner (Hrsg.), Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000.

der Arbeitszeit schuf. Die Freizeit gebe es nach ihrer Ansicht noch nicht in den Diskursen der 60er Jahre.⁴⁴ Auch Petzoldt erfasst die Freizeit im Kontext der alltäglichen Modernisierung.⁴⁵ Die neueste Veröffentlichung aus kulturwissenschaftlicher Sicht, „Vergnügen in der DDR“ wurde von Ulrike Häußer und Marcel Merkel herausgegeben. In diesem Sammelwerk werden vor allem die Aspekte des Vergnügens in den verschiedenen Freizeitaktivitäten in der DDR erklärt.⁴⁶ Das Werk versucht ebenso wie die vorliegende Arbeit das Bild der Freizeit in der DDR-Forschung zu vervollständigen.

Trotz dieses Forschungsstands gibt es bisher nur wenige Forschungen, die ein allgemeines Bild der Freizeit in der DDR beschreiben. Weiterhin wurde in den Forschungen noch nicht das Verhältnis des Regimes gegenüber der Gesellschaft aus Sicht der Freizeit überprüft. Dafür mag es zwei Gründe geben. Zum Einen verwirklichte die SED ihre Freizeitpolitik durch verschiedene Institutionen und Abteilungen, bezog aber der Freizeit gegenüber keine allgemeine offizielle Position in der gesamten Politik. Daher ist es für die Forschung schwer, ein einzelnes allgemeines Bild der DDR-Freizeit zu definieren. Zum Zweiten orientierte sich nach der Wende die Forschung zunächst auf die Arbeitsorte, in denen der Staatssozialismus im Politikprozess alltäglich durchgeführt wurde. Daher heben die bisherigen Forschungen die Arbeit als wichtige Rolle hervor. Daher blieb, aus Forschungssicht, die Freizeit als deren Gegenstück noch weitestgehend unbeachtet.

1.3 Fragestellung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich konkret mit der Frage, ob und wie die so genannte „Freizeitpolitik“ entstand, obwohl diese von der SED selbst so nicht bezeichnet wurde und welche Position dann die „Freizeitpolitik“ in der gesamten Politik der SED besaß?

Anders als im kapitalistischen System bestimmten nicht nur die DDR, sondern auch die anderen sozialistischen Staaten, durch ihre Planungen die ökonomischen Aktivitäten und kontrollierten fast allein die Versorgung der Güter. Das heißt, dass das politische Regime alle Verantwortung für die ökonomischen und gesellschaftlichen Aktivitäten trug. Die

⁴⁴ Vgl. Gerlinde Irmscher, „Arbeitsfrei mit Küßchen drauf“. Zeit und Leben in den Sechzigern, in: Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, hrsg von Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln/Weimar/Wien 1996, S. 37 ff. ; vgl. dies., Freizeitleben- Muße, Feierabend, Freizeit, in: Ebd., S. 350 ff.

⁴⁵ Vgl. Gerlinde Petzoldt, „Freie Zeit – was nun?“ Alltägliche Modernisierung in der Arbeitsgesellschaft DDR, in: Mitteilungen aus der Kulturwissenschaftlichen Forschung (MKF): 16(1993) 33, S. 153 ff.

⁴⁶ Vgl. Ulrike Häußer/Marcus Merkel (Hrsg.), Vergnügen in der DDR, Berlin 2009.

wirtschaftliche Situation unter dem Staatssozialismus zeichnete sich aber dauerhaft durch den Mangel der Konsumgüter und Dienstleistungen aus, sodass die Bezeichnung der „Mangelgesellschaft“ zutrifft. Kornai definiert ausführlich dessen Bedingungen. „Mangelerscheinungen sind (1) allgemein, d.h. Sie können in allen Sphären der Wirtschaft gefunden werden (im Handel mit Gütern und Dienstleistungen für Verbraucher, mit Produktionsmitteln, Investitionsgütern, Arbeitskräften, mit exportierten und importierten Produkten und internationalen Zahlungsgeschäften); (2) häufig und nicht nur außergewöhnlich und sporadisch; (3) intensiv, indem sie sehr starken Einfluß auf das Verhalten und die Umgebung der Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen und die Merkmale und Resultate der wirtschaftlichen Prozesse ausüben und (4) chronisch, indem sie dauernd und nicht nur zeitweise auftreten.“⁴⁷ Welches Verhältnis hatte die SED in dieser Situation der Versorgung mit Freizeitgütern zu der Gesellschaft? Verwirklichte die SED tatsächlich das eigene Freizeitbild in der Gesellschaft? Lässt sich von der so genannten „sozialistischen Freizeit“ sprechen? Und wie reagierte die Gesellschaft, die „gewöhnliche Bevölkerung“, auf das SED-Regime?

Abschließend untersucht die vorliegende Arbeit die Gültigkeit des bisherigen Bildes der SED und der Gesellschaft. Es soll geprüft werden, ob auch in der Freizeit der DDR ein einseitiger Eingriff des Regimes auf die Gesellschaft erfolgte. Die bisherigen Forschungen, sowohl die Diskurse über das Regime als auch die Diskurse über die Gesellschaft, setzen die These der „Nischengesellschaft“ voraus. Die vorliegende Arbeit versucht als Kernthema die Frage zu beantworten, ob diese These auch auf die Freizeitszene der DDR anwendbar ist oder ob ein anderes gesellschaftliche Bild beschrieben werden kann?

1.4 Gliederung und Quellen

Die vorliegende Arbeit geht nach der folgenden Gliederung vor. Im zweiten Teil wird zunächst die Entwicklung der Idee der Freizeit in der DDR betrachtet. Dazu gehört auch eine begriffliche Definition der Freizeit. Auch soll darin die Idee der Freizeit mit der Idee der Arbeit verglichen werden, da die Arbeit das Gegenstück der Freizeit bildet. Wenn der Staatssozialismus sich auf die Politik gründete, versuchte dieser sein Verhalten immer mit dem marxistisch-leninistischen Prinzip zu legitimieren. Daher ist es vor der Analyse der Politik notwendig zu betrachten, welche Idee von der Freizeit in der DDR debattiert wurde. Der Teil bestätigt zunächst die Überlegung zur Freizeit im marxistisch-leninistischen Grundsatz, den die SED zitierte, um die

⁴⁷ Vgl. János Kornai, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995, S. 263.

offizielle Freizeitidee im Regime festzulegen. Auch betrachtet der zweite Teil die doppelseitigen Prägungen, die die offizielle Freizeitidee beinhaltete. Er behandelt weiterhin, wie die verschiedene DDR-Literatur diese Aspekte interpretierte und ob es Widersprüche gab. Außerdem prüft er zwei wissenschaftliche Forschungsbereiche, die damals konsequent das Thema der Freizeit besprochen haben. Dabei handelt es sich einerseits um die sozialwissenschaftlichen Forschung, zum Beispiel den Bereich der Soziologie und Wirtschaftswissenschaft und andererseits um die kultur- und kulturgeschichtliche Forschung. Die Quellen finden sich in der Forschungsliteratur über die Freizeit, die in den Zeitschriften der Hochschulen und Universitäten nach den sechziger Jahren geschrieben wurden. Die SED publizierte mehrere Wörterbücher und Broschüren, die sich auch als wichtige Quellen anbieten.

Der dritte Teil bestätigt die Voraussetzungen der Freizeit in der Gesellschaft. Er beantwortet die Kritik, dass der fort dauernde Gütermangel im Staatssozialismus, das heißt die „Mangelwirtschaft“, die Entwicklung der Freizeit im Grunde nicht ermöglichte. Hier wird eine Zeitspanne für die Entwicklung der Freizeitpolitik und des Freizeitverhaltens der DDR vorgeschlagen. Die Quellen berufen sich dabei auf die bisherigen verschiedenen Forschungsergebnisse in der DDR-Forschung. In Ergänzung werden die archivarischen Materialien gebraucht, die das Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde besitzt.

Der vierte Teil betrachtet direkt die Freizeitpolitik. Wie schon erwähnt, bestimmte die SED selbst keine konkrete Freizeitpolitik. Die SED erschuf in jedem Politikbereich, in dem sie die Bedeutung erkannte, Sekretariate und Abteilungen. Beispielweise übernahm die Jugendpolitik die Erziehung und Indoktrination der Jugend. Die Kirchenpolitik behandelte die religiösen Probleme, um die Bevölkerung der Kirche zu entziehen. Mit der Medienpolitik wurden die Massenmedien kontrolliert. Die Kulturpolitik war verantwortlich für die Kontrolle der Intellektuellen und das Angebot an kulturellen Gütern. Das Fehlen des Wortes „Freizeitpolitik“ bedeutet nicht die Unterschätzung dieser Problematik der Freizeit in der Politik der SED. Die Betrachtungen der vorliegenden Arbeit umfassen daher alles von der Planung und dem Verhalten der Politik bis hin zur den Reaktionen und „Gegenmaßnahmen“ der „gewöhnlichen Bevölkerung“. Dafür werden ausführlich die archivarischen Materialien, der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR“ (SAPMO) im Bundesarchiv benutzt.

Der fünfte Teil untersucht schließlich die Erholungspolitik, da sie den Kern der Freizeitpolitik bildet. Die bisherige Forschung erklärt schon, dass der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB) generell die Erholungsreisen für Arbeiter übernahm. Der FDGB-Feriendienst trug dabei die Verantwortung für die Errichtung der Ferienheime, deren Verteilung sowie für das Angebot von Konsumgütern in den Ferienheimen. Hier wird die Realität der Erholungsreisen im Bezirk Rostock aufgezeigt, der den einzigen Küstenbezirk der DDR darstellt. Dabei liegt der Schwerpunkt der Betrachtung im Verhältnis zwischen dem FDGB-Feriendienst und den anderen Institutionen sowie der „gewöhnlichen Bevölkerung“. Die Ergebnisse stammen aus den oben genannten Materialien und den Beständen des FDGB sowie denen des Landesarchivs Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern.

Der sechste Teil thematisiert die Entwicklung der Freizeitszene am Beispiel der Kleingärten in der Stadt Rostock, da diese gegenwärtig als typisches Freizeitverhalten eingeschätzt werden kann. Die Quellen hierzu sind dem Landesarchiv in Greifswald und dem Archiv der Hansestadt Rostock entnommen. Der fünfte und sechste Teil prüfen dabei konkret die Gültigkeit der These von der „Nischengesellschaft“.

Im Schlussteil der vorliegenden Arbeit sollen schließlich die Antworten auf, in der Einleitung gestellten Fragen gegeben werden und die Perspektive für die DDR-Freizeitforschung aufgezeigt werden. Er verdeutlicht, dass die Freizeitforschung nicht nur in der DDR-Forschung sondern auch in der allgemeinen zeitgeschichtlichen Forschung und Politikwissenschaft benötigt wird.

2. Die Freizeitidee innerhalb der DDR

Die Entwicklung der Freizeit in der DDR beruhte nicht nur auf den materiellen Bedingungen, die die Volkswirtschaft und das Konsumleben in der damaligen Gesellschaft bestimmte, sondern auch auf den Überlegungen zur Freizeit innerhalb der DDR, der Freizeitidee. Das sozialistische System legitimierte seine Politik durch den marxistisch-leninistischen Grundsatz. Die SED stellte hierbei keine Ausnahme dar. Damals hatte der Staatssozialismus diesen Grundsatz einseitig und dogmatisch interpretiert, damit seine politische Lenkung nicht in einen Widerspruch geriet. Diese Einschätzung könnte die These unterstützen, dass die „sozialistische Freizeit“ in der DDR auch einseitig und kollektiv gewesen sei. Doch weicht das Bild von der ursprünglichen Eigenart der Freizeit ab. Sie gehört in dem privaten Bereich im menschlichen Leben und symbolisiert sie die Differenzierung und die Individualität. Daher ist die Kollektivierung am schwierigsten im Bereich der Freizeit. Die individuellen, unterschiedlichen Prägungen sind verbunden mit dem wohlhabenden Konsumleben, der „Konsumgesellschaft“, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte. Die Frage, ob die Entwicklung der Gesellschaft in der DDR einen ähnlichen Kurs nahm, bleibt offen. Daher erklärt der Ausblick auf die Freizeitidee innerhalb der DDR nicht nur die Voraussetzung der Politik, sondern stellt auch die Kluft in der wirklichen Politik, also die innere Problematik der Freizeitidee, dar.

Aus dieser Sicht analysiert dieser Teil die offizielle Freizeitidee und die Diskurse um die Freizeit in der DDR-Wissenschaft. Die wissenschaftliche Forschung in der DDR hatte die Funktion, die SED-Herrschaft und deren Politik zu legitimieren. Daher ist die Möglichkeit einer objektiven und kritischen Forschung in der DDR gering gewesen. Die Sozialwissenschaft bewies auch die Richtigkeit der SED, aber sie sollte gleichzeitig die Voraussetzungen für die Planung bieten. Für die Wirtschafts- und Sozialpolitik benötigte die SED besonders objektive Informationen. Die objektive Betrachtung der realen Gesellschaft konnte daher nicht einfach im wissenschaftlichen Diskurs ausgeschlossen werden. Dem gegenüber erhielt die Kulturgeschichte und -wissenschaft keinen direkten Zugang zur wirklichen Politik, daher konnte sie einen vergleichenden freien Forschungsbereich entwickeln. Sowohl die Soziologie, die Wirtschafts- als auch die Kulturwissenschaft liegen zwischen den beiden Polen des Gleichgewichts für die Nützlichkeit realer Politik. Sie argumentierten aber am heftigsten über die Idee der Freizeit. Beide stellten das reale Bild der „sozialistischen Freizeit“ in der DDR dar und zeigten, welche Prägung die SED in den wissenschaftlichen Diskursen erwartete.

Der folgende Teil betrachtet besonders den Widerspruch, der in der offiziellen Idee immanent war und die Kluft zwischen der offiziellen Idee und den wissenschaftlichen Studien. Er untersucht die Prägungen der damaligen wissenschaftlichen Diskurse in der Freizeitidee. Diese enthielten zwei gegensätzliche Richtungen, die Kollektivismus-Einigkeit und die Individuums-Differenziertheit.

In der bisherigen DDR-Forschung, die in der Einleitung erwähnt wurde, entwickelte sich die Betrachtung zur Freizeitidee besser als zu anderen Bereichen der Freizeit. Dennoch beabsichtigte sie nicht, die Widersprüche in der Freizeitidee darzulegen. Mit Ausnahme des genannten Beispiels betrachteten die Kulturwissenschaftler, die aus der DDR kamen, nach der Wende aber nur selten die damalige Freizeitidee, die ihre eigenen Forschungen mit einschloss. Es ist insgesamt festzustellen, dass die bisherigen Forschungen entweder die einheitliche und kollektive Seite der Freizeit diskutieren, die auf die offizielle Einsicht der SED beruhten oder eine bestimmte Eigenart in der Freizeitidee innerhalb der DDR sehen, die etwa aus dem Konsumverhalten resultierte. Sie fasst jedoch nicht systematisch die beiden Aspekte zusammen.

Zunächst muss der Begriff der Freizeit genau bestimmt werden. Auf Deutsch verbindet das Wort „Freizeit“, das Wort „frei“ mit dem Wort „Zeit“. Der Begriff „Freizeit“ schließt die Arbeitszeit, die Schlafenszeit und die sonstige Zeit für den Lebensbedarf aus. Diese Überlegung wird prinzipiell auch in der DDR übernommen. Das deutsche Wort Freizeit passt zu dem, aus dem Griechischen stammenden, Begriff „Muße“. Falls die „Freizeit“ als Zeit bezeichnet wird, stellt sich die Frage, ob sie sich ganz von der Arbeitszeit, der Zeit für Hausarbeit und so weiter abgrenzen lässt und auf den menschlichen Lebenszyklus verteilen lassen kann. Die Stellung der Arbeit bezeichnet die Zeit, um den Lebensunterhalt zu verdienen, aber die Grenze zwischen Hausarbeitszeit und Freizeit ist nicht eindeutig. Diese Undeutlichkeit könnte in der Prägung der Freizeitidee und des wirklichen Freizeitverhaltens in der DDR auftreten. Eine andere Betrachtungsweise ist die Sicht der Individuen und den „Genuss“ des Freizeitverhaltens. Daher umfasst Freizeit auch diese Bedeutung. Doch stellt auch dies noch keine ausreichende Definition des Begriffes dar. In der vorliegenden Arbeit schließt der Begriff „Freizeit“ die Arbeitszeit und die sonstige Zeit für den Lebensbedarf aus, sodass nur die Zeit und das Verhalten als Freizeit verstanden wird, in der die Menschen versuchen Genuss zu erlangen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet sie deren Bedeutung im politischen und sozialen Leben.

2.1 Rahmenbedingungen des Diskurses über die sozialistischen Freizeit

Das Wort „Freizeit“ findet sich nicht direkt in den Werken von Marx und Engels, trotzdem entnahmen die SED und die DDR-Literatur aus ihnen ihre theoretischen Konzepte zur Freizeitidee. Das Wort Freizeit taucht bei ihnen lediglich einmal auf: „Unser Ziel ist es, ein sozialistisches System zu erreichen, das allen gesunde und nützliche Arbeit, allen ausreichenden Wohlstand und ausreichende Freizeit, und allen wahre und vollste Freiheit geben wird.“⁴⁸

Die Bezeichnungen „freie Zeit“ oder „disposable Zeit“⁴⁹ erscheinen jedoch häufiger. Dabei gaben Marx und Engels keine eigene Betrachtung zur Freizeit. Sie wurde im Zusammenhang mit der Arbeit oder der Arbeitszeit erwähnt. Es ist nicht korrekt, dass die wissenschaftlich Forschung der DDR die Freizeit frei erörterte oder dass sie sie ignorierte. Der Diskurs über die Freizeit war kein Tabuthema, sondern wurde unter bestimmten Rahmenbedingungen debattiert.

2.1.1 Voraussetzungen zur sozialistischen Freizeit: Beschränkung der Arbeitszeit, wirtschaftliche Entwicklung und inhaltliche Form

Zum Einen leitete die SED die Freizeitidee aus den Teilen der Werke von Marx und Engels ab, in denen sie die Arbeitszeitverminderung erwähnten. Es war selbstverständlich, dass damit die quantitative Entfaltung der Freizeit die Kehrseite der gleichen Medaille formt: „Wir erklären die Beschränkung des Arbeitstages für eine Vorbedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen nach Verbesserung und Emanzipation scheitern müssen. Wir schlagen 8 Arbeitsstunden als gesetzliche Schranke des Arbeitstages vor.“⁵⁰ Die Einschränkung der Arbeitszeit habe die Freiheit und Sozialtätigkeit für die Arbeiter erreicht: „Die Freiheit in diesem Gebiet [dem produktiven Gebiet – N.K.] kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen.“⁵¹ Dies zeigt

⁴⁸ Beilagen: Bemerkungen von Friedrich Engels zum Programm der Sozialistischen Föderation in Nordengland, in: Karl Marx Friedrich Engels Werke (MEW), Bd., 21, Berlin (Ost) 1979, S. 511.

⁴⁹ Karl Marx, Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, in: MEW, Bd. 16, Berlin (Ost) 1962, S. 192.

⁵⁰ Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, Berlin (Ost) 1964, S. 828.

die quantitative Seite der Freizeit. Die Verminderung des Arbeitstages nahm deshalb in der Sozialpolitik der SED eine wichtige Stelle ein.

Zum Anderen hatte die wirtschaftliche Entwicklung erstmals die Beschränkung der Arbeitszeit ermöglicht: „Erst die durch die große Industrie erreichte ungeheure Steigerung der Produktivkräfte erlaubt, die Arbeit auf alle Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme zu verteilen und dadurch die Arbeitszeit eines jeden so zu beschränken, daß für alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft – theoretischen wie praktischen – zu beteiligen.“⁵¹ Logischerweise kommt die sozialistische Gesellschaft im Marxismus nach der kapitalistischen Phase. Nach der Russischen Revolution bestand sie aber tatsächlich neben der kapitalistischen Gesellschaft, jedoch konnte der existierende Sozialismus nicht auf dieses Bild verzichten. Nach dieser Logik musste die sozialistische Gesellschaft in der DDR das sprunghafte Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Intensität der Arbeitskraft in der kapitalistischen Ära übernehmen, um mehr Freizeit zu erhalten. Notwendigerweise muss die Arbeit unter allen gesellschaftlichen Teilnehmern gleichwertig aufgeteilt werden: „Je mehr die Produktivkraft der Arbeit wächst, um so mehr kann der Arbeitstag verkürzt werden, und je mehr der Arbeitstag verkürzt wird, desto mehr kann die Intensität der Arbeit wachsen. Intensität und Produktivkraft der Arbeit gegeben, ist der zur materiellen Produktion notwendige Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags um so kürzer, der für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen erobere Zeitteil also um so größer, je gleichmäßiger die Arbeit unter alle werktätigen Glieder der Gesellschaft verteilt ist“.⁵² Durch diese Ausführung konnte die SED die Vollendung der Freizeitidee in die Zukunft verschieben, da sie zunächst den Wiederaufbau der Wirtschaft direkt nach dem Zweiten Weltkrieg vorziehen musste. Sie sollte aber gleich nach einem bestimmten wirtschaftlichen Wiederaufbau die Freizeit als politisches Ziel setzen.

Als nächstes stellte die SED den Inhalt der „sozialistischen Freizeit“ in Frage. Einerseits hatte die Freizeit die Ruhezeit dargestellt, in der die Bevölkerung ihre Arbeitskraft wieder erlangen konnte, andererseits hatte sie die Gelegenheiten für soziale Aktivitäten erzeugt. Daran ist der qualitative Aspekt der „sozialistischen Freizeit“ zu beweisen: „Sie [die Beschränkung des Arbeitstages – N.K.] ist erheischt, um die Gesundheit und körperliche Energie der Arbeiterklasse, d.h. der großen Masse einer jeden Nation, wiederherzustellen und ihr die

⁵¹ Engels Friedrich, Anti-Dühring Dialektik, in: MEW, Bd. 20, Berlin (Ost) 1972, S. 169.

⁵² Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin (Ost) 1962, S. 552.

Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Verkehrs und sozialer und politischer Tätigkeit zu sichern“.⁵³ „Die freie Zeit, die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein andres Subjekt verwandelt, und als dies andre Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß.“⁵⁴ Weiter haben die Arbeiter bei Lenin die Freizeit für ihre politische Rolle gebraucht: „(dass) der Sozialismus den Arbeitstag verkürzen, die Massen zu einem neuen Leben emporheben und die Mehrheit der Bevölkerung in Verhältnisse versetzen wird, die allen ohne Ausnahme gestatten werden, ‚Staatsfunktionen‘ aus[zu]üben.“⁵⁵ Die Aussagen zeichnen den Ansatz für die Ausbildung der Persönlichkeit im Staatssozialismus.

Die SED führte im Zusammenhang mit der Arbeitsidee die Voraussetzungen der eigenen Freizeitidee in drei Punkten auf: 1. die qualitative Zunahme der Freizeit, 2. der Zuwachs der Produktivität als die Bedingung der Freizeit, und 3. die qualitative Inhalt der Freizeit. Die folgenden DDR-Literaturen begannen aufgrund dieser Punkte ihren Diskurs. Aber diese drei Voraussetzungen bestimmten auch die allgemeine Politik der SED selbst.

2.1.2 Die offizielle Freizeitidee der SED: „Sinnvolle Nutzung“ der Freizeit und Verwirklichung der „sozialistischen Lebensweise“

Die Freizeit besaß nicht von Anfang an den festgestellten Stellenwert in den Überlegungen der SED. In den fünfziger Jahren vertrat die SED die Ansicht, dass das Freizeitverhalten nur in der westlichen bürgerlichen Gesellschaft problematisch war. Im Sozialismus habe die Arbeit selbst, als Methode der Selbstverwirklichung funktioniert. Die Worte „Freizeit“ oder „Freizeitgesellschaft“ wurden verworfen, da sie die Freizeit und die Arbeit voneinander trennten. Diese Denkweise gründete sich darauf, dass die Arbeit die wichtigste Rolle im Sozialismus und in der kommenden kommunistischen Gesellschaft spielte.

Die Veränderung der Gesellschaft nach dem Wiederaufbau in der DDR benötigte dennoch die Entstehung der Freizeitidee. Mit der Zeit wurde es allmählich unmöglich, die menschliche Lebenszeit nur durch Arbeit zu ordnen. Die SED musste eine eigene sozialistische Freizeit bestimmen, die sich von der Freizeitszene des Kapitalismus unterschied: „Im Sozialismus ist

⁵³ Marx, a. a. O. (Bd. 16), S. 192.

⁵⁴ Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, Berlin (Ost) 1983, S. 607.

⁵⁵ Wladimir Iljitsch Lenin, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgabe des Proletariats in der Revolution, in: Werke, Bd. 25, Berlin (Ost) 1972, S. 504.

der für den Kapitalismus typische Gegensatz zwischen Arbeit, Arbeitszeit und F. [Freizeit] beseitigt. Beide Lebensbereiche sind durch enge und produktive Wechselwirkungen miteinander verbunden, die Übergänge zwischen ihnen sind vielfach fließend.“⁵⁶

Die offizielle Freizeitidee versuchte auf diese Weise mit der Arbeit die Freizeit zu umfassen. Sie basiert auf der marxistischen Voraussetzung und sie verband die leninistische Disziplin, in der die Partei die „Führungsrolle über die Massen“ ergriff. Das Ergebnis des langen Kampfes der Arbeiterbewegung hatte die Erhöhung der Freizeit bewirkt: „Insgesamt orientiert sich die wissenschaftliche Weltanschauung und Politik der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auf die Vermehrung der freien Zeit, der Schaffung immer besserer Möglichkeiten für ihre aktive Nutzung und Ausbildung entsprechender individueller Bedürfnisse und Fähigkeiten. Seit Entstehen der organisierten Arbeiterbewegung währt der Kampf um die Sicherung eines normalen Arbeitstages und eines bestimmten Maße an F. [Freizeit].“⁵⁷

Darüber hinaus bot die Entwicklung der Freizeit in der Sowjetunion ein Muster für die DDR. Die SED schloss aus den sowjetischen Überlegungen, dass die Politik der KPdSU die Freizeit der Werktätigen ermöglicht hatte. Sie sah es als erwiesen an, dass die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) den gesetzlichen Acht-Stunden-Arbeitstag schon vor dem Zweiten Weltkrieg verwirklicht hatte und die Verkürzung der Arbeitsstunden in den anderen osteuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg förderte. „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“, das Motto, das die SED häufig nutzte, wurde auch auf die Freizeitidee der DDR übertragen.

Die SED legitimierte damit die eigene Rolle in der Freizeit. Die Freizeit konnte nicht jedem Individuum selbst überlassen werden, daher versuchte sie unbedingt Einfluss auf die Freizeit zu gewinnen. Aus Sicht der SED war die Freizeit sowohl für das Individuum als auch für die gesamte Gesellschaft sinnvoll, um eine Orientierung beim Aufbau des Kommunismus zu geben. Deswegen stellte sie die „sinnvolle Freizeitnutzung“ in Frage und förderte die „sozialistischen Persönlichkeit“. „Ihr [Freizeit's – N.K.] Umfang ist ein wesentliches Kennzeichen der materiellen und kulturellen Entwicklungsfortschritte der sozialistischen Gesellschaft. Deshalb muß diese freie Zeit als eine Form des ‚gesellschaftlichen Reichtum‘ von allen Mitgliedern dieser Gesellschaft auch gesellschaftlich wie individuell sinnvoll und effektiv verwendet

⁵⁶ Freizeit, in: Kultur-Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 216 f.

⁵⁷ Freizeit, in: Kleines Politisches Wörterbuch, Neuauflage 1988, Berlin (Ost) 1989, S. 284.

werden.“⁵⁸

Schließlich stand die Freizeit „in einem sich immer mehr ausprägenden Zusammenhang mit der Ausbildung der sozialistischen Lebensweise.“⁵⁹ Die Lebensweise „ist untrennbar mit der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeit verbunden, deren Denken und Handeln in Übereinstimmung mit der Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung steht und vom sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus gekennzeichnet ist.“⁶⁰ Es wird damit auf die kollektive und einseitige Richtung von Mittel und Zweck zur Verwirklichung der Freizeit verwiesen.

Die individuelle Prägung, die in der Freizeit immanent ist, war gleichzeitig nicht zu unterbinden. Die offizielle Idee bespricht auch folgende Überlegung: „Soziale Kontakte werden in der F. [Freizeit] ebenso gepflegt wie persönliche Interessen und Liebhabereien. F. [Freizeit] ist somit ein wichtiger ‚Raum zu menschlicher Entwicklung‘.“⁶¹ Sie zeigt, dass Freizeit und Individualität zusammengehören.

Aufgrund der generellen Erkenntnis über das SED-Regime kann die offizielle Prägung der Einseitigkeit und der Kollektivität leicht kritisiert werden. Dennoch trat der Widerspruch, ob die Kollektivität oder die Individualität in der offiziellen Freizeitidee mehr Gewicht besitzt, früh auf. Jedoch unterschätzte die SED den Antagonismus dieser Problematik.

2.2 Die „Freizeitidee“ in der Wissenschaft der DDR (1): Der Diskurs in der Sozialwissenschaft

Der soziologische Bereich führte in den sechziger Jahren die Freizeit in seine Forschungen ein.⁶² Damals wurde festgelegt, die Freizeit nicht nur als Zeit, sondern auch als Aktivität für die Gesellschaft anzusehen. In der soziologischen Freizeitforschung sind vier Richtungen vorhanden. Zuerst begann die „Körperkultur“, die Sport sowie die physische und psychologische Gesundheit der Menschen analysierte, systematisch die Freizeit zu untersuchen.

⁵⁸ Freizeit, a. a. O. (Kultur-Politisches Wörterbuch), S. 216 f.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Lebensweise, in: Ebd., S. 447.

⁶¹ Freizeit, a. a. O. (Kleines Politisches Wörterbuch), S. 283 f.

⁶² Im Staatssozialismus wurde zunächst das Wort „Soziologie“ oder „Sozialpolitik“ vermieden, da es an den Misserfolg der Politik im kapitalistischen Regime erinnerte. Die sozialistische Politik bedurfte aber auch graduell nach den sechziger Jahren der Soziologie. Interessanterweise verlief die Entwicklung der Freizeit und der Soziologie parallel.

Ihr Forschungsinteresse bezog auch den „Sporttourismus“ ein. Als Zweites konzentrierte sich die Jugendforschung auf die auf das Freizeitverhalten gerichtete Pädagogik. Drittens wurde die Freizeit von dem ökonomischen gesellschaftlichen Interesse, besonders der Zeitbudgetforschung, berücksichtigt und Viertens fragte die Konsumforschung nach dem Verhältnis zwischen der Freizeitverlagerung und dem Konsumleben, das die Verbreitung von hochwertigen Konsumwaren und der Dienstleistungsindustrie förderte. Diese vier Richtungen kreuzten sich, deshalb kann die Betrachtung nicht im Einzelnen getrennt werden.

2.2.1 Freizeit für ein gesundes Leben: Studien zur „Körperkultur“

Als Pionierleistung der „Körperkultur“ lässt sich die Studie von Skell erwähnen, die aus medizinischer Sicht die Bedeutung des Urlaubs hinterfragt.⁶³ Diese Studie empfahl nicht die Organisation der Freizeit, sondern erkannte die Notwendigkeit der unabhängigen und unorganisierten Aktivitäten im Freizeitverhalten, auch wenn die Regierung die Freizeitgüter anbot. Die durch die Regime durchgeführte Organisation der Freizeit sei schädigend gewesen, da sie die Reproduktion der Arbeitskraft stört. Die Freizeit hatte sich in der reinen Ruhezeit zu befinden, damit die Gesunderhaltung der Werktätigen gefördert wurde.

Die Deutsche Hochschule für Körperkultur Leipzig in Leipzig (DHfK), die die Sport- und Gesundheitswissenschaft der DDR leitete, führte die körperkulturelle Freizeitforschung fort. Hier begann ein Untersuchungsprojekt im März 1961, die Probleme der aktiven Ferienerholung durch Touristik und Sport zu untersuchen.⁶⁴ Das Projekt fand von 1961 bis 1964 in den Monaten von Juli und August mit Interviews und der Verteilung von Fragebogen statt. Als Orte wurden die FDGB-Erholungseinrichtungen und Campingplätze im Küstenerholungsgebiet der Ostseebäder im Bezirk Rostock und dem Forsterholungsgebiet des Mittelgebirges im Bezirk Erfurt ausgewählt. Zahlreiche Wissenschaftler aus den verschiedenen Forschungsbereichen, nahmen an diesem internationalen und interdisziplinären Projekt teil, wobei die Sportwissenschaft die zentrale Rolle spielte. Buggel, der der Leiter dieses Projekts war, zeigte, dass dieses Projekt nicht nur die Realität der Erholung von Erwachsenen im Urlaub darstellte, sondern auch Urlaub als die zukünftige Erholungsform nachzuprüfen versuchte.⁶⁵

⁶³ Wolfgang Skell, Freizeitforschung aus Sicht der Psychologen, Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Mathematik-naturwissenschaftliche Reihe 12 (1963) 1, S. 9 ff.

⁶⁴ Vgl. Edelfried Buggel, Aus der Arbeit der Internationalen Sozialistischen Forschungsgemeinschaft „Aktive Ferienerholung“, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutschen Hochschule für Körperkultur, 4 (1962) 2, S. 101 ff.

⁶⁵ Über den ausführlichen Inhalt des Projektes, vgl. Edelfried Buggel, Zur gegenwärtigen Situation und zu den

Der Urlaub hatte im Zeitbudget eines Jahres damals nur durchschnittlich 4% ausgemacht.⁶⁶ Der Gegenstand des Projektes beruhte auf den damaligen fortgeschrittenen vorbildlichen Einrichtungen. Daher kann die soziale Bedeutung von Freizeit niedrig eingeschätzt werden. Auch deshalb thematisiert folgende Aussage den zukünftigen Zuwachs des Freizeitbedarfs in der DDR: „[dem Urlaub] kommt [in] ihm [dem Zeitbudget - N.K.] in unserer sozialistischen Gesellschaft als Mittel zur Erholung, zur allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit und zur Steigerung der Lebensfreude unserer Werktäglichen in zunehmendem Maße Bedeutung zu.“⁶⁷

Das Projekt untersuchte vor allem, wie man den Urlauber die Bedeutung des Sports verstehen lässt, darüber hinaus, ob die Bedeutung des Sports im Alltagsleben festgestellt wurde. Somit versuchte die Untersuchung eine Werbungs- und der Aufklärungsmethode aufzustellen. Hier erscheint der Streitpunkt bei der Organisation des Sportverhaltens. Buggel schlug nicht unbedingt die Förderung der Sportaktivität durch eine einheitliche Mobilisierung vor. Er kritisierte selbst die Durchführung der Aufklärung und der Werbung: „Wie oft wurde auf Versammlungen, in Vorträgen, in Aufklärungs- und Werbeschriften, auf Plakaten und Transparenten, durch die die Menschen überzeugt werden sollten, Sport zu treiben, der zweite Schritt vor dem ersten getan.“⁶⁸ Anschließend legte er die Ansicht vor, dass „die politische Aussage mit den persönlichen Anliegen und Wünschen organisch verquickt sein muß.“⁶⁹ Der Blick auf die Individualität wurde in der Aufklärung benötigt. Zusätzlich forderte die Studie keine einseitige Organisation des Sportverhaltens, die im allgemeinen vom sozialistischen Regime vertreten wurde: „Wenn von gesundheitlichen Überlegungen ausgehend der Mensch in Zukunft täglich Sport treiben wird, so ist sicher nicht zu erwarten, daß sich das ausschließlich in einem streng organisierten Rahmen vollzieht.“⁷⁰

Hier wird die zeitweilige Eigenart dieses Forschungsbereiches erkennbar. So schlug er, aufgrund der Untersuchung der wirklichen Gesellschaft, Alarm bei der SED und warnte, dass die alleine Durchführung der kollektiv-einseitigen Politik keinesfalls das reale Freizeitverhalten in die von der SED erhoffte Richtung lenken könne.

Perspektiven der Freizeitforschung an Erwachsenen der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Körperkultur, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutsche Hochschule Körperkultur Leipzig, 8 (1966) 3, S. 9 ff.

⁶⁶ Edelfried Buggel, Sport und Touristik im Urlaubsverhalten Jugendlicher und Erwachsener. Verlauf und Ergebnisse einer konkret-soziologischen Untersuchung im Juli 1962 in Graal-Müritz (Ostsee), in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 12 (1963) 10, S. 361.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Edelfried Buggel, Über die Bedeutung des Sportes für Freizeit und Urlaub, in: Wissenschaftliche Zeitschrift. Der Karl-Marx Universität Leipzig, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Reihe, 12 (1963) 1, S. 66.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd., S. 67.

2.2.2 Erziehung und „sinnvolles“ Freizeitverhalten: Studien zur Jugend

Röblitz, der in der Jugendforschung das Freizeitverhalten überprüfte, untersuchte das jugendliche Sportverhalten. Nach seiner Meinung war es die Aufgabe der Freizeit, „unsere jungen Menschen dahin zu führen, daß sie die Freizeit als wichtigen Teil des sozialistischen Lebens bewußt zu gestalten vermögen, daß sie fähig und bereit sind, ihre freie Zeit klug zu nutzen.“⁷¹ Die pädagogischen Möglichkeiten bei der jugendlichen Generation und die Aufklärung ihrer Persönlichkeit wurden debattiert. Dies fand Anwendung in der Fragestellung der sozialen Untersuchung: „Erhalten Sie von den Lehrern und Lehrmeistern Anregungen zur inhaltlichen Gestaltung Ihrer Freizeit?“. Die Antwort zeigte, dass circa 18 % der Jugend immer oder sehr oft Impulse von ihren Lehrern bekamen, circa 44% oft, und rund 37% von den 383 Befragten fast nie Anregungen bekamen. Daher wurde festgestellt, „daß es dringend geboten ist, unsere Lehrkräfte sehr intensiv auf dieses wichtige pädagogische Betätigungsgebiet zu orientieren.“⁷² Die Studie erwähnt außerdem die Bedeutung der jugendlichen Sportaktivität in dem Freizeitverhalten. Das Motto „Vertane Zeit ist vertanes Leben“ zeigte deutlich die Richtung dieses Forschungsbereichs.⁷³ Damit die Jugendforschung im Sportbereich die Notwendigkeit der jugendlichen Persönlichkeitsentwicklung offen ausdrückte, folgte diese Betrachtung zur Freizeit den ideologischen Ankündigungen der SED. Dennoch kann nicht ignoriert werden, dass die Studie das Musterbeispiel der folgenden Jugendforschung war.

In einem anderen Punkt ist es aber interessant, dass sich die Unterschiede des Geschlechts auf die Freizeit als Zeit auswirkten. Als Ergebnis der wirklichen Untersuchung haben die Mädchen weniger Freizeit als die Jungen erhalten.⁷⁴ Die Frauen hatten einheitlich die Belastung der Hausarbeit getragen, wie in folgenden Teil zu sehen ist.

Danach entwickelte das „Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig“ weitere Freizeitforschung zur Jugend. Die Studie von Voß war repräsentativ.⁷⁵ Sie zitierte die oben genannte Bedingung von Jugendforschung, und stellte das „sinnvolle“ Freizeitverhalten und deren pädagogischen Art und Weise in Frage. Die folgende Aussage bestimmt dabei nicht

⁷¹ Günther Röblitz, Jugendforschung, Freizeitbereich als Problemen und Aufgabe, in: Jugendforschung, 1965 4, S. 3.

⁷² Günther Röblitz, Führung des Freizeitleben der lernenden Jugend als pädagogische Aufgabe, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutsche Hochschule für Körper Kultur Leipzig, 8 (1966) 3, S. 85 f.

⁷³ Röblitz, a. a. O. (Jugendforschung), S. 1.

⁷⁴ Günther Röblitz, Freizeitpädagogik in der DDR als Problem und Aufgabe, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftlicher Reihe, 17 (1968)1, S. 24.

⁷⁵ Vgl. Autorenkollektiv unter Leitung von Peter Voß, Die Freizeit der Jugend, Berlin (Ost) 1981.

einfach den Inhalt von sinnvollem Verhalten: „Ob eine Freizeittätigkeit ‚sinnvoll‘ ist oder nicht, kann immer nur im Hinblick auf ihre Stellung in der gesamten Lebenstätigkeit entscheiden [entschieden- N.K.] werden. Tätigkeitsloses Ruhen ist durchaus sinnvoll, wenn es verausgabte körperliche Kräfte wiederherstellt; aktiver Sport ist sinnvoll, wenn er Bewegungsarmut überwindet und Energien mobilisiert, die wieder auf die Arbeit zurückwirken. Auch ein Gaststättenbesuch kann sinnvoll sein, wenn er dem Bedürfnis nach sozialer Kommunikation dient und soziale Isolierung abbaut.“⁷⁶ Auf der pädagogischen Seite schlug sie folgendes vor: „In der pädagogischen Arbeit mit der Jugend müssen darüber hinaus Einsichten über den Wert der Freizeit und ihre Nutzung im gesellschaftlichen und persönlichen Interesse vermittelt werden. Damit die Funktionen der Freizeit tatsächlich zur Geltung kommen, ist ein hohes Maß persönlicher Anstrengungen erforderlich. Die Befähigung der Jugend zur sinnvollen Nutzung ihrer freien Zeit ist keine Aufgabe einer speziellen ‚Freizeiterziehung‘. Es geht auch nicht um die Aufnahme eines neuen Fachs ‚Freizeit‘ in die Lehrpläne und Ausbildungsdokumente, sondern um die größere Aufmerksamkeit aller Pädagogen für die Freizeit der Kinder und Jugendlichen im Gesamtprozeß der Bildung und Erziehung.“⁷⁷ Die Zitate zeigen, dass das Freizeitverhalten im Sozialismus nicht in eine bestimmte Form gedrückt werden konnte, sondern dass es dem realen gesellschaftlichen Zustand entsprechen musste. In der Freizeitforschung der Erziehungswissenschaft erhielt die Freizeitidee eine kollektiv-einseitige Prägung hinsichtlich ihrer inhaltlichen Seite. Im erzwungenen Dialog mit der Gesellschaft kam es jedoch zur schrittweisen Veränderung.

2.2.3 Freizeit als Zeit außerhalb der Arbeit: „Zeitbudgetforschung“

Die Freizeitforschung zur „Körperkultur“, die Jugendforschung, und die Studie zum Sport erfassten den Freizeithalt in ihren Betrachtungen. Die Freizeitforschung aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive ordnete die Freizeit als Zeit ein und betrachtete speziell die Möglichkeit ihrer zeitlichen Verlagerung. Diese Forschung stellte die Voraussetzung für die Politik der SED dar und vertrat somit die gesamte Freizeitforschung in der DDR. Das enge Verhältnis von Freizeit und Arbeitszeit wurde daher besprochen. Deren Ausgangspunkt liegt in der Forschung von Hieck. Sie passte allgemein zur offiziellen Freizeitidee der SED: „Die Ausdehnung der Freizeit unter den Bedingungen der sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaftsordnung stellt die Gesellschaft vor neue, große Aufgaben. Die Freizeit soll vor allem zur maximalen Erholung, zur ständigen Weiterbildung, für familiäre

⁷⁶ Ebd., S. 63 f.

⁷⁷ Ebd.

Belange und zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Verpflichtungen zur Verfügung stehen.“⁷⁸ Dabei sollte die Zeit außerhalb der Arbeitszeit ebenso wie die Arbeitszeit „sinnvoll“ genutzt werden. Auch wurde kritisiert, dass die Bevölkerung für Hausarbeit zuviel Zeit verbrauchte, obwohl die Produktivität sich in der Arbeitszeit sinnvoll erhöhte. Besonders waren die Frauen davon betroffen und die Befreiung von der sinnlosen Hausarbeit und die Verbesserung der Lebensbedingung waren erforderlich. Die folgenden vier Maßnahmen trugen, insbesondere für die Frauen, zur Verlagerung der Freizeit, bei: 1. Ausgestaltung und Ausstattung der Wohnräume (Fernheizung, Warmwasserversorgung, Müllschlucker, Kühlanlage, Einbaumöbel usw.), 2. die Verbesserung im Handel (Erweiterung des Netzes der Selbstbedienungsläden, Verbreiterung des Warensortiments, beständiges Warenangebot, Hebung der Verkaufskultur usw.), 3. Speisezubereitung (ein breiteres Netz von Speisegaststätten, Betriebsrestaurants, kochfertige Gerichte bzw. Halbfertigwaren oder zubereitete Rohwaren), 4. Kinderbetreuung und -erziehung. Hieck vergaß dabei nicht den Aspekt der „Bildung“ für die Etablierung des Sozialismus.⁷⁹ Die Wissenschaftler in der DDR erkannten auch hier die Wechselwirkungen zwischen der Verlagerung der Dienstleistungsindustrie und der Entwicklung der Freizeit.

Das Zentralkomitee der SED stellte 1964 das Projekt „Ausarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen der planmäßigen Entwicklung des Lebensstandards“ vor, womit die SED erstmals ernsthaft die Notwendigkeit der Freizeitforschung als ökonomisches Problem anerkannte. Mehr als 100 Wissenschaftler nahmen an diesem interdisziplinären Projekt teil. Nach Keck bestand das Ziel darin, die „wesentliche[n] wissenschaftliche[n] Grundlagen zur planmäßigen Bestimmung der Entwicklung der Lebensstandards zu erarbeiten.“⁸⁰ Dieses unterlag der Richtlinie des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL), die die allgemeine Wirtschaftspolitik in den sechziger Jahren festlegte. Daher prüften sie hauptsächlich die Schritte zur Verbesserung des Konsumlebens in der DDR. Dabei bildete die Untersuchung der Freizeit als die Zeit außerhalb Arbeitszeit eine konkrete Aufgabe. In diesem Untersuchungsprojekt gründete sich die Forschungsgemeinschaft „Rationelle Nutzung des Budgets an arbeitsfreier Zeit“. Sie untersuchte den Zeitzirkel der Bevölkerung, um die soziale Bedeutung für die Freizeit als Zeit festzustellen. Hierin erklärt sich der Begriff „Zeitbudgetforschung“ und stellt ein typisches Beispiel der Freizeitdiskurse in der DDR dar.

⁷⁸ Willy Hieck, Die Wechselwirkung zwischen Arbeitszeit und Freizeit und der Zusammenhang mit der allseitigen Entwicklung des Menschen im Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaft, 9 (1961) 2, S. 287.

⁷⁹ Ebd., S. 291 ff.

⁸⁰ Alfred Keck, Zum Forschungsprogramm des Arbeitskreises „Lebensstandard“, in: Wirtschaftswissenschaft 12 (1964) 6, S. 1020.

In der „Zeitbudgetforschung“ prägte die Freizeit im Verhältnis zur Arbeitszeit die eigenen Merkmale: „Freizeit soll vor allem zur ständigen beruflichen und allseitigen Weiterbildung, für die Befriedigung geistig-kultureller Bedürfnisse sowie zur Erhaltung und Erweiterung der physischen Kräfte der Menschen genutzt werden. Der Umfang der Freizeit ist einerseits abhängig von der Zeit, die für die übrigen Tätigkeiten aufgewandt wird und andererseits vom Umfang und der Struktur der Freizeitbedürfnisse“.⁸¹ Tabelle 1 zeigt den strikten Begriff der Freizeit in der DDR und erfasst den Inhalt der Freizeit wie folgt:

1. Zeitaufwand für die persönliche Bildung und Qualifizierung (außerhalb der bezahlten Arbeitszeit)
2. Zeitaufwand für gesellschaftliche Tätigkeiten
3. Zeitaufwand für religiöse Betätigungen
4. Dauer des Besuchs von Kultur- und Sportveranstaltungen sowie kultureller Einrichtungen
5. Zeitaufwand für die künstlerische Selbstbetätigung und Hobbys
6. Zeitaufwand für die aktive Sportausübung
7. Dauer des Empfangs von Fernseh- oder Rundfunksendungen, des Anhörens von Schallplatten und Lesens von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen
8. Erholungszeit (ohne besondere Tätigkeiten)
9. Dauer der Teilnahme an geselligen Zusammenkünften
10. Zeitaufwand für sonstige Freizeittätigkeiten (Gespräche, Briefe schreiben und dergleichen).⁸²

In der sozialistischen Gesellschaft trug die Freizeit hier offiziell eine positive Rolle. Die echte Freizeit konnte sich nach Meinung der SED erst im Sozialismus für die Werktätigen verwirklichen. Im Kapitalismus musste die Freizeitform dagegen für jede wirtschaftliche Schicht unterschieden werden, sodass Freizeit nur ein Privileg weniger Personen darstellte.

Die Verwirklichung dieser Freizeit im Sozialismus bedurfte, aufgrund der „sozialistischen Lebensweise, der Rationalisierung jeder einzelnen Lebenszeit. Die „wissenschaftlich-technische Revolution“ nach den sechziger Jahren hatte die sinnvolle Nutzung der Arbeitszeit eingeführt. Daraus folgte der Bedarf der rationellen Nutzung der Zeit außerhalb der Arbeitszeit. So erforderte auch hier die „sozialistische Lebensweise“ die

⁸¹ Autorenkollektiv unter Leitung Gerhard Lippold, Das Zeitbudget der Bevölkerung, Berlin (Ost) 1971, S. 47.

⁸² Ebd., S. 42 ff.

„sinnvolle“ Nutzung der Freizeit selbst.

Diese ökonomisch-soziologische Auffassung unterscheidet sich von dem gegenwärtigen Image zur DDR, in dem die Bevölkerung vor der Tür des kleinen Ladens viele Stunden in der Schlange wartete. Es ist überraschend, dass diese Auffassungen in der DDR ernsthaft diskutiert wurden. Sie hätte einfach den ideologischen Ton im offiziellen Bereich festlegen und von der Gesellschaft der DDR fernhalten können. Dennoch zeigt das Ergebnis einer internationalen Untersuchung der UNESCO, an der die DDR ebenso wie die USA, Frankreich, Ungarn und die Sowjetunion teilnahmen, dass Männer in der DDR mehr arbeiteten als vergleichsweise Männer in Westdeutschland, sie aber ein ähnliches Zeitbudget wie Männer in Belgien besaßen.⁸³ (Tabelle 2) Im Vergleich der elf teilnehmenden Länder erhielten die Männer in der DDR die meiste „reine“ Freizeit. Dagegen hatten die Frauen der DDR im Durchschnitt weniger Freizeit als in den westlichen Ländern. (Tabelle 3)

Die Untersuchung wurde in Städten durchgeführt, die ähnliche Bedingungen aufwiesen, wie zum Beispiel die Größe und die industrielle Struktur. In der DDR fand die Untersuchung in Hoyerswerda, das zum Modell der sozialistischen Stadt im Bezirk Cottbus ausgebaut wurde, statt.⁸⁴ Das Ergebnis zeigt, dass das Leben in der DDR qualitativ nicht gleich dem der westlichen Welt war. Dennoch erzeugte das Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg eine bestimmte politische und soziale Möglichkeit an Freizeit auch in der östlichen Welt. Die Freizeitmöglichkeiten wurden schrittweise, aufgrund des Strebens nach zukünftigem besserem Leben, in den sechziger und siebziger Jahren in der DDR erweitert. Daher werden diese Jahre von Zeitzeugen der DDR teilweise noch immer als Jahre der „Wunderwirtschaft“ bezeichnet.⁸⁵

Diese Untersuchung schlug die Methode der „sinnvollen“ Nutzung der Zeit vor, aber sie betrachtete nicht, ob der Plan, in den verschiedenen wirtschaftlichen Beschränkungen, tatsächlich zu realisieren war. Die soziologische Forschung versuchte die gesellschaftliche Realität der DDR zu erklären. Die oben genannte Vorstellung von Freizeit, die die „Zeitbudgetforschung“ vertrat, konnte eine zu großzügige Perspektive eröffnen. Diese positiven Aussagen der SED über die Freizeit erweckte in der gewöhnlichen Bevölkerung

⁸³ Vgl. Gerhard Lippold, Querschnittsanalyse von Zeitbudgets aus elf Ländern, Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie 4/1967, S. 439-447.

⁸⁴ Über die mehr ausführliche Untersuchung in Hoyerswerda, Vgl., Gerhard, Lippold, Eine Zeitbudgeterhebung für die Lebensstandardforschung, in: Wirtschaftswissenschaft 16 (1968) 12, S. 2026-2044.

⁸⁵ Siehe hierzu: Wunderwirtschaft DDR – Konsumkultur in den 60er Jahren, hrsg. von Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln/Weimar/Wien 1996.

möglicherweise den Eindruck, dass die Verwirklichung des fruchtbaren Sozialismus in der DDR, wie selbstverständlich, erreichbar war. Die SED bestimmte einseitig den Inhalt der Wohlfahrt, aber die Bevölkerung konnte unter diesen Rahmenbedingungen wahrscheinlich die vielfältigen Möglichkeiten des Konsumlebens und der Freizeit voraussehen. Daher bestimmten die Forschungsdiskurse selbst die Richtung der Politik der SED.

2.2.4 Konsum und Freizeit: der Diskurs im „Institut für Bedarfs- und Marktforschung“

Die „Lebensbedarfsforschung“ befasste sich mit der Frage der Erweiterung der Konsumgüter. In diesem Rahmen verband sich die Freizeit stark mit dem Konsum. Das „Institut für Bedarfsforschung“, das 1961 in Leipzig gegründet und 1966 in „Institut für Marktforschung“ umbenannt wurde, trug in diesem Bereich hauptsächlich zur Forschung bei. Das Institut gründete sich nach der Abschaffung der Bezugsscheine im Jahr 1958 und hatte die Zielsetzung, den erforderlichen Informationsbedarf der Bürokratie zu erfüllen.⁸⁶ Es führte die Untersuchungen durch, die das Ministerium für Handel und Versorgung in Auftrag gab. Dabei wurden die ideologischen Implikationen – wie etwa die Frage, welche Bedeutung der „Markt“ und damit die Marktforschung in den sozialistischen Wirtschaftssystemen überhaupt besaßen – in der DDR weniger diskutiert.⁸⁷ Es reflektiert das Gefühl der Zeit des NÖSPL, in der die SED die Reform der Planwirtschaft und eine eigene Liberalisierung anstrebte.

Im Jahr 1965 bestätigte das Institut in dem Projekt „Erleichterung der Hausarbeit“, das sich auf der Direktive des Ministeriums für Handel und Versorgung gründete, den Bedarf nach Freizeitforschung: „In dieser Arbeit werden der Umfang und die Struktur der Freizeit unter besonderer Berücksichtigung der Freizeitgestaltung der Frauen untersucht (untergliedert nach sozialen Schichten, Alter, Einkommensgruppen sowie der Stellung der einzelnen Personen im Haushalt).“⁸⁸ Das Projekt erwähnte besonders das Verhältnis der Hausarbeit zur Freizeit: „die großen Zeitreserven, die hier (Haushaltarbeit) gebunden sind, freizusetzen und für eine weitere Ausdehnung der Freizeit der Werktätigen, die Beschaffung dringend nötiger Arbeitskräfte (wenn auch nur in begrenztem Umfang) und vor allem zur Entlastung der Frauen zu nutzen“. ⁸⁹

⁸⁶ Vgl. Annette Kaminsky, „Warenproduktion und Bedürfnisse in Übereinstimmung bringen“. Markt- und Bedarfsforschung als Quelle der DDR-Sozialgeschichte, in: Deutschland Archiv (DA), 31 (1998) 4, S. 580.

⁸⁷ Vgl. Peter Christian Ludz, Markt- und Bedarfsforschung in der DDR, in: DA, 2 (1969) 5, S. 458.

⁸⁸ Willi Köppert, Die Aufgaben des Institut für Bedarfsforschung im Jahre 1965, in: Bedarfsforschung , 4 (1965) 1, S. 3.

⁸⁹ Werner Bischoff, Zur effektiven zeitlichen Belastung der privaten Haushalte in der DDR durch Hausarbeit, in:

Der Vorschlag von Bischoff und Scholz sah einen direkten Zusammenhang zwischen der „verfügbarer Zeit“ und dem „Zeitbudget“ sowie den Möglichkeiten des Konsumverhaltens und stellte infolgedessen die klare Notwendigkeit der Freizeitforschung in der Konsumforschung fest: „Da eine Reihe von Bedürfnissen objektiv befriedigt werden müssen (z. B. Ernährung, Körperpflege usw.), eine Ausdehnung der verfügbaren Zeit insbesondere die Möglichkeit der Befriedigung solcher Bedürfnisse erweitert, die der Konsument mit steigendem Lebensniveau hat und an deren Befriedigung die Gesellschaft interessiert ist (z. B. kulturelle Betätigung). [...] Um den Einfluß der konkreten Gestaltung der Freizeit in unterschiedlichen sozialökonomischen Bevölkerungsgruppen auf die Entwicklung des Verbrauchs ziehen zu können, ist es notwendig, sowohl den Umfang der Freizeit als auch seine Verwendung detailliert zu erfassen.“⁹⁰

Merker erklärt auch, dass „dabei das Ziel verfolgt wird, für die Einschätzung der langfristigen Bedarfsentwicklung eines wichtigen und umfangreichen Teiles der Konsumgüter, z. B. Rundfunk- und Fernsehgeräte, Kameras, Fahrzeuge, Bücher, Sportartikel u. ä., eine komplexe Grundlage zu schaffen, mit deren Hilfe im einzelnen die langfristige Entwicklung der Bedürfnisse nach diesen Konsumgütern, ihre Stellung und Funktion im persönlichen und gesellschaftlichen Leben abgeleitet und bestimmt werden kann.“⁹¹ Der Forschungsgegenstand der Konsumforschung erreicht hier, einschließlich der Entwicklung der Dienstleistungsindustrie, die Ausweitung der „Freizeitgüter“. Weiter erklärte Merker, dass die Freizeitforschung das zentrale Thema der Konsumforschung sei: „Die Untersuchung der Prozesse der Nichtarbeitszeit und der Freizeit hat erstrangige ökonomische und politische Bedeutung. Sie schafft für eine Reihe von Gebieten wesentliche Voraussetzungen für die begründete Einleitung von Maßnahmen, z. B. für die Erleichterung der Hausarbeit, für die Organisation des Bildungs- und Erziehungswesens und gibt darüber hinaus wesentliche Aufschlüsse für die gesamte Verbesserung politisch-ideologischer und kulturell-erzieherischer Tätigkeit für Partei und Regierung sowie einer ganzen Reihe gesellschaftlicher Organisation. [...] Die sinnvolle und inhaltsreiche Nutzung der vorhandenen Freizeit spielt im gesellschaftlichen Leben eine große Rolle. Die gesellschaftliche Bedeutung der

⁹⁰ Mitteilungen des Instituts für Marktforschung (MIIfM) 6 (1967) 1, S. 5.

⁹⁰ Werner Bischoff/Horst Scholz, Zeitbilanzuntersuchungen als Methode der Marktforschung, in: Bedarfsforschung, 4 (1965) 3, S. 21f.

⁹¹ Joachim Merker, Zu einigen Grundtendenzen in der langfristigen Entwicklung der Freizeitgestaltung während des umfassenden Aufbaus des Sozialismus zum Kommunismus, in: Mitteilungen des Instituts für Bedarfsforschung (MIIfB), 2 (1963) 1, S. 32.

Freizeitgestaltung besteht vor allem darin, daß sie außerordentlich wichtige Seiten der individuellen Konsumtion beinhaltet und somit notwendiger Bestandteil des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ist.“⁹²

In diesen Zusammenhang wurde bei den Freizeitgestaltungen die „sozialistische Lebensweise“ eingeführt. Daraus resultierte die Erkenntnis, dass die SED den Bedarf an „Freizeitgütern“ planen kann oder soll: „Die Herausbildung einer sozialistischen Freizeitgestaltung und die damit verbundene Durchsetzung der genannten Grundtendenzen muß aktiv durch ideologische und ökonomische Maßnahmen unterstützt werden. Deshalb müssen auch die geplanten volkswirtschaftlichen Mittel zur Erhöhung des Lebensstandards vorrangig für solche Zwecke verwendet werden, die die Herausbildung einer sozialistischen Freizeitgestaltung und schließlich der gesamten sozialistischen Lebensweise besonders wirkungsvoll fördern.“⁹³ Die Konsumforschung untersuchte, in welcher Anzahl sich die Konsumgüter und Dienstleistungen, die die Hausarbeit beschränkte und die Freizeit erweiterte, in der Gesellschaft verbreiteten.

Damals betrug die Hausarbeitszeit 47,5 Wochenstunden. Sie entsprach damit dem Zeitaufwand der durchschnittlichen Arbeitszeit eines vollbeschäftigte Arbeiters im Bereich der gesellschaftlichen Produktion. Speisezubereitung, Reinigung der Wohnung, Reinigung der Wäsche und Einkaufen entsprachen einem Großteil der Hausarbeit.⁹⁴ (Tabelle 4 und 5)

Die folgenden Aussagen belegen die damalige Kenntnis und mögliche Lösungen dieses Problems. So erwähnte die Konsumforschung die Speisezubereitung: „Die Ursache liegt darin, daß gegenwärtig nahezu die gesamte Ernährung im Bereich des Haushalts durchgeführt wird, die Art der täglichen Speisezubereitung in starkem Maß traditionell erfolgt und Methoden der Rationalisierung – Einsatz von Küchengeräten, Verwendung von Fertiggerichten, Tiefkühlkost etc., rationelle Arbeitsorganisation – nur geringfügig angewendet werden.“⁹⁵

Als einen möglichen Lösungsweg sollte daher zunächst die Abtrennung der Speisezubereitung von den Haushalten darstellen. Daher schlug die Konsumforschung die Förderung der

⁹² Ebd., S. 32 ff.

⁹³ Joachim Merker, Die langfristige Entwicklung des Bevölkerungsbedarfs nach Konsumgütern, die der Freizeitgestaltung dienen, und die Problematik ihrer quantitativen Bestimmung mittels rationeller Verbrauchsnormen, in: MfB., 3 (1964) 3, S. 6.

⁹⁴ Bischoff, a. a. O., S. 5 f.

⁹⁵ Ebd., S. 6.

Speiseindustrie vor: „Völlige Auslagerung der Speisenherstellung aus dem Haushalt in produktive Bereiche der Gesellschaft, d. h., ständige Inanspruchnahme von Gaststätten und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung. Dieser Tendenz sind allerdings Grenzen gesetzt durch die vorhandenen Kapazitäten sowie durch die Verhaltensweise der Verbraucher.“⁹⁶ Aufgrund der offensichtlichen Schwierigkeiten dieser Lösung, schlug die Konsumforschung aber auch vor, den Aufwand für das Kochen im Haushalt zu vermindern, also die „Teilweise Auslagerung, d.h. Reduzierung der notwendigen Aufwendungen für die Speisenvor- und -zubereitung durch Nutzung des Angebotes von Fertig- und Halbfertiggerichten im Einzelhandel. Voraussetzung dafür ist allerdings eine umfangreiche Auswahl, die den vielfältigen und qualitativ gewachsenen Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt.“⁹⁷ Diese Einschätzungen zur „Sozialisierungen“ wurden 1975 vorgestellt. Die Kontrolle oder die Planung des Bedarfs sah danach vor, dass „nur bei voller Übereinstimmung von Arbeitserleichterung, Zeiteinsparung und Qualitätsanforderungen ein entsprechender Bedarf auftritt.“⁹⁸ Damit begründet die Konsumforschung das Bedürfnis, das Angebot an „Sterilkonserven“, als ein Beispiel, zu erweitern.

Dennoch versuchte die Konsumforschung in der Ausweitung der gastronomischen Industrie die ursprüngliche individuelle Prägung des Freizeitverhalten zu finden: „Die gesellschaftlich organisierte Bedürfnisbefriedigung auf dem Ernährungs- und Freizeitsektor durch das Gaststättenwesen schafft die Möglichkeit einer gezielten und breitenwirksamen Einflussnahme auf die Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten mit dem Ziel der:

- Durchsetzung einer gesunden Ernährung
- Gewährleistung einer hohen Speisekultur
- ästhetischen Erziehung (über eine attraktive, niveauvolle Gaststättenatmosphäre, über das Angebot an Unterhaltungsmöglichkeiten)
- Verwirklichung sozialistischer Verhaltensnormen in der menschlichen Gemeinschaft.“⁹⁹

Die Analyse erkannte den Bedarf der gastronomischen Erweiterung in den sechziger und siebziger Jahren. Auch wurden daraufhin entsprechende Maßnahmen zur Deckung der Nachfrage ergriffen und der Besuch der Gastronomie fungierte als Freizeitaktivität: „Bei allen

⁹⁶ Petra Knötzsch, Nur Einheit von Arbeitserleichterung, Zeiteinsparung und Qualität, in: MIIfM, 14 (1975) 2, S. 22.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Peter Donat, Der Bevölkerungsbedarf nach Leistungen des öffentlichen Gaststättenwesens in der DDR und seine langfristige Entwicklung (Progn. bis 1990), in: MIIfM, 16 (1977) 4, S. 5.

Bedarfseinschätzungen sind jedoch in Verbindung mit der steigenden Differenziertheit des Bedarfs mindestens folgende Frage zu beachten: die Standortverteilung der gastronomischen Einrichtungen, die Spezialisierung des Gaststättennetzes, das Speisen- und Getränkeangebot, das Angebot an speziellen geistig-kulturellen u. ä. Leistungen, das gastronomische Milieu, d. h. die räumliche Gestaltung der Gaststätte. Da neben den freizeitschaffenden Effekten mit der Speiseneinnahme in gastronomischen Einrichtungen auch spürbare Bequemlichkeitsverbesserungen für den Verbraucher verbunden sind, wird das überdurchschnittliche Tempo der Bedarfserhöhung anhalten.¹⁰⁰ Der gastronomische Besuch veränderte die Freizeitverhalten, sodass das „Kernproblem der künftigen Entwicklung die Qualität des Angebotes bildet[e].“¹⁰¹ Der gastronomische Besuch verkörperte hier nicht nur die sozialistische Lebensweise, sondern konnte gleichzeitig das Genussbedürfnis der Bevölkerung befriedigen. Im Endeffekt bestätigten die Konsumforscher, dass sich die Gesellschaft in der Tat nie kollektivieren lassen konnte, auch wenn das „sozialistische Leben“ zu Beginn ihrer Forschungen vorausgesetzt wurde. Als Folge dessen passte die Freizeitdarstellung der Konsumforschung nicht vollständig zur offiziellen Freizeitidee der SED.

Die Konsumforschung beschäftigte sich aber nicht nur mit den Problemen um die Differenzen zwischen Hausarbeit und Freizeit. Sie behandelte außerdem verschiedene Gegenstände, die während der Freizeit „gebraucht“ wurden. So untersuchte sie alles vom Auto über Fernsehen und Radio zur Verteilung von Büchern und Zeitschriften bis hin zur Erweiterung der Kleingärten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Zahl der Reisen, auf der ganzen Welt, Jahr für Jahr an. Dabei handelte es sich sowohl um Inlands- als auch Auslandsreisen. Diese Tendenz war auch in der DDR zu beobachten. Zum Beispiel erhöhte sich allein im Jahr 1952 die Zahl der Erholungssuchenden in den Ostseebädern der DDR von 310 000 auf 1,41 Millionen. Im Jahre 1966 dürfte die Ferienreise in das „sozialistische Ausland“ die Millionengrenze überschritten haben.¹⁰² Der Zuwachs der Urlaubstage pro Jahr gestattete die Ferienreisen der Bevölkerung. Die Konsumforschung sah ein, dass „eine verbreitete Form der Urlaubsgestaltung die Durchführung von Urlaubsreisen ist“ und die Erkenntnis, „die bisherige und voraussehbare Entwicklung des Gesamtbedarfs an Urlaubsreisen sowie der individuellen Differenziertheit der

¹⁰⁰ W. Dlouhy, Die künftige Entwicklung des Bedarfs nach gastronomischen Leistungen in der DDR, in: MIIfM, 15 (1976) 3, S. 24.

¹⁰¹ Ebd., S. 26.

¹⁰² Werner Bischoff/Olaf Schmutzler, Zum Umfang der Ferienreisetätigkeit der erwachsenen Bevölkerung der DDR, in: MIIfM, 7 (1968) 1, S. 31.; Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 493.

Reisebedürfnisse zu erforschen und der Angebotsgestaltung zugrunde zu legen“, bot die Voraussetzung für diese Forschung.¹⁰³

Die individuelle Differenziertheit bildet daher hier den Ausgangspunkt der Diskussion. Sie widerspricht aber der einseitig- kollektiven offiziellen Freizeitidee, in der die SED die „sozialistische Persönlichkeit“ förderte. Das Camping, das bei großen Teilen der Bevölkerungen in der DDR beliebt war, steht symbolisch für diese Problematik.

„Campingurlaub und Wochenendcamping in den schönsten Gegenden unserer Republik bieten vielfältige Möglichkeiten für eine naturverbundene sportlich-aktive Erholung und damit einen idealen Ausgleich zu den wachsenden Anforderungen im Arbeitsprozeß.“¹⁰⁴ Darum akzeptierte die Konsumforschung die Förderung des Campings. Eine Untersuchung besagte, dass „Camping keine ‚Notlösung‘ ist, etwa hervorgerufen durch Angebotsmängel bei anderen Urlaubsformen.“¹⁰⁵ Sie zeigt aber indirekt den Versorgungsmangel an anderen Freizeitmöglichkeiten und das Abbild der „Gründe für die Wahl der Urlaubsform Camping“ stellt die verhältnismäßige Unzufriedenheit der Bevölkerung dar: „[3.] Die Zeitdauer der Urlaubsverbringung kann den Bedürfnissen besser angepasst werden – keine Bindung an einen bestimmten Termin wie z. B. bei FDGB und Reisebüro, [4.] Es ist von vornherein gesichert, daß Familien mit Kindern auch in der Schulferienzeit der Kinder den Urlaub gemeinsam verbringen können, [7.] Beim Reiseangebot des FDGB oder des Reisebüros (bzw. in Betriebsferienheimen u. ä.) gab es keine Möglichkeit, die den Wünschen in gleichem Maße entsprach.“ (Tabelle 6) In der Untersuchung wurde der Schluss gezogen, dass die auf Campingplätzen vorhanden Mängel beseitigt werden müssten, um zur Differenziertheit, Individualisierung und Familienzentralisierung beizutragen: „Es darf nicht übersehen werden, daß einige zur Zeit noch vorhandene Mängel bei der Versorgung auf einer Reihe von Zeltplätzen in erster Linie die Familien belasten. Dem Ausbau von Familiencampingplätzen mit einem hohen Niveau der Dienstleistungseinrichtungen und der sanitären Einrichtungen, mit Kinderspielplätzen und Kleinsportanlagen muß im Rahmen der allgemeinen Entwicklung des Erholungswesens besondere Beachtung geschenkt werden.“¹⁰⁶ Damit wird der mangelhafte Zustand der Campingplätze deutlich und zeigt gleichzeitig die Grenzen der sozialistischen Planwirtschaft.

¹⁰³ Wolfgang Stompler, Zur Urlaubsreisetätigkeit der DDR-Bevölkerung, in: MIfM, 13 (1974) 1, S. 19.

¹⁰⁴ Esther Matterne, Familiencamping – ein wesentlicher Faktor bei der weiteren Entwicklung des Campingwesens in der DDR, in: MIfM, 10 (1971) 2, S. 18.

¹⁰⁵ Ebd., S. 19.

¹⁰⁶ Ebd., S. 20 f.

Interessanterweise sah die Konsumforschung im Zusammenhang mit der Familienzentralisierung der Freizeit die Ausbreitung des Autos. Sie erfasste dies als Entwicklung der Motorisierung: „Gegenwärtig werden derartige Aktivitäten bei der Bevölkerung der DDR durch die Entwicklung des visafreien grenzüberschreitenden Reiseverkehrs und die zunehmende private Motorisierung der Haushalte noch zusätzlich gefördert. Charakteristisch ist, dass die Nutzung privater Kraftfahrzeuge im Freizeitbereich neue bzw. modifizierte Formen der Reisetätigkeit und Freizeitgestaltung hervorbringt, die unter dem Begriff 'Motortourismus' zusammengefasst werden können.“¹⁰⁷

Die Untersuchung schätzt diese Entwicklung positiv ein: „Besonders bedeutsam ist, dass die Nutzung eines Kraftfahrzeuges besser als sonst erlaubt, verschiedene Freizeitaktivitäten zu kombinieren, damit verschiedene Bedürfnisse zu befriedigen und gleichzeitig diese Kombination entsprechend den individuellen Neigungen zu beeinflussen.“ Es ist aber das Problem vorhanden, dass die Motorisierung selbst die Differenziertheit und Individualisierung der Freizeit beschleunigte: „So gesehen trägt die Entwicklung des Motortourismus zu einer sinnvollen und rationelleren Gestaltung der Freizeit im Rahmen der Familie bei und bewirkt eine bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen.“¹⁰⁸ Hier zeigen sich die Schatten der „Mangelwirtschaft“, die sich auf der Widersprüchlichkeit zwischen Planung und Individualisierung gründeten.

Aus Sicht der „Mangelwirtschaft“ nahmen die Gartenarbeit, die Nährarbeit und die Heimwerkertätigkeit in der Freizeitszene die gleiche Stellung, wie die zunehmende Motorisierung, ein. Faktisch wird durch die Gartenarbeit gegenwärtig das typische Freizeitverhalten der DDR-Bürger aufgezeigt. Im Jahr 1974 hatten circa 90 % der Bevölkerung in irgendeiner Form einen kleinen Garten bewirtschaftet.¹⁰⁹ Eine Untersuchung sprach den Gärten folgende Bedeutung zu: „Sie sind Stätten der Erholung und Entspannung, jedoch nicht nur für die Gartenbesitzer, denn sie sind in ihrer Gesamtheit ein Teil unserer Grünanlagen und erfüllen eine nicht unwesentliche Funktion im Rahmen der Umwelthygiene. Sie sind Stätten der aktiven Freizeitgestaltung, sie fördern die körperliche Betätigung bei. Sie sind Produktionsstätten für Obst und Gemüse, Honig und andere Produkte und haben unter diesem

¹⁰⁷ Werner Bischoff, Zu einigen Problemen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Motortourismus in der DDR, in: MIfM, 12 (1973) 1, S. 17 f.

¹⁰⁸ Ebd., S. 18.

¹⁰⁹ Ursula Krausse, Gärten und Freizeit, in: MIfM 14 (1975) 4, S. 25.

Blickwindel volkswirtschaftliche Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung mit den genannten Erzeugnissen.“¹¹⁰

Daraus ergibt sich, dass der Garten sowohl der Freizeitbeschäftigung als auch der Erzeugung von Agrarprodukten diente. Er übernahm damit die Aufgabe, den Mangel an Gemüse und Obst auszugleichen: „Wenn auch heute die Gartennutzung nicht mehr ausschließlich aus ökonomischen Gründen erfolgt, so ist doch die Zahl derjenigen Gartenbesitzer, die 1974 angaben, einen reinen Nutzgarten zu besitzen, mit über 40 % relativ hoch.“¹¹¹ Deutlich wird der Zusammenhang von Freizeit und Ausgleich der wirtschaftlichen Engpässe auch in folgendem Ergebnis der Konsumforschung: „Diese Bedürfnisse nach körperlichen bzw. schöpferischen Aktivitäten führen notwendigerweise in gewissem Umfang zum Anbau von Obst und Gemüse, der zwar nicht die gesamte Gartenfläche in Anspruch nimmt, aber im Ergebnis im wahrsten Sinne des Wortes 'Früchte trägt'.“¹¹² Das Untersuchungsergebnis zeigt damit auch, dass Freizeit nicht nur eine einfache Freizeitaktivität ist, sondern mehrere Funktionen übernehmen kann.

Gleiches gilt für die Näharbeiten und Heimwerkertätigkeiten. Der Titel „Individuell geschneiderte Oberkleidung – Luxus, Hobby oder „Notlösung““ zeigt deutlich den Ergänzungaspekt von Konsumgüter in den Freizeitaktivitäten. Danach hatte circa die Hälfte aller Frauen selbst geschneiderte Kleidung.¹¹³ Die Gründe dafür waren verschieden: „1. Wünsche nach Bekleidung mit individuellen Gestaltungsmerkmalen („Material, Farbe, Muster können selbst bestimmt werden“). 2. Unzulänglichkeiten im Konfektionsangebot („Im Handel findet man selten das Gesuchte“, „die benötigte Konfektionsgröße ist zu selten im Angebot“). 3. Passformschwierigkeiten mit konfektionierter Oberbekleidung („Konfektionsgrößen passen nicht“).“¹¹⁴

Der Bericht zeigt somit die Doppelbedeutung der Nährarbeit. So war für ein Drittel der Frauen das Nähen eine beliebte Freizeitbeschäftigung, trotzdem war ein fast genauso großer Teil der Frauen der Meinung, dass sie für das Selbstschneidern nur ungern ihre eigene Freizeit „opferten“. (Tabelle 7)

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Ebd., S. 26.

¹¹² Ebd., S. 27.

¹¹³ Ruth Weichsel, Individuell geschneiderte Oberkleidung – Luxus, Hobby oder „Notlösung“, in: MIfM 16 (1976) 1, S. 13.

¹¹⁴ Ebd., S. 14.

Ebenso gehörten die Heimwerkertätigkeiten zu den normalen Freizeitaktivitäten in der DDR. Zu den am häufigsten ausgeübten zählen besonders Maler- und Tapezierarbeiten der Wohnung. „83 % aller Männer bzw. 35 % aller Frauen [wenden] einen Teil ihrer Freizeit für Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten aller Art auf.“¹¹⁵ Die hierfür am häufigsten genannten Gründe, warum die Bevölkerung ihre Freizeit mit Heimwerkertätigkeiten verbrachte, waren: 1. Es sei billiger, 2. Es seien keine Handwerker zu bekommen und 3. es gäbe zu lange Wartezeiten. Nur knapp 20 % sagten, das sie die Heimwerkertätigkeiten aus Freude oder als Hobby betrachteten. (Tabelle 8)

Der Bericht fasste die Heimwerkertätigkeit als „aktive Gestaltung und sinnvollen Nutzung der Freizeit“ zusammen, sagt aber auch, dass der Einsatz der Menschen der DDR auch in diesem Bereich den vorherrschenden Mangel kompensierte.¹¹⁶

Eine weitere Untersuchung zeigt, dass „mit der progressiven Entwicklung der Heimwerkertätigkeit beim Malen und Tapezieren die Anforderungen der Verbraucher an die Gebrauchswerteigenschaften der angebotenen Erzeugnisse [ge]wachsen [sind].“¹¹⁷ Sie betont auch, dass die Güter der individuellen Präferenz angepasst werden mussten: „Es besteht ein ständig steigender Bedarf nach zweckentsprechenden Anstrichstoffen, die sich gegenüber den herkömmlichen durch leichtere problemlose Verarbeitung (Wegfall des Mehrfachanstriches, schnelle Trocknung, guter Farbverlauf etc.) sowie größere Ergiebigkeit und Standzeit auszeichnen. Die aus der Sicht der Verbraucher stehenden Anforderungen an das Tapetenangebot werden immer mehr von modischen Aspekten der Wohnraumgestaltung geprägt. Im Vordergrund steht der Trend zur Verwendung hochwertiger Tapeten, die den Raum farblich beleben ohne in ihm zu dominieren und gut mit den anderen Wohnraumelementen je nach individuellem Geschmack und Einsatzzweck harmonieren.“¹¹⁸ Einerseits taucht hier der wirtschaftliche Mangel der Konsumgüter in der handwerklichen Industrie auf. Andererseits erfasst der Bericht aber auch die positive Tendenz der individuell-differenzierten Bedürfnisse.

Außerdem greift der Bericht die qualitative Sozialmobilisierung der Freizeit, außerhalb der Handwerkertätigkeit, in der die Bevölkerung das eigene Interesse zu erreichen versuchte, auf. Diese stand unter dem Motto: „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit“. Die SED

¹¹⁵ Jutta Schmutzler, Zu einigen Aspekten der Heimwerkertätigkeit in der DDR, in: MfM, 16 (1976) 1, S. 30.

¹¹⁶ Ebd., S. 31.

¹¹⁷ Sigrid Günther, Maler- und Tapezierarbeiten werden im Rahmen der Heimwerkerarbeit immer populärer, in: MfM 19 (1980) 3, S. 29.

¹¹⁸ Ebd., S. 30.

mobilisierte die Bevölkerung in ihrer Freizeit, um das soziale Kapital, wie den Park oder die Straße, mit ihren Arbeitskräften in Stand zu halten. Ursprünglich gehörten die Handwerkertätigkeit zu dem Hobby und diese Bewegung zu einem anderen Problemfeld. Die Konsumforschung versuchte trotz dieses logischen Widerspruchs die Verbindung der offiziellen Freizeitidee der SED und der individuell-differenzierten Entwicklungstendenz der Freizeit zu rechtfertigen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Freizeit in der DDR mit dem Konsumverhalten verbunden war. Die Tätigkeit im Garten glich den Mangel an Obst und Gemüse aus. Gleichermaßen gilt für Nährarbeiten und Handwerkerarbeiten. Diese Aktivitäten konnten aber gleichfalls einen bestimmten Genuss in der Freizeit darstellen. Diese Realität der „Mangelwirtschaft“ zeigt, wie die „gewöhnliche Bevölkerung“ der DDR ihren wirklichen Alltag verbrachte. Die Konsumforschung verstand diese gesellschaftlichen Zustände genau und konnte daraus ihre Freizeitidee entwickeln.

Dieses Verhalten des Regimes kann durchaus als Widerspruch bezeichnet werden, da die SED die vielfältigen Freizeitaktivitäten nicht zu unterdrücken, sondern es als Verwirklichung der „sozialistischen Lebensweise“ zu fördern versuchte. Die gewöhnliche Bevölkerung versuchte von Anfang an, mit ihren Ergänzungsarbeiten, den wirtschaftlichen Mangel zu bewältigen. Dabei verlagerte sie diese aber schrittweise in den Bereich der Freizeitaktivitäten, um den eigenen Genuss zu steigern. In der Folge stiegen die produktiven Aktivitäten in der Freizeit. Dieser Mangel resultierte aus dem individuell-differenzierten Bedarf der Bevölkerung. Gleichfalls versuchte das SED-Regime mit den Freizeitdiskursen der Konsumforschung den wirtschaftlichen Mangel auszugleichen.

In den achtziger Jahren kritisierten die westliche Forschung wiederum den wirtschaftlichen Mangel in den sozialistischen Staaten, die Forschung der DDR aber erwähnt diese inneren Schwierigkeiten als zu lösende Aufgabe bereits in den sechziger Jahren. Trotzdem stellen sich folgende Fragen: Warum trat die Spaltung zwischen dieser Erkenntnis und der wirklichen Politik auf? und Warum konnte die SED dieses Problem nicht lösen? Dennoch war die Freizeit in der DDR auf komplizierte Weise mit den Bedürfnissen, den Wünschen nach Genuss, den alltäglichen Notwendigkeiten und dem Verhältnis mit dem SED-Regime verflochten. Daher spiegelt die Freizeitidee in der sozialwissenschaftlichen Literatur einerseits die offizielle Freizeitidee der SED wider, schätzte aber andererseits die Individualität und Differenziertheit

in der Entwicklung der Freizeit als positives Ziel ein. Sie erfasste auch teilweise den Zweifel an der Einigkeit und Kollektivität als Methode in der offiziellen Freizeitidee. Die Freizeitidee in der Sozialwissenschaft verband diese Doppelbedeutung.

2.3 „Freizeitidee“ in der Wissenschaft der DDR (2): Kulturgeschichte und -wissenschaft

Dietrich Mühlberg war Professor im Wissenschaftsbereich Kultur der Sektion Ästhetik und Kunsthistorie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Helmut Hanke war Professor für Kulturtheorie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Sie vertraten die Studien zur Freizeit aus Sicht der Kulturgeschichte und -wissenschaft. Saldern erzählt, warum diese Kulturgeschichte und -wissenschaft für die Geschichtsforschung wichtiger als andere Kulturforschung in der DDR ist. Für sie sei die tatsächliche Lebensweise der Werktätigen oder des Menschen für ihre Forschungen relevant.¹¹⁹ Dabei wurde ein Zitat des Philosophen Lothar Kühne in der DDR vorgestellt: „Eine soziale Klasse als gesellschaftliches Subjekt isst, trinkt, und schläft nicht, und selbst zu einer mit ihr befreundeten Klasse tritt sie nicht in sexuelle Beziehungen. Die Lebensweise umfaßt den gesellschaftlich charakteristischen Lebensprozeß menschlicher Individuen.“¹²⁰

Wie bereits bekannt, legitimierte die ostdeutsche Geschichtswissenschaft die Politik der SED. Die politische Geschichte stellte sich die geschichtlichen Haupttriebe in der Arbeiterklasse als eine Art von Herden vor. Sie versuchte zu bestätigen, in welcher Weise die Arbeiter die politische Macht unter der Führung der Partei erreichte. Dagegen beleuchtete die Kulturgeschichte und -wissenschaft von Mühlberg jeden Arbeiter als das Subjekt. Sie versuchte, das Alltagsleben bzw. die Lebensweise der Werktätigen aufzuklären.

Die SED unterdrückte diese Forschung nicht, da sie die Arbeiter untersuchte und sie von der offiziellen Parteilinie nicht abwichen. Die SED ließ diese Forschung um die wissenschaftliche Umgebung zu. Das Prinzip von Mühlberg und Hanke entsprach der offiziellen Einsicht: „Der marxistischen-leninistischen Kulturbegriff gründet sich auf der Erkenntnis des historischen Materialismus, daß die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft nicht nur ein von

¹¹⁹ Adelheid von Saldern, „Eine soziale Klasse isst, trinkt und schläft nicht. Die Arbeitsgruppe „Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterklasse“, in: Georg G. Iggers/Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München 1998, S. 245.

¹²⁰ Ebd.; Lothar Kühne, Zum Begriff und zur Methode der Erforschung der Lebensweise, in: ders., Haus und Landschaft, Dresden: 1985, S. 92.

objektiven Gesetzmäßigkeiten bestimmter naturhistorischer Entwicklungsprozeß sozialer Systeme ist, sondern zugleich Resultat und Voraussetzung menschlicher Lebenstätigkeit - von den Menschen durch ihre Arbeit zur Aneignung und Umgestaltung der Natur und ihre Tätigkeit zur Entwicklung und Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst hervorgebracht.“¹²¹

Ihr Kulturbegriff erhielt aber bereit in den sechziger Jahren ein eigenes Bild, wie Saldern zeigt. Es hob die „individuelle, persönliche Subjektivität“ hervor, statt der offiziellen Parteilinie nachzufolgen. Die folgende Aussage zeigt die konkrete Einschätzung von Saldern zur Kulturgeschichte und -forschung: „Die AG Kulturgeschichte sah ihre Aufgabe darin, die neuen Bedürfnisse der Arbeiter im Kontext der sich modernisierenden kapitalistischen Industriegesellschaft des späten Kaiserreichs aus unterschiedlichen Perspektiven zu beschreiben und ihre gesellschaftliche Verursachung zu benennen. Im Mittelpunkt standen Kultur und Lebensweise des Industrieproletariats. Der Kulturbegriff war weitgefaßt. [...] Die alltagsgeschichtlichen Themenfelder waren breit gestreut und wirkten zum Teil provokativ. Da erschienen die Arbeiter nicht mehr als Helden der Geschichte, sondern als gewöhnliche Menschen im Wirthaus, sie hatten ein Familienleben, lebten ihre Sexualität aus, frönten dem Tanzvergnügen, gingen auf Volksfest und lasen ‚Schrott‘. Ermittelt werden sollte, 'in welcher Weise die freie Zeit als eigener Lebensraum begriffen und ausgestaltet wurde'. Indem die AG Kulturgeschichte die Arbeiter nicht als kämpferische Klasse in den Vordergrund rückte, sondern primär ‚das Freizeitverhalten verschiedener Arbeitergruppen in seiner Verflechtung mit allen Seiten des Arbeiterlebens‘ untersuchte, forderte sie die offizielle Arbeitergeschichtsschreibung der DDR heraus.“¹²²

Da die kulturgeschichtliche und -wissenschaftliche Forschung das werktätige Alltagsleben einzusehen versuchte, ist es selbstverständlich, dass der Forschungsgegenstand die Freizeit erreichte. „Seit den siebziger Jahren kam es jedoch auch in der DDR allmählich zu einem Diskurs über die ‚sozialistische Lebensweise‘, bei dem die freie Zeit nicht auszublenden war, und der schließlich zur Freizeitforschung führte.“¹²³ Es gab auch in der Zeit die affirmative politische Voraussetzung für die Untersuchung der Freizeit. Daher wird in der ostdeutschen Kulturgeschichte erstrangig Freizeitgeschichte betrieben, wie zum Beispiel die Untersuchung

¹²¹ Helmut Hanke/Dietrich Mühlberg, Bestimmung des Kulturbegriffs, in: Zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterklasse. Theorie, Methodologie, Darstellung, Mitteilungen aus der Kulturwissenschaftlichen Forschung, (MKF) 2, 1978, S. 3.

¹²² Saldern, a. a. O., S. 248 f.

¹²³ Saldern, a. a. O., S. 255.

über das Problem des Alkohols im deutschen Proletariat.¹²⁴

Der vorliegende Teil behandelt anders als der Aufsatz von Saldern nicht den Stellenwert von Kulturgeschichte und -wissenschaft von Mühlberg und Hanke in der gesamten Forschungsszene der DDR, sondern beachtet die Aussicht zur „wirklichen“ Freizeit in der DDR. Die folgende Literatur beschäftigt sich mit Kulturgeschichte und -wissenschaft in der DDR: 1. „Mitteilungen aus der Kulturwissenschaftlichen Forschung“ (MKF), 2. „Weimarer Beiträge. Zeitschrift für Literaturwissenschaft, Ästhetik und Kulturtheorie“ und 3. „Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte“.¹²⁵

2.3.1 Dietrich Mühlberg und der „Wissenschaftsbereich der Sektion Ästhetik und Kulturwissenschaft“ an der Humboldt-Universität Berlin

Im Mittelpunkt der Kulturgeschichte von Mühlberg steht der Industriearbeiter. Der Diskurs, der im Jahr 1980 im Rahmen des kulturtheoretischen Kolloquiums geführt wurde, behandelte die Rolle und die damalige Bedeutung der verschiedenen Freizeiteinrichtungen für den Arbeiter während der Jahrhundertwende vom neunzehnten bis zwanzigsten Jahrhundert.¹²⁶ Seine Überlegungen liegen dabei in der marxistischen Tradition. Die Entwicklung des Kapitalismus verändere die Lebensbedingungen und die Bedeutung der Zeit außerhalb der Arbeit. Als die Voraussetzung dieses Denkens wird der Arbeiter mit den Produktionsmitteln im Kapitalismus ausgebeutet. Er muss seine Arbeitskraft verkaufen. Die Zeit außerhalb der Produktion, die die Bezeichnung „Freizeit“ erhalten kann, wird grundsätzlich für die Wiederherstellung der Arbeitskräfte gebraucht. Dieser Prozess gehört zum privaten Bereich. Dennoch müssen die Arbeiter gleichfalls die Güter für die Wiederherstellung ihrer Arbeitskräfte auf dem Markt kaufen. Die Freizeit erhält deshalb eine öffentliche Prägung: „Dem arbeitenden Menschen wird die eigene Reproduktion zur völligen Privatsache, wie sie zugleich nur über gesamtgesellschaftliche Mechanismen und Regelungen sichergestellt werden kann. Proletarisches Reproduktionsverhalten ist darum der Tendenz nach überfamiliär und öffentlich,

¹²⁴Vgl. Manfred Hübner, Zwischen Alkohol und Abstinenz. Trinksitten und Alkoholfrage im deutschen Proletariat bis 1914, Berlin (Ost) 1988.

¹²⁵„Weimarer Beiträge“ veröffentlichte erstmal nur die Zeitschrift für die Literaturwissenschaft in der DDR. Sie behandelte aber seit 1970 die Problematik Kultur und Ästhetik, und sie wechselte die Untertitel. Gleichfalls veränderte die „Deutsches Jahrbuch für Volkskunde“ in 1973 die Titel zu Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte. Daher wird es verstanden, dass der Bedarf für Kulturwissenschaft und Kulturgeschichte seit den siebziger Jahren in Fahrt kam.

¹²⁶Vgl. Dietrich Mühlberg, Proletarisches Freizeitverhalten und seine öffentlichen Einrichtung im Deutschland der Jahrhundertwende, in: Materialien des IX. Kulturtheoretischen Kolloquiums „Kulturgeschichtliche Probleme proletarischer Lebensweise“ am 26. und 27. November 1980 an der Humboldt-Universität zu Berlin, MKF 9 (1981), S. 123 ff.; ders., in: Weimarer Beiträge, (1981) 12, S. 118 ff.

wie dies in der Geschichte noch nicht vorgekommen ist.“¹²⁷ Solange der Sozialismus die kapitalistische Produktionsweise weiterentwickelt hätte, gilt das Zusammenwirken von Privaten und Öffentlichkeit in der Freizeit auch in der DDR, wie „die Ausdehnung der individuellen freien Zeit (als eine der Bedingungen für Persönlichkeitsentwicklung) ein Erfordernis gesellschaftlicher Entwicklung [ist]“.¹²⁸

Veröffentlichungen zum Thema „Freizeit“ gab es auch in der MKF. Hier wurde zweimal die damalige Freizeitforschung kommentiert. Sie beschrieben nicht nur den Zustand in der DDR, sondern auch in der BRD, Tschechoslowakei und der Sowjetunion.¹²⁹ Hier schätzt Petzoldt die sozialwissenschaftliche Forschung ein, die sich seit den sechziger Jahren entwickelte. Diese Aufsätze zeigen präzise die gesellschaftliche Lebensweise in der DDR und sie bietet die gründlichen Erkenntnisse für die kulturwissenschaftliche Freizeitforschung an.¹³⁰

Petzoldt bestätigt in MKF, Nr. 25, in welche Richtung die kulturwissenschaftliche Freizeitforschung schreitet. Sie legte in der Einleitung ihr Gewicht auf den individuellen Menschen als Subjekt. „Erstens führte das kulturwissenschaftliche Interesse an Entwicklungsmöglichkeiten von Individuen in der sozialistischen Gesellschaft zu Fragen nach dem Verhältnis von Bestimmen und Bestimmtheit im Zeitverhalten, nach der Vermittlung von gesellschaftlichen und individuellen Interessen zur Betrachtung von Zeit- und Freizeitkonzepten, die ein Menschenbild entwarfen und Wege vorschlugen, auf denen es Realität werden könnte.“¹³¹ Die Analyse betrachtet das Verhältnis der Freizeit zur Sozialpolitik und zur Kulturpolitik für die breite Bevölkerung. Die Politik der SED habe die Freizeit in der Gründungszeit des Staates aufgrund des schlechten wirtschaftlichen Zustandes vernachlässigt. Daher gab es in dieser Zeit auch keine Ausformung der wissenschaftlichen Arbeit. Mit der schrittweisen Entwicklung der Freizeit begann aber die Untersuchung in der sozialwissenschaftlichem Forschung.

Hier wurde das Verhältnis der Freizeit zur Kulturpolitik ausführlich erforscht. Ursprünglich erhielt die Kulturpolitik der SED, die bis dahin „Kulturmassenarbeit“ genannt wurde, eine Erziehungsfunktion zum Sozialismus gegenüber der Bevölkerung. Die Entwicklung des Freizeitverhaltens gab dieser Kulturpolitik den prekären Einfluss. „[Die bisherige Kulturpolitik

¹²⁷ Ebd. (Weimarer Beiträge), S. 119.

¹²⁸ Dietrich Mühlberg, Freizeit und Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus, Berlin (Ost) 1974, S. 15.

¹²⁹ Vgl. Freizeit und Kulturarbeit. Forschungen und Konzeption, MKF 19, 1986; Gerlinde Petzoldt, Erforschung des Freizeitverhaltens in der DDR und der Sowjetunion , MKF 25 (1988).

¹³⁰ Gerlinde Petzoldt, Erforschung der Freizeit durch Ökonomen und Sportwissenschaftler der DDR in den sechziger Jahren. Kommentierte Bibliographie, in: Ebd. (MKF 19), S. 37.

¹³¹ Ebd., in: a. a. O. (MKF 25), S. 3 f.

oder der Begriff von ‚Kulturellen Massenarbeit‘- N.K.] boten insgesamt kaum Ansätze, im Arbeitsleben und in den Freizeitstrategie der werktätigen Menschen selbst schöpferische Kräfte zu vermuten, die sich bereits im Kapitalismus ausgebildet hatten.“¹³² Das zeigt die wissenschaftliche und politische Selbstkritik dazu, dass sie die Betrachtungen zur Freizeit fehlen. Weiterhin versuchte die Kulturwissenschaft entlang der Realität die Entwicklung der Freizeit geschichtlich zu befassen. „Dieses zeit- und positionsbedingte Verhältnis der damaligen Arbeiterbewegung zur Freizeit der Arbeiter wirkte bis in die sozialistischen Gesellschaft nach, in der nun gesamtgesellschaftlichen organisiert alles geleistet werden musste, was die alte Sozialdemokratie getrost dem Markt, den Wohltätigkeitsvereinen, den Kommunen und dem Staat hatte überlassen können.“¹³³

Petzoldt erläutert weiterhin, dass „die ‚Freizeit‘-Menschen aus dem Konzept der kulturellen Massenarbeit partiell entlassen wurden; wie weit, wohin und mit welchem Ziel, das wurde in den sechziger Jahren heftig diskutiert.“¹³⁴ Es zeigt den ernsten Aufschwung des Freizeitdiskurses nach dem genannten Zeitraum auf. Auch wenn die Notwendigkeit des Diskurses der Freizeit sich stieg, war das aber dauerhaft problematisch: „Der Freizeitbegriff war da nur mit Mühe einzupassen, assoziiert er doch zu sehr Individuelles, Eigenbestimmtes.“¹³⁵ In diesem Zustand musste die Aufgabe und die Richtung von der Kulturgeschichte und -wissenschaft, „vom Interesse an der qualitativen, Widersprüchliches bergenden Vielfalt des Lebens geprägt“ sein.¹³⁶ Sie versucht daher nicht die Freizeit in einen bestimmten Rahmen einzudrücken, sondern berücksichtigt die eigentlichen Prägungen der Freizeit.

Als konkrete Ergebnisse werden „Tourismus“ und die geschichtliche Analyse erwähnt, die bei dem Kolloquium „Freizeit als Lebensraum arbeitender Menschen im Sozialismus – ihr Platz in der Freizeitkultur des 20. Jahrhunderts“ 1986 an der Humboldt-Universität diskutiert wurde.¹³⁷ An der Tagung nahmen sowohl Wissenschaftler aus den östlichen Ländern als auch Alf Lüdtke, der die Alltagsgeschichtsforschung der Bundesrepublik vertritt, teil. Diese hatte einen systemübergreifenden und fortgeschrittenen Charakter. Ursprünglich orientierte die Kulturforschung den Vergleich der Freizeitforschung. Dieser umfasste nicht nur die Sowjetunion und die Tschechoslowakei sondern auch die Westdeutschland, versuchte die

¹³² Ebd., S. 73.

¹³³ Ebd., S. 74; Mühlberg, a. a. O. (MKF 9), S. 147.

¹³⁴ Ebd., S. 77 f.

¹³⁵ Ebd., S. 98.

¹³⁶ Ebd., S. 99.

¹³⁷ Vgl. Freizeit als Lebensraum arbeitender Menschen im Sozialismus – ihr Platz in der Freizeitkultur des 20. Jahrhunderts, MKF 22 (1987); Vgl. Tourismus, MKF 24 Tourismus (1988).

Verbindung mit westlicher Forschung, die das Freizeitverhalten im Kapitalismus kritisch sah und die Notwendigkeit der Freizeiterziehung aussagte.¹³⁸ Es wurde außerdem erkannt, dass Widersprüche bei der Entwicklung der Freizeit in Deutschland immanent waren. Diese fanden sich bei den Werktäglichen selbst. Auf der Tagung wurde festgestellt, dass mit der „sozialistischen Freizeit“ die „Individualität“ aller Werktäglichen verknüpft wird.¹³⁹

Dölling nahm in ihrem Bericht die Differenziertheit zwischen der Freizeitkultur und der Arbeitskultur in Betracht. Sie legte theoretisch die Entwicklung der „sozialistische Lebensweise“ dar.¹⁴⁰ Hier besaßen die Individuen auch das Subjekt für das Verhalten: „Freizeit gewinnt mit den wachsenden und vielseitigeren Möglichkeiten der Betätigung ihren kulturellen Wert als Raum individueller Entwicklung. In ihren Freizeitaktivitäten können sie die Individuen als selbstbestimmte Subjekte erfahren und bestätigen, können sie ihre Talente und Fähigkeit ausprobieren und sich selbst mit ihren Bedürfnissen unmittelbar zum Gegenstand ihres Tuns machen.“¹⁴¹

2.3.2 Helmut Hanke

Hanke gehört zu jenen Personen, die nicht nur in der kulturgeschichtlichen und -wissenschaftlichen Freizeitforschung, sondern in der gesamten Freizeitforschung der DDR bekannt war. Das zeigt seine Karriere als Professor für Kulturtheorie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. In dieser Funktion veröffentlichte er zahlreiche Lehrbriefe für die Aufklärung der Freizeit.¹⁴² Seine Diskurse zeigen, dass „die konkreten Arbeitsbedingungen, die Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, städtischen und ländlichen Lebensformen Unterscheide im Freizeitverhalten bewirkten.“¹⁴³ Aus dieser Perspektive stellt Hanke ein interessantes Beispiel, um die Realität der Freizeitidee in der DDR zu berücksichtigen.

In seiner Darstellung übernahm Hanke die offizielle Freizeitidee nicht bedingungslos, sondern bezog die gesellschaftliche Realität der DDR ein. Sein Werk „Kultur und Freizeit“ zeichnet die

¹³⁸ Vgl. Klaus Spieler, Bürgerliche Freizeitpädagogik in der BRD. Kommentar und Auswahlbibliographie, in: Freizeit und Kulturarbeit Forschungen und Konzeptionen, MKF 19 (1986), S. 57 f.

¹³⁹ Zur historischen Ausbildung sozialistischer Freizeitkultur. Thesen 1986. Teil II: Zeit im Sozialismus und sozialistische Freizeitkultur, in: a. a. O. (MKF 22), S. 181.

¹⁴⁰ Vgl. Irene Dölling, Zu eigenen Aspekten des Zusammenhangs von Arbeitskultur, Freizeitkultur und Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus, in, Ebd., S. 213 f.

¹⁴¹ Ebd., S. 216.

¹⁴² Zum Beispiel, vgl. Feier- und Festgestaltung als Bestandteil sozialistischer Lebensweise, Hrsg. von Institut für Weiterbildung des Ministerium für Kultur an der Kunsthochschule Berlin, 1981; Helmut Hanke/Klaus Ziermann, Unterhaltung und Geselligkeit als Bestandteil sozialistischer Lebensweise, 1979.

¹⁴³ Irmscher, a. a. O. (Freizeitleben), S. 350.

vielfältigen Voraussetzungen zur werktätigen Freizeit auf. „Seinem sozialen Wesen nach einheitlich, ist das Freizeitverhalten im Sozialismus doch keineswegs einseitig und uniformiert. Es sind gerade der wachsende gesellschaftliche Reichtum und die allseitige Persönlichkeitsentwicklung, die eine zunehmende individuelle Differenziertheit der Freizeittätigkeiten ermöglichen. Die Faktoren, die mit dem Verhalten des einzelnen in seiner Freizeit zusammenhängen, die örtlichen und persönlichen Bedingungen, sind sehr vielschichtig. Die Art der jeweiligen Arbeitstätigkeit, ob zum Beispiel mit vorwiegend körperlicher, geistiger oder nervlicher Belastung, ob wissenschaftliche Forschungsarbeit, Tätigkeit in der materiellen Produktion in Industrie oder Landwirtschaft, bedingt wesentlich die Bedürfnisse des einzelnen, die er individuell oder in Gemeinschaft in seiner Freizeit befriedigt. Ferner ergeben sich Unterschiede im Freizeitverhalten durch Geschlecht, Alter, Familienstand, Wohnverhältnisse und andere persönliche Faktoren.“¹⁴⁴

In der Folge stimmte er auch der Differenziertheit des Freizeitverhaltens zu. „Freizeit der Werktätigen in der DDR zeigt eine sehr differenzierte Struktur. Die Herausbildung bestimmter Grundzüge des Freizeitverhaltens, in denen sich die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise ausdrückt, vollzieht sich in mannigfaltigen Formen. In Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Erfordernissen nutzen die Bürger ihre Freizeit recht vielseitig, erweitert sich ständig der Kreis der Freizeitinteressen, -bedürfnisse und -möglichkeiten.“¹⁴⁵

Hanke erhebt nicht nur Einwände zur offiziellen Freizeitidee. Er versucht die gesellschaftliche Realität der differenzierten Freizeitverhalten mit der offiziellen Freizeitidee in einer Einheit zu verbinden: „,[A]lle Freizeittätigkeiten [sind] untrennbarer Bestandteil der gesamten Lebensäußerungs- und -verwirklichung der Werktätigen der DDR. [...] So wie die Entwicklung der sozialistischen Ideologie und Moral, des Staatsbewußtseins, der schöpferischen Aktivität und der sozialistischen Kulturbedürfnisse durch die gesellschaftlichen Beziehungen einen ständig größeren Einfluß auf die Wahl der Freizeittätigkeiten des einzelnen haben, so hat andererseits die inhaltliche Gestaltung der Freizeit ihre Auswirkung auf die Aktivität und das schöpferische Verhalten während der Arbeitszeit.“¹⁴⁶ Die vielfältige Entwicklung der Freizeit sei der Erfolg des Sozialismus gewesen. „Die vielfältigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung kommen im Sozialismus allen zugute, jeder hat entsprechend seiner Leistung Anteil am

¹⁴⁴ Vgl. Helmut Hanke, Kultur und Freizeit. Zu Tendenzen und Erfordernissen eines kulturvollen Freizeitverhaltens, Berlin (Ost) 1971, S. 11.

¹⁴⁵ Ebd. S. 77.

¹⁴⁶ Ebd. S. 20.

gesellschaftlichen Reichtum.“¹⁴⁷ In seine Darlegungen gibt es einen Widerspruch. Er ist bestrebt die Realität des gesellschaftlichen Freizeitverhaltens in die Freizeitidee einzuführen. Hanke verbraucht dabei den unter dem sozialistischen Regime erkennbaren freien diskursiven Raum und versuchte diesen zu erweitern.

Hanke verfasste auch eine Schrift bei dem obengenannten Kolloquium 1986, das an der Humboldt-Universität stattfand.¹⁴⁸ Er veröffentlichte wieder den gleichen Aufsatz in „Weimarer Beiträge“. Dort charakterisiert er die Restauration der Arbeitskraft als das wichtigste Merkmal der Freizeit, betont aber auch deren unabhängigen Charakter. „Freizeit kann durchaus als Gegenbegriff von Arbeitszeit verstanden und methodologisch angewendet werden, es sei denn man rechnet Essen, Lieben, Schlafen, Trinken und das unvermeidliche Aus- und Anziehen nicht weiter zum Leben und zur Freizeit. Auch im Alltagsbewußtsein wird Freizeit umfassend begriffen, mit dem täglichen Feierabend, dem arbeitsfreien Wochenende und dem Urlaub assoziiert. [...] Kulturtheorie kann Freizeit an die individuelle Lebenstätigkeit binden.“¹⁴⁹ Hier liegt die Bedeutung von der Freizeit am besten die Wiederherstellung der individuellen werktätigen Produktivkraft. Seine Freizeitanalyse orientiert auch, sich den wirklichen Bedarf zur Freizeitverhalten und die Lebensrealität der Werktätigen zu reflektieren.

Dieser Auffassung widersprach Kuczynski aus der typischen öffentlichen Sicht; „Aber wie grundfalsch ist es, Arbeit und Freizeit gegenüberzustellen und das offenbar auch in der Perspektive. [...] Die Freizeit enthält sowohl Mußzeit als auch Arbeitszeit, in der aus Neigung gearbeitet wird, und zwar oft sehr hart: ‚Wirklich freie Arbeiten, z. B. Komponieren ist gerade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung‘.“¹⁵⁰

Kulturgeschichte und -wissenschaft fokussiert sich in den individuellen Arbeitern. Sie kann nicht das reale Freizeitverhalten der Werktätigen in der DDR ignorieren, in dem die Individuums-Differenziertheit vorrückte, sondern bejahte diesen Zustand. Aufgrund dessen respektiert die Freizeitidee von der Kulturforschung das individuelle Interesse der Werktätigen, und sie hat im Blick, dass die Individuen möglicherweise Genuss in ihrem Freizeitverhalten zu finden versuchen. Diese Freizeitidee liegt fortlaufend in der Lage, die Antinomie zur offiziellen Freizeitidee auszulösen. Da die offizielle Idee die Verwirklichung der sozialistischen

¹⁴⁷ Ebd. S. 77.

¹⁴⁸ Vgl. Helmut Hanke, Freizeit in der DDR. Tendenzen und Perspektiven, in: a. a. O. (MKF 22).

¹⁴⁹ Helmut Hanke, Freizeit in der DDR – Tendenzen und Perspektiven, in: Weimarer Beiträge, 35 (1987) 7, S. 1066 f.

¹⁵⁰ Jürgen Kuczynski, Freizeit – Tendenzen und Perspektiven. Bemerkungen zu einem Artikel von Helmut Hanke, Weimarer Beiträge, 33 (1987) 12, S. 2094 ff.

Lebensweise und Persönlichkeit beabsichtigt, beinhaltet die differenzierte Freizeitidee innen die Gefahr, die Arbeitsidee abzubrechen. Kulturgeschichte und -wissenschaft begannen aus der offiziellen Voraussetzung der SED ihren Freizeitdiskurs, aber im Laufe der Zeit wichen sie von ihrer Rolle ab, das sozialistische System zu legitimieren. Daher wurde sie aus vielen Richtungen kritisiert, und es kam zu einem Eingriff der SED-Führung. Kurt Hager, der den Bereich der Kulturpolitik leitete und als restriktiver Hardliner angesehen wurde, kritisierte Hanke und Mühlberg. Zu Hanke fand die folgende Kritik: „[Ich] habe den Rektor der Akademie, [...] beauftragt, [...] an der Akademie die Auseinandersetzung mit den falschen und schädlichen Auffassungen Hankes in die Wege zu leiten. [...] H.[Hanke] begründet seine Entscheidung, eine endgültigere Kulturkonzeption, ‚die den differenzierten Strukturen der Wirklichkeit mehr gerecht wird,‘ auszuarbeiten unter anderen mit der ‚besseren‘ Unterhaltungskunst im Westen, der Wirkung der Rock-Musik, des Rias II usw. [...] Meines Erachtens besteht die von H.[Hanke] entwickelte ‚Kulturkonzeption‘ darin, daß a) die Notwendigkeit der weiteren Ausarbeitung und Verstärkung unserer sozialistischen Nationalkultur, des sozialistischen Gehalts, der literarischen und künstlerischen Werke, mißachtet wird; b) aus der Politik der [Sic! des] Dialogs die Schlußfolgerung gezogen wird, sich gegenüber dem Westen mehr oder weniger kritiklos zu öffnen.“¹⁵¹ Hager führte aufgrund des kontinuierlichen Kalten Krieges die offizielle Stellung der SED, und er kritisierte die systemübergreifende Haltung von Mühlberg. „Genosse Mühlberg stellte unsere Theorie des Klassenkampfes und der Kulturrevolution in Frage. Er sprach von einer Internationalisierung als entscheidender Triebkraft kulturelle Entwicklung, ohne diese näher zu charakterisieren, forderte eine größere Kompromißfähigkeit unsererseits auch auf kulturellem Gebiet. U. a. [unter anderem] stellte er die Behauptung auf, daß wir mit wesentlichen Teilen des sozialdemokratischen Europakonzepts übereinstimmen. Insgesamt waren die Ausführungen geprägt durch undifferenzierte, die Grundzüge unserer marxistisch-leninistisch fundierten Bündnispolitik ungenügend achtende und unsere Revolutionstheorie mißachtende Formulierung von Thesen und Auffassungen.“¹⁵² In der Folge sollte Hanke als Professor an der Akademie Gesellschaftswissenschaft beim ZK der SED entlassen werden. Auch Mühlberg sollte seine aktive Forschungstätigkeit vermindern.

¹⁵¹ SAPMO-BArch, DY 30, vorläufig SED 39013, Bl. ohne: von Hager an Honecker, ohne Titel, 12. 6. 1986.

¹⁵² SAPMO-BArch, DY 30, vorläufig SED 39013, Bl. ohne: von Hager an Honecker, ohne Titel, 16. 6. 1986.

2.4 Zwei Gesichter der „sozialistischen Freizeit“: Kollektivismus-Einseitigkeit und Individuums-Differenziertheit

Die offizielle Freizeitidee in der SED bestand in der Kehrseite zur Arbeit. Die Freizeit sollte für die Wiederaufstellung der Produktivkräfte gebraucht wurde. Sie ist auch als die Zeit zu bestimmen, in der jedermann die sozialistischen Persönlichkeiten ausbildete. Schon erhielt die Freizeitidee die zwei Gesichter. Sie betont auf die Methode den kollektiven und einseitigen Aspekt, dennoch sollte sie gleichzeitig auf die Zielsetzung den individuellen und differenzierten Genuss verwirklichen.

Zwei Gesichter innerhalb Freizeitidee erschien mehr deutlicher auf der wissenschaftlichen Literatur. Sowohl Sozialwissenschaft als auch Kulturgeschichte und -wissenschaft stand der gesellschaftlichen Realität der DDR gegenüber. Die Sozialwissenschaft nach den sechziger Jahren kritisierte teilweise die durch die SED ausgeführte einseitige kollektive Politik, aber sie musste im Allgemein die vielfältige Bedürfnisse der Bevölkerung innerhalb der offiziellen Linie der SED verstehen. Sie erkannte den Ausbau eines vielseitigen individuellen Freizeitverhaltens als Ziel. Gleichzeitig versuchte sie, dieses mit den einheitlichen kollektiven Methoden zu verbinden. Die Sozialwissenschaft der DDR konnte den Widerspruch zwischen Ziel und Methode nicht lösen.

Dagegen verstand die Kulturwissenschaft geschichtlich die Wichtigkeit des persönlichen Interesses der Werktätigen. Sie schätzte die Individualität und die Vielfältigkeit als Ziel höher ein als die Kollektivität und die Einseitigkeit der Methode. Selbstverständlich verleugnete sie nicht die führende Rolle der SED, dennoch thematisierte sie die Bedeutung der individuellen Freizeitgestaltung der DDR-Bevölkerung. Daher sollte der Widerspruch in der Freizeitidee auftreten.

Saldern betont die Absprache des SED-Regimes in der Kulturwissenschaft, die sich an Mühlberg und Hanke orientierte: „Die Wissenschaftskonzeption der AG Kulturgeschichte konnte sowohl in einem die DDR-Geschichte legitimierenden, als auch in einem die SED Kulturpolitik delegitimierenden Sinne interpretiert werden.“¹⁵³ Ironischerweise stieß Hanke, der im Institut unter ZK der SED arbeitete, auf den Widerspruch der SED. Deswegen wollte die SED ihn als Professor ablösen. Dennoch setzte er weiter seine Forschungstätigkeit in der

¹⁵³ Saldern, a. a. O., S. 257 f.

Filmhochschule bei Potsdam fort.

Die Ausweitung der Freizeit stand nie deutlich gegen die Grundlinie der SED. Sie hätte eigentlich den Grund zur Legitimität für die SED geben können. Wenn der SED-Führung Abweichungen in den wissenschaftlichen Diskursen auf fiel, verbot sie die Diskussion. Über die Freizeit sollte nach dem Willen der SED in bestimmten Rahmenbedingungen diskutiert werden. Daher duldet die SED zwei Gesichter, Antinomie oder Antagonismus. Wenn der SED die politische Verfügung über die Freizeit misslingen würde, könnte die Freizeit die eigene Legitimität der Partei bedrohen und die gesellschaftliche Autonomie der Werktätigen fördern. Die SED musste aber in diese Richtung weiter gehen und deshalb wurde das Problem der Freizeit zu einem „Stolperstein“ für die SED.

Infolge erhielt die Freizeitidee in der DDR zwei Seiten. Einerseits verkörperte sie die „sinnvolle, rationale und sozialistische Freizeit“ und stellt die Kollektivismus-Einseitigkeit in der Methode dar, die die SED erwartete. Anderseits hatte sie noch den selbständigen, vielfältigen und individuellen Charakter für den „Genuss“ der Werktätigen. Die SED nahm die Individualität-Differenziertheit in ihre Zielsetzung auf. Dieser Widerspruch konnte in der DDR nicht gelöst werden. Die individuelle-differenzierte Zielsetzung förderte dennoch manchmal die Differenziertheit bei der Methode. Sie schloss gleichzeitig die Verwirklichung der „sozialistischen Lebensweisen“ ein, die die einigseitig-kollektive Zielsetzung des Freizeitverhaltens garantierte. Hier wirkte die Kollektivismus-Einseitigkeit in der Methode interaktiv mit der Individualität-Differenziertheit in der Zielsetzung.

Der vorliegende Teil erklärt also, dass die Freizeitidee in der DDR zwei Gesichter enthielt. Die Freizeit konstruiert gleichfalls den Knotenpunkt, wo die verschiedenen Probleme der Beobachtung von Politik, Ökonomie, Sozialleben in diesem Land sich kreuzten. Die Diskurse um die Freizeit gestalten sich seit den sechziger Jahren. Wie kann man den wirtschaftlichen und sozialen Zustand in diesem Zeitraum in der DDR verstehen? Das heißt eigentlich, die wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen zur „Freizeitpolitik“ der SED und die Freizeitverhalten zu suchen. Es ist die Aufgabe in dem folgenden Teil.

3. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Voraussetzungen für die „Freizeitpolitik“ und das Freizeitverhalten: über die Gemeinsamkeiten des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ und der „Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik“

3.1 Bedeutung der „relativ stabilisierten Ära“ in der DDR-Forschung

Die Voraussetzung für Freizeit ist die Herstellung einer gesellschaftlichen Stabilisierung und ist verbunden mit folgenden Fragen: Wann konnte die „gewöhnliche Bevölkerung“ ohne materielle Besorgnis leben? Ab wann konnte sie den eigenen Reichtum für das Freizeitverhalten nutzen? Aus dieser Perspektive scheint es drei Voraussetzungen zu geben: 1. die Verminderung der Arbeitszeit, 2. die Zunahme der Entgelte und 3. die Ausdehnung der Möglichkeiten eines wohlhabenden Konsumlebens. Die bisherigen Forschungen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED untersuchten bereits diese Punkte, um die Realität des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ zu erklären. Grundsätzlich gehen die Forschungen der Politikgeschichte von einem groben Paradigmenwechsel oder einem Bruch mit der betriebenen Wirtschaftspolitik, nach dem Führungswechsel von Ulbricht zu Honecker, aus. Dies zeigt sich deutlich in dem Wechsel der wirtschaftspolitischen Parole vom „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) in den sechziger Jahren zur „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in den siebziger Jahren. Unter Führung Honeckers wurde die bisherige wirtschaftspolitische Linie hin zum wirtschaftlichen Aufbau unter Berücksichtigung der Bevölkerung korrigiert.

Aufgrund der Unterschiede in der Wirtschaftspolitik der SED fragt Steiner nach einem bestimmten Stand der „Liberalisierung“ in der Betriebsaktivität und der Wirksamkeit des NÖSPL.¹⁵⁴ Auch die Forschungen zur Sozialpolitik und der Konsumpolitik übernehmen die genannten Voraussetzungen. So debattiert Hübner beispielweise über die Sozialpolitik in Bezug auf die industriellen Werktätigen. Aber er betrachtet dabei nur den Zeitraum von der Gründung bis zum Ende der sechziger Jahre.¹⁵⁵ Im Bereich der Konsumpolitik betrachtet Saitô in seiner Studie denselben Zeitraum.¹⁵⁶ Seine Arbeit beinhaltet auch die Freizeit, überprüft aber nur die Freizeit Westdeutschlands und die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, berücksichtigt also nicht

¹⁵⁴ Vgl. André Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül, 1999 Berlin.

¹⁵⁵ Vgl. Hübner, a. a. O. (Konsens).

¹⁵⁶ Saitô, a. a. O., S. 301 f.

die Freizeit in der DDR, da er dort keine maßgebliche Entfaltung der Freizeit in den sechziger Jahren erkannte. Nach seinen Aussagen brauchte die Gesellschaft der DDR noch über die sechziger Jahre hinweg, bis sich die Reisen in der breiten Bevölkerung verbreiteten. Ferner betont er, dass die Möglichkeit der Freizeitforschung in der DDR erst in den siebziger Jahren gegeben war. So stellt er die Frage, welchen Einfluss die Freizeit auf eine spezifische Gesellschaft, in der sich die menschlichen Beziehungen um den Konsum drehten, um damit gleichzeitig die individuellen Interessen zu verwirklichen, hatte. Nach Saitô tritt diese Frage aber erst in der Ära Honeckers auf, weshalb sie in seiner Forschung nicht berücksichtigt wurde.¹⁵⁷ Diese Studien besprechen aber die Realität der Arbeitsbedienungen der Werktätigen und die Verbesserung der Lebensbedingungen. Sie erläutern das Spannungsverhältnis des Regimes mit den Werktätigen, welches in den Bereichen der Arbeit, der Produktion und des Konsum in der DDR bestand.

Dagegen sind die Forschungen über den Gesamtzeitraum der sechziger und siebziger Jahre verhältnismäßig gering. So forschte Bouvier beispielsweise lediglich über die Praxis der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in den siebziger Jahren.¹⁵⁸ Diese allgemeine Periodisierung, die die Trennung im Wechsel der politischen Führung betont, wird durch die Studie von Monika Kaiser gestützt. Die bisherige Forschung stellt Ulbricht häufig als alten Stalinisten, Honecker dagegen als Pragmatist dar. Kaiser kehrt dieses Bild um und erläutert, dass die Gründe für die Ablösung Ulrichts 1971, als ersten Sekretär, nicht nur im außenpolitischen Verhältnis zur Sowjetunion, sondern auch im innerparteilichen Unterschied bei der Wirtschafts- und Kulturpolitik liegen.¹⁵⁹

Sicherlich ist der obengenannte Zeitraum, der den politischen Führungswechsel beschreibt, ein bedeutsamer Wendepunkt in der DDR-Geschichte, dennoch sind einige weitere Wendepunkte in der DDR-Forschung zu finden. Jeder Forschungsgegenstand und jede Forschungsrichtung ist abhängig davon, welchen Wendepunkt die jeweiligen Wissenschaftler als wichtigstes Ereignis einschätzten. Die Bevölkerung, die in der DDR lebte, verteilte sich auf drei Generationen. Die DDR dauerte länger als die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Zeit. Daher verbindet sich die Frage der wissenschaftlichen Periodisierung, insbesondere die, der „relativ stabilisierten Ära“ in den sechziger und siebziger Jahren, mit der Einschätzung der DDR selbst.

¹⁵⁷ Ebd., S. 301 f.

¹⁵⁸ Vgl. Beatrix Bouvier, Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002.

¹⁵⁹ Vgl. Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.

Verständlicherweise sind die Forschungen über die DDR, die die sechziger und siebziger Jahre behandelten, seit der deutschen Wiedervereinigung geringer als die Forschungen über die Aufbau- und Zerfallszeit. Wie Fulbrook in ihrer letzten Arbeit darstellte, können nicht so einfach gemeinsame Ansatzpunkte für die Forschung über die sechziger und siebziger Jahre gefunden werden, wie es bei ähnlichen Diskussionen über Aufbau- und Verfallzeit gibt. Die Frage, ob die Theorie des „Totalitarismus“ in diesem Zeitraum gültig ist, stellt beispielweise eine gemeinsame theoretische Rahmenbedingung dieser Forschung dar. Die Politik und die Gesellschaft der DDR können in den sechziger und siebziger Jahren als relativ stabil bezeichnet werden. Dennoch passt die „relativ stabilisierte Ära“ für diese beiden Jahrzehnte nicht als Ansatzpunkt einer gemeinsamen effektiven analytischen Perspektive in der DDR-Forschung.¹⁶⁰ Fulbrook schlägt daher das Konzept der „Normalisierung“ für die Analyse dieses Zeitraums vor. Mit diesem Konzept wurden einerseits der westdeutsche Wiederaufbau in den fünfziger Jahren, andererseits die osteuropäischen politischen Zustände nach dem sowjetischen Eingriff im Ungarischen Volksaufstand und Prager Fühlung in den sechziger Jahren, legitimiert. Daher ist es schwer, das Konzept der „Normalisierung“ als wissenschaftlichen Begriff zu gebrauchen. Dennoch nutzt Fulbrook die objektive Gemeinsamkeit und verändert den analytischen Begriff, mit dem die DDR in der vergleichenden geschichtswissenschaftlichen Perspektive zu betrachten ist.¹⁶¹ Madarász diskutiert unter diesen Rahmenbedingung am Beispiel von fünf volkseigenen Betrieben in Berlin und Brandenburg das gegenseitige Verhältnis zwischen SED-Regime und Gesellschaft.¹⁶² Sie versucht dabei analytisch das Verhalten der Funktionäre zu erklären und richtet sich dabei im Wesentlichen nach der Forschungsrichtung Fulbrooks.¹⁶³

Müller schlägt für die Einschätzung dieser wissenschaftlichen Zeitabgrenzung der DDR-Forschung vor, zu betrachten, in welcher Weise die politischen Ereignisse die Gesellschaft veränderten und wie diese Wechsel kontinuierlich die Gesellschaft durchdrangen.¹⁶⁴ Nach seiner Ansicht darf die Zeitabgrenzung nicht im politischen Führungswechsel zwischen Ulbricht und Honecker 1971, sondern muss im Aufbau der Berliner Mauer 1961 gesehen werden, da die endgültige Abgrenzung, der beiden deutschen Staaten

¹⁶⁰ Mary Fulbrook, the Concept of ‘Normalisation’ and the GDR in Comparative Perspective, in: dies. (Hrsg.), Power and Society in the GDR, 1961-1979. The ‘Normalisation of Rule’?, New York/Oxford 2009, S. 12.

¹⁶¹ Vgl. ebd., S. 13 ff.

¹⁶² Jeannette Z. Madarász, Economic Politics and Company Culture: The Problem of Routinisation, in: ebd., S. 52 ff; Vgl. dies., Working in East Germany, Normality in a Socialist Dictatorship, 1961-79, Basingstoke 2006.

¹⁶³ Vgl. Fulbrook, a. a. O. (the Concept), S. 22 f.

¹⁶⁴ Werner Müller, Doppelte Zeitgeschichte. Periodisierungsprobleme der Geschichte von Bundesrepublik und DDR, in: DA 29 (1996) 4, S. 552ff.

untereinander, ohne Zweifel die Stabilität in der Gesellschaft der DDR hervorbrachte. Das Jahr 1961 wird daher oft als das „zweite Staatsgründungsjahr der DDR“ bezeichnet. Die gesellschaftliche Struktur, die in den sechziger Jahren hergestellt wurde, veränderte sich dennoch trotz des Wechsels der höchsten politischen Führung in den siebziger Jahren nicht.

Die vorliegende Arbeit sieht nicht im politischen Führungswechsel die Periodisierung, sondern versucht aufgrund der Ausführungen von Fulbrook und Müller und den damaligen Konsequenzen für die soziale Struktur die einheitliche Erfassung der sechziger und siebziger Jahre zu erklären. Außerdem prüft sie drei Themenbereiche, die als Voraussetzung für das Freizeitverhalten gesehen werden: 1. die Verminderung der Arbeitszeit, 2. die Zunahme der Löhne und 3. die Veränderung des Konsumlebens.

3.2 Die sechziger und siebziger Jahre als Voraussetzung der Freizeit

3.2.1 Innenpolitischer Zustand bis zum Bau der „Berliner Mauer“

Der Beginn der Untersuchungen der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Freizeit in den sechziger Jahren steht im engen Zusammenhang mit den politischen Ereignissen und den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR. Der „17. Juni 1953“ und die rasche Umwandlung zum Sozialismus, unter anderem sichtbar an der Verstaatlichung der großen privaten Betriebe und der landwirtschaftlichen Kollektivierung, sind nur zwei Beispiele, die die Stabilisierung der Gesellschaft erschwerten. Da sich die Politik der DDR in den fünfziger Jahren ständig veränderte, konzentrierte sich die „gewöhnliche Bevölkerung“ auf die Bewältigung des alltäglichen Lebens.

Die SED versuchte mit der Kampagne für den Aufstieg der Arbeitsproduktivität in den fünfziger Jahren und durch das „Produktionsaufgebot“, zu Beginn der sechziger Jahre den wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen. Sie baute schon in den fünfziger Jahren in geringem Umfang die Erholungseinrichtungen auf. Dennoch funktionierte die frühe „Freizeitpolitik“ nur als Prämie für die Werktätigen, die zur Kampagne beitrugen. Privilegien konnten nur wenige, ausgewählte Personen erlangen. Die Bevölkerung wurde kontinuierlich zur Arbeit getrieben. Auch wenn sie dennoch zeitweilig Freizeit hatte, besaßen sie noch kein Recht darauf.

Die SED stellte die zukünftige Realisierung der sozialistischen Utopie öffentlich vor und

konnte trotz großer Schwierigkeiten die Bevölkerung mobilisieren. Daher waren die mehrfach wiederholten Kampagnen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, wie die „Hennecke-Bewegung“, noch einigermaßen effektiv. Die Parole „So wie wir Werktätigen heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein“, die von einer Weberin aus Zittau stammt, spiegelt beispielhaft die Atmosphäre der Zeit wider. Der Artikel, der diese Aussage enthält und aus einer gewerkschaftlichen Zeitung entnommen wurde, setzte sich wie folgt fort: „So wie wir Werktätigen durch unserer Hände Arbeit die Voraussetzungen schaffen, wird unsere Regierung morgen mehr und bessere Waren verteilen und die Politik der Preissenkungen fortsetzen können.“¹⁶⁵ Die daraus hervor gehende Logik besagt, dass die Bevölkerung gegenwärtig auf ein erfüllendes Leben verzichten soll, die Regierung in der Zukunft aber für Wohlstand sorgt. Auch Mitglieder der Jugendbrigade „Nikolai Mamai“ in Halle forderten die Anpassung der Arbeiter an die technisch-wissenschaftlichen Entwicklungen und die Verbesserung der Ausbildungen. Sie vertraten das Motto „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben.“¹⁶⁶ Hier zeigt sich die damalige Prägung des alltäglichen Lebens, deren Schwerpunkt in der Arbeit und in der Produktivaktivität lag. In diesen Jahren fanden in den Betrieben mehrmals Zirkelaktivitäten, wie die „Kulturelle Massenarbeit“, statt. Die Werktätigen genossen diese Aktivitäten aber nicht als Freizeit, sondern verbanden die Aktivitäten mit der Erhöhung der Arbeitsfähigkeit. Das Wort „Bildung“ sollte den Lebensgedanken aller Generationen und beider Geschlechter bestimmen.

3.2.2 Außenpolitischer Zustand bis zum Bau der „Berliner Mauer“

Außenpolitisch hatte sowohl der Kalte Krieg als auch die bestehende Konkurrenz zwischen Ost und West großen Einfluss auf die DDR. Ohne Zweifel warf die Existenz Westdeutschlands einen besonderen Schatten auf die DDR. Das lag einerseits an der mit dem so genannten „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre zusammenhängenden Erhöhung des Lebensstandard und der Stabilisierung des alltäglichen Lebens in der BRD. Auf der anderen Seite verzögerte sich diese Entwicklung in der DDR aufgrund der Reparationszahlung an die Sowjetunion und dem wirtschaftspolitischen Vorrang der Schwerindustrie. Das gab der Bevölkerung der DDR Grund nach Westdeutschland auszureisen. Um dem entgegen zu wirken, propagierte die SED das Ziel, dass die DDR den westdeutschen „Konkurrenten“ in der Wirtschaft und im

¹⁶⁵ „Dem Volk mehr, bessere und billigere Textilien!“ Kollegin Frieda Hockauf geht ihren Kollegen beispielgebend voran, in: Tribüne, 1. 10. 1953, S. 1.

¹⁶⁶ Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, hrsg. von Bundesvorstand des FDGB, Berlin (Ost) 1982, S. 456.

alltäglichen Leben überflügeln wolle und werde. Ulbricht sprach diese Absicht so aus, dass „[i]nfolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft.“¹⁶⁷

Dennoch entstanden durch diese Zielsetzung Nachteile. So führte ein nur geringer wirtschaftlicher Rückstand gegenüber Westdeutschland direkt zum Misstrauen gegenüber dem Sozialismus in der DDR. Infolgedessen verbreitete sich die Mentalität, auf das Leben in der DDR zu verzichten und in den Westen zu fliehen. Die DDR drohte durch die Ausreisewelle auszubluten. Nach einer Unterbrechung, die auf dem „17. Juni 1953“ gründete, begann Ulbricht aber wieder mit der Verstaatlichung von Industriebetrieben und der landwirtschaftlichen Kollektivierung. Dies verminderte die Produktion im Agrarbereich. Darüber hinaus wurde die Versorgung mit alltäglichen Gütern knapp, da die Konsumgüterproduktion unter der Bevorzugung der Schwerindustrie zu leiden hatte und nicht ausreichend Arbeitkräfte vorhanden waren. Auch wenn die „Republikflucht“ in den fünfziger Jahren zeitweilig zurückging, stieg sie 1960 und 1961 wieder sprunghaft an. Es flohen vor allem Dorfbewohner und jugendliche Arbeiter nach Westdeutschland. Die Staatliche Plankommission gibt die Gesamtzahl der Flüchtigen oder „Abgeworbenen“ mit 81.073 1959, 159.768 1960 und 178.803 1961 an. Darunter befanden sich 1959 33.600, 1960 84.380 und 1961 87.700 Werktätige.¹⁶⁸ Der Anteil der Werktätigen an der Gesamtzahl der die DDR verlassenen Personen entsprach 1959 41,4 %, 1960 52,8 % und im Jahr 1961 49 %.

In den zeitgeschichtlichen Forschungen zeigt sich für Japan, dass die sprunghafte Wirtschaftsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Abwanderung der Jugend vom Land in die Stadt und ihrem Einsatz im Industriesektor führte. Auch die DDR verlor in der Konkurrenzsituation mit Westdeutschland die Mehrzahl der jugendlichen Arbeitskräfte, die in Japan „Goldeier“ genannt wurden.¹⁶⁹

¹⁶⁷ Walter Ulbricht, Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat, in: Protokoll der Verhandlung des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1958, S. 68.

¹⁶⁸ André Steiner, Politische Vorstellung und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer. Briefe Walter Ulrichts an Nikita Chruschtschow, in: Hartmut Mehringer (Hrsg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 240-241; SAPMO-BArch NY 4182/972, Bl. 88 ff.: von Günter Mittag, an Walter Ulbricht, Einschätzung der Verlust, die der Volkswirtschaft durch Abwerbung von Arbeitskräften entstanden sind, 21. 4. 1965, Vgl. siehe auch, Damian van Melis, „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006.

¹⁶⁹ Der Japaner drückt mit dem Begriff „Goldeier“ aus, dass die damaligen Jugendlichen mit der Hoffnung auf einen zukünftigen sozialen Aufstieg sich flexibel an die neuen Technologien anpassten und für den

Im Fall der beiden deutschen Staaten suchten die Auswanderer meist den Weg über Berlin nach Westdeutschland, weil mit der Staatsgründung der DDR die Grenze zur Bundesrepublik stark gesichert worden war. Da aber alle vier Siegermächte Berlin kontrollierten, konnte die Regierung der DDR nicht über die Souveränität der Stadt verfügen. Daher war es dort noch möglich, dass die Bevölkerung die Grenze frei überschreiten konnte.¹⁷⁰ Deshalb nahm Berlin die Position der Frontlinie des Kalten Kriegs ein und beide deutschen Staaten benutzten die Stadt als Schaufenster. Nur wenn die SED in Ost-Berlin den Menschen ein Leben in Wohlstand und Rechtssicherheit erfüllt hätte, hätte sie die bevorzugte Stellung des Sozialismus propagieren können. Dennoch beließ sie die Stadt de facto in einem ganz anderen Zustand. Da West-Berlin, als „kapitalistische Insel“ von der DDR umschlossen war, flohen viele Ostdeutsche über Berlin nach Westdeutschland. So blieb die Stadt ein „Stachel im Fleisch“ des „sozialistischen“ Deutschlands.

Die KPdSU unter der Führung von Chruschtschow setzte von Anfang an die Berlin-Frage als Taktik im Kalten Krieg ein, zögerte aber den Mauerbau als abschließende Lösung der physischen Teilung der beiden Teile Berlins hinaus. Dennoch musste sie letztendlich den Aufforderungen der SED-Führung zustimmen. Der Verkehr zwischen dem östlichen und dem westlichen Teil Berlins wurde am 13. August 1961 unter die Leitung von Honecker unterbrochen, danach wurde die Mauer aufgebaut. Der Grund der SED für den Bau der Berliner Mauer war die gespannte wirtschaftliche Lage, die sich besonders in der damaligen Konsumgüterversorgung zeigte. Ein Brief von Ulbricht an Chruschtschow zeigt präzise die Bedenken: „Der Rückstand gegenüber Westdeutschland bei bestehenden offenen Grenzen zwang uns in jeder Phase unserer ökonomischen Entwicklung, ein Maximum des Bestandes der volkswirtschaftlichen Ressourcen für die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung einzusetzen. Die jeweils zur Verfügung stehenden Mittel konnten nicht in erster Linie für die Erweiterung und Erneuerung der industriellen Produktionsbasis eingesetzt werden. Einfach gesagt heißt das, die offenen Grenzen zwangen uns, den Lebensstandard schneller zu erhöhen, als es unseren volkswirtschaftlichen Kräften entsprach.“¹⁷¹ Die SED-Führung erkannte, dass die Berlin-Frage die entscheidende innenpolitische Frage war und sie die eigene Existenz bedrohen konnte. Dieser Brief betonte an seinem Ende stark den Einfluss der offenen Grenzen

vergleichweise niedrigen Lohn fleißig arbeiteten.

¹⁷⁰ Über die außenpolitische Handlungen zwischen SED-Führung und KPdSU-Führung, Vgl. Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 161 ff.

¹⁷¹ Steiner, a. a. O. (Politische Vorstellung), S. 263; SAPMO-BArch, DY 30/3709, Bl. 120: von W. Ulbricht an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Genossen N. S. Chruschtschow, Information über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR, 4. 8. 1961.

auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten.¹⁷² Es findet sich aber auch eine andere Ursache in diesem Brief. So zeigt er auf, dass die Verzögerung von Rohstofflieferungen aus Westdeutschland und die Aufkündigung des Handelsabkommens durch die Regierung der BRD im September 1960 die wirtschaftliche Lage der DDR verschärft. Anders als die Propaganda gegenüber der Bevölkerung verkündete, war die DDR für den wirtschaftlichen Aufbau von dem Erhalt der wirtschaftlichen Ressourcen aus Westdeutschland abhängig. ¹⁷³ Bekanntermaßen blieb die Berliner Mauer das Symbol der Existenz der DDR.

Angesichts der Mentalität der Bevölkerung, des schlechten wirtschaftlichen Zustandes und der instabilen politischen Lage, die besonders durch die Berliner Frage forciert wurde, bestanden in den fünfziger Jahren bis zum Beginn der sechziger Jahre keine Voraussetzungen für Freizeitaktivitäten. Die Freizeit konnte sich während dieser dramatischen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen nicht entwickeln. Als die „gewöhnliche Bevölkerung“ erstmals das eigene wirtschaftliche Wachstum spürte, begann die Freizeit für sie an Bedeutung zu gewinnen. Das kann als Beginn der „relativ stabilisierten Ära“ bezeichnet werden. Anders als die Berliner Mauer, die eine konkrete Barriere darstellte, begünstigte das ab 1963 entwickelte NÖSPL die Entstehung der Freizeit.

3.2.3 Die Einführung des „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“ und die Anerkennung des „individuellen Interesses“

Der erste Sekretär der SED, Ulbricht, musste den „Siebenjahresplan von 1959“ korrigieren, in dem er die Verstaatlichung der Industrie und die Kollektivierung des Agrarsektors noch stärker vorantrieb, da dieser Plan die fundamentale Ursache des Baus der Berliner Mauer war. Dennoch lag sein größtes Interesse nach wie in der Erhaltung der industriellen Arbeitkräfte und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Trotzdem blieb er der Überzeugung, dass die Größe der Schwerindustrie die wirtschaftliche Entwicklung bestimmte. Deshalb vertrat die SED auch nach dem Mauerbau weiter die Linie, dass durch die Konzentration der Arbeit die Normen der Produktivität zu steigern waren: „Wenn wir den Lebensstandard allmählich erhöhen wollen, dann bedeutet das, den Geist des Produktionsaufgebotes zur Sache aller Werktätigen und besonders zur Sache aller leitenden Kader zu machen. Der Sinn des Produktionsaufgebotes besteht darin, in der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr zu leisten.“¹⁷⁴ Dennoch konnte die

¹⁷² Ebd., S. 268; SAPMO-BArch, DY 30/3709, Bl. 124 f.: Ebd.

¹⁷³ Ebd., S. 258; SAPMO-BArch, DY 30/3709, Bl. 115 f.: Ebd.

¹⁷⁴ Walter Ulbricht, Die Volle Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus gewährleisten, in: Walter

SED nicht nur mit dieser Methode die allmähliche Erhöhung der Produktivität erreichen.

Mit dem Mauerbau verloren die Aussagen der SED über den Sieg des Sozialismus in der DDR rasant an Glaubwürdigkeit. Die Bevölkerung reagierte nach dem VI. Parteitag der SED mit folgender Ironie: „Was macht es, wenn es uns schlecht geht. Hauptsache der Sozialismus siegt. Nach dem Parteitag können wir uns sozialistische sowjetische Republik nennen. Die 'Zone' ist eine Mausefalle, darin sind alle gefangen. Jetzt kann man mit uns machen, was man will.“¹⁷⁵

Die SED führte im Jahr 1963 das NÖSPL ein. Diese wirtschaftliche Linie wurde bis zur Ablösung Ulrichts 1971 verfolgt.¹⁷⁶ Sie berief sich auf die ökonomische Theorie von Lieberman, die zeitweilig in der Sowjetunion Berücksichtigung fand und erlaubte im Rahmen des bisherigen zentralen ökonomischen Systems ein gewisses Maß an Autonomie für die einzelnen Betriebe. Der „Gewinn“, den jeder Betrieb infolge seiner Aktivitäten erwirtschaftete, wurde als Hebel zur Erhöhung der Produktivität genutzt.¹⁷⁷ Jeder Betrieb konnte diesen Gewinn zum Teil für eigene Investitionsaktivitäten oder als Prämien, mit denen die Motivation der Arbeiter erhöht werden sollte, verwenden.

Ulbricht und andere Förderer des NÖSPL innerhalb der SED-Führung versuchten erstmals die Erhöhung der Wirtschaftsproduktivität zu erreichen, um den wirtschaftlichen Zustand der DDR zu stabilisieren: „Der Lebensstandard des Volkes hängt auf die Dauer einzig und allein vom Stand der Arbeitsproduktivität in unserer eigenen Wirtschaft und von den Leistungen unserer Werktätigen ab. [...] Die Ideologie des Verbrauches ohne Rücksicht auf Produktion und Leistung und die Verwendung gesellschaftlicher Werte tritt in den verschiedensten Formen und in allen Bereichen auf. Ihr müssten wir den Kampf ansagen. Das schließt das Verständnis dafür ein, daß wir hinsichtlich unserer Ansprüche an den persönlichen und gesellschaftlichen Konsum mit den Füßen auf dem Boden bleiben, uns im Rahmen des ökonomischen Möglichen bewegen müssen. Die Steigerung des Lebensstandards der Bürger der DDR wird sich in den nächsten Jahren im Rahmen des Perspektivplans halten müssen, weil wir in dieser Zeit die Produktivkräfte für die Vollendung des sozialistischen Aufbaus entwickeln, weil wir die

Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin (Ost) 1966, S. 21.

¹⁷⁵ Steiner, a. a. O. (DDR-Wirtschaftsreform), S. 59-60; SAPMO-BArch DY 30/IV A2/2.021/80, Bl. 245: von Abt. Parteiorgane: Kurzinformation über die ersten Stellungnahmen zum Referat des Genossen Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag, 17. 1. 63.

¹⁷⁶ Die Arbeit gebraucht für die Beschreibung „NÖSPL“ hauptsächlich folgende Literatur: Vgl. Jörg Roesler, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963 und 1970 in der DDR, Berlin 1990; ders., Das NÖS als Wirtschaftskonzept. Sichten, Tatsachen, Interpretationen, Deutschland Archiv 31(1998) 3, S. 383 ff.; Steiner, a. a. O. (Die DDR-Wirtschaftsreform).

¹⁷⁷ Vgl. Liebermann, Plan, Gewinn, Prämie, in: Die Wirtschaft, Nr. 39 von 26. 9. 1962, S. 15.

materiell-technische Basis des Sozialismus und damit auch der gesicherte Wohlstand aller Menschen undenkbar sind.“¹⁷⁸ Es stellt sich aber die Frage, mit welcher Methode die SED-Führung die Erhöhung der Arbeitsproduktivität versuchte.

Während der 17. Tagung des ZK, auf der die SED den VI. Parteitag vorbereitete, schätzte Ulbricht den Diskurs Liebermans positiv ein. Er stimmte der Verbindung von Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit dem individuellen Interesse der Bevölkerung zu. Gleichzeitig musste Ulbricht aber selbst die Grenzen des einseitigen Produktionsaufgebots kritisieren: „Das bisherige System der Planung wird dem Gesetze der Verteilung nach der Leistung und dem Prinzip der materiellen Interessiertheit nicht gerecht und lässt einen Widerstreit der persönlichen und gesellschaftlichen Interessen zu.“¹⁷⁹

Auf der Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED am 24. und 25. Juni 1963, auf der die SED die Leitlinie der Wirtschaftsreform besprach, thematisierte Ulbricht wiederum die Berücksichtigung der individuellen Interessen: „Wir müssen ein solches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft zur Anwendung bringen, das der Schöpferkraft des Volkes, die aus der vollständigen Übereinstimmung der gesellschaftlichen Erfordernisse mit den materiellen Interessen der einzelnen Werktätigen, der Brigaden, Gruppen und Betriebskollektive entspringt, freie Bahn schafft. [...] Im Mittelpunkt all unseres Strebens steht der Mensch. Das Ziel der sozialistischen Produktion ist letztlich der Mensch mit seinen Bedürfnissen, die wir immer besser befriedigen wollen und müssen.“¹⁸⁰ Ulbricht musste präzise die eigene Zielsetzung der Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit den individuellen Interessen der Arbeiters verbinden: „Die rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage von Wissenschaft und Technik ist der einzige Weg, um die gesellschaftlichen und persönlichen Interessen immer besser zu befriedigen.“¹⁸¹ Diese Orientierung setzte sich in der 1965 beginnenden, zweiten Etappe des NÖSPL und im „Ökonomisches System des Sozialismus“ (ÖSS) ab 1968, welche die letzte wirtschaftliche Leitlinie Ulrichts war, fort. Die Verwirklichung der materiellen Interessen der Werktätigen stellte nach der Richtlinie des NÖSPL den, durch den Gewinn erzeugten, ökonomischen „Hebel“, also den Anreiz, dar,

¹⁷⁸ Walter Ulbricht, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, in: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1., Berlin (Ost) 1963, S. 156 und S. 159.

¹⁷⁹ Walter Ulbricht, Kampf um Höchstniveau erfordert straffe komplexe Führung, wissenschaftliche Planung sowie die volle Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in der Volkswirtschaft, in: Ebd., a. a. O. (Zum neuen ökonomischen System), Berlin (Ost) 1966, S. 43.

¹⁸⁰ Walter Ulbricht, Das Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Berlin (Ost) 1963, S. 8 f.

¹⁸¹ Ebd., S. 73.

weswegen die Richtlinie konkret Wert auf den Arbeitslohn, die Prämien und die Urlaubsverlängerung legte.¹⁸²

Sowohl Ulbricht, als auch die anderen Befürworter der wirtschaftlichen Reform, wie Apel und Mittag, beabsichtigten die Verbesserung der Makrokennziffern, die sich durch die Quote der Arbeitsproduktivität und in der wirtschaftlichen Wachstumsrate ausdrückten. Nach ihrer Ansicht sicherte sie eigenständig den alltäglichen Wohlstand der Bevölkerung, wenn sich die allgemeine Wirtschaft der DDR entwickelt habe. Die Bevölkerung sah aber in der Verbesserung des eigenen alltäglichen Lebensstandards die Kennziffern des Wohlstands. Unglücklicherweise forderte sie den eigenen Maßstab als Vergleichsgrundlage mit dem westdeutschen Alltag. Dafür trug die SED selbst die Schuld, hatte sie doch den Vergleich mit der Bundesrepublik immer wieder propagiert. Mitte der sechziger Jahre weitete sich die Kluft zwischen Utopie und Realität in Bezug auf den wirtschaftlichen Zustand und die Politik aus.¹⁸³ Das äußerte sich beispielsweise in folgenden Unzufriedenheitsbekundungen gegenüber der SED: „Wir machen bei uns immer einen großen Wahlrummel und am Ende muß jeder wählen, was ihr wollt. Das sind bei uns doch keine Wahlen. In Westdeutschland da kann jeder Bürger wählen, was er will.“¹⁸⁴ Nach einer Untersuchung des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED erkannte die Bevölkerung den eigenen wirtschaftlichen Rückstand gegenüber der westdeutschen Ökonomie. Trotzdem stimmte sie gleichzeitig der wirtschaftlichen Verbesserung der DDR zu.¹⁸⁵ Daraus lässt sich erkennen, dass die DDR-Bevölkerung zwar keine außergewöhnliche aber eine kontinuierliche Entwicklung des alltäglichen Lebens erfuhr und diese erkannte. Bis dahin besprach die SED-Führung kaum das Thema Freizeit. Der Bericht Ulbrichts auf dem VI. Parteitag der SED 1963 schilderte die Bedeutung der

¹⁸² Vgl. Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Beschuß des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Juli 1963, Die Anwendung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen. Beschuß des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Juni 1963, Berlin (Ost) 1963, S. 51 f. und S. 57 ff.

¹⁸³ Steiner, a. a. O. (Die DDR-Wirtschaftsreform), S. 114.

¹⁸⁴ BArch, DE 4/723, Bl. 45: Volkswirtschaftsrat, 2. Information der Leitung und Probleme bei der Ausarbeitung des Planvorschlags 1966, Anlage 1. Weitere politische-ideologische Argumente aus der Plandiskussion, 16. 8. 1965; Steiner, Ebd.

¹⁸⁵ Aufgrund der Untersuchungen, die jeder Betrieb am Ende des Jahres 1965 durchführte, stimmte zirka die Hälfte der Antwort zu, dass die DDR in den letzten drei Jahren, in denen die Wirtschaftsreform durchgeführt wurde, ökonomisch „große“ Erfolge erreicht hatte. Etwa ein Viertel bestätigte „einige“ Erfolge. Nur ungefähr 15 % der Antworten sprachen von geringen oder keinen Erfolgen; Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.021/87, Bl. 25: Institut für Meinungsforschung: Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen der technischen Revolution und der Automatisierung, 26.1.66; Das Institut für Meinungsforschung war direkt dem ZK der SED unterstellt und sammelte in den sechziger Jahren und den siebziger Jahren mit den vielfältigen Umfragen in den verschiedenen Betrieben und Orten die öffentliche Meinung; Vgl. Heinz Niemann, Meinungsforschung in der DDR: die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993; Ders, Hintern Zaun: Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an Politbüro der SED, Berlin 1995.

Gewerkschaft und erwähnte zweimal die „Freizeitgestaltung“ der Arbeiter, sagte aber sonst nichts zur Freizeit selbst.¹⁸⁶

Das Ergebnis des NÖSPL schien eine gewisse Stabilität des wirtschaftlichen Zustandes zu sein. Infolgedessen konnte, durch technische Innovation, die Produktion neuer Konsumgüter erreicht werden, was die „gewöhnliche Bevölkerung“ schrittweise zu spüren begann. Diese Bedingung führte im ÖSS, als dritter Etappe der wirtschaftlichen Reform, zu dem Anspruch auf Freizeit. Auf dem VII. Parteitag der SED 1967 berichtete Ulbricht von der Entwicklung der Wirtschaft in den Bezirken und der Bedeutung der Dienstleistungsindustrie in Bezug auf die Hausarbeit: „Die Verbesserung der Arbeit auf diesem Gebiet [der kommunalen Dienstleistung und der hauswirtschaftlichen Dienstleistung – N.K.] hat ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung. Sie trägt unter anderem dazu bei, daß die Werktägigen ihre Freizeit besser und kulturvoller nutzen können und größere Möglichkeiten erhalten und sich zu[r] sozialistischen Persönlichkeiten entwickeln.“¹⁸⁷ Auch hob Ulbricht die Förderung der Reisen und der Erholung hervor. Seine Aussage zeigt den Zusammenhang zwischen Freizeit und Konsumverhalten sowie den Bedarf der betreffenden Politik. Auch bewertete er in seiner Rede die Verkürzung der Arbeitszeit: „Mit dem Übergang zur vollen 5-Tage-Arbeitswoche vollziehen wir einen wichtigen Schritt zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktägigen.“¹⁸⁸ 1968 erklärte er, auf dem 9. Plenum des ZK der SED, dass die „5-Tage-Arbeitswoche“ zur Verwirklichung der „sozialistischen Lebensweise“ bis 1975 beitragen sollte und das Freizeitverhalten ermöglichte: „Das Bedürfnis nach körperlicher und geistiger Entspannung in der Freizeit wird zunehmend mit dem Bedürfnis nach kulturell-geistiger Bildung und beruflicher Weiterbildung verknüpft. [...] Die sinnvolle Gestaltung der Freizeit durch Bildung, Qualifizierung, schöpferische künstlerische und sportliche Selbstbetätigung und andere Formen der Erholung wird zu einer immer bedeutenderen Kraftquelle für die Entwicklung der schöpferischen Fähigkeiten der Menschen in der sozialistischen Produktion.“¹⁸⁹ Damit löste sich die SED von der Linie der einseitigen Bevorzugung der Produktion und die Freizeit wurde erstmals auch in der Politik der SED berücksichtigt.

¹⁸⁶ Ulbricht, a. a. O. (Protokoll der Verhandlung des VI. Parteitags), S. 170 und S. 227.

¹⁸⁷ Walter Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1967, S. 228 und S. 231.

¹⁸⁸ Ebd., S. 238.

¹⁸⁹ Walter Ulbricht, Die weitere Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, Beschlüsse, Berlin (Ost) 1968, S. 20.

3.2.4 Die kontinuierliche Berücksichtigung der „individuellen Interessen“ unter „Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik“

Die bisherige DDR-Forschung erklärt normalerweise, dass sich die durch das NÖSPL geprägte Wirtschaftspolitik nach Ablösung Ulrichts, als ersten Sekretär des ZKs der SED, essentiell veränderte. Der Nachfolger Honecker wechselte von der Linie des NÖSPL, in der den Betrieben eine gewisse Autonomie erlaubt war und sie Profite in die wirtschaftliche Entwicklung investieren konnten, zurück zur alten Zentralisierung.¹⁹⁰ Dennoch konnte er nicht zu den Methoden, wie sie die Henneke-Bewegung vertrat, zurückkehren.

Als Zweck der Politik stellte die SED die Sicherung und Erweiterung der individuellen Interessen der Werktätigen, die sich im NÖSPL emanzipiert hatten, fest. Die SED veränderte ihre Zielsetzung. Statt des wirtschaftlichen Aufbaus wurde nun die Wohlfahrt des Volkes selbst als Hauptaufgabe der Politik festgelegt. So wurden die Konsum- und Sozialpolitik nun als wichtige Themenbereiche behandelt.¹⁹¹ Die innerparteiliche Kritik an der Versorgungskrise der Konsumgüter 1970, die schließlich zur Entlassung Ulrichts führte, spiegelte die Besorgnis über das alltägliche Leben der Bevölkerung wider und bildete das Rückgrat der Regierung Honeckers. In seiner Rede auf dem VIII. Parteitag der SED proklamierte Honecker: „Wir kennen nur ein Ziel, das die gesamte Politik unserer Partei durchdringt: alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Das ist der Sinn des Sozialismus. Dafür arbeiten und kämpfen wir.“¹⁹²

Gleichzeitig schätzte er den Erfolg der wirtschaftspolitischen Leitung in den zweiten Hälfte der sechziger Jahre positiv ein. „Wichtige Bedürfnisse, die wohl vom ganzen Volk als vorrangig empfunden werden, konnten besser befriedigt werden. Ich denke hier an den Erhöhung der Mindestrenten und Mindestlöhne und die Erhöhung der Einkommen für bestimmte Berufsgruppen. Zugleich haben alle Anteil an den Früchten der gemeinsamen Anstrengungen. Das Realeinkommen stieg in fünf Jahren um ein reichliches Fünftel. Bildung und Kultur unseres Volkes erfuhren einen weiteren Aufschwung. Die 5-Tage-Arbeitswoche kommt der

¹⁹⁰ Zur Ablösung Ulrichts und dem Führungswechsel zu Honecker siehe: Kaiser, a. a. O. (Machtwechsel).

¹⁹¹ Vgl. Christoph Boyer/Peter Skyba, Sozial- und Konsumpolitik als Stabilisierungsstrategie. Zur Genese der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der DDR, in: DA 32 (1999) 4, S 577-590.

¹⁹² Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin (Ost) 1971, S. 34.

Freizeit aller zugute und damit vor allem dem Zusammenleben in den Familien.“¹⁹³ Abschließend verkündete er die „Hauptaufgabe des Fünfjahrplans 1971 bis 1975“. Er enthielt die weitere Erhöhung der Gehälter der Werktätigen, der Renten und die Stabilisierung der Konsumversorgung.¹⁹⁴ Die Rede Honeckers zeigt, dass er die Leitlinie des ÖSS, in der die SED die individuellen Interessen des Volks berücksichtigt, nicht zurückzog.

Der IX. Parteitag der SED im Jahr 1976 verfolgte diese Grundlinie ebenfalls weiter. Der Bericht des Zentralkomitees von Honecker rechnete weiter, durch die Berücksichtigung der Frauenarbeiterinnen und Schichtearbeiter sowie der Erfüllung des Familienlebens, mit konkreten Erfolgen.¹⁹⁵ Das revidierte Programm der SED verkündete darüber hinaus die fortdauernde Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingung mit der Parole der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.¹⁹⁶

Die Freizeit betreffend sprach Honecker ausdrücklich von den Erfolgen bei den Reisemöglichkeiten der Bevölkerung: „Der FDGB-Ferien- und Urlaubsdienst stellte den Werktätigen und ihren Familien 1975 nahezu 1,5 Millionen Urlaubsreisen zur Verfügung. Hinzu kommen weitere rund 1,5 Millionen Ferienaufenthalte in betrieblichen Erholungsheimen. Besonders stark hat sich der Tourismus entwickelt. Rund 1,5 Millionen Bürger verbrachten ihren Urlaub auf staatlichen Campingplätzen. Auch der Jugendtourismus nahm einen weiteren Aufschwung. 1975 nutzten fast 1 Million Jugendliche die Jugendherbergen für eine erlebnisreiche Freizeitgestaltung in den schönsten Gegenden unserer Heimat und in unseren sozialistischen Bruderländern. Umfangreiche Möglichkeit hat unser sozialistischer Staat auch für die Sommerferiengestaltung der Schüler geschaffen. 1975 nahmen mehr als 2 Millionen Kinder und Jugendlichen an der organisierten Feriengestaltung, über eine Millionen davon konnten sich für zwei bis drei Wochen in einem Ferienlager erholen.“¹⁹⁷ Auch erwartete er weiter den zukünftigen Anstieg der Produktion von Konsumgütern und erwähnte die Möglichkeiten der Erweiterung der Freizeit als eine Kennziffer des Wohlstandes: „Sie [die Werktätigen – N.K.] ermöglichten es, Jahr für Jahr ein wachsendes Warenvolumen zu bewältigen und der Bevölkerung bedarfsgerecht anzubieten sowie ihnen ihre Freizeit angenehmer zu gestalten.“¹⁹⁸

¹⁹³ Ebd., S. 60.

¹⁹⁴ Vgl. Ebd. S. 61-65.

¹⁹⁵ Vgl. Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 54-61.

¹⁹⁶ Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Ebd., Bd. 2, S. 221 ff.

¹⁹⁷ Ebd., Bd. 1, S. 57.

¹⁹⁸ Ebd., Bd. 1, S. 75.

Aufgrund wiederholter negativer Berichte der staatlichen Plankommission erkannten die betroffenen Funktionäre aber, dass diese Politik so nicht realisiert werden konnte und nur die riesigen Kredite westlicher Länder, besonders der BRD, die Politik Honeckers ermöglichte.¹⁹⁹

Den Unterschied zwischen der wirtschaftlichen Richtlinien im Zeitraum des NÖSPL, in der die SED dem wirtschaftlichen Aufbau den Vorzug gab und der Linie der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, läuft auf das Dilemma des „Henne-Ei-Problems (Was war zuerst?)“ hinaus. In Bezug auf diesen Punkt erklärt Steiner, dass es damals zwei Auswahlmöglichkeiten gegeben habe: „Entweder man versuchte weiterhin mit gewaltigen Anstrengungen, die Effektivität und dann den Lebensstandard zu erhöhen, wie es von Ulbricht vertreten worden war. Diese Politik folgte einer wirtschaftlichen Logik, die auf das Ziel einer international konkurrenzfähigen Volkswirtschaft und einem darauf aufbauenden, wachsenden Lebensstandard der Bevölkerung gerichtet war. Oder man versuchte – wie Honecker – einen Wechsel auf die Zukunft zu nehmen und zunächst die materielle Lage der Bevölkerung mit umfangreichen konsum- und sozialpolitischen Maßnahmen zu verbessern und das als Anreiz wirken zu lassen, nachfolgend auch die entsprechende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit herzustellen.“²⁰⁰ Hübner und Danyel sehen auch in diesen zwei Richtungen die Wahlmöglichkeiten des Regimes, ob es den Bedarf nach wirtschaftlicher Modernisierung verfolgte oder auf das Bedürfnis nach Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung antwortete. 1968 bis 1971 bestimmten zwei unterschiedliche Richtungen die gesamte wirtschaftliche Politik und den Machtkampfs innerhalb der osteuropäischen Länder, DDR, Ungarn und Tschechoslowakei. Da sich die Daseinsberechtigung der Herrschaft der „kommunistischen Parteien“ auf die Diktatur des Proletariats gründete, wurde die wirtschaftliche Frage direkt zu einer politischen Frage, sodass sie sich immer mit der Art und Weise der Machterhaltung verband.²⁰¹ Hübner und Danyel richten ihren Blick auf die Konsistenz in der differenzierten Politik. „Er [Honecker – N.K.] stand damit, wie auch Ulbricht, in der Tradition eines sozialen Denkens, das seine wesentlichen Impulse aus der kommunistischen Bewegung der Zwischenkriegszeit bezog. Hier gab es keinen Bruch. [...] Ihr [Honecker und Ulbricht – N.K.] Dissens betraf nicht das gesellschaftliche Ziel, sondern Weg und Methode, es zu erreichen.“²⁰² Darüber hinaus erscheint die Gemeinsamkeit der Wirtschaftspolitik in den sechziger und siebziger Jahren im Bewusstsein der SED

¹⁹⁹ Siehe hierzu Theo Pirker, Der Plan als Befehl und Fiktion: Wirtschaftsführung in der DDR, Gespräche und Analysen, Opladen 1995.

²⁰⁰ André Steiner, Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 168.

²⁰¹ Vgl. Peter Hübner/Jürgen Danyel, Soziale Argumente im politischen Machtkampf: Prag, Warschau, Berlin 1968-1971, in: ZfG 50 (2002) 9, S. 804-832.

²⁰² Ebd., S. 827.

gegenüber der eigenen Bevölkerung. Die SED war sich gewiss bewusst, dass die Kampagne zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität langsam ihren Sinn verlor. Dennoch förderte sie die Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben und rief auf dem VIII. und IX. Parteitag weiterhin zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf. Nach Meinung der SED-Führung veränderte sich die Arbeiterklasse vom Beherrschten zum Herrscher in der DDR. Deshalb schätzte die SED ohne Zweifel das Verhalten der Arbeiter optimistisch ein. Nach dieser Ansicht sollten die Arbeiter trotz angeblicher Störungen durch die „Klassengegner“ aktiv am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft teilnehmen.

Die Erklärung von Hübner und Danyel zeigt auch die Auswirkungen auf die Bevölkerung: „Mit den Generationen wechselten wichtige Paradigmen. Während die Angehörige der Vorkrieges- und Kriegsgeneration die unbestreitbaren Wiederaufbaufolgen im Vergleich zu den verbreiteten Notlagen der Weltwirtschaftskrise, der Kriegs- und Nachkriegszeit durchaus als Verbesserung der eigenen Lebenslage registrierten, zog die jüngere Nachkriegsgeneration, die während der sechziger Jahre in verantwortungsvolle Ämter nachzurücken begann, andere Vergleiche. Sie muß die eigene Situation sowohl an den nur unzureichend realisierten wirtschaftlichen und sozialen Versprechungen der Parteidiktaturen als auch an dem, was man über das Leben in Westeuropa und Nordamerika wußte oder zu wissen glaubte.“²⁰³ Die Argumente heben paradoxe Weise einerseits hervor, dass die SED trotz des veränderten Verhaltens der Bevölkerung beharrlich blieb, andererseits sagen sie auch, dass die SED sich seit den sechziger Jahren konsequent mit der Erhöhung der Wohlfahrt der Bevölkerung auseinandersetzte.

Die vorliegende Arbeit sieht die Gründe für den Wandel der wirtschaftspolitischen Linie nicht in dem Wechsel der politischen Führung, sondern im Einfluss der Bevölkerung und den daraus gezogenen Erkenntnissen der SED. Aus dieser Sicht ist eine kontinuierliche Grundströmung in den sechziger und siebziger Jahren zu erkennen, in der die Wirtschaftspolitik die individuellen Interessen der Bevölkerung zuließ. Deswegen blieben diese zwanzig Jahre in der „Ostalgie“, die sich nach der deutschen Einheit in der ehemaligen DDR entwickelte, als gute alte Zeit Ostdeutschlands in Erinnerung.

Noch dazu kann der subtile Erkenntniswechsel der SED in der Beschreibung der „Geschichte des FDGB“ erkannt werden. Sie erklärt die Bevorzugung der Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den fünfziger Jahren, erkennt aber auch die Verfolgung des

²⁰³ Hübner/Danyel, a. a. O., S. 831.

individuellen Wohlstandes in den Sechzigern.²⁰⁴ Die Berücksichtigung der individuellen Interessen in der politischen Orientierung seit den sechziger Jahren ist deshalb die Voraussetzung für die Entwicklung der Freizeit.

Dagegen sehen Boyer und Skyba den Bruch der Wirtschaftspolitik in diesen zwanzig Jahren. Ihre Ansicht betont den Bedeutungswechsel des Wortes „Individuum“ und erklärt die umfassende Rückkehr von der Erlaubnis der individuellen Interessen hin zur herkömmlichen kollektiven Orientierung: „Während in den sechziger Jahren tendenziell häufiger ‚der Mensch‘ Gegenstand gesellschaftstheoretischer Überlegungen war und als Objekt sozialpolitischer Propaganda auftauchte, wurde in den siebziger Jahren, das ‚Wohl der Menschen‘ als Ziel der SED-Politik betont. [...] Das ‚Wohl‘ der Menschen war nicht gedacht als Resultat der Befriedigung persönlicher Interessen und Bedürfnisse, sondern vielmehr als die Zuweisung eines Lebensstandards, dessen Kriterien die Partei bestimmte und der an den Ziel der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik orientiert war. [...] Im Grundmotiv war nicht Individualisierung und individualisierte Bedürfnisbefriedigung, sondern vor allem Klassen- und schichtgebundene Verteilung materieller Güter durch den Parteistaat.“²⁰⁵ Boyer und Skyba kritisieren die Konsistenz dieser zwei Jahrzehnte aufgrund eines Artikels der theoretischen Zeitschrift der SED, die „Einheit“, in der die Erziehung und Leitung der Massen durch die SED wieder legitimiert wurde.²⁰⁶ Gewiss erklären die folgenden Sätze die Maßnahmen gegen die Privatisierung oder Individualisierung: „Die Partei verfolgt sorgfältig die Entwicklung der Bedürfnisse des Volkes, seiner verschiedenen Klassen und Schichten. [...] Bei verschiedenen Gruppen der Bevölkerung entwickeln sich auch Bedürfnisse im Zusammenhang mit noch nicht überwundener kleinbürgerlicher Ideologie. Es gibt allerdings auch übertriebene, derzeit unerfüllbare Bedürfnisse. Daher steht die Partei nicht nur vor der Aufgabe, die Bedürfnisse der Massen zu beachten und die Mittel und Wege zu ihrer Befriedigung festzulegen. Sie wirkt auch durch ihre erzieherische Tätigkeit auf die Entwicklung der Bedürfnisse ein, fördert und unterstützt ihre sozialistischen Elemente und kämpft gegen kleinbürgerliche, individualistische, egoistische Vorstellungen, die der Klassengegner mit allen Mitteln zu verbreiten trachtet.“²⁰⁷

Diese offiziell publizierte Logik der SED verbindet sich mit der opportunistischen Erkenntnis des Beherrschten, daher stellt sie den Ausgleich zur übertriebenen individuellen Neigung dar

²⁰⁴ Vgl. Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, a. a. O..

²⁰⁵ Boyer/Skyba, a. a. O., S. 589-590.

²⁰⁶ Vgl. Werner Lamberz, Partei und Massen, in: Einheit 27 (1972), S. 846-855.

²⁰⁷ Ebd., S. 851-852.

und zeigt den ernsthaften inneren Widerspruch des SED-Regimes, der aus dem dauernden Zulassen des individuellen Elements resultierte.

3.3 Die Entstehung der Voraussetzungen des Freizeitverhaltens

3.3.1 Die Verminderung der Arbeitszeit

Schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Verkürzung der Arbeitszeit als Aspekt der Verbesserung der Arbeitsbedienungen als wichtige politische Frage auf die Tagesordnung der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR gesetzt. Der größte Streitpunkt in den sechziger Jahren lag in der Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) verkündete schon in dem Befehl Nr. 56, aus dem Jahr 1946, die Rückkehr zum Acht-Stunden-Arbeitstag, um die totale Mobilisierung unter dem Nazi-Regime abzuschaffen: „Der achtstündige Arbeitstag oder die 48stündige Arbeitswoche für Arbeiter und Angestellte mit Ausnahme derjenigen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, ist einzuführen.“²⁰⁸ Im Januar 1957 verringerte sich die wöchentliche Arbeitszeit in der Regel von 48 Stunden auf 45 Stunden. Die SED versuchte damals die Erhöhung der Produktion durch Intensivierung der Arbeit zu erreichen. Mit diesen Maßnahmen erreichte die SED aber nicht ihr Ziel. So kam es in den Betrieben zu der Ansicht, dass „viele falsche Diskussionen, wie [die] Einführung einer 5-Tagewoche oder [die] Gewährung eines zusätzlichen freien Tages innerhalb von 14 Tagen, [sowie] falsche Diskussionen zu Lohnfragen u. a.“. Ferner forderte das „zentrale Arbeitskomitee“ in Hagenow vom Bezirksvorstand des FDGB in Schwerin offiziell die Fünf-Tage-Arbeitswoche.²⁰⁹

Bei der Verminderung der Arbeitszeit der industriellen Arbeiter spricht Hübner im Allgemeinen von einem ausgeglichenem Verhältnis zwischen den überarbeiteten Löhnen und der stillschweigenden Gewohnheit der Fünf-Tage-Arbeitswoche, die besonders in der Bauindustrie als selbstverständlich anerkannt war.²¹⁰ Die SED vertrat in dieser Angelegenheit immer eine defensive Position. Vor der Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche hielt sie nämlich, während der Kampagne „Produktionsaufgebot“ 1961/1962 an der Sechs-Tage-Arbeitswoche und dem „90-Stunden-Zyklus“ fest. Damit versuchte sie hartnäckig die, an vielen Arbeitsstandorten,

²⁰⁸ Befehl Nr. 56 Obersten Chefs der SMA vom 17. 2. 1946, in: Arbeit und Sozialfürsorge. Jahrbuch von 1945 bis 31. März 1947, Berlin 1947, S. 307.

²⁰⁹ Hübner, a. a. O. (Konsens), S. 101; BArch, DE 1/12653, Bl. 119: von Abt. Arbeit und Löhne. Sekretariatsinformation „Einschätzung des gegenwärtigen Standes über die Einführung der 45-Stundenwoche in der volkseigenen und der gleichgestellten sowie in der Privatindustrie“ 26. 4. 1957.

²¹⁰ Vgl. Hübner, a. a. O. (Konsens), S. 120 ff.

überhandnehmende Fünf-Tage-Arbeitswoche, zu verhindern. Die Kampagne führte aber nur zu einem geringen Erfolg.

Die Durchsetzung der bisherigen Arbeitsregel stellte jedoch eine wachsende körperliche Belastung der Arbeiter dar, weshalb das freie Wochenende mehr denn je benötigt wurde. Infolgedessen führte die SED die Fünf-Tage-Arbeitswoche gesetzlich alle zwei Wochen ab 9. April 1966 ein. Am 3. Mai 1967 beschloss die SED per Verordnung der durchgängigen Fünf-Tage-Arbeitswoche. Sie trat am 28. August 1967 in Kraft.²¹¹ Gleichzeitig wurden die Mindesturlaubstage von bisher 12 auf 15 Tage erhöht.²¹²

Anschließend betonte die SED, dass die Arbeitszeit in der DDR Schritt für Schritt vermindert werden sollte, um die Arbeitsbedingungen der Werktäglichen zu verbessern. Tatsächlich kamen diese Ergebnisse, wie Hübner erklärt, nur durch die dauernden, nicht öffentlichen Verhandlungen und dem Kompromiss zwischen den Arbeitern und dem Regime zustande.²¹³

Die damalige Verkürzung der Arbeitszeit ging einher mit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und den Lohnsteigerungen. Die SED versuchte einerseits die Arbeitsproduktivität in einer bestimmten Zeit zu erhöhen, um das wirtschaftliche Wachstum zu realisieren. Der Arbeiter versuchten anderseits möglichst viele der individuellen Interessen zu verwirklichen. Tatsächlich verfolgten sie nicht die maximale Erhöhung der Produktivität in der festgelegten Arbeitszeit, sondern bemühten sich darum, dass sie auch die besser bezahlten Überstunden ausgezahlt bekamen. Die SED unterstrich die Erhöhung der Arbeitsproduktivität allein vor der Zeit des NÖSPL als Zielsetzung. Da sie das ökonomische Verhältnis von Arbeitszeit und Lohn nicht berücksichtigt wurde, war es fast unmöglich, die eigenen Interessen mit denen der Gesellschaft in Einklang zu bringen. Das NÖSPL veränderte die Situation. Günter Mittag erkannte diese Bedeutung: „Wenn früher – wegen der noch nicht umfassenden Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit – das gesellschaftliche Interesse oftmals nur einseitig mit Appellen an die Moral und das Bewußtsein gewahrt werden konnte, so sind heute durch das neue ökonomische System Voraussetzungen geschaffen worden, die materiellen und moralischen Faktoren sowie das persönliche und gesellschaftliche Interesse als

²¹¹ Verordnung über die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Neuregelung der Arbeitszeit in einigen Wochen mit Feiertag vom 3. Mai 1967, in: GBl. II Nr. 38. 1967, S. 237-241.

²¹² Verordnung über die Einführung eines Mindesturlaubs von 15. Werktäglichen im Kalenderjahr vom 3. Mai 1967, in: GBl. II Nr. 39. 1967, S. 253.

²¹³ Hübner, a. a. O. (Konsens), S. 129.

Einheit zur Wirkung kommen zu lassen.“²¹⁴ Nur wenn die SED die Bevölkerung von der Gleichstellung der individuellen Interessen mit den gesellschaftlichen Gesamtinteressen überzeugte, konnte sie das Einverständnis zur intensiven Arbeit bekommen.

Das Verhältnis zwischen der Arbeitszeitverkürzung und der Rationalisierung der Produktivität sowie die Verhandlungen über die höher bezahlten Überstunden in den siebziger Jahren nahmen den gleichen Verlauf wie die Diskurse über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die Erhöhung der Mindesturlaubstage. Ein Bericht aus Berlin bestätigt: „In den meisten Fällen wird die Bereitschaft zu Überstunden mit dem zusätzlichen Einkommen motiviert.“²¹⁵ Er gab auch die Stimmen der Arbeiter wieder: „An uns soll es nicht liegen. Wir wollen den Plan erfüllen und werden dafür alles tun. Wir sind auch für Überstunden und Sonnabendschichten bereit, wenn wir sehen, daß es sich lohnt. Das ist doch keine Arbeitsorganisation, wenn wir Überstunden machen und am nächsten Tag kein Material rankommt.“²¹⁶ Das zeigt deutlich das fehlende Wirtschaftsverständnis der SED. Außerdem kann darin die gesellschaftliche Meinung erkannt werden. Die „gewöhnliche Bevölkerung“ verfolgte hier bewusst nicht nur das eigene Interesse, sondern auch die Verbindung dieser mit dem öffentlichen Interesse. Daher stellen diese Aussagen eine starke Kritik der Gesellschaft an der SED dar.

Trotzdem gab es das Problem: Wenn die bisherigen Feiertage nach der Einführung Fünf-Tage-Arbeitswoche bestehen blieben, wirkte das der Erhöhung Arbeitsproduktivität entgegen. Dabei hätte die SED aufgrund des Ausspruchs von Marx, dass die Religion Opium für das Volk sei, die Feiertage die auf Werktagen entfielen abschaffen können. So hob sie zwar den „Reformationstag“ sowie Himmelfahrt und Buß- und Betttag, da „kirchliche Veranstaltungen [...] an diesen beiden Tagen [...] in den Abendstunden bzw. an den arbeitsfreien Sonnabenden durchgeführt werden könnten“, als Feiertage auf. Dennoch blieben „Karfreitag“ und „Pfingstmontag“ als Feiertage erhalten. Anderseits verlagerte sie auch die Feierlichkeiten zu Anlass des „Tages der Befreiung“ am 8. Mai auf den folgenden Sonntag.²¹⁷ Es gibt auch folgende Berichte über diese Frage, nach Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche,

²¹⁴ Günter Mittag, Ideologische und ökonomische Probleme bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbs, in: Einheit, 19 (1964) 9/10, S. 69.

²¹⁵ SAPMO-BArch, DY 30/2198, Bl. 105: von Bezirksleitung Berlin 1. Sekretär (Konrad Naumann), an Zentralkomitee der SED Erster Sekretär Genossen Erich Honecker, Einige Informationen zum Stand der Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1972 und zur Stimmung der Arbeiter in ausgewählten Berliner Betrieben (Stand vom 9. Oktober 1972), 11. 10 1972.

²¹⁶ Ebd., Bl. 102.

²¹⁷ SAPMO-BArch DY 30/3337, Bl. 172 f.: Endbericht der Arbeitsgruppe der Sozialpolitik, 28. 2. 1967; Direktive zur Vorbereitung und Einführung der durchgängigen 5-Tage-Arbeitswoche und zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Neuregelung der Arbeitszeit in einigen Wochen mit Feiertagen in der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Die Wirtschaft, 11. 5. 1967 Nr. 19, S. 3.

aus der Bevölkerung: „Vielfach wird die Meinung vertreten, die Abschaffung religiöser Feiertage bedeutet einen Eingriff in die persönliche Freiheit der Menschen und in die Angelegenheiten der Kirche.“²¹⁸ Die SED vertrat prinzipiell die Erhaltung der Produktionsrhythmen, musste aber tatsächlich den religiösen Gewohnheiten nachgeben.

Die Erweiterung der langen Wochenenden und der Urlaubstage stellte eine intensive Zunahme der freien Zeit dar. Daher konnte die Bevölkerung die Zeit nun intensiver dem Freizeitverhalten widmen. Anders als in fünfziger Jahren fühlte die Bevölkerung erstmals den zeitlichen Überschuss. Ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre erkannte die Gesellschaft der DDR die Bedeutung des Freizeitverhaltens.

3.3.2 Der Anstieg der Löhne und Gehälter

Neben der Schaffung des zeitlichen Überflusses ermöglichte der Anstieg des Arbeitslohns, der im NÖSPL realisiert wurde, den finanziellen Überfluss für das Freizeitverhalten. Der Anstieg des Arbeitslohns wurde allerdings stark von der Preisreform im Einzelhandel sowie der allgemeinen Inflation beeinflusst. Daher kann aus diesem Anstieg nicht direkt auf die Zunahme zur Verfügung stehenden Geldes für Freizeitverhalten geschlossen werden. Sowohl das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, als auch das Konsumverhalten der Bevölkerung, in dem sich die Realität der Mangelwirtschaft widerspiegeln, lässt sich nicht ignorieren.

Die SED versuchte aus dem Stundenlohn kontinuierlich einen tatsächlichen Akkordlohn zu machen. Die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung stellte den „Akkordlohn“ als klarsten Beweis der Ausbeutung durch das Kapital dar. Viele Jahre forderte sie dessen Abschaffung. Daher hatte die SED viel Mühe, als sie versuchte den Akkordlohn als sogenannten „Leistungslohn“, durch die Gewerkschaft einzuführen.²¹⁹ Die SED sah in diesen Maßnahmen die Methode zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Die SED übernahm auch die Lohnpolitik aus der Sowjetunion, in der die KPdSU seit Anfang der dreißiger Jahre den Lohn als Mittel für die Integration und die Kontrolle der Bevölkerung benutzte.²²⁰

²¹⁸ SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/6.11/104, Bl. 3: Abt. Grundstoffindustrie, Argumente zu den sozialen Maßnahmen, die auf dem VII. Parteitag beschlossen wurden, 27. 4. 1967.

²¹⁹ Vgl. Jörg Roesler, Vom Akkordlohn zum Leistungslohn. Zu den Traditionen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und zur Einführung des Leistungslohnes in der volkseigenen Wirtschaft der DDR 1948 bis 1950, in: ZfG 1984, H. 9. S. 779-795.

²²⁰ Vgl. Nobuaki Shiokawa, Der Sozialistische Staat und die Arbeiterklasse. Die Integration und Kontrolle der Arbeiter in den sowjetischen Betrieben, Tokio 1984. (auf Japanisch)

Bei Einführung des NÖSPL versuchte die SED die Lohnerhöhungen mit den individuellen Leistungen zu verbinden. Diese Orientierung bedeutete sowohl für die Bevölkerung, als auch für einige Führungskader eine Arbeitsintensivierung, die nach der Kampagne „Produktionsaufgebot“ kontinuierlich andauerte. Daher kam es an vielen Arbeitsorten im ersten Halbjahr 1963 zu über 50 Streiks mit ca. 500 Teilnehmern.²²¹ Der durchschnittliche Lohn der Arbeiter in den staatlichen Industrien nahm aber stetig zu. (Tabelle 9)

Neben dem Anstieg des Grundlohn niveaus spielte die Prämie eine andere wichtige Rolle für den Anstieg des Gesamteinkommens in den sechziger Jahren. Die Prämie stellte anfangs eine Auszeichnung als „Arbeitshelden“ dar. Dennoch veränderte sich die Bedeutung nach der Einführung des NÖSPL. Die SED stellte die Prämienfonds erst in jeder Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) und jedem industriellen Bereich auf und versuchte die Prämien gleichmäßig auf jeden Werktäglichen zu verteilen. Oberflächlich spricht dies gegen die Grundlinie des NÖSPL, die die unabhängige Handlung zur Produktivitätssteigerung von jedem Werktäglichen erwarte, die SED bemühte sich hier aber um die Produktionserhöhung auf der Makroebene und die Vereinigung der gesellschaftlichen mit den individuellen Interessen. Steiner führt zu diesem Punkt aus, dass „die Prämien und die Verfügungsfonds nicht, so wie gedacht, zielgerichtet und konzentriert für die Honorierung besonderer Leistung, sondern zersplittert und für die Erbringung ‚normaler‘ Arbeitsaufgaben, d.h. egalitaristisch, an die Beschäftigten gezahlt wurden.“²²² Anders als die Erhöhung der reinen Löhne, stellten die zusätzlichen Prämien für einen großen Teil der Bevölkerung eine wirkliche Zunahme des verfügbaren Einkommens, das die Bevölkerung für Freizeitaktivitäten verwenden konnte, dar.

Daher veränderte sich die Bedeutung der Freizeit durch die Maßnahme der Belohnung für ausgewählte „Arbeitshelden“ zur alltäglichen Dienstleistung, auf die die „gewöhnliche Bevölkerung“ ein Anrecht hatte. Die durchschnittliche Prämiensumme je Beschäftigten in der staatlichen Industrie betrug im gesamten Jahr 1963 300 Mark, 1965 betrug sie schon 420 Mark, 1967 aber sank sie wieder auf 372 Mark. Sie entsprachen 1963 53 %, 1965 70.9 % und 1967 59.5 % eines Monatslohns. Dennoch blieb der Anteil der erhaltenen Prämien im monatlichen

²²¹ Steiner, a. a. O. (Die DDR-Wirtschaftsreform), S. 289; SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.021/738, Bl. 131: Analyse über Arbeitskonflikte in I. Halbjahr 1963, 3. 8. 1963.

²²² Zitiert nach Steiner, a. a. O. (Die DDR-Wirtschaftsreform), S. 298; BArch, DE1-St/5308: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Material zu eigenen Fragen der Durchführung wichtiger Maßnahme des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, 15. 3. 1965; SAPMO-BArch, NY 4182/973: von Mittag an Ulbricht, Beschußentwurf, wie auf dem Gebiet der Planung und Leitung weiter gearbeitet werden muß, 4. 1965.

Lohn, wie Steiner erklärt, relativ gering.²²³ (Tabelle 9)

Die Veränderung des Auszahlungsverfahrens änderte den Stellenwert der Prämien. Die SED führte statt der Monats- oder Vierteljahresprämien von Februar bis März 1967 experimentell eine Jahresprämie ein. Dabei wurden ungefähr 50 % eines Monatslohns als Prämien gezahlt.²²⁴ Die SED versuchte durch die Zahlung der Jahresendessprämien die Werktätigen am Arbeitsort zu binden: „Ein Weg, um die Fluktuation zu überwinden, ist es m. E., die Höhe der Jahresendprämie mit von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig zu machen. [...] Selbst wenn alle Betriebe diesen Prämienteil gewähren, kommt ein Arbeiter, der seine Arbeitsstelle wechselt, nicht wieder sofort in diesem Genuss. Es hätte also jeder Betrieb davon Vorteile.“²²⁵ Die einmalige Bezahlung der gesamten Prämien am Jahresende hatte einen psychologischen Einfluss auf das Konsumverhalten der Arbeiter. So wollten sie davon nicht die einfachen, alltäglichen Konsumgüter kaufen, sondern interessierten sich mehr für den Kauf von langlebigen Konsum- und Freizeitgütern.

Konnte die SED nun ihre Hauptzielsetzung, den Anstieg der Arbeitsproduktivität und die Entwicklung der Wirtschaft der DDR, durch die Verwendung von Prämien erreichen? Steiner erläutert, dass das eigentliche Ziel, die Fluktuation zu begrenzen, „wiederum ihre Wirkung als Anreiz begrenzen [musste]. Bis zum Ende des Jahrzehnts hatte sich wohl bei den Beschäftigten die Auffassung durchgesetzt, daß man auf die Jahresendprämie einen Anspruch habe.“²²⁶ Hübners Einschätzung zeigt auch, dass „geradezu gefährlich an dieser Entwicklung [das Einkommenszuwachsen –N.K.] jedoch ein rasch zunehmender Kaufkraftüberhang wurde, der am Ende der 1960er Jahre zu verbreiteter politischer und sozialer Unzufriedenheit beitrug.“²²⁷ Eigentlich stand der Zuwachs des Arbeitslohns damals der schwierigen Konsumgüterversorgung und der Preisinstabilität durch Inflation gegenüber. Anders als diese beiden Probleme spiegelte sich der Erfolg des Prämiensystems nicht in der gesamten Bevölkerung wider. Infolgedessen sollte sich die Ungleichheit zwischen den Bevölkerungsschichten auf dem Lohnstandard ausbreiten. Um die Ungleichheit zu beseitigen, erhöhte die SED den Mindestlohn 1967 von 220 Mark auf 300 Mark und 1971 auf 350 Mark. In

²²³ Steiner, a. a. O. (Die DDR-Wirtschaftsreform), S. 299.

²²⁴ Steiner, a. a. O. (Die DDR-Wirtschaftsreform), S. 299; Beschuß zur Lichtlinie für die Bildung und Verwendung des Prämienfonds... von 7. 4. 1966, in: GBl. II 1966, S. 252; Jörg Roesler, Wandlungen in Arbeit und Freizeit der DDR-Bevölkerung Mitte der sechziger Jahre, ZfG 37 (1989) H. 12, S. 1064; Vgl. K. Krawczak, Jahresendprämie und Planangebot, in: Die Wirtschaft Nr. 27, 6. 7. 1967.

²²⁵ Wie mit der Jahresendprämiierung beginnen? Interessante Anregungen aus Filmfabrik Wolfen, in: Wirtschaft Nr. 7, 17. 2. 1966, S. 19.

²²⁶ Steiner, a. a. O. (Die DDR-Wirtschaftsreform), S. 300.

²²⁷ Hübner, a. a. O. (Konsens), S. 86.

der Ära Honecker wurden die Mindestlöhne schließlich noch ein drittes Mal auf 400 Mark erhöht.²²⁸

In den siebziger Jahren veränderte sich die Lohnpolitik allmählich von dem Akkordlohn zum „Grundlohn“, als eine Art Vertragslohn. Damit versuchte die SED letztlich Erfüllung der Normen zu erreichen. Die Veränderung des Lohnsystems gründete sich auf dem Ungleichgewicht zwischen dem Basislohn und den Prämien. Da die Prämien immer mehr als allgemeines Recht angesehen wurden, verloren sie ihre Funktion als Anreiz für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. So hatte ein Ingenieur damals weniger Einkommen als ein gewöhnlicher Arbeiter, was verständlicherweise zu einem Arbeitskräftemangel in dieser Berufsgruppe führte.²²⁹ Dennoch hoffte die SED, dass nach den neuen lohnpolitischen Grundsätzen, die Löhne einen konsequenten Anreiz für die individuellen materiellen Interessen darstellte, der sich mit der Produktivitätserhöhung verband und damit kein gleichmacherisches Lohnsystem aufgebaut wurde.²³⁰ Dabei trugen nicht das Arbeitskollektiv oder die Brigaden, sondern die eigenen Arbeiter direkt die Verantwortung zur Erfüllung der Normen.²³¹ In der Tat erhielt bis dahin jeder Beschäftigte diesen Vorteil, obwohl in der Realität die Kollektive in den Betrieben die Verantwortung für die Erhöhung der Produktivität trugen. Die neue Richtung bedrohte deswegen selbstverständlich das „erworrene Recht“ jedes Arbeiters.

Die SED nutzte diese Kollektive, die für die Produktion in den Betrieben verantwortlich waren, um ihre neue politische Richtung auf der Gewerkschaftsversammlung und den Betriebsversammlungen zu vermitteln. Daher waren Einwände aus der Bevölkerung unvermeidlich. Als die SED den „Grundlohn“ 1976 einführte, veröffentlichte sie innerhalb der Führungskader folgende Schrift: „Die Einführung von Grundlöhnen politisch verantwortungsbewußt leiten – die Mitwirkung der Arbeiter von Anfang an sichern“, um die zu beachteten Punkte bei der Einführung zu betonen. Die Schrift forderte bei der Einführung des Grundlohns jeden Funktionär zur Vorsicht auf, da „es Anzeichen dafür gibt, daß in einzelnen

²²⁸ Verordnung über die Erhöhung des monatlichen Mindestbruttolohnes von 220 MDN auf 300 MDN und die differenzierte Erhöhung der monatlichen Bruttolöhne unter 400 MDN, in: GBl. II Nr. 47 1967, S. 313; Verordnung über die Erhöhung des monatlichen Mindestbruttolohnes von 300 MDN auf 350 MDN und die differenzierte Erhöhung der monatlichen Bruttolöhne unter 435 MDN, in: GBl. II Nr. 12 1971, S. 81; Verordnung über die Erhöhung des monatlichen Mindestbruttolohnes von 350 MDN auf 400 MDN und die differenzierte Erhöhung der monatlichen Bruttolöhne unter 500 MDN, in: GBl. I Nr. 28 1976, S. 377.

²²⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2772, Bl. 354 ff.: Anlage 1 Zu Problemen der gegenwärtigen Lage auf dem Gebiet des Arbeitslohnes.

²³⁰ SAPMO-BArch, DY 30/2938, Bl. 128 ff.: von Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik, Grundsätze unserer Lohnpolitik und nächsten Aufgaben zu ihrer Verwirklichung, 11. 8. 1972.

²³¹ Ebd., Bl. 141 ff.: Die Anwendung der persönlichen Pläne zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im sozialistischen Wettbewerb.

Betrieben von der politischen Orientierung der Partei abgewichen und dadurch Unsicherheit, bei der Arbeitern hervorgerufen wird.“²³² Der Bericht zeigt indirekt, dass die SED selbst die Schwierigkeiten bei der Ausführung ihrer Lohnpolitik erkannte. In den gleichen Unterlagen befindet sich auch ein Bericht über Sabotage und Störungsaktivitäten einiger Arbeiter, auch wenn die vorliegende Arbeit kein direktes Verhältnis mit der Lohnpolitik bestätigen kann.²³³

3.3.3 Stabilität des Konsumgüterpreises und Verbesserung des Konsumlebens

Steiner widmet der Industriepreisreform, die während der Zeit des NÖSPL dreimal stattfand, in seiner Arbeit ein Kapitel, um die Stabilität des Konsumgüterpreises zu betrachten. Er überprüft den tatsächlichen Effekt gegenüber dem Einzelhandelspreis.²³⁴ Die erste Preiserhöhung der Industriepreisreform blieb ohne negative Auswirkung auf die Einzelhandelspreise.²³⁵ Steiner betrachtet hier ausführlich den Inhalt und die wirtschaftswissenschaftliche Kritik. Nach seiner Meinung misslang der SED die Verwirklichung der Richtlinie. Jeder Betrieb schlug die Erhöhung der Rohstoff- und Energiekosten zu einem Teil auf die Einzelhandelspreise auf. Die SED behielt aber die politische Absicht, die Bevölkerung durch die stabilisierten Preise mit den allgemeinen Konsumgütern versorgen zu können. Infolge dieses Ausgleichs blieb sie von den Subventionen, die nach den Grundsätzen aufgegeben werden sollten, abhängig.

Wie schon in der Einleitung erwähnt, analysierten die verschiedenen wissenschaftlichen Forschungen bereits das Konsumverhalten der DDR. Dennoch müssen aus Sicht der Freizeit die Verbreitung der industriellen Konsumgüter und die Entwicklung der Dienstleistungsindustrie betrachtet werden, da beide das Freizeitverhalten direkt beeinflussten. So zeigt sich der Einfluss der Dienstleistungsindustrie auf die Freizeitpolitik in der Gastronomie und dem Erholungswesen. Dieser Einfluss und diese Problematik werden im vierten und fünften Teil dieser Arbeit behandelt.

Über die Verbreitung der industriellen Konsumgüter gibt es zwei unterschiedliche Betrachtungen. Die erste Arbeit stammt von Ina Merkel. Darin beschäftigt sie sich mit der

²³² SAPMO-BArch, DY 30/2939, Bl. 4 ff.: von Abt. Planung und Finanzen, Die Einführung von Grundlöhnen politisch verantwortungsbewußt leiten - die Mitwirkung der Arbeiter von Anfang an sichern, 16. 11.1976.

²³³ Ebd., Bl. 59 ff.: von Abt. Planung und Finanzen, Information über Ausfallzeiten in der Industrie durch unentschuldigtes Fehlen, 15. 3. 1977.

²³⁴ Vgl. Steiner, a. a. O. (Die DDR-Wirtschaftsreform), S. 205 ff; Die Stabilität des Preises bildet bedauerlich auf der deutschen Zeitgeschichte nach dem ersten Weltkrieg das wichtige Forschungsproblem aus, Vgl. André Steiner (Hrsg.), Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln/Weimar/Wien 2006.

²³⁵ Steiner, a. a. O. (Die DDR-Wirtschaftsreform), S. 212.

Versorgung der Bevölkerung mit industriellen Konsumgütern seit den sechziger Jahren.²³⁶ Durch ihre Arbeit lässt sich auch auf die Entwicklung des Freizeitverhaltens in den sechziger und siebziger Jahren schließen.

Dagegen schätzt Saitô in seiner Betrachtung, den Verbreitungszustand von Konsumgütern in der DDR im Vergleich zur BRD niedrig ein. Nach seiner skeptischen Meinung waren die Preise für industrielle Konsumgüter höher als die Löhne der allgemeinen Arbeiter. Danach wurde die Verbreitung der industriellen Konsumgüter, ebenso wie die Verbreitung hochwertiger Modeartikel, durch das zur Verfügung stehende Bargeld der einzelnen Schichten begrenzt. Weil die SED, nach Propaganda der weiträumigen Verbreitung der industriellen Konsumgüter, in der Realität die teuren Preise festsetzte, erklärt Saitô, dass die industriellen Konsumgüter sich nicht gleichmäßig auf alle Bevölkerungsschichten verbreiten konnten, und es so zu einer deutlichen Differenzierung zwischen den Schichten kam. Er erwähnt außerdem den Verbreitungszustand des Pkws und die Stimmen der Unzufriedenheit der allgemeinen Arbeiter. Weiter erklärt er die fortdauernde kritische Meinung, dass der Verkauf der industriellen Konsumgüter und der hochwertigen Bekleidung eher die ungleiche Verteilung des Reichtums in der DDR förderte. Da der Erfolg oder Misserfolg der Planwirtschaft von der Existenz der „reichen“ Leute abhängig war, versuchte der Staat durch „Luxusgüter“ das Geld dieser Schicht zu erhalten.²³⁷ Diese Auffassung zeigt das Fehlen einer Mittelschicht in der Gesellschaft der DDR, welche in Westdeutschland und Japan die Verwirklichung der Massenkonsumentengesellschaft ermöglichte. Damit erklärt Saitô präzise die Unterscheidung der gesellschaftlichen Schichten in der sozialistischen Gesellschaft, obwohl diese die Gleichberechtigung als Ziel hatte.

Als die Auswirkungen des gestiegenen Industriepreises auch beim Verbraucherpreis sichtbar wurden und die Erhaltung der Preisstruktur infrage gestellt wurde, schlug Halbritter, der das NÖSPL vorantrieb, vor, „nicht jeden einzelnen Verbraucherpreis, sondern den Durchschnittspreis von Warengruppen konstant zu erhalten. [Dafür] sollten bestimmte Erzeugnisgruppen teuer und zum Ausgleich andere billiger werden.“²³⁸ Das dehnte die Preisunterschiede zwischen den allgemeinen Konsumgütern und den industriellen Konsumgütern aus. Allerdings erwähnt Steiner dazu Folgendes: „Die Preise von Industriewaren stiegen zwischen 1962 und 1967 um insgesamt 2,5 % und dann allein im Jahr

²³⁶ Vgl. Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis: die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln/ Weimar/Wien 1999.

²³⁷ Saitô, a. a. O., S. 243 u. S. 245.

²³⁸ Zitiert nach Steiner, a. a. O. (Die Wirtschaftsreform), S. 214; BArch DE1/45339: SPK, Vermerk zur Information des Genossen Stoph über gegenwärtige Probleme ..., 31.5.65

1968 um mehr als 3 %. Diese Preissteigerungen setzten sich bis 1970 fort und erfaßten fast alle Gruppen von Industriewaren und teilweise auch Nahrungsmittel. [...] Die höheren Preise hätten den Wirtschaftsverantwortlichen eigentlich gefallen können, wurde so doch der Kaufkraftüberhang reduziert. Weil diese Entwicklung aber als verdeckte Inflation und als Wortbruch wahrgenommen wurde, störten sie sich daran.“²³⁹

Auch Saitō war, aufgrund der Analyse des „Instituts für Meinungsforschung“, skeptisch hinsichtlich der Ersparnisse der allgemeinen Bevölkerung.²⁴⁰ Der Grund besteht darin, dass das geringe Einkommenswachstum der Werktätigen den Versorgungsmangel an hochwertigen Konsumwaren und die festgesetzten hohen Preise nicht ausgleichen konnte. Daher war der Neuerwerb industrieller Konsumgüter, wie beispielsweise das Auto, für die gewöhnliche Bevölkerung nicht einfach möglich, da sie lange Zeit auf deren Kauf warten musste. So wurde das typische Bild der „Mangelwirtschaft“ auch im Bereich der Konsumgüter geprägt. Daher kann allein aus dem Verbreitungsgrad der industriellen Konsumgüter der Wohlstand der Bevölkerung nur vorsichtig betrachtet und gemessen werden. Unter diesem Aspekt können die Entwicklungsmöglichkeiten der Freizeit während der Ära des NÖSPL nicht betrachtet werden.

Wie konnten sich also die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung trotz dieses widersprüchlichen Konsumverhaltens in der DDR erweitern? Wenn wir die Überlegung von der „wirtschaftlichen Entwicklungstheorie“, in der sich zuerst die Anzahl der alltäglichen, dann die der industriellen Konsumgüter, gefolgt von der freien Zeit und dem Anstieg der Löhne und erst zuletzt die Freizeitaktivitäten erhöhte, als richtig einschätzen, dann kann die Entwicklung der Freizeit seit den siebziger Jahren ähnlich den Ausführungen Saitōs betrachtet werden.²⁴¹ Sonst müsste man zu der Ansicht gelangen, dass es ursprünglich unmöglich war, eine Entwicklung der Freizeit in der DDR zu finden.

Dennoch bietet der Widerspruch der Planwirtschaft ein anderes Bild. Die SED begann die Verbreitung der industriellen Konsumgüter und propagierte gleichzeitig die Entwicklung der Dienstleistungsindustrie, um die Hausarbeit der Frauen zu vermindern. Trotzdem konnte die Bevölkerung nur lückenhaft mit allgemeinen Konsumgütern versorgt werden. Die verschiedenen Waren existierten aber in ungleicher Verteilung in der Gesellschaft. Dabei

²³⁹ Steiner, a. a. O. (Von Plan zu Plan), S. 158; SAPMO-BArch DY30/IV A2/2.021/678, Bl. 50 f.: von Abt. Planung und Finanzen, Information über die Entwicklung..., 23. 6. 1969.

²⁴⁰ Saitō, a. a. O., S. 252.

²⁴¹ Saitō, a. a. O., S. 301 f.

erkannte die Bevölkerung schon die zukünftige Versorgungslücke und versuchte dieser durch Hamsterkäufe entgegenzuwirken und verteilte diese Waren unter Umständen im Familien- und Bekanntenkreis. Diese Geschichte stellt das typische menschliche und gesellschaftliche Verhältnis in der DDR dar.²⁴² Zum Beispiel, bekam eine Person, die schon selbst ein Auto besaß, zufällig die Möglichkeit ein neues Auto von der Warteliste zu kaufen, dann verkaufte er das alte Auto an die Tochter und ihren Ehemann. Dabei waren die Eltern zufrieden mit dem neuen Auto und die Tochter damit, dass sie überhaupt ein Auto erhielt. Am Juli 1972 beschloss die SED die zinslosen Kredite von 5000 Mark für Ehepaare, die unter 26 Jahre alt waren.²⁴³ Das oben genannte Ehepaar bekam daher nach der Heirat und der Geburt des Kindes solch einen Kredit.²⁴⁴ Da diese Kredite den Kauf industrieller Konsumgüter fördern sollten, konnte das junge Ehepaar den Kredit zweckentsprechend nutzen. Honecker betonte die Bedeutung: „Bekanntlich wird auch diese Maßnahme als wertvolle Starthilfe für den Aufbau einer eigenen Familie empfunden.“²⁴⁵ Diese Beispiele erläutern einen Aspekt der komplizierten Welt, in der sich das vertikale Verhältnis des Staats zur Gesellschaft mit dem horizontalen Verhältnis innerhalb der Gesellschaft verflocht. Hier beschleunigten der „Mangel“ und die „unausgeglichene Existenz“, die die SED selbst verschuldete, neben der offiziellen Unterstützung die spezifische gesellschaftliche Rolle als Vermittler. Trotzdem stieg im alltäglichen Leben die Frustration der Bevölkerung, die sie gegenüber der SED ausdrückte. Sie verzichtete aber nicht auf das Bedürfnis nach Freizeitaktivitäten. Die Bevölkerung forderte von der SED die Vorbereitung und die Ermöglichung einiger Freizeitaktivitäten, versuchte sich aber gleichzeitig selbst an eigenen Möglichkeiten. Normalerweise richtete sich das Augenmerk der „gewöhnlichen Bevölkerung“ nicht nur auf den Konsum alltäglicher Waren, sondern auch auf die Möglichkeit zur Erlangung industrieller Konsumgüter und Dienstleistungswaren. Auch deshalb werden die sechziger Jahre in der Gegenwart als „Wunderwirtschaft“ der DDR bezeichnet.

Auch kann darin der Grund gesehen werden, warum in den sechziger Jahren in den verschiedenen wissenschaftlichen Bereichen der DDR die Diskurse über die Freizeit begannen. Saitō, der sich mit den unzufriedenen und vorwurfsvollen Äußerungen der Bevölkerung in seiner Arbeit befasst, sieht in diesen nicht den Ausdruck vom Verzicht des alltäglichen

²⁴² Vgl. Annette Schumann (Hrsg.), *Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 2008.

²⁴³ Verordnung über die Gewährung von Krediten zu vergünstigten Bedingungen an junge Eheleute, in: GBII. II Nr. 27 1972, S. 316-318.

²⁴⁴ Der Verfasser erfuhr in einem Gespräch mit einer Frau die Geschichten von dem oben genannten Auto, den Krediten und der Warmwasserverschwendug.

²⁴⁵ Aus dem Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des ZK der SED, Berlin (Ost) 1979, S. 43.

Wohlstands, sondern die Einwirkung auf das politische Regime. Die Verhaltensweisen der Bevölkerung zeigten keine Unterstützungsäußerungen für die SED, sondern eher den geschickten Umgang mit dem sozialistischen Regime, das immer die Verbesserung des Lebensstandards versprach, diese Versprechen aber nie wirklich halten konnte.

Natürlich konnte die „gewöhnliche Bevölkerung“ ab den sechziger Jahren vergleichsweise mehr Geld in die Freizeit investieren, da die verfügbaren Einkommen abzüglich Lebenskosten, durch den Anstieg der Arbeitslöhne zunahmen. Zumindest verspürte sie selbst die zunehmenden Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten, da sie auch an die Preisstabilität der alltäglichen Konsumwaren glaubte. Die Subventionen unterstützten diese Ansicht. So subventionierte die SED-Führung von alltäglichen Konsumwaren, über Krankenversicherungen und Kindergeld bis hin zu Strom-, Gas- und Wassergebühren fast alle Güter für einen angenehmen Wohlstand. So kompensierte oder erleichterte sie einerseits die verschiedenen Mängel, andererseits förderte sie so aber auch die Verschwendug, die sich beispielsweise aufgrund der extrem billigen Wasserpreise entwickelte.

3.4 Die doppelt beeinflussten Voraussetzungen des Freizeitverhaltens

Die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit ermöglichte die zusätzliche Zeit für Freizeitaktivitäten. Sie trug zur Herstellung der grundlegenden Bedingungen der Freizeit bei. Die gleichzeitige Erhöhung der Löhne und Gehälter sollte zu mehr verfügbares Geld für diese zusätzliche freie Zeit führen. Trotz des Beispiels der Industriepreisreform stabilisierten die Subventionen einen Großteil der Konsumgüterpreise. Dennoch konnte die SED die Bevölkerung nicht gleichmäßig mit Konsum- und Dienstleistungsgütern versorgen. Daher war das Konsumleben in der DDR widersprüchlich. Das Freizeitverhalten in der DDR sollte daher nicht nur von den sozialpolitischen Anforderungen der SED, sondern auch von der Mangelwirtschaft bestimmt werden, die sich auf den Misserfolg der wirtschaftlichen Politik gründete.

Seit den sechziger Jahren konnte sich die Freizeitmöglichkeit entfalten. Die Anerkennung der individuellen Interessen im NÖSPL schaffte diese Bedingungen. Sie war im NÖSPL die Methode zur volkswirtschaftlichen Entwicklung. In den siebziger Jahren wandelte sich, mit der Parole: „alles zum Wohle des Volkes“, die politische Zielsetzung. Dennoch berücksichtigte die SED weiter das individuelle Interesse der Bevölkerung. Diesbezüglich zeigt sich die

Kontinuität seit den sechziger Jahren. Hier erzeugte die SED trotz des Machtwechsels Stabilität und Kontinuität in der Gesellschaftsstruktur. Roesler sieht in seiner Abhandlung, dass sich die Voraussetzungen der Freizeitentwicklung in der DDR seit der Zeit des NÖSPL stetig verbesserten.²⁴⁶ Die Bevölkerung musste sich in den fünfziger Jahren bemühen, das eigene Leben zu organisieren. Durch die Verkürzung der Arbeitszeiten gab es schließlich erstmals mehr Freizeit, infolgedessen mussten sie überlegen, auf welche Weise sie die zusätzlich gewonnene Zeit verbringen wollten. Daher führte das NÖSPL graduell einen Wechsel zum Verständnis des alltäglichen Lebens durch. Die „gewöhnliche Bevölkerung“ konnte so den Eindruck gewinnen, dass das „Morgen“ aus der Parole: „Heute arbeiten, morgen leben können“, endlich erreicht oder bald erreicht wurde.

Die Voraussetzungen der Freizeit in der DDR spiegeln nicht die Ansicht der „wirtschaftlichen Entwicklungsstufentheorie“ wider. Nach einem alten chinesischen Zitat, „erst wenn man mit Essen und Kleidung voll zufrieden ist, erkennt man die Freizeit (exakt die Höflichkeit und die Treue)“, dies passt aber nicht auf die beschriebene Situation. Die Politik der SED erlaubte die vielfältigen individuellen Interessen, führte aber unbewusst zu diesem widersprüchlichen Alltag in der Gesellschaft. Der Mangel an Konsum- und Dienstleistungsgütern lässt die „gewöhnlichen Bevölkerung“ dennoch nicht auf Freizeitaktivitäten verzichten. Dieser Zustand bestimmte die „relativ stabilisierte Ära“.

²⁴⁶ Roesler, a. a. O. (Wandlungen), S. 1059.

4. Die „Freizeitpolitik“ der SED unterhalb der Politbüroebene und deren Reflektion in der „gewöhnlichen Bevölkerung“

Wenn gleich das sozialistische Regime alle sozialen und ökonomischen Systeme zentralseitig genau kontrollieren wollte, existierte keine spezielle Abteilung innerhalb der SED, die für die Freizeitgestaltung verantwortlich war. Es gebrauchte auch nicht den Namen „Freizeitpolitik“, um die verschiedenen Freizeitmöglichkeiten der Bevölkerung anzubieten. Um ein umfassendes Bild der „Freizeitpolitik“ zu erhalten, ist die Politik der Freizeitgestaltung je Abteilung zu überprüfen. Konkret betreffen diese Untersuchungsgegenstände die in Teil 2 behandelten wissenschaftlichen Bereiche. Dieses Kapitel konzentriert sich auf die Sozial- und Konsumpolitik (um die Dienstleistungsindustrie), Kulturpolitik und Sportpolitik. Hier soll erklärt werden, welche politischen Probleme auf dem Gebiet der Freizeit in jedem Bereich bestanden. Die bisherige DDR-Forschung erörtert bereits vielfältig jede Art der Politik, aber die Freizeit besitzt bisher allein den Charakter eines Beiwerks.²⁴⁷ Die politikgeschichtliche Forschung erklärt, dass die SED manchmal die gesellschaftliche Realität ignorierte und stark die Verwirklichung der „sozialistischen Gesellschaft“ vorantrieb. Gewiss zeigen die Ergebnisse der Sozial- und Alltagsgeschichte in den letzten Jahren diese Grenzen auf. Zwar stellt Fulbrook in ihrer Studie über die Ära Honecker die Freizeitgestaltung eine Seite der SED-Politik dar,²⁴⁸ dennoch ist die Problematik der „Freizeitpolitik“ nach wie vor nur ein sekundäres Forschungsthema. Die aktuellsten Forschungsergebnisse bezugnehmend auf die „Freizeitpolitik“ sind bei Richthofen und Wilton zu finden. Richthofen betrachtet die allgemeine Kulturaktivität der Massen und Wilton die Sportaktivitäten und Musikszene in der DDR.²⁴⁹ Die folgende Frage ist aber sinnvoll: Welche Bedeutung erhielt die „Freizeitpolitik“ in dem sozialem Umwandlungsprozess zur sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft? Die Freizeit hatte ursprünglich das Ziel, jedes individuelle Bedürfnis zu befriedigen. Sinnvolle Freizeitangebote standen dem Versuch der SED, eine gesellschaftliche Umwandlung durchzuführen, im Wege. Wie aber ging die SED in der „Freizeitpolitik“ mit der Gefährlichkeit und dem Problem die Freizeit kontrollieren zu können, um? Aus dieser Sicht stellt der vorliegende Teil die Erkenntnis der Führungsebene der SED dar, und analysiert die Politik in

²⁴⁷ Es gibt keine Kategorie von „Freizeitpolitik“ im „SED-Handbuch“, damit man umfassend die Geschichte der SED-Politik übersehen kann. Vgl. Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.), Die SED: Geschichte, Organisation, Politik, Ein Handbuch, Berlin 1997.

²⁴⁸ Vgl. Mary Fulbrook, The People’s State. East German Society from Hitler to Honecker, New Haven/London, 2005.

²⁴⁹ Vgl. Esther von Richthofen, Bringing Culture to the Masses, Control, Compromise and Participation in the GDR, New York/Oxford 2009; Dan Wilton, The ‘Societalisation’ of the State. Sport for the Masses and Popular Music, in: Mary Fulbrook (Hrsg.), a. a. O. (Power and Society), S. 102 ff.

den repräsentativen Abteilungen, denen sie die Freizeitgestaltung auftrug. Danach erläutert der vorliegende Abschnitt zusammenfassend die Existenz der „Freizeitpolitik“ und deren Bedeutung.

4.1 Freizeit als ein Teil der Sozial- und Konsumpolitik

4.1.1 Freizeitdiskurs bei der Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“

Erst als die Freizeit der Öffentlichkeit in der Regel anstieg, erkannte die SED die Notwendigkeit zur Behandlung des Themas Freizeit in Politbüro und Zentralkomitee. Dieser Zeitpunkt ist konkret aus der Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“ abzuleiten. Innerparteilich sah die SED diese Frage in der „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Werktägigen“ ein. Die Verbesserung der Lebensbedingung ging aber einher mit den Arbeitsbedingungen. Daher findet sich die enge Beziehung mit der Arbeit in der Freizeitidee in der DDR wieder und letztendlich in der gesamten Lebensidee. Nach dem Verständnis der SED sollte die „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ als Methode für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR dienen, mit der jeder Betrieb die wirtschaftlichen Pläne und Produktionsziele erreichte. Jedoch bestand auch die Gefahr, dass die Methode zum Ziel selbst werden würde, da die SED eigentlich in der Verwirklichung der Wohlfahrt der Werktägigen das politische Ziel sah.

Tatsächlich verwirklichte sich die Politik der „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktägigen“ im Allgemeinen in der umfassenden Sozialpolitik. Nach bisherigen Forschungen erkannte die SED bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre nur schwach die Notwendigkeit, die Sozialpolitik in der gesamten Politik positiv zu entwickeln. Sie sah die Sozialpolitik als „Lazarettstation“ des Kapitalismus an. Dann zeigte sie den Misserfolg der Kapitalismus und „die Sozialpolitik schien als eigenständiger Politikbereich nicht mehr notwendig zu sein.“²⁵⁰ Hoffmann schätzt den Wandel des Denkens bezugnehmend auf die Sozialpolitik seit 1967 ein, der nämlich in dritter Etappe des NÖSPL geschah. Auch sieht er eine Kontinuität der Richtung in der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, an die Honecker danach in den siebziger Jahren appellierte.²⁵¹ Hier bestätigt sich die im dritten Teil

²⁵⁰ Vgl. Dirk Hofmann, Sozialpolitik, in: a. a. O. (die SED), S. 345-346.; Hans Günter Hockerts, soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München/New Providence/London/Paris 1994, S. 791.

²⁵¹ Ebd., S. 346; Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1988,

bereits beschriebene Kontinuität von der Ära Ulbricht zur Ära Honecker.

Die gründliche Feststellung der Freizeitbedingungen ermöglichte die Verwirklichung dieser „Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen.“ Erst sie stellte den Hebel oder die Methode dar, mit dem Ulbricht versuchte, das gesamte wirtschaftliche Wachstum anzuheben. Daher erschien die Entwicklung der „Freizeitpolitik“ tatsächlich als eine Erweiterung der Sozialpolitik. Die Gewerkschaft, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), trug hier hauptsächlich die Verantwortung für das Sozialwesen der Werktätigen, da sie im Alltag mit den Arbeitern in engem Kontakt stand. Die geschichtliche Studie der Sozialpolitik von Winkler, die direkt vor der deutschen Einheit veröffentlicht wurde, zeigte auch, dass die Freizeit mit der Sozialpolitik verbunden war. Winkler stellt darin die Freizeit, die Erholungsmöglichkeit und die Ausbreitung der freien Zeit nach den sechziger Jahren dar.²⁵²

Die Leitung der SED erkannte schnell, dass mit der Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“ ein Zuwachs der freien Zeit und damit die Aktivitäten der Bevölkerung außerhalb der Arbeit einher gingen. Die Anlage eines Berichts über die Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“, der dem Politbüro im November 1965 vorgelegt wurde, erläuterte beispielweise folgendes: „Aus der Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche ergeben sich neue Anforderungen an die Versorgungsbereitschaft des Handels. Der Handel hat sich nicht nur auf die neuen Einkauf-Gewohnheiten der Werktätigen einzustellen, sondern insbesondere durch gute Handelstätigkeit dazu beizutragen, daß die arbeitsfreie Zeit in echte Freizeit für die Werktätigen und ihre Familien umgewandelt und damit der mit der Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche beabsichtigte politische und volkswirtschaftliche Nutzeffekt voll wirksam wird.“ Konkret versuchte dieser Bericht die Geschäftszeiten der Läden durch die Samstagsöffnung zu verlängern und „die Dienstleitung zur Erleichterung und Verkürzung der Einkaufszeit (Bestelldienst usw.)“ auszubauen. Ferner sagte er auch aus, dass „[i]m Gaststättenwesen der erhöhte Bedarf am verlängerten Wochenende, das bereits am Freitag beginnt, zu sichern [ist].“ Hier wurde die Notwendigkeit festgestellt, die Dienstleistungsversorgungen der Erhöhung des Freizeitverhaltens anzupassen.²⁵³ Danach wurden die konkreten spezifischen Maßnahmen den regionalen Bezirksleitungen übergegeben: „Die örtlichen Räte haben zu sichern, daß an allen Sonnabenden der Einzelhandel, die Gaststätten und Hotels aller

²⁵² Neuausgabe, S. 1094.

²⁵² Gunnar Winkler (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik der DDR. 1945-1985, Berlin (Ost) 1989.

²⁵³ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1131, Bl. 164 f.: Anlagen 1. Information über Probleme und ihre Lösung bei der Einführung der 5-Tage-Woche.

Eigentumsformen geöffnet sind.“²⁵⁴ Als eine andere konkrete Maßnahme bezüglich des Freizeitverhaltens plante die SED auch die Förderung der kulturellen Ausstellungen und Sportaktivitäten: „die kulturellen Einrichtungen gestalten ihre Veranstaltungen besonders an den verlängerten Wochenenden vielseitig und niveauboll, um die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung nach einem regen geistig-kulturellen Leben, nach Erholung und Entspannung zu befriedigen.“²⁵⁵

Nach der Einführung des NÖSPL ordnete Ulbricht die gesamte wirtschaftliche Politik unter seiner Führung. Er organisierte die Arbeitsgruppe zur Planung und Überprüfung des NÖSPL, an denen viele Wissenschaftler von Hochschulen teilnahmen. Die „Arbeitsgruppe für Sozialpolitik“ überprüfte bei Beginn der dritten Etappe die bisherige Politik und gab mehrmals Berichte ab, in der sie die zukünftigen Aufgaben prognostizierten. Der Report „Vorschläge für die Entwicklung wesentlicher Faktoren des Lebensstandards“ erkannte erstmalig in der Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“ den Hebel für die wirtschaftlichen Entwicklung der DDR: „Durch die stärkere geistige und nervale [Sic!] Belastung ist in den kommenden Jahren die Reproduktion der Arbeitskraft unter Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit nicht mehr ausreichend gewährleistet. Mit der Verlängerung der arbeitsfreien Zeit der Werktätigen und der ökonomischen Gestaltung der Arbeitszeitregelung kann nicht nur den Bedürfnissen nach Erholung, sondern auch der geistig-kulturellen Bildung und der Erhöhung der Qualifikation, die einen größeren persönlichen Zeitaufwand außerhalb der Arbeitszeit verlangen, besser entsprochen werden.“²⁵⁶ Diese Berichte entsprachen den Überlegungen Ulrichts, in dem die Freizeit eine Möglichkeit für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR darstellte. Sie übernahmen auch die bisherigen Arbeit- und Freizeitideen, die zur Bildung und Weiterbildung der Werktätigen beitrugen.

Im Februar 1967 gab die „Arbeitsgruppe für Sozialpolitik“ den Endbericht ab, in der sie die zukünftige Perspektive der Sozialpolitik zeigte.²⁵⁷ In Punkt 2 betrachtet der Bericht ausführlich die Freizeit und „die Gestaltung von Arbeitszeit, Urlaub und Erholung.“ Er bestätigt, dass das individuelle Interesse mit dem gesamten gesellschaftlichen Interesse übereinstimmen würde. Auch wurde zu jener Zeit dieses Themas auf jedem Parteitag und jeder Sitzung des

²⁵⁴ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1134, Bl. 120: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik Stellenvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Paul Scholz und Vorsitzender der Bundesvorstand des FDGB Herbert Wanke, Direktive „Jede zweite Woche ist eine 5-Tage-Arbeitswoche“, 9. 12. 1965.

²⁵⁵ Ebd., Bl. 124.

²⁵⁶ SAPMO-BArch, DY 30/3337, Bl. 108: Arbeitsgruppe 6 Sozialpolitik, Vorschläge für die Entwicklung wesentlicher Faktoren des Lebensstandards, 15. 2. 1967.

²⁵⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/3337, Bl. 136 ff.: Endbericht der Arbeitsgruppe der Sozialpolitik, 28. 2. 1967.

Zentralkomitees behandelt. Hier verwirklichte die Arbeit des sozialistischen Arbeitskollektivs hauptsächlich das Leben in der DDR, daher „verlangte“ es „aber die Vervollkommnung und weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Produktionsstätten selbst.“²⁵⁸ Gleichzeitig behauptete der Bericht aber, dass die SED nicht nur am Arbeitsort, wo sie bisher die Bevölkerung zu steuern versuchte, sondern auch im Wohnort die Sozialpolitik entfaltet: „Auch das Leben in einer Wohngemeinschaft wird stärkeren Einfluß auf die Denk- und Verhaltensweise der Familien und des einzelnen nehmen.“²⁵⁹ Danach wurde die Bedeutung der gesamten Sozialpolitik einschließlich der Lohn- und Preispolitik für die zukünftige Erweiterung der Freizeit in der DDR betont: „Die Verhaltens- und Lebensweise des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft wird schon heute nicht mehr ausschließlich bestimmt durch sein Einkommen und sein persönliches Eigentum, sondern von der Möglichkeit, alle seine Fähigkeiten und Veranlagungen zu nutzen, sich den kulturellen und geistigen Besitz der Nation anzueignen. Deshalb wird die Erhöhung der Freizeit als materieller Anreiz und Voraussetzung zu höherer Leistung für allen zunehmenden Teil der Bevölkerung einen ähnlichen Wert erhalten wie die Erhöhung des Einkommen.“²⁶⁰ Im zweiten Teil dieses Berichts wurde die Verminderung der Arbeitszeit gefordert: „Um den ständig steigenden Reproduktionsbedürfnissen der Werktätigen unter den Bedingungen der technischen Revolution zu entsprechen, sind nach 1970 weitere Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkürzung der Arbeitszeit und der Erhöhung des Mindesturlaubs erforderlich.“ Er schlägt konkret die Kürzung der Arbeitszeit zur 40 Wochenstunden und die Erweiterung des Mindesturlaubs auf 18 Tage vor.²⁶¹

4.1.2 Ausbreitung der Beschäftigung von der Frauen und Freizeit

Während der dritten Etappe des NÖSPL erhöhte die SED auch den Mindesturlaub von bisher 12 auf 15 Tage. Die Erweiterung der gesetzlichen Urlaubstage richtete sich direkt an die Frauen. In dem Bericht ist zu lesen: „Mit der Einführung des Mindesturlaub von 15 Werktätigen wird nur für die Werktätigen mit dem niedrigsten Urlaubsanspruch eine Verbesserung wirksam. Es erhalten ca. 25 % der Werktätigen (ca. 1.5 Millionen) eine Erhöhung ihres Jahresurlaubs. Hiervon werden vor allem solche Zweige wie Elektrotechnik, Elektronik, Lebensmittelindustrie, Textindustrie und Handel erfaßt, in denen auch ein großer Anteil

²⁵⁸ Ebd., Bl. 142.

²⁵⁹ Ebd.

²⁶⁰ Ebd., Bl. 145.

²⁶¹ Ebd., Bl. 170 f.

werkstätiger Frauen (z. Z. bis 80 %) tätig ist. Für ca. 75 % der Werktaatigen, die 15 und mehr Werktagen Urlaub erhalten, tritt keine Verlängerung ihres Urlaubs ein.“²⁶² Der Diskurs um die Verminderung Arbeitszeit umfasste nicht nur die Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“, sondern auch die Erweiterung des Mindesturlaubs. Er zeigt auf, dass die Industrien, in denen viele Frauen beschäftigt wurden, strukturell die exzessive Belastung trugen. Wie im zweiten Teil dieser Arbeit erwähnt wurde, betraf die „doppelte Belastung“, die sowohl aus der Berufstätigkeit, als auch aus der Hausarbeit resultierte, hauptsächlich die Frauen. Dieses strukturelle Problem konnte nicht so einfach als die „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Werktaatigen“ zusammengefasst werden, daher musste die SED sich einzeln um jede soziale Schichten kümmern. Die „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ beabsichtigte selbstverständlich die Erweiterung der Beschäftigung der Frauen, um den dauernden Arbeitskraftmangel in der DDR zu beheben.

Dennoch sahen die Frauen in der geregelten Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche nicht unbedingt die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Nach dem Bericht einer Stadt in Thüringen wurde die tatsächliche 5-Tage-Arbeitswoche schon vorher inoffiziell in den eigenen Betrieben durchgeführt. Der Bericht erzählt präzise die damalige Realität an den Arbeitsorten, in denen Frauen am Samstag zur Arbeit verpflichtet wurden: „Aus allen halbstaatlichen Betrieben wurde bestätigt, daß die Frauen sonnabends nur ungern zur Arbeit gehen. In einem dieser Betriebe gibt es einige Frauen, die ständig darum bitten, Sonnabend freizubekommen. Wird ihnen das nicht gewährt, bleiben sie unentschuldigt der Arbeit fern. Der Betriebsleiter versuchte, den Frauen mit der Entziehung des Haushaltstages zu drohen, bekam aber die Antwort, daß den Frauen 4 freie Sonnabende im Monat mehr wert wären als ein Haushaltstag. Weil die Betriebsleiter befürchten, daß die weiblichen Arbeitskräfte bei strafferen Maßnahmen kündigen und in die PGH gehen, in den vielfach, wenn auch illegal, immer noch 5 Tage gearbeitet wird, läßt man die Frauen gewähren und setzt sich mit ihnen über diese 4 Fehltage im allgemeinen nicht auseinander.“²⁶³ Mit der Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche betonte die SED die umfassende Verbesserung der Arbeitsbedienungen der Frauen, differenzierte aber bereits innerhalb der Frauen nach deren Tätigkeiten. Daher konnte diese Politik nicht für die gesamte gesellschaftliche Schicht der Frauen effektiv sein.

Die Arbeiterinnen genossen offiziell seit Mai 1952 das Recht, den „Haushaltstag“, als einmal

²⁶² Ebd., Bl. 173.

²⁶³ SAPMO-BArch ,DY 30/ IV A2/2.021/749, Bl. 1f.: von Parteiorgane der ZK, an Abt. Planung und Finanzen, Diskussionen zur 5-Tage-Woche in der Stadt Apolda, 8. 4. 1965.

pro Monat bezahlten Urlaubstag für den Haushalt, für sich in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus war er für die beschäftigenden Frauen normalerweise ein gewohntes Selbstverständnis.²⁶⁴ Tatsächlich befürchteten die Frauen, dass die Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“ die Ansprüche auf den „Hausarbeitstag“ vermindert würde. Diese Angst wurde dem Politbüro praktisch als wichtigstes Problem vermittelt.²⁶⁵

Nachdem die Richtlinie zur „Hausarbeitstag“ den Frauen vermittelt wurde, fanden sich die negativen Reaktionen der Frauen in den Unterlagen der Abteilungen für Sozialpolitik der Gewerkschaft wieder: „Während ein Teil der Frauen, die den Hausarbeitstag nicht mehr bekommen, die neue Arbeitszeitregelung als einen gewissen Ausgleich ansehen und Verständnis entgegenbringen, gibt es andererseits Frauen (die Zahl ist nicht gering), die in der Neuregelung eine absolute Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen sehen. Teilweise kommt es dazu, daß die Frauen, die jetzt einen Hausarbeitstag erhalten, sich mit den Frauen solidarisieren, die ihn nicht mehr bekommen. Das ist besonders in solchen Betrieben der Fall, wo viele Frauen tätig sind.“²⁶⁶ Die Unterlagen hielten auch konkrete, aufs heftigste abgelehnten Stimmen von beschäftigten Frauen fest: „Wir müssen im Monat 7 ½ Stunden mehr arbeiten, da der Hausarbeitstag wegfällt. Wir werden also auch die anderen beiden Sonnabende nicht arbeiten. Die Änderung bei der Gewährung des Hausarbeitstages ist ein Abbau der Errungenschaften. Im Zusammenhang damit äußerte die Kollegin M. M., Firma B., Aue. (sie war lange Zeit BGL-Vorsitzende und besuchte ein Jahr die Gewerkschaftsschule): Das war unser Weihnachtsgeschenk, was wird uns zum 8. März serviert? Wir haben bisher 8 Stunden im Monat Freizeit bezahlt bekommen. Durch die Arbeitszeitverkürzung bekommen wir aber nur 3 Stunden zurück. Wo liegt da der Vorteil. Ist das für uns eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die auf dem 11. Plenum so stark propagiert wurden? Wir treten aus der Gewerkschaft aus; denn der Bundesvorstand hat das mit unterschrieben. (Kolleginnen aus dem VEB Maschinenbaukombinat Freital) Im VEB Elbtalwerk Dresden drohen die Frauen, wenn die Regelung so in Kraft tritt, daß sie keine Gewerkschaftsversammlungen mehr besuchen würden. Im VEB Reifenwerk Heidenau drohen die Frauen mit dem Austritt aus FDGB.

²⁶⁴ Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werktätigen und über die Regelung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten, vom 20. Mai 1952, in: GBl. I Nr. 64 (1952), S. 383; Über den ausführlichen Inhalt von „Hausarbeitstag“ beider Deutschland, Vgl., Carola Sache, Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939-1994, Göttingen 2002.

²⁶⁵ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1147, Bl. 170: Bericht der gemeinsamen zentralen Kommission des Ministerrates und des FDGB-Bundesvorstandes über den Stand der Verbreitung der 5-Tage-Arbeitswoche für jede zweite Woche und die Verkürzung der Arbeitszeit, 20. 3. 1966.

²⁶⁶ SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/6.11/100, Bl. 16 f.: von Abteilung Organisation, Abteilung Arbeit und Löhne, Information über Diskussionen zu Problemen der 11. Tagung des ZK der SED, der Direktive zur Vorbereitung und Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche für jede zweite Woche und Verkürzung der Arbeitszeit, 5.1.66.

Verstärkt [Sic!: Verstärkt] treten solche Meinungen auf, wo Frauen zum Ausdruck bringen: Wenn wir keinen Hausarbeitstag mehr erhalten, dann arbeiten wir eben künftig nur noch halbtags oder nehmen uns einfach im Monat einen unbezahlten 'Frauentag'.²⁶⁷ Aus diesem Grund predigte die SED damals, dass die Männer aktiv an der Hausarbeit teilhaben müssten. Auch nutzte die SED tatkräftig die Propaganda, so dass sie die Richtlinie, in der der „Hausarbeitstag“ auf die Frauen, deren Haushalt Kinder bis zu 18 Jahren oder pflegebedürftige Familienangehörige umfasste, begrenzt wurde, durchsetzen konnte.²⁶⁸

Das oben genannte Beispiel stellt den Widerspruch, der sich hinter der Politik der SED versteckte, dar. Wie die SED betonte, müsste die gesetzliche Einordnung für die Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“ selbst wohltuend für die Frauen sein. Da die beschäftigten Frauen tatsächlich aber schon gleich den Männern die „5-Tage-Arbeitswoche“ genossen, begrüßten sie einerseits die gesetzliche Bestimmung, dennoch folgerten sie anderseits, dass sie durch diese gesetzliche Änderung den „Hausarbeitstag“ verlor. Es ist ein Beispiel zur Klugheit der bisherigen Arbeitsgewohnheit, zeigt aber gleichfalls, dass die Konvention der geschlechtlichen Rollen in der Gesellschaft der DDR beharrlich übrig blieb. Hier stellte die Aufforderung zur Teilnahme der Männer an der Hausarbeit erstmals die Frage der Rollen. Diese Situation bot einen günstigen Moment, dass beide, Männer und Frauen, die bisherigen Tätigkeiten außerhalb der Arbeitszeit wieder neu überdenken konnten. Daher musste die „gewöhnliche Bevölkerung“ hier das richtige Dasein von eigenen Interessen und gesamten Familieninteressen überprüfen. Also ließ die SED-Politik zur Verringerung der Arbeitszeit, die „Freizeitpolitik“, paradoxeise die „gewöhnlichen Bevölkerung“ stärker das neue Bild des Freizeitverhaltens beachten. (Abb. 1)

Bei der Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche betonte die SED flüchtig die Erweiterung des Frauenrechtes, sie sollte praktisch für die Erhaltung und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität sorgen, das damit erworbene Recht der Arbeiterinnen, stand aber den bis dahin auf der Ebene der Arbeitsstandorte üblicherweise geduldeten und allmählich erlaubten Regelungen gegenüber.

²⁶⁷ Ebd., Bl. 16 f.

²⁶⁸ Ebd., Bl. 26 f., Argumentation: Die 5-Tage-Arbeitswoche für jede 2. Woche und der Hausarbeitstag, 5. 1. 1966; Verordnung über die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in einigen Wochen mit Feiertagen, vom 3. Mai 1967, in: GBl., II Nr. 38 (1967), S. 239 f.

4.1.3 Möglichkeiten und Grenzen des Freizeitverhaltens

Die Analyse des obengenannten Berichts der „Arbeitsgruppe der Sozialpolitik“ prognostiziert nicht nur die Freizeit als die freie Zeit, sondern auch als Förderung der zukünftigen Erholungsaktivitäten, als einen Teil des Freizeitverhaltens. Er erläuterte die gegenwärtige Erkenntnis, dass das Erholungsverhalten (Erholungsreisen) seit 1963 stagnierte und die Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen und der wirklichen Versorgung sich ausbreitete. Er fordert in diesem Bereich planmäßige Maßnahmen, ebenso wie er in der gesamten wirtschaftlichen Planung die selbstsüchtigen Maßnahmen der Betriebe kritisiert: „Viele Betriebe erreichten als Ausweichlösung in vielfach unökonomischer Form eigene Erholungskapazität.“²⁶⁹ Der Bericht sollte dennoch zustimmen, dass trotz der planmäßigen Investitionen in den Erholungsbereich, die Bedürfnisse auf Erholungsreisen nicht völlig erfüllt werden konnten.

Der Bericht notierte ausschließlich die Ergebnisse der Meinungsfragen: „Wie beurteilen die Arbeiter die Entwicklung ihres Lebensstandards, die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb und worin sehen sie schwerpunktmäßig zu lösende Probleme?“²⁷⁰ Hier findet sich auch die kritische Einschätzung zur „Freizeitpolitik“ der SED in der „gewöhnlichen Bevölkerung“ wieder: „In der Urlaubsfrage gibt es sehr harte und unliebsame Diskussionen. Der Gewerkschaft wird vorgeworfen, sie würden nicht für die Arbeiter sorgen. Betriebe und BGL möchten oftmals den Grundurlaub erhöhen, ‚aber die da oben verhindern das‘, ‚was haben 12 Tage Urlaub mit Sozialismus gemein?‘[,] Die Arbeiter müssen schuften und kriegen 12 Tage Urlaub, aber für die, die in den Büros sitzen, ist gesorgt.“²⁷¹ Eine Ursache der Unzufriedenheit resultierte daraus, dass der FDGB eine Erholungsreise mit 13-tägiger Dauer anbot. Automatisch wurden die Werktätigen, die nur mit den damaligen Mindesturlaubstagen beschäftigt waren, von diesem Angebot ausgeschlossen. Hätte die Planwirtschaft, wie ursprünglich geplant, rational funktioniert, wäre dieser Umstand nie unbedingt in Erscheinung getreten. Auch wenn die SED darüber hinaus appelliert hätte, dass nur sie die Interessen der Werktätigen verstehen könne, da sie diktatorisch regierte, hätte dieser Umstand nie auftreten sollen. So betrachtet, zeigt dieses Beispiel den einfachen aber gründlichen Misserfolg, des sozialistischen Regimes, bei der Verkündung der allgemeinen Gerechtigkeit, mit der sie ihre Herrschaft legitimierte.

²⁶⁹ SAPMO-BArch, DY 30/3337, Bl. 177 f.

²⁷⁰ Ebd., Bl. 209 ff.

²⁷¹ Ebd., Bl. 215.

Auf der anderen Seite kritisierte der Bericht den übermäßigen Eingriff und die Verschwendungen im Näherholungsverhalten: „Es werden Jahrzehnte genutzte Naherholungsmöglichkeiten plötzlich eingeschränkt. Es wird darüber geklagt, daß an Gewässern neben Wochenendgrundstücken immer häufiger Schilder erscheinen ‚Zelten und Anlegen verboten‘, obwohl die Presse in der Vergangenheit dieses Problem des Öfteren kritisierten. Es werden immer mehr Massenzeltplätze angelegt mit all ihren Nachteilen für die Erholungssuchenden und auch für die örtlichen staatlichen Organe. Kostspielige sanitäre Anlagen werden gebaut, weil plötzlich entdeckt wird, daß das Zelten ohne Toiletten mit fließenden Wasser lebensgefährlich sei.“²⁷² Es zeigt sich bei der Nachfrage des Freizeitverhaltens die Kluft zwischen Regime und der Bevölkerung. Auch war es in diesem Bereich problematisch, dass die Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“ in der Tat die Möglichkeiten des Freizeitangebotes nicht erweiterte, sondern verminderte: „In Berlin wurden mit der neuen Arbeitszeitregelung ausgerechnet an Sonnabenden die Möglichkeiten der Benutzung der Hallenbäder durch die Bevölkerung reduziert. Das Stadtbad Mitte verkürzte die Öffnungszeiten von 19.30 auf 14.30 Uhr und das Stadtbad Lichtenberg von 22.00 auf 16.00 Uhr.“²⁷³

Der Bericht erwähnt auch in eigener Auswertung die Unzufriedenheit der „gewöhnlichen Bevölkerung“ über die „Freizeitpolitik“: „Viele Klagen und Beschwerden von Arbeitern und Angestellten wären vermeidbar gewesen. Sie sind nicht objektiv bedingt, sondern haben ihre Ursachen in subjektiven Erscheinungen vielfältiger Art, wie Herzlosigkeit, schlechte Menschenführung, Mängel in der Leitungstätigkeit, Verantwortungslosigkeit, Trägheit und Gleichgültigkeit gegenüber Menschen neben dir. Für solche Bürger entsteht ein Widerspruch zwischen dem aus den sozialistischen Produktionsverhältnissen sich ergebenden Prinzip der Sorge um den Menschen und ihrer persönlichen Praxis. Das hat wiederum politische Auswirkungen auf die Bewußtseinsbildung, auf die Haltung dieser Bürger zur Politik der Partei, zum Staat, hemmt ihre Arbeitsfreude und Leistungsbereitschaft. Uns scheint es notwendig, daß solche die Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft hemmenden Erscheinungen viel stärker bekämpft werden müßten. Die Sozialpolitik hat wichtige Funktion in der Bewußtseinsbildung zu erfüllen. Sie gibt auch dafür viele Möglichkeiten, aber noch unseren Erfahrungen werden diese noch ungenügend genutzt.“²⁷⁴ Der Aussprach kritisiert nicht nur die bürokratische Arbeitsweise. Die „Arbeitsgruppe Sozialpolitik“ ruft der SED-Führung die Warnung auf, dass diese Arbeitsweise selbst die Legitimität der SED-Herrschaft untergraben

²⁷² Ebd., Bl. 216.

²⁷³ Ebd.

²⁷⁴ Ebd., Bl. 225.

kann. Dennoch stellt der Bericht gleichzeitig fest, „dass Werktätigen die Wünsche und Forderung vorbrachten, die heute objektiv nicht erfüllen sind, sehr viel Verständnis und Einsicht haben, wenn ihnen das überzeugend erklärt wird und ihnen die politischen und ökonomischen Zusammenhänge gezeigt werden. [...] Meistens stellten sich selbst die Frage: wie konnten wir nur so etwas glauben?“²⁷⁵ In ihrem Bericht forderte die „Arbeitsgruppe für Sozialpolitik“ präzise, dass die SED selbst die Grenze ihrer eigenen Politik erkennen sollte. Die SED-Führung stellte immer übermäßige oder unmögliche Zielsetzung auf. Dies spiegelt sich symbolisch in der typischen Parole von „Überholen ohne einzuholen“ wieder. Daher greift diese Kritik den wesentlichen Schwachpunkt der SED an.

4.1.4 Die gleiche Problematik der „Freizeitpolitik“ in der Ära Ulbricht und in der Ära Honecker

Mit Honecker veränderte sich nach der Ablösung Ulrichts im Jahr 1971 das Verhältnis zwischen der Wirtschafts- und der Sozialpolitik. Bisher benutzte Ulricht die Entwicklung des Wohlstandes von Werktätigen als Hebel, um damit den wirtschaftlichen Zuwachs und die Erhöhung der Produktivität zu sichern. Honecker kehrte dieses Verhältnis um und versuchte die Legitimität seiner Regierung zu erhalten, so dass die Sozialpolitik von der Methode zum Zweck selbst wurde. Auf dem VIII. Parteitag drückte er diese Richtung mit der Parole, „Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik“ aus. Der Parteitag schloss die ehrgeizige, aber unrealistische Zielsetzung der Wirtschaftsplanung aus, die ursprünglich versuchte den Ausgleich des wirtschaftlichen Zuwachses mit dem Lebensstandard in der DDR zu erreichen. Dennoch blieb die Versorgung der Güter und Dienstleistungen realistisch unter den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Tatsächlich schlägt eine Vorlage im Politbüro im Jahr 1972, ebenso wie zu Zeiten Ulrichts, die sozialpolitische Diskussion über die Verminderung der Arbeitszeit von Frauen vor. Sie stellt praktisch die Zunahme der Urlaubstage für Frauen dar: „Frauen und Männer erhalten bei gleicher Tätigkeit im Betrieb den gleichen Erholungsurlaub. In Betrieben mit hohem Frauenanteil erhalten jedoch Frauen jährlich ca. 4-5 Werktagen weniger Urlaub. Die wesentlichen Ursachen dafür sind – nicht richtige gesellschaftliche Anerkennung von bestimmten Tätigkeiten der Frauen in der Produktion [besteht – N.K.], - Geltungsbereich der Gewährung von Treueurlaub und leistungsabhängigen Zusatzurlaub ist vorwiegend auf

²⁷⁵ Ebd.

Bereiche bzw. Betriebe mit geringem Frauenteil begrenzt.“ Weiter wurde in der Vorlage bestätigt, dass es in diesem Bereich seit den sechziger Jahren keine Fortschritte gegeben hatte: „Die historisch bedingte ungünstige Relation des Niveaus der verfügbaren Mittel für Prämienfonds sowie Kultur- und Sozialfonds für typische Frauenbetriebe ist noch nicht überwunden. Das wirkt sich ungünstig auf das Arbeitseinkommen sowie auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in diesem Frauenbetrieben aus.“²⁷⁶ Die bisherige Sozialpolitik verband sich mit der Erhöhung der Produktivität in der Schwerindustrie, aber sie unterschätzte vergleichsweise die Lebensbedingung der Werktäglichen in der Leicht- und Dienstleistungsindustrie. Hier trat das Problem präzise auf.

Im Januar 1975 wurde unter Honecker die Erhöhung der Mindesturlaubstage von 15 Tage auf 18 Tage eingeführt, um die Ungleichmäßigkeiten zu verringern. Dabei berücksichtigte die Maßnahme, dass die Werktäglichen, in der Leicht- und Einzelhandelsindustrie, besonders Arbeiterinnen, den Vorteil bekamen: „Die Erhöhung des Mindesturlaubs wird nicht ungeteilt von allen Werktäglichen als eine wichtige sozialpolitische Errungenschaft angesehen. Besonders nicht von solchen, die die bisher stärkere Urlaubsdifferenzierung als Leistungsanerkennung werten bzw. bereits höhere Urlaubsansprüche haben. Benachteiligt fühlen sich deshalb auch Werktägliche mit besonderen Urlaubsvergünstigungen, deren Wirksamkeit sich durch die Erhöhung des Mindesturlaubs verringert.“²⁷⁷

Um die Erhöhung der Mindesturlaubstage realisieren zu können, forderte, im April 1974, ein Vorschlag im Politbüro zu diesem Problem die Steigerung der Arbeitsproduktivität innerhalb einer Arbeitsstunde. „Das Problem besteht darin, daß dieser Ausgleich in den Betrieben schwierig ist, in denen ein hoher Anteil Werktäglicher mit einem gegenwärtigen Urlaubsanspruch von 15 Werktagen beschäftigt ist. Das trifft insbesondere auf Betriebe mit einem hohen Frauenanteil zu (Leichtindustrie, bezirksgleitere Industrie, bestimmte Betriebe der Elektronik/Elektronik). Andererseits kann damit gerechnet werden, daß der Anteil der Frauen, die wegen des längeren Urlaubs ihres Mannes unbezahlten Urlaub nehmen, zurückgehen wird.“²⁷⁸ Da die Arbeitsproduktivität der Werktäglichen, die bisher mehr Urlaub als die

²⁷⁶ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1572, Bl. 23 und 27: von Willi Stoph, Vorschläge für sozialpolitischen Maßnahmen in Durchführung der Hauptaufgabe des Fünfjahrsplanes, 14. 1. 1972.

²⁷⁷ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1951, Bl. 46 f.: von Günter Mittag, Anlage: Bericht über die Durchführung der sozialpolitischen Maßnahmen entsprechend dem „Gemeinsamen Beschuß des Politbüros des ZK der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB“ vom 29. April. 1974, 19. 1. 1976.

²⁷⁸ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1772, Bl. 17: von Horst Sindermann, Herbert Warnke und Werner Krolkowski, Vorschläge für das Politbüro des ZK der SED: Gemeinsamer Beschuß des Politbüros des ZK der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR zur Durchführung des

Mindesturlaubstage bekamen, sich nicht veränderte, führte diese Maßnahme logischerweise zum Rückgang der gesamten Arbeitsproduktivität in der DDR. Die Maßnahme versuchte hauptsächlich Arbeits- und Lebensbedienungen der Arbeiterinnen zu verbessern, die bisher nur die Mindesturlaubstage besaßen. So erhielt sie die große sozialpolitische Bedeutung, sollte aber gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Zielsetzung zusammenstoßen. Hier kann ein Widerspruch entdeckt werden. Dennoch stellen die Sätze in der zweiten Hälfte dieses Vorschlags dar, dass damals viele Betriebe trotz Reduzierung der Arbeitsproduktivität die eigenmächtige Verlängerung des Urlaubs tolerierten, wenn die Frauen diesen mit der eigenen Familie oder dem Mann verbrachten. Hier zeigt sich das komplizierte und unterschiedliche Gesicht der Gesellschaft der DDR. Aus wirtschaftlicher Sicht, hätten die Betriebe, durch diese Verminderung der Rentabilität, die eigenen Werktägigen kritisieren und zur Arbeit zwingen können. Sie mussten aber auch die gesamten Familieninteressen der Werktägigen, besonders der Frauen berücksichtigen. Hier ist ein einfaches kritisches Urteil über die Gesellschaft der DDR unmöglich. 1977 erweiterte die SED noch einmal die Gruppe der Arbeiterinnen, die den „Haushaltstages“ bekamen. Hinzu kamen Frauen über 40 Jahre, die einen eigenständigen Haushalt verwalteten. Dieses Beispiel zeigt nicht nur die Verwirrung der Politik, sondern auch das starke Bedürfnis der Gesellschaft auf.²⁷⁹

Danach wurde der Mindesturlaub im Januar 1979 auf 21 Tage erweitert, dabei gab die SED den Schichtarbeiter/innen zwischen 3 und 6 zusätzliche Urlaubstage. Gleichzeitig hob sie den „Treueurlaub“ auf, der hauptsächlich auf die Werktägigen der Schwerindustrie entfiel und korrigierte ein bisschen das bisherige sozialpolitische Modell, welches die Industriearbeiter in den Mittelpunkt stellte. Auch berücksichtigte die SED die Bereiche, in denen die Frauen zahlreich beschäftigt waren.²⁸⁰

Unglücklicherweise löste diese Maßnahme, in der die SED während der Honecker-Zeit die soziale Gleichberechtigung und Gerechtigkeit suchte, nicht das dauernde Ungleichgewicht der Versorgung gegenüber den Bedürfnissen bei Freizeitgütern. Objektiv betrachtet, liegt diese Ursache in der Industriestruktur der DDR, da die SED von Beginn an den Aufbau der Schwerindustrie bevorzugte. Darüber hinaus liegt der Hauptgrund in den bisherigen Erörterungen der SED selbst. So propagierte sie immer das Überholen Westdeutschlands. Oder,

sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages der SED, Ohne Datum.

²⁷⁹ Verordnung über die Einführung eines Zusatzurlaubs für Schichtarbeiter, die Erweiterung des Anspruchs auf Hausarbeitstag und auf Mindesturlaub, in: GBl. I (1976) Nr. 37, S. 437.

²⁸⁰ Verordnung über den Erholungspauschalurlaub vom 28. September 1978, in: GBl. I (1978) Nr. 33, S. 366.

wie Saitō richtig erläutert, sah die SED seit der Staatgründung nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in den Vereinigten Staaten das Ideal des eigenen Konsumlebens.²⁸¹ Es ließ die Illusionen vom zukünftigen gemütlichen Leben der Bevölkerung aufrecht erhalten. In der Tat schätzten beide, das SED-Regime und auch die Bevölkerung, durch den Vergleich von Wirtschafts- und Lebensstandards mit der Bundesrepublik die eigene Lage ein. 1972 fasste eine Mitteilung, die von der Gewerkschaft an das Politbüro weitergeleitet wurde, die verschiedenen Vorschläge um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter/innen bei den gewerkschaftlichen Wahlen zusammen. 22.2 % aller Vorschläge betrafen die „Frage der geistig-kulturellen Entwicklung und Lernbewegung“, die Mitteilung stellt weiter dar, dass die Werktätigen eine interessante Freizeitgestaltung, entsprechend den jeweiligen Interessen vorgeschlagen haben.²⁸² Da dadurch der Anteil der Ausgaben für Sozialfürsorge und Sozialpolitik im Staatshaushalt zunahm und die SED die Subvention von Konsumgütern erhöhte, konnte der staatliche Gesamthaushalt nicht garantiert werden. Infolgedessen musste die SED diesen Staatshaushalt durch Auslandskredite finanzieren.

4.1.5 Die Möglichkeiten für Auslandsreisen und das gesamtdeutsche Bewusstsein

Ab Mitte der sechziger Jahre erweiterte sich das Angebot, sowohl der Inlandsreisen, als auch der Auslandsreisen in die Sowjetunion und die anderen osteuropäischen sozialistischen Staaten. Unterlagen bewiesen, dass im Jahr 1964 52.000 DDR-Bürger das Angebot der Auslandsreisen, die über das „staatliche Reisebüro“ stattfanden, nutzten und die Anzahl damit zwölf mal höher als 1958 errechnet war.²⁸³ Die SED schätzte diese Ausbreitung der Auslandsreisen dennoch nicht nur positiv ein. Um Devisen zu erhalten, begannen die osteuropäischen Länder damals, bevorzugt Touristen aus westlichen Ländern, besonders aus Westdeutschland, aufzunehmen. Da die DDR-Mark niedriger als die Deutsche Mark bewertet wurde, sollten die Touristen aus der DDR diese Benachteiligung zu spüren bekommen. Beispielweise kam es zu ungleichen Behandlungen der Touristen durch die Bediensteten in Bäderholungsorten in Rumänien. Die DDR-Touristen reagierten mit großer Unzufriedenheit: „Daß unser Geld nichts wert sei, daß wir Touristen 2. Klasse sind und daß wir zwar aus einem sozialistischen Land sind, aber die westlichen Touristen vorgezogen werden“.²⁸⁴ Bei diesen Freizeitaktivitäten verdeutlichte sich

²⁸¹ Saitō, a. a. O. 187 ff.

²⁸² SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1579, Bl. 38: von Herbert, Warnke, Bericht über die Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen in den Betrieben, 22. 2. 1972.

²⁸³ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/2.021/602, Bl. 13: von Abt. Verkehr und Verbindungen, an Günter Mittag, Information über die Touristik in das sozialistischen Ausland, 22. 3. 1965.

²⁸⁴ Ebd., Bl. 15.

für die Bevölkerung der DDR präzise die wirtschaftliche Diskrepanz des eigenen Landes mit der Westdeutschlands. Dieses Beispiel zeigt nicht nur den Aspekt des Konflikts, sondern auch die Konkurrenz im Kalten Krieg auf.

Anders als die Reisen ins fernere Ausland, wie Bulgarien oder Rumänien, nahmen individuelle Reisen, besonders Wochenendreisen in die Nachbarländern, wie die Tschechoslowakei oder Polen, mehr zu, als die Gruppenreisen, die das „Reisebüro“ organisierte. Speziell konnte diese Tendenz bei den Reisen in die Tschechoslowakei beobachtet werden. 1967 besuchten ca. 1.300.000 DDR-Bürger die Tschechoslowakei, davon reisten jedoch nur etwa 42.000 mit dem „Reisebüro“. ²⁸⁵

Der Bericht des staatlichen Reisebüros erläutert, dass „seitens der Bevölkerung für das Jahr 1969 eine ungewöhnlich starke Nachfrage nach Ferienplätzen im In- und Ausland zu verzeichnen ist, die vom Reisebüro der DDR nicht befriedigt werden kann.“ Dieses Problem gründete sich auf die politische Instabilität, die durch den „Prager Frühling“ verursacht wurde. Eigentlich waren Reisen in die Tschechoslowakei in diesem Jahr unmöglich. Stattdessen forderte der Bericht die Haushaltsmaßnahmen so zu erhöhen, dass Reisen in die Sowjetunion zunehmen konnten.²⁸⁶ Im folgenden Jahr waren Reisen in die Tschechoslowakei wieder möglich, aber der rasche Zuwachs der Individualreisen beunruhigte die SED. Sie versuchte den freien Verkehr aufgrund der Zahlendifferenz mit der politischen Zielsetzung einzuschränken. Infolgedessen wurde die Regel eingeführt, dass die Beantragung und Bearbeitung der Ausreisegenehmigungen nur bei der für den Wohnsitz der Antragsteller zuständigen Abteilungen der Deutschen Volkspolizei vorgenommen werden konnten.²⁸⁷

Im Januar 1972 unterzeichnete die DDR dennoch die Abkommen für visafreies Reisen mit Polen und der Tschechoslowakei. Die Individualisierung der Auslandsreisen entwickelte sich entsprechend der zunehmenden Anzahl privater Autos in der Bevölkerung. Honecker betonte natürlich den Erfolg, aber erläuterte noch die folgende Sätze: „Wir haben jetzt schon Diskussionen besonders in den Grenzgebieten über die Reisemöglichkeit nach Westdeutschland. Aber es ist uns gelungen, die Reiselust in die sozialistischen Ländern zu

²⁸⁵ Ebd., Bl. 53: von Abt. Verkehr und Verbindungswesen an Günter Mittag, Tourismus zwischen der DDR und CSSR, 1. 8. 1968.

²⁸⁶ Ebd., Bl. 59 ff.: von Ministerium für Verkehrswesen, an Günter Mittag, Information aus Ministerium für Verkehrswesen, 7. 2. 1969.

²⁸⁷ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1430, Bl. 100 f.: Von Ministerium für Ausgewählten Angelegenheiten, Reiseverkehr zwischen DDR und der CSSR.

lenken und so den Druck auf Reisen in die Bundesrepublik abzuschwächen.“²⁸⁸ Diese Rede Honeckers sollte paradoxerweise dennoch die Reisewünsche der Gesellschaft in die Bundesrepublik verstärken. In der Tat gab es folgende Stimmen in der Bevölkerung: „Nun ist die Grenze zur CSSR und zur VR Polen geöffnet. Da müßte es doch auch möglich sein, die Grenze nach[sic!] zu der] BRD zu öffnen. Wer steht und näher, unsere Verwandten in der BRD oder die Bürger in der CSSR? (Aus Privatbetrieben des Kreises Annaberg, Bezirk Karl-Marx Stadt)“²⁸⁹

Die visafreien Reisen führten, sowohl zu einem Strom aus der DDR in die osteuropäischen Länder, als auch zu einem gegenseitigen Strom. Normalweise erfreuen sich Touristen auf ihren Reisen am Kauf von Souvenirs, ein Grund von polnischen Touristen für Reisen in die DDR war aber der Einkauf allgemeiner Lebensmitteln, an denen es in Polen mehr mangelte als in der DDR. Honecker sorgte sich, aber betonte ebenso die Solidarität mit der sozialistischen Welt: „Denn wir müssen hier natürlich auch sehr stark beachten, was das polnische Volk unter dem Hitlerfaschismus gelitten hat. [...] Denn drei Paar Handschuhe bei einem polnischen Bürger wiegen nicht schwerer als 6 große Kuchen für Verwandte aus der Bundesrepublik. Im Gegenteil wir haben bisher ungefähr 6 Millionen Besucher aus Bundesrepublik und Westberlin. Aber es ist interessant, daß es im keinen Informationsbericht der Bezirksleitungen von unseren Genossen eine Beschwerde darüber gibt, daß diese Besucher bei und zuviel einkaufen oder zuviel essen.“²⁹⁰

Diese Sätze drückten auch unbewusst den Kontakt der Bevölkerung mit Westdeutschland im alltäglichen Leben aus. Tatsächlich machte die SED mit dem Mauerbau die Reisen der eigenen Bevölkerung in die BRD unmöglich, nahm aber gleichzeitig viele Touristen aus der BRD auf. Nach der Ratifizierung des Vierseitigen Abkommens über Westberlin, des Transitabkommens zwischen den Regierungen der DDR und BRD, sowie der Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin über das Reisen und den Besucherverkehr, sprach die Bevölkerung die folgende Verzichte oder Vorwürfe gegenüber der SED aus: „Wir haben von dieser Festlegung ja doch nichts. Die Regierung der DDR setzt sich in dieser Hinsicht immer nur für die Bürger der BRD und Westberlins ein. Wir aber können nicht nach ‚drüben‘ fahren, weil wir das Rentenalter noch nicht erreicht haben.“(Kreis Güstrow, Bezirk

²⁸⁸ SAPMO-BArch, DY 30/2146, Bl. 197: Stenographische Niederschrift der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees mit den 1. Sekretären des Bezirksleitungen am Mittwoch, 15. 11. 1972.

²⁸⁹ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.106/20, Bl. 48: Nationalrat Sektor Information, Information über Stimmung, Meinung und Argumente der Bürger zu aktuellen politischen Ergebnissen, 17. 2. 1972.

²⁹⁰ SAPMO-BArch, DY 30/2146, Bl. 96.: a. a. O.

Schwerin)²⁹¹ Gleichzeitig gab es aber auch optimistische Beobachtungen und die Bevölkerung erwartete einen positiven Einfluss auf das eigene Leben durch die Vereinbarung: „Die Bürger der BRD und Westberlin's können jetzt in großer Anzahl in die DDR reisen. Unsere Bürger dürfen nicht in die BRD reisen. Vielleicht wird das besser, wenn der Grundvertrag zwischen der DDR und der BRD zum Abschluß gekommen ist.“²⁹² Die eigentliche Erweiterung der Auslandreisemöglichkeiten erfolgte gewissmaßen erst nach den sechziger Jahren, sie waren aber der Zeitraum in dem sich das gesamtdeutsche Bewusstsein wieder verstärkte. Die SED versuchte das Bewusstsein, dass die DDR zu den sozialistischen Ländern gehört, in deren Mitte der Sowjetunion liegt und DDR das „sozialistische Deutschland“ bedeutet, in der Bevölkerung auszubauen und zu festigen. Es bestand aber immer die Gefahr, dass dieses Bewusstsein durch Auslandsreisen als Freizeitangebot untergraben werden konnte.

4.1.6 Besuch der Gastronomie und deren Engpass

Wie verlief die Möglichkeit von Besuchen der Gastronomie als Teil des Freizeitangebotes? Die steigende Anzahl von Restaurantbesuchen bedeutet auch steigendes Konsumverhalten. Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit dem in den sechziger Jahren eingeführten Modell der Restaurantketten und der Realität der daraus geformten gastronomischen Industrie in der DDR sowie der allgemeinen Verhältnisse außerhalb dieser Ketten.

Die fortwährende Unzufriedenheit und die Massenproteste in den osteuropäischen Ländern gründeten sich auf die Versorgungslücke bei fleischlichen Nahrungsmitteln. Die SED versuchte hier eine die Stabilisierung der Versorgung seit der Zeit des NÖSPL mit der Modernisierung und der Mechanisierung der Agrarwirtschaft voranzutreiben. Damals wählte sie die Hühnerzucht als das Modell aus, das „Kombinat für Industrielle Mast“ (KIM) genannt wurde. So entstanden, erstmal in Königs Wusterhausen bei Berlin und Möckern bei Magdeburg, dann nacheinander in 11 weiteren Orten in der Nähe der Städte, große Plätze für die Hühnerzucht.²⁹³ Nachdem sich die Hühnerfleischproduzenten entwickelt hatten, plante die SED die Restaurantkette „Zum Goldbroiler“, die das aus dem KIM gelieferte Fleisch verbrauchte.²⁹⁴

²⁹¹ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.106/20, Bl. 59: Nationalrat Sektor Information, Kurzinformation, 24. 2. 72.

²⁹² SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.106/20, Bl. 178: Nationalrat Sektor Information, Kurzinformation über Stimmung und Meinungen der Bürger zu aktuell-politischen Ereignissen, 6. 2.1972.

²⁹³ Patrice G. Poutrus, Lebensmittelkonsum, Versorgungskrisen und die Entscheidung für den „Goldbroiler“, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 396; Über die Hühnerzucht um „Goldbroiler“ ausführlich, Vgl. Ebd. Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2002.

²⁹⁴ Ebd. S. 417; SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/2.023/36, Bl. 35 f.: Staatliches Komitee für Erfassung und

Offiziell ließ die SED drei Restaurants dieser Kette am 7. November 1967 beim 50-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution in Berlin eröffnen und plante die Erweiterung der Kette auf zwölf Restaurants im nächsten Jahr. In der Tat eröffnete die SED, in vielen Städten der DDR, Restaurants dieser Kette. Die SED versuchte durch den „Goldbroiler“, die Bevölkerung von der Modernisierung der Agrarwirtschaft in der DDR zu überzeugen. Dabei sah die SED auch die Veränderung der Essenkultur.²⁹⁵ Daher plante die SED in Berlin zehn Verkaufsstellen zu öffnen und anders als in Restaurants, beim „Goldbroiler“ das Gericht mitnehmen zu lassen. Dabei wurde das Gericht im Beutel („Warmhaltzeit bis zu drei Stunden“) verkauft.²⁹⁶ In den folgenden Jahren nahmen die Geschäfte der „Goldbroiler“-Kette immer weiter zu, so dass bis 1978 die Kette auf 144 Restaurants in der gesamten DDR erweitert wurde.²⁹⁷

Als Ulbricht 1963 die Werft in Stralsund im Bezirk Rostock besuchte, erläuterte er schon folgendes: „Es geht um mehr Fisch. [...] Es ist notwendig, daß wir durch unsere eigene Hochseefischerei höhere Fangergebnisse erzielen, damit die Bevölkerung noch besser mit Fisch versorgt werden kann.“²⁹⁸ Die SED versuchte damals aktiv für die Versorgungsstabilisierung der Nahrungsmittel, neben der Modernisierung der Agrarwirtschaft, den Fischfang und das Fischessen zu fördern. In der DDR war das Bedürfnis nach Fisch vergleichsweise gering. Die SED sah ein, dass das Fischessen zur Behebung des Fleischmangels führen könnte. Sie versuchte deshalb lebhaft dessen Konsum zu fördern. Als Modell zur Förderung des Fischessens wurde schließlich das „Gastmahl des Meers“ eröffnet.²⁹⁹ Die Gesamtzahl der Restaurants, in denen Fischgerichte angeboten wurden, belief sich Ende des Jahres 1978 auf 52.³⁰⁰ Die Entwicklung des Modells der sozialistischen Restaurantketten verlief nach dem Ende der sechziger Jahre auf gleichen Wegen wie die Entwicklung der gastronomischen Industrie in Westeuropa, den Vereinigten Staaten oder in Japan.

Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Grundgedanken zur prognostischen Entwicklung der Geflügelwirtschaft in der DDR bis 1980, 10. 3. 1967; SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/2.023/41, von Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel, an Jarowinsky, betr. Schaffung einer modernen Absatzkette für Geflügel in Berlin, 26. 9. 1967. Bl. 145 f.

²⁹⁵ SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.032/41, Bl. 122 ff.: Ablaufplan zur Schaffung der ersten Glieder einer Absatzorganisation für Geflügel bis 7. 11. 1967 in Berlin, 16. 9. 1967.

²⁹⁶ SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.032/41, Bl. 161, von Hauptdirektion des Volkseigenen Einzelhandels, an Werner Jarowinsky, Über die ersten 3. Gaststätten einer Absatzkette für Geflügel in der Hauptstadt Berlin , 14. 11. 1967.

²⁹⁷ BArch, DE 2, Behälter 30743, Signatur 00043717: Erhebung der Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR zum Gaststätten- und Küchenetz per 31. 12. 1978.

²⁹⁸ Walter Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin (Ost) 1966, S. 236.

²⁹⁹ Über das umfassende Bild von der Förderung des Fischfangs und deren Grenzen, vgl. Burghard Ciesla, Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischwarenkonsum in der DDR, in: Thomas Lindenberger (Hrsg.) a. a. O., S. 205 ff.

³⁰⁰ BArch, DE 2, Behälter 30743, Signatur 00043717, a. a. O.

Dennoch sollte die gastronomische Industrie noch unter dem Bereich von Leicht- und Dienstleistungsindustrie, die die SED nicht so hoch in ihrer wirtschaftlichen Politik einschätzte, besonders niedrig eingeschätzt werden. Natürlich wurde die Erweiterung der Möglichkeiten von Gastronomiebesuchen in der SED als „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ bezeichnet. Sie war aber beharrlich davon überzeugt, dass die eigentliche „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingung“ nur am Arbeitsort zu verwirklichen war. Daher bevorzugte die SED aufgrund des Vorbildes der Werktätigen, die in industriellen Bereichen beschäftigt waren, die Errichtung von Kantinen am Arbeitsort. Die Neueinrichtung von Restaurants am Wohnort wurde vernachlässigt.³⁰¹ Noch dazu bestanden die Betriebe, die die Leicht- und Dienstleistungsindustrie schließlich trugen, fast ausschließlich aus kleinen privaten oder halbstaatlichen Betrieben. Deren Belieferungszustand war schlecht, da die Politik der SED zu diesen Betrieben immer zwischen Lockerung und Unterdrückung schwankte. Wie Poutrus aufzeigt, verminderten sich tatsächlich die Gesamtzahlen der Restaurants in der DDR fortlaufend seit 1960.³⁰² Ferner rechnete die Statistik mit der gesamten Anzahl der Kantinen. Hier gab es möglicherweise den Versuch, die Verminderung der Restaurants zu verdecken.

Gewiss wäre die Linie der SED, in der sie die Errichtung der Kantinen bevorzugte, in den fünfziger Jahren durchaus richtig. Die Deutschen bevorzugen in ihrer Esskultur ein kaltes Frühstück und Abendessen, dagegen möchten sie zum Mittag warm essen. Der Stellenwert des Mittagsessens ist also für die Deutschen bedeutsam. In der Zeit, in der die Arbeitzeit lang und das Leben eng mit dem Arbeitsort verbunden war, stellte die Versorgung mit warmem Essen während der Mittagspause in den Kantinen eine „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ dar. Zum einen sollte die Erweiterung der Freizeit, die durch die Verminderung der Arbeitszeit und die Zunahme des jährlichen Mindesturlaubs erzeugt wurde, die Bedeutung des Arbeitsorts im Leben der Bürger vergleichsweise sinken lassen, zum Anderen erhöhte die Erweiterung der Freizeit die Bedeutung des Wohnorts für den Lebensraum. Dadurch zeigte sich das Problem der Versorgung der Gastronomie. Neben den Kantinen, wo die Arbeiter/innen mit den Kollegen am Arbeitsort das Essen genießen konnten, brauchte die Bevölkerung nun auch Restaurants und Lokale, in denen sie den individuellen Geschmack befriedigen oder die Freizeit mit der eigenen Familie und Freunden genießen konnten. Natürlich gab es hier die Möglichkeit, dass sich die Freundschaft mit Kollegen auch außerhalb

³⁰¹ Beispielweise wird die Inspektionen zur Kantine auf der wichtigen Industrie in 1964 durchgeführt, Vgl., SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.021/334, Bl. 214 ff.: von Komitee der Arbeiter-Bauern-Inspektion, Inspektion Handel und Versorgung, Bericht über Kontrollen der gastronomischen Versorgung der Werktätigen in Produktionsbetrieben führender Industriezweige, 30. 6. 1964.

³⁰² Poutrus, a. a. O. (Lebensmittelkonsum), S. 420; Statistische Jahresbuch der DDR 1989, Berlin (Ost), S. 227.

der Arbeit entfalten konnte. Ein Bericht der Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel erläutert, dass die SED die kulturelle Bedeutung und den „Genuss“, der nicht in den Zahlen erscheint, berücksichtigen soll: „Die Gaststättenbetriebe haben nun nicht allein Versorgungsaufgaben. Sie sollen gleichzeitig eine kulturpolitische Aufgabe lösen. Dabei sind sie nun mit Ausgaben belastet, die ihr Ergebnis erheblich beeinträchtigen.“³⁰³

Wie veränderte die Situation der Restaurants, nachdem sich die Bedeutung der gastronomischen Industrie erhöhte? Eine Information über die Restaurants in der Hauptstadt Berlin schätzt die Fleißarbeit der Arbeiter/innen positiv ein. Sie erläutert aber auch, dass die Versorgung und die Angebotsvielfalt der Restaurants nicht gewährleistet war: „Eine der Hauptschwächen im Berliner Gaststättentypischen Warenarten zu überwinden. Hochwertige Ungarische Weine sind nicht immer im Restaurant „Budapest“, dafür aber im Einzelhandel erhältlich. Versorgungsschwierigkeiten z. B. im Fleischsortiment wirken sich für alle Gaststätten gleichermaßen aus.“³⁰⁴ Bei der Restaurantkette „Goldbroiler“, als das Vorbild, erschien das Problem am Anfang nicht in der Versorgung mit Hühnerfleisch, sondern am Mangel von Grillgerät. Die SED eröffnete trotz des Mangels der Geräte planmäßig die Gaststätten. In jeder Gaststätte waren nur begrenzt Geräte verfügbar, daher belastete das Grillen in hohem Maße die wenigen Geräte. Das Bedürfnis zum Mitnehmen übertraf die Einschätzung der ersten Planung, so dass die Gaststätten den Bedarf der Gäste nicht erfüllen konnten.³⁰⁵ Das Ungleichgewicht von Versorgung und Bedürfnis wurde nicht allein durch den Gütermangel erzeugt, sondern eher durch die unpassende Verteilung der Güter und Arbeitsmaterialien. Die Politik der SED wiederholte auch hier den gleichen Misserfolg wie bei anderen Beispielen. Sie selbst stellte nämlich zu große Ziele auf, weckte die Bedürfnisse der „gewöhnlichen Bevölkerung“, dennoch erfüllte sie diese dann nicht und verschuldete so selbst den Engpass und die Mangelwirtschaft.

Ironischerweise führte die Erweiterung der freien Zeit bei den Beschäftigten im gastronomischen Sektor zu einer höheren Arbeitsbelastung als zuvor. Bei der traditionellen

³⁰³ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A2/6.10/201, Bl. Ohne: Das System der Planung im Einzelhandel (Säule Gaststätten) und seine Veränderung zur Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit. Zur vollen Nutzung der Aktivität und Schöpferkraft der Werktätigen im Handel, 2. 1963.

³⁰⁴ SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.032/46, Bl. 128: Arbeitsgruppe „Verbesserung des Niveaus repräsentativer Gaststätten im Stadtzentrum Berlin“, 22. 6. 1965.

³⁰⁵ Poutrus, a. a. O. (Die Erfindung), S. 201 ff.

Regelung waren alle Geschäfte in Deutschland an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen geschlossen. Die Eröffnung der Restaurantketten aber formte eine dauerhafte Ausnahme zu dieser Regelung. Anders als die Bevölkerung Japans oder der Vereinigten Staaten, die am Wochenende durch die Geschäfte bummeln und etwas einkaufen konnte, erhöhte die Möglichkeit des gastronomischen Besuchs das Freizeitangebot der DDR-Bürger. Daher forderte die SED die Öffnung der Restaurants am Samstag. Natürlich war die Regel von der „5-Tage-Arbeitswoche“ auch für die Beschäftigten im Einzelhandel und der Gastronomie gültig. Wenn diese, in diesen Bereichen, nicht verwirklicht würde, konnten die Beschäftigten hier keine „Verbesserung der Arbeit- und Lebensbedingungen“ erwarten.

Dennoch erreichten mehrfach Berichte das Politbüro, dass die Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“ in Einzelhandel und Gastronomie, beispielsweise bei Bäckereien und Restaurants, die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung nicht erfüllen würde. Eine Inspektion, die der Staatsrat nach der Einführung der „5-Tage-Arbeitswoche“ durchführen ließ, erläuterte das starke Bedürfnis der Einzelhandelsbeschäftigte nach der Schließung an Samstagen, gleichfalls zweifelte sie an der samstäglichen Öffnung bei kleinen gastronomischen Familienbetrieben.³⁰⁶ Die Öffnung der Restaurants am Samstag wurde auch innerhalb der SED in Frage gestellt.

Die SED plante daher die Richtlinie zur Lohnerhöhung der Beschäftigten der Gastronomie. Sie betonte aus folgenden Grund die Erhaltung der Arbeitskräfte im gastronomischen Bereich: „Diese Maßnahmen sind von besonderer Bedeutung, weil der Handel einerseits ein relativ niedriges Lohnniveau und anderseits zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung ständig wachsende Aufgaben zu erfüllen hat. [...] Bei der generellen Notwendigkeit die materielle Interessiertheit aller im Einzelhandel zu erhöhen, ist das von entscheidender Dringlichkeit für die Beschäftigten im Gaststättenwesen, weil von ihnen die höchste Leistungssteigerung gefordert wird und die Fluktuation am größten ist.“³⁰⁷ Dieses Zitat verdeutlicht auch mittelbar die Arbeitsbedingung der Arbeiter/innen in diesem Bereich.

In der Tat erläutert der obengenannte Bericht über die Restaurants in Berlin den allgemeinen

³⁰⁶ SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/6.11/104, Bl. 103: Büro des Ministerrates – Inspektion-, 3. Information über die Arbeitsweise der zentralen staatlichen Organe zur Durchführung der vom Ministerrats am 3. 5. 1967 beschlossenen Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen der DDR , 30. 5. 1967.

³⁰⁷ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1174, Bl. 100: Präsidium des Ministerrates, Beschuß über Maßnahmen zur Verbesserungsleistungen besonderes im Gaststättenwesen – durch die Anwendung neuer Formen der persönlichen materiellen Interessiertheit, 11. 8. 1966.

Zustand, dass „gegenwärtig dem volkseigenen Gaststättenwesen in Berlin bei 6.058 Beschäftigten 559 Arbeitskräfte fehlen.“ Danach musste der Arbeitskräftemangel bei den sechs repräsentativen Restaurants in Berlin folgendes aussagen: „Das Fehlen dieser Kräfte zieht zwangsläufig Störungen im Gesamtlauf in den Gaststätten nach sich, so daß vielfach ein ordnungsgemäßer Geschäftsablauf in den Hauptbelastungszeiten nicht mehr gegeben ist. Der Betrieb kann nur noch mit Hilfe besonderer Anstrengungen der Mitarbeiter und mit einer Anzahl von Überstunden, die das normale Maß weit übersteigen, aufrechterhalten werden.“³⁰⁸ Auch bei den Restaurants der „Goldbroiler“-Kette waren diese Zustände zu finden.³⁰⁹

Honecker versuchte 1972 die privaten Betriebe völlig zu verstaatlichen, um die wirtschaftliche Ungleichheit, die durch das NÖSPL in den sechziger Jahren entstanden war, zu korrigieren. Mit diesen Maßnahmen wurde die Produktion der privaten Betriebe in die Planwirtschaft eingeordnet.³¹⁰ Die Politik nahm damit direkt auf die Einzelhandels- und Handwerksbereiche, deren Hauptteil sich aus Mittel-, Klein- und Familienbetrieben zusammensetzte, ernsthaften Einfluss. Die Gastronomie bildete hierfür ein typisches Beispiel. Ironischerweise verstaatlichte die Politik die Restaurants nicht durch diese Maßnahme. Für die Unternehmer/innen und deren Familien im Familienbetrieb stellte die Verstaatlichung nur eine Verschlechterung der eigenen Arbeitsbedingungen dar, da sie zum einen ihr Produktionsmittel verloren und zum anderen selbst zu Lohnarbeiter/innen wurden. Aufgrund des andauernden Arbeitskräftemangels im Schwerindustriebereich bekamen sie bessere Arbeitsbedingungen bei der Fabrikarbeit als in der dauernden Verwaltung der Restaurants. Daher verminderten sich die Zahlen der gastronomischen Geschäfte fortwährend, wohingegen am steigenden Umsatz gemessen, deren Bedarf anstieg. Natürlich spiegelte sich diese Diskrepanz direkt in der Arbeitsbelastung der Arbeiter/innen in der gastronomischen Industrie wieder.

In der Tat sollte die SED auf die Richtlinie zur Verstaatlichung der Gastronomie im Februar 1976 verzichten.³¹¹ Damals musste die SED sich selbst die Bedeutung der gastronomischen Klein- und Familienbetriebe eingestehen: „Die Kommissionsgaststätten und privaten Gaststätten erlangen mit einem Anteil von 43,0 % an der Gesamtzahl der Gaststätten in der DDR eine wesentliche Bedeutung für die gastronomische Versorgung der Bevölkerung“³¹²

³⁰⁸ SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.032/46, Bl. 136: a. a. O.

³⁰⁹ Poutrus, a. a. O. (Die Erfindung), S. 203.

³¹⁰ Vgl. Monika Kaiser, 1972 Knockout für den Mittelstand, zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe, Berlin 1990.

³¹¹ Maria Haendcke-Hoppe, Das Gaststättenwesen in der DDR, Berlin (West) 1979, S. 52.

³¹² SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A 1955, Bl. 7: von Horst Sindermann, Vorlage für das Politbüro des ZK der

Dieser Vorschlag befürwortete die Anerkennung der privaten Betriebe, die Modernisierung der Einrichtungen und den Lohnanstieg, er erkannte präzise die Verbindung der gastronomischen Bedarfserhöhung mit dem vielfältigen individuellen Geschmack und forderte dementsprechenden Maßnahmen.³¹³

Der Arbeitskräftemangel war auch bei „Goldbroiler“, als das Modell vom modernen Restaurant ernst. Viele der Beschäftigten in den „Goldbroiler“-Restaurants wechselten in die betrieblichen Kantinen, da sie dort die besseren Arbeitsbedingungen bekommen konnten. Die Einschätzung von Poutrus kritisiert mit Recht das Wesen des gesamten gastronomischen Sektors in der DDR: „Bemerkenswert ist, daß die Gastronomie sich einerseits eines immer stärkeren Zuspruchs erfreute und es im System des sogenannten sozialistischen Handels andererseits nicht möglich war, dem durch ständige Kapazitätserweiterung zu entsprechen.“³¹⁴

Der folgende Ausspruch der SED sollte selbst unter diesem Licht betrachtet den Widerspruch in der gesamten „Freizeitpolitik“, die in ihrem Mittelpunkt die industriellen Arbeiter/Innen als Muster der „sozialistischen Lebensweise“ stellte, aufzeigen: „Der nach den Erfahrungen aus der Einführung der “5-Tage-Arbeitswoche für jede zweite Woche“ und der Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber dem Vorjahr stark gestiegene Bedarf an gastronomischen Leistungen, der sich auf die Ausflugs- und Erholungsgebiete sowie auf die Einkaufs- und Kulturzentren der Städte konzentriert, kann trotz großer Anstrengungen der Beschäftigten nicht voll befriedigt werden. Es häufen sich die Fälle, in denen das Speiseangebot eingeschränkt und die Öffnungszeiten der Gaststätten reduziert müssen.“³¹⁵

4.2 Freizeit in der Kulturpolitik

Die SED versuchte durch ihre Kulturpolitik die Schicht der Intellektuellen zu durchdringen und ihre politische Leitlinie auch hier zu verfestigen. Sie forderte von ihnen, den kulturellen Aspekt beim Aufbau des sozialistischen Staates zu berücksichtigen. Generell schwankte die Kulturpolitik stets bei den kulturellen Werken, die die Intellektuellen erschufen, zwischen Liberalisierung und Repression. Die Schwankungen gründeten sich nicht auf den Führungswechsel von Ulbricht zu Honecker, in beiden Ären sind diese gemeinsam zu erkennen.

SED: Beschuß zur Förderung privater Einzelhandelsgeschäfte, Gaststätten und Handwerksbetriebe für Dienstleistungen im Interesse der weiteren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, 13. 2. 1976.
³¹³ Ebd.

³¹⁴ Poutrus, a. a. O. (Die Erfindung), S. 206.

³¹⁵ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1174, Bl. 102: a. a. O.

Die SED bestimmte die allgemeine kulturpolitische Grundlinie und forderte „die Verwirklichung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur und die Heranbildung einer Arbeiterklasse, dem schaffenden Volke und der Sache des Sozialismus ergebenen zahlreichen Intelligenz“.³¹⁶ In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bestimmte sie den Begriff der Kulturpolitik weiter wie folgt: „Inhalt und Aufgaben der Kultur der SED sind bestimmt vom strategischen Ziel, das mit dem vom IX. Parteitag, beschlossen wurde, in der DDR weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen; von der weiteren Vertiefung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft; von den Erfordernissen der verschärften Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus.“³¹⁷ Da die Kulturpolitik „strategisch“ ausgelegt werden konnte, erhielt sie tatsächlich keinen konsequenten Inhalt. So sollte sie sich auf die jeweilige politische Situation einstellen.

Die Intellektuellen der DDR, ebenso wie die Intellektuellen in anderen sozialistischen Ländern konnten sich nicht so einfach diese politischen Linien anpassen. In der kapitalistischen Welt wurde der Erfolg oder Misserfolg durch den Markt bestimmt, auch war es hier durch das unzensierte Schreiben im Allgemeinen möglich Kritik am politischen Regime und den Regierungen zu äußern. Dagegen wurden die kulturellen Werke in der sozialistischen Welt treu zur Linie des politischen Regimes gefordert. Die Intellektuellen bemühten sich aber paradoxe Weise auch, diese äußeren Grenzen der politischen Kritik im Rahmen des Erlaubten zu erweitern. Da ihre Werke immer die Zensur bestehen mussten, waren sie gezwungen, durch Gespräche mit der SED, das ideale sozialistische Gesellschaftsbild vorzulegen. Daher kämpften die Intellektuellen an zwei Fronten. Natürlich gab es die gesellschaftliche Forderung in der DDR, diese kulturelle Aktivität zu unterstützen. Die Beispiele lassen sich in den vielfältigen Forschungen bestätigen, zum Beispiel den Effekt der Ironie bei den Kabaretten und den Zeitschriftenmagazinen für die Massen sowie die Rolle des Films, die durch deren inhaltliche Analyse aufklärten.³¹⁸ Die Musikszene, wie Rock oder Punk, übernahmen auch dieses Element. Die kulturellen Werke trugen daher im Sozialismus eine doppelte Bedeutung. Sie stellten nämlich nicht nur die Waren, die konsumiert und gleichzeitig wieder schnell

³¹⁶ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau. 14. bis 16. November 1957, Berlin (Ost) 1958, S. 14.

³¹⁷ Kulturpolitisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 403.

³¹⁸ Vgl. Klötzer, a. a. O. (Satire und Macht); Joshua Feinsteins, The Triumph of the Ordinary. Depictions of Daily Life in the East German Cinema, 1949-1989, Chapel Hill 2001; Auch siehe um die Überwachungsaktivität der Stasi zum Kabarett, Vgl. Christopher Dietrich, Schild, Schwert und Satire. Das Kabarett ROHRSTOCK und die Staatssicherheit, Rostock 2006.

vergessen wurden dar, sondern auch die Güter, die die Politik stets selbst anfragte.

Die SED konzentrierte in der Kulturpolitik aber nur darauf, den Inhalt der kulturellen Werke zu kontrollieren. Sie erarbeitete nicht aktiv selbst eine „Kultur der Werktätigen“. Infolgedessen misslang ihr deren Entwicklung.

4.2.1 Der „Bitterfelder Weg“ und die Freizeit

In diesem Abschnitt wird aufgrund des allgemeinen kulturpolitischen Verhältnisses, zwischen dem SED-Regime und den Intellektuellen, die Politik zur „gewöhnlichen Bevölkerung“ überprüft. Normalweise bedeutet das, dass die Intellektuellen die Kultur produzieren und die Arbeiter oder andere Schichten nur diese konsumieren. Als die SED die Kulturpolitik, einschließlich der „gewöhnlichen Bevölkerung“ bearbeitet, interessierte sie sich für die Bewältigung dieser Unterschiede. Dies spiegelte sich direkt im „Bitterfelder Weg“ wider. 1958 sprach die SED beim Schriftstellerkongress in Bitterfeld die Grundlinie aus, die „noch vorhandene Trennung von Kultur und Kunst [, den] getragenen Lebensstil der sozialistischen Gesellschaft, der Entfremdung zwischen Künstler und Volk“ zu überwinden. Dann forderte sie „einerseits, daß die kulturellen Bedürfnisse der Massen auf einem höheren Niveau Befriedigung finden, so daß Unterhaltung und Kultur wieder vereinigt und in den Dienst der sozialistischen Bewußtseinsbildung gestellt werden,“ und „anderseits, daß die Kultur- und Kunstschaffenden sich entschieden der künstlerischen Lösung der Aufgaben widmen, die die sozialistischen Kulturrevolution ihnen stellt.“³¹⁹ Konkret lud die SED die Intellektuellen in eine Fabrik ein und forderte die Schaffung von Literatur und Kunst, die den Produktionsort thematisierte und versuchte damit die „Arbeiterkultur“ aus der Fabrik herauszutragen. Daher förderte die SED die Kulturarbeit, so dass die Werktätigen außerhalb der Arbeitszeit an kulturellen Aktivitäten teilnehmen oder selbst Kunst schaffen konnten. Dies hieß „massenkulturelle Arbeit“. Diese Aktivität wurde teilweise als gewerkschaftliche Kulturarbeit in den Kulturhäusern großer Betriebe und Städte oder in den „Dorfhäusern“ der Dörfer ausgeübt. Da diese Linie die kulturelle Aktivität am Arbeitsort voraussetzte, reflektierte sie auch hier den, seit der Staatsgründung, bestehenden Gedanken zur Integration und Kontrolle der Bevölkerung. Gleichzeitig hatte der „Bitterfelder Weg“ die Absicht, den wirtschaftlichen Ausbau der DDR zu unterstützen. Die SED erwartete, dass die Kulturarbeit sich mit der

³¹⁹ Autorenkollektiv Frankfurt, Probleme sozialistischer Kulturpolitik am Beispiel DDR, Frankfurt (Main) 1974, S. 216; Ursula. Steinhausen/Dieter, Faulseit/Jürgen Bonk (Hrsg.), Handbuch für schreibende Arbeiter, Berlin (Ost) 1969, S. 12.

beruflichen Ausbildung verband, denn sie sollte zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur Rationalisierung der Arbeit beitragen. Aus heutiger Sicht kann das Ergebnis des „Bitterfelder Wegs“ als Misserfolg bewertet werden. Welche Bedeutung erhielt diese Linie dennoch für die Politik um das Freizeitverhalten?

Innerhalb der Arbeitsgruppe, die die Politik direkt unter Ulbricht begutachtete, debattierte die Gruppe für den Bereich der Kulturpolitik präzise über die Maßnahmen zum Freizeitverhalten.³²⁰ Hier prüfte sie, ob das Freizeitverhalten die sozialistische Kultur förderte: „Es ist spezifische Aufgabe der sozialistischen kulturellen Entwicklung und der kulturellen Arbeit, einerseits die ‚Ganzheit‘, das Ensemble der ‚ganz persönlichen‘ Interessen, Bedürfnisse, Neigungen, Fähigkeiten, Genüsse, Sehnsüchte, Ideale usw. - also die Gesamtäußerung, der Individualität des Menschen - aufzugreifen, zu wecken, zu entwickeln und fortschreitend mit der Gesamtheit der gesellschaftlichen Interessen zu verbinden. Anderseits hat es die sozialistischen Kulturarbeit spezifisch mit der Entwicklung und Ausprägung jener Welt von individuellen Anklagen, Neigungen, Fähigkeiten, Lebenserwartungen und -wünsche, unmittelbaren persönlichen Beziehung und Beziehungen zur unmittelbaren Umwelt zu tun, die nicht unmittelbar in der gesellschaftlichen Arbeit, nicht unmittelbar in der Ausübung gesellschaftlich gesetzter Pflicht, nicht unmittelbar in der Zwecksetzung auf die Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft betätigen und vollziehen. [...] Die kapitalistische Kultur verstärkt in ihrer Systemwirkung diese Atomisierung der ‚Privatinteressen‘ und ‚-genüsse‘, ihre Isolierung und Irrelevanz, heiligt sie als ‚persönliche Freiheit‘, entwickelt sie, indem sie sie manipuliert.“³²¹ Die Gruppe versuchte das Verhältnis zwischen den privaten und den öffentlichen Bereichen, die Rolle des Individuums und der Gesellschaft im Sozialismus zu definieren. Der Bericht der obengenannten Gruppe spricht hier davon, dass die Kultur der kapitalistischen Gesellschaft die vielfältigen individuellen Interessen innerhalb der Privatsphäre belässt. Dagegen solle die Kultur der sozialistischen Gesellschaft diese beiden Sphären verknüpfen. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass dieser Bericht die Sphäre der Öffentlichkeit bevorzugte, oder sich die Verschmelzung der privaten und der öffentlichen Welt zum Ziel setzte. Daher ist die allgemeine Kritik, in der das sozialistische Regime das individuelle Interesse zu unterdrücken versuchte, nicht überall gültig.

³²⁰ SAPMO-BArch, DY 30/3336, Bl. 158 ff.: Aus Prof. Dr. Hans K. 1. Entwurf. Orientierungsprognose. Der wesentlichen Entwicklungsprozesse der dem Sozialismus eigenen Kultur und kulturvollen Lebensweise der Werktätigen in entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Bl. 158 ff.

³²¹ Ebd., Bl. 185: Grundlinie der Systembeziehungen und Systemwirkungen der sozialistischen deutschen Kultur.

Auf Grund des so gewonnenen Bildes von Individuum und Gesellschaft, von dem privaten und veröffentlichen Bereich schlug der Bericht die allgemeine Kulturpolitik vor. Er empfahl ebenfalls die Berücksichtigung des Freizeitverhaltens der „gewöhnlichen Bevölkerung“. Dabei bestand laut des Berichts die Notwendigkeit, eine Teil des Freizeitverhaltens in der die „kulturellen Massenarbeit“ zu entwickeln: „Das systematische Herausarbeiten einer Fülle von schöpferischen Anlagen, Fähigkeiten, Begabungen, Kräften und Interessen der Bürger im Rahmen ihrer Freizeitgestaltung und denen Verbindung mit den gesellschaftlichen Interessen, Bedürfnissen und Erfordernissen ist einer der charakteristischen, führenden Wesenszüge der dem Sozialismus eigenen Kultur und kulturvollen Lebensweise.“³²² Diese sozialistische Kultur sollte das frühere „humanistische kulturelle“ Erbe übernehmen und wurde gleichzeitig von ausländischen Kulturen beeinflusst. Auch dazu befindet sich eine charakteristische Erläuterung in dem Bericht über die Unterhaltung: „[Es geht – N.K.] um den ‚Import‘ von kulturellen Leistungen vor allem auf den Gebieten der Unterhaltungskunst.“³²³ Diese zeigt auf, dass die SED die vielfältigen Unterhaltungsneigungen erkannte, bei denen die Bevölkerung nicht allein die Unterhaltungsszene der DDR betrachtete. Daher musste die SED sich darüber vergewissern, welche ausländische Kultur gut oder schlecht war. Hier sollte sie paradoxe Weise mit den folgenden Sätzen die Durchdringung der amerikanischen Kultur einstimmen: „Vor allem auf dem Unterhaltungssektor wird die Quote der Übernahme sauberer, aber in vieler Hinsicht kleinbürgerlicher, nichtsozialistischer Kulturleistungen steigen (Filmimport, Musikimport, Unterhaltungsliteratur usw.). [...] Die Linie des Importes solcher Sachen sollte vor allem darauf gerichtet sein, [...] wirkliche Spitzenleistungen einer anständigen und möglichst geistvollen Unterhaltungskunst vorzustellen sowie rigoros auf jene Tendenzen im internationalen Unterhaltungsgeschäft zu orientieren, die sich von den Hauptströmungen des american way of life usw. deutlich abgrenzen.“³²⁴ Also konnte die Versorgung mit Freizeitgütern im Vergleich zu der Erweiterung der Freizeit nicht genug erfüllt werden: „[D]ie wesentlichen Disproportionen und Widersprüche bestehen in der Erhöhung der Freizeitsumme einerseits, der ungenügenden Möglichkeit ihrer kulturellen Nutzung durch mangelnde Möglichkeiten der Verbindung von physischer Erholung und kultureller Betätigung.“³²⁵

Schließlich schlägt der Bericht die „Freizeitpolitik“ als das Angebot der Freizeitaktivität vor, dabei drückte er die voranschreitende Motorisierung und die Erweiterung der

³²² Ebd., Bl. 202.

³²³ Ebd., Bl. 205.

³²⁴ Ebd., Bl. 215 f.

³²⁵ Ebd., Bl. 250.

Reisemöglichkeiten, die Möglichkeiten der kulturellen Aktivitäten in den Erholungseinrichtungen sowie den Gebrauch der Medien in der Freizeit usw. aus.³²⁶ Die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Unterhaltung betreffend, weist der Bericht auf die Notwendigkeit hin, Tanzveranstaltungen stattfinden zu lassen und ausreichend Spielplätze zu errichten. Auch erläutert er noch die Wichtigkeit des „Spielens“: „„Spiel mit“ und „Mit dem Herzen dabei“ erweisen exemplarisch, wie stark Spielform im Sinne sozialistisch humanistischer Ideen aktivieren und Menschen verbinden können. Die Rolle der Spielformen als Möglichkeit aktiver Entspannung und gleichzeitig „kulturellen Trainings“ muß voll erkannt und genutzt, ihrer imperialistischen Entleerung und Enthumanisierung aktiv entgegenwirkt werden. Der Mensch braucht das Spiel als ein wesentliches Lebenselement, und sozialistische Kulturarbeit muß es ihm geben.“³²⁷ Allerdings brachte die Verbreitung der Familienunterhaltungsgeräte, wie Fernsehen und Radio, eine Verminderung des Freizeitverhaltens an öffentlichen Orten, wie Kino- und Theaterbesuchen und stellte so einen Widerspruch dar. Er stellt die Privatisierung des Freizeitverhaltens in Frage und lehnt einfach die Privatisierung der Freizeit ab: „Die weitere Entwicklung der individuellen Formen der Befriedigung kultureller Bedürfnisse liegt selbstverständlich im Interesse des Sozialismus.“³²⁸

Die SED-Führung musste einerseits den privatisierten Tendenzen der Freizeit zustimmen, aber sie musste anderseits auch die Anpassung an die Gesellschaft versuchen. Der Bericht der „Gruppe der Kulturpolitik“ fordert diese schwierige Aufgabe von der SED-Führung. Der Bericht warnte der SED davor, dass die Kulturpolitik keine Methode darstellt, die eigene Zielsetzung zu indoktrinieren. Darüber hinaus musste die Kulturpolitik die Möglichkeiten, die den individuellen „Genuss“ verwirklichen, in dem Maße erweitern, in dem die freie Zeit anwuchs. Grundsätzlich zeigen die folgenden Sätze der Leitlinie, die Ende 1969 im Politbüro beschlossen wurde, den Zustand auf: „Sozialistische Kulturpolitik heute bedeutet, die großen humanistischen Kultur- und Kunstleistungen der Vergangenheit und Gegenwart für die allseitige Bildung der Persönlichkeit immer stärker zu nutzen und die Voraussetzung dafür in der zunehmenden Freizeit im Ensemble aller Lebensgewohnheiten und -beziehungen immer wirkungsvoller zu gestalten.“³²⁹

³²⁶ Ebd., Bl. 265 f.

³²⁷ Ebd.

³²⁸ Ebd., Bl. 267.

³²⁹ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1147, Bl. 9: Anlage 1. Zum Protokoll Nr. 37 vom 14. 12. 1967, Die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft.

4.2.2 Das Fernsehen und der Schatten Westdeutschlands

Es ist schon breit bekannt, dass die Information aus den Fernsehsendern Westdeutschlands bei der umfassenden Ausbreitung des Fernsehens Einfluss auf das Leben der „gewöhnlichen Bevölkerung“ hatte. Im Jahr 1965 erreichte Honecker eine Information, darüber, dass die politische Situation in der BRD sich auf die politischen Meinungen der Bevölkerung der DDR auswirkte. Diese Unterlagen zeigt ein interessantes Beispiel auf, dass die sozialistischen Betriebe, trotz der Planwirtschaft, das Schauen des BRD-Fernsehens durchaus förderten: „Es ist zum Beispiel eine Tatsache, daß es zum Beispiel im Bezirk Karl-Marx-Stadt volkseigene und andere Betriebe gibt, die offizielle Zusatzgeräte bauen, die es ermöglichen, das 2. Programm des Westfernsehens zu empfangen. Diese Geräte werden zum Preis von 500 bis 600 MDN legal an Interessenten verkauft.“³³⁰ Ein Teilnehmer, der dieses Problem auf einer Tagung der SED besprach, erläutert präzise die zaghafte Haltung der Aktivisten der SED, die sich in der Grundorganisation betätigten: „Viele Genossen waren der Meinung, daß das in der Hauptsache an der schlechten Bildqualität und zum Teil auch an dem ungenügenden Programm unseres Fernsehens liegt. Aber weil eine Reihe Genossen damit einverstanden ist, daß das an dem schlechten Programm bei uns und an der schlechten Bildqualität in diesem Kreis liegt, deshalb haben sie auch nicht den Mut e[r, Sic!]fund[en,] offensiv gegen Westfernsehen aufzutreten.“³³¹

Die Funktionäre der SED beschäftigten sich ungern mit dieser Frage und die Bevölkerung widersprach stark dieser propagandistischen Aktion der SED. Infolgedessen musste durch diesen Bericht der Einfluss auf politische Informationen aus dem Westen eingesehen werden: „Wenn im Betrieb über das Westfernsehen diskutiert wurde, dann gab es Pfui-Rufe und solche Argumente wie: In Westdeutschland kann man alle Sender sehen und hören, wie [die] man will. Warum ist das bei uns verboten? Wir sehen doch nur das II. Programm. Das sind Unterhaltungssendungen und auch Sportsendungen, die schöner als die bei uns sind. - Als dann mit diesen Leuten diskutiert wurde, stellte sich heraus, daß es nicht nur Sport- und Unterhaltungssendungen waren, sondern daß sich ein großer Teil dieser 51 Antennenbesitzer konkret auch sehr für die westdeutschen Nachrichten interessierte.“³³² Hier schlug der Diskurs vor, den Preis für die Geräte, die den westlichen Funk empfangen konnten, weiter zu erhöhen, damit die SED den Einkaufswillen der Bevölkerung brechen konnte. Ulbricht forderte aber

³³⁰ SAPMO-BArch, DY 30/2137, Bl. 20: Redemanuskript von Erich Honecker, bei einer Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen, 5. 4. 1965.

³³¹ Ebd., Bl. 135.

³³² Ebd., Bl. 136.

einfach die strenge Kontrolle gegen den Verkauf und Einkauf, da dieser als Kriminalität gesehen wurde.³³³ In den siebziger Jahren entfaltete Honecker die „Abgrenzungspolitik“, mit der die SED den Einfluss Westdeutschlands auf die Bevölkerung auszuschließen versuchte. Diese Problematik bildete dennoch bereits seit den sechziger Jahren das politische Problem und der SED misslang fast immer diese Abgrenzung.

4.2.3 Grenze der „kulturellen Massenarbeit“ und Diversifikation der Freizeitträger

Die SED empfahl, dass das „Betriebsfestspiel“ in jedem Jahr und in jedem Betrieb stattfand, damit die Betriebe die „kulturelle Massenarbeit“ förderten. Bei den Betriebsfestspielen wurden die Ergebnisse alltäglicher künstlerischer und literarischer Schaffung der Werktätigen öffentlich vorgestellt und ausgezeichnet. Seit den siebziger Jahren haben die Festspiele hauptsächlich in den Großbetrieben stattgefunden. Da die Mittel- und Kleinbetriebe keine Kulturhäuser erhalten hatten, nahmen deren Werktätige, weil sie sonst von diesen Kulturaktivitäten ausgeschlossen gewesen wären, an den Festspielen in den Großbetrieben teil. Die SED erweiterte diese Festspiele schließlich zu „Arbeiterfestspielen“ im Bereich der gesamten DDR, die der FDGB ab 1972 alle zwei Jahre in einer anderen Stadt stattfinden ließ.³³⁴

Der Bericht für dessen Vorbereitung aus dem Präsidium des FDGB erläutert, wie geplant wurde, die Freizeit in die bisherigen kulturellen Aktivitäten einzufügen: „Die Kultur- und Bildungsmaßnahmen sind auf die Aneignung des Marxismus-Leninismus, der Ökonomie des Sozialismus, die Erhöhung der ästhetischen Bildung, einer interessanten Freizeitgestaltung und auf Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitskultur gerichtet.“³³⁵ Er zeigt eigentlich die vielfältigen Probleme um die kulturellen Aktivitäten, die jeder Betriebe verwirklichte, auf: „Es ist noch nicht gelungen, das geistig-kulturelle Leben in allen Betrieben zu aktivieren. Besonders in den vielen Kleinbetrieben gibt es noch erhebliche Rückstände. Viele Leitungen haben die Kulturarbeit noch nicht in ihre komplexe Leistungstätigkeit einbezogen. Die Ursachen darüber bestehen in der oft einseitigen Orientierung auf nur ökonomische Aufgaben und in der ungenügenden Qualifikation der Leitungen für diese Prozesse. In einer großen Zahl der Betriebe haben die finanziellen Mittel und materiellen Voraussetzungen für die Entwicklung

³³³ Ebd., Bl. 140.

³³⁴ Maria Michalk, Kulturpolitik und Rolle der mit Kultur befaßten Verbände und Organisationen in der SBZ/DDR, in: Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Deutschen Bundestag (Hrsg.), Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 3, S. 1691.

³³⁵ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1294, Bl. 79: Herbert Warnke, Bericht über den Stand der Vorbereitung 10. Arbeiterfestspiele der Deutschen Demokratischen Republik, 10. 4. 1968.

des geistig-kulturellen Lebens in den letzten Jahren eine rückläufige Tendenz, so daß gegenwärtig nur 10 % des Kultur- und Sozialfonds der Betriebe für kulturelle Aufgaben und davon nur ein geringer Teil für direkte ideologisch-künstlerische Aufgaben verwendet werden. Es gibt auch einzelne Fälle, wo kulturelle Einrichtungen der Betriebe aus „Sparsamkeitsgründen“ geschlossen bzw. abgegeben werden sollen. Das widerspricht der Rolle der Betriebe als politisch-ideologische[s] und kulturelle[s] Zentrum im Territorium.“³³⁶ Hier wird die Ungleichheit zwischen den industriellen Großbetrieben und den anderen Betrieben deutlich. Darüber hinaus ergab sich die Problematik, dass die Betriebe, die ursprünglich den Kern der Produktion geformt hatten, nun im Mittelpunkt die kulturellen Aktivitäten standen.

Also belastete die Rolle der Betriebe als kulturelles Zentrum in jeder Region unvermeidlich den Haushalt für Kulturaktivitäten. Vorher sprach der Vorschlag, in der die Umwandlung der „kulturellen Massenarbeit“ gefordert wurde, die Grenze der kulturellen Arbeit bei jedem Betrieb an. Er schätzte exakt die Realität ein, dass die Bedeutung der kulturellen Arbeit durch die Betriebe nach und nach verringert werden würde. Er forderte auch die individuellen Interessen zu berücksichtigen: „Es sind stärker die individuellen Interessen das einzelnen im Kollektiv zu berücksichtigen. Je differenzierter die vielfältigen Interessen beachtet werden um so größer ist der Erfolg.“³³⁷ Die Bedeutung der kulturellen Arbeit als Freizeitverhalten stieg auch graduell am Wohnort an. Deswegen weckten die Vorschläge Zweifel an der Orientierung, mit der die SED versuchte, die Bevölkerung am Arbeitsplatz in die Kulturaktivitäten zu integrieren.

Der andere Bericht aus dem Kulturministerium sieht die kulturelle Aktivität als die Unterhaltungsaktivität der Freizeit an. Auch war dieser beunruhigt über den kulturellen Einfluss aus den Vereinigten Staaten oder anderen westlichen Ländern: „Unentwegt versucht der Klassengegner mittels seiner darauf gelenkten Vergnügungsindustrie im Rahmen seiner Grobstrategie in der DDR ideologische Diversions zu betreiben. Das trifft insbesondere auf sogenannte Modewellen im Bereich der Tanzmusik zu, die sich an die Jugend wenden. Diese Versuche, die eine Zerstörung der humanistischen Werte der Kultur zum Ziel haben, dürfen angesichts der Massenwirksamkeit der Unterhaltungskunst nicht unterschätzt werden.“³³⁸ Das

³³⁶ Ebd., Bl. 79 f.

³³⁷ SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.06/36, Bl. Ohne: Abteilung Kultur, Kurze Darstellung neuer Probleme in der kulturellen Massenarbeit, Ohne Datum (1965).

³³⁸ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2A/1294, Bl. 98: Ministerium für Kultur Vorlage: Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Unterhaltungskunst in der DDR (unter besonderer Berücksichtigung von Programmgestaltung und Tanzmusik), 24. 10. 1967.

Problem bestand hier darin, wie die SED die Unterhaltungsaktivitäten in der Freizeit aktiv fördern konnte. „Die Funktion der Unterhaltungskunst im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus erhält angesichts der wachsenden Freizeit nach größere Bedeutung.“³³⁹

Das Verständnis der Kulturpolitik konnte sich auch nach den siebziger Jahren nicht ändern, eher verstärkte sich der ausländische westliche Einfluss: „[...] als massenwirksame Kunst, die Verhaltensweisen prägen hilft, an differenzierte Interessen anknüpft und Bedürfnisse entwickelt, hat sie in der ideologischen Arbeit, in der Gestaltung der Freizeit bei allen Schichten unseres Volkes eine wichtige Funktion zu erfüllen. [...] Angesichts der Verschiedenartigkeit der Ansprüche und des subjektiv bestimmten Geschmacks, der international wirkenden Einflüsse, aber auch rückständiger Einstellungen und Gewohnheiten auf diesem Gebiet gib es noch viele komplizierte Probleme. Subjektivistische Urteile anstelle von sachlich helfenden Wertungen und auch abwertende Einschätzungen gegenüber Unterhaltungskünstlern sind noch immer anzutreffen. Der überwiegende Teil der hier Tätigen arbeitet freischaffend, ohne ideologisch-ästhetische Anleitung und Betreuung in einem Kollektiv oder Ensemble. Oft dominieren noch überlebte Auffassungen bürgerlichen Unterhaltungsbetrieben im Auftreten solcher Künstler.“³⁴⁰ Aus dieser Sicht versuchte die SED die nützlichen und die schlechten Elemente in der kapitalistischen Kultur, die sich mit der sozialistischen Kultur auseinandersetzten, zu unterscheiden. Dennoch konnte sie nicht aktiv das konkrete Bild der eigenen Unterhaltungskultur in der sozialistischen Gesellschaft erzeugen.

4.2.4 Musikszene und Maßnahmen zur Jugend

Das kulturpolitische Problem der SED findet sich in der Maßnahme um die „Unterhaltungs- und Tanzmusik“, mit der die SED Jazz und Rock in Frage stellte.³⁴¹ Da der Einfluss der westlichen Musikszene in der Jugend stetig zunahm, forderte der in Kapitel 4.2.3 genannte

³³⁹ Ebd., Bl. 101.

³⁴⁰ SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/2A/1657, Bl. 73 ff.: Minister für Kultur, Vors. des Staatlichen Komitees für Fernsehen der DDR, Vors. des Staatlichen Komitees für Rundfunk der DDR, Vorlage an das Politbüro des Zentralkomitees der SED: Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit und Leitung auf dem Gebiet der Unterhaltungskunst, 10. 1. 1973.

³⁴¹ Dieses Problem reflektiert die Verhaltensweise der Jugend, die nach dem zweiten Weltkrieg in der DDR aufwuchs, daher betrachtet die bisherige Forschung dieses Verhältnis von Jugendgeneration und Unterhaltungsmusik, Vgl. Michael Rauhut, Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964-bis 1972 – Politik und Alltag, Berlin 1996; ebd., Die Entwicklung der Unterhaltungsmusik in der DDR (Rock, Jazz) und im Transformationsprozeß, in: Materialien der Enquete-Kommission (13. Wahlperiode), Bd. IV/2, S. 1784-1814; Peter Wicke, Zur Kunst in der DDR. Die Entwicklung der Unterhaltungsmusik in der DDR (Rock, Jazz) und im Transformationsprozeß, in: ebd., S. 1872-1895.

Bericht hierfür Gegenmaßnahmen.³⁴² Dennoch reflektierte diese Politik exakt die Kulturpolitik an sich selbst, die zwischen beiden Extremen, der Liberalisierung und der Unterdrückung, schwankte. Beispielweise erlaubte ein Kommuniqué im September 1963 die Schaffung von Rockmusik und Veranstaltungen mit dieser, um eine eigene Musikszene in der DDR zu schaffen.³⁴³ Damals trug die „Freie Deutsche Jugend (FDJ)“ eine aktive Rolle und sie veranstaltete Gitarrenwettbewerbe und Konzerte. Dennoch veränderte sich der Zustand im Jahr 1965, als die SED bei dem 11. Plenum des ZKs öffentlich die strengere Linie der Kulturpolitik verkündete. Trotzdem verfolgte sie diese strenge Linie nicht konsequent und lockerte die Kontrollen, die Rockmusik betreffend, allmählich ab 1967. Diese Schwankungen in der Kulturpolitik zeigten sich auch in den siebziger Jahren, konkret in Bezug auf „die X. Weltfestspiele.“³⁴⁴

Rauhut schätzt die Wiederumkehrung nach 1967 zur Lockerung so ein: „Das hing zum einen mit der Vitalität alltäglicher Entwicklungen zusammen, [...] hatte aber auch tiefere politische Gründe. Einschneidende soziale Maßnahmen, wie die Einführung der „Fünf-Tage-Arbeitswoche“, Lohn- und Gehaltserhöhungen oder die Verlängerung des Mindesturlaubs rückten den Bereich der Freizeitkultur ebenso ins Blickfeld.“³⁴⁵ Seine Auffassung deutet an, dass die Freizeit, die vielfältige individuelle Möglichkeiten eröffnete, daher die kulturpolitischen Schwankungen in bestimmtem Maße einschränkte.

Die Schwankung, die sich präzise in der jugendlichen Rock- und Tanzmusik zeigte, ergibt sich aus der obengenannten Erkenntnis der SED. Die Kultur musste im Sinne der SED kontrolliert werden. Dennoch erläuterte sie nicht aktiv das eigene Muster der kulturellen und künstlerischen Aktivitäten. Sie entschied sich, wie bei der „kulturellen Massenarbeit“, mit der die SED die Kulturaktivität der Laien antrieb, die kulturellen Werke zuzensieren und versuchte nur die, welche sie selbst erlaubte, in die Gesellschaft gelangen zu lassen. Hier zeigt sich die Grenze der paternalistischen Kulturpolitik. Dagegen versuchten die beruflichen Musiker und die Jugend ihre Aktivitäten nicht allein in den erlaubten Rahmenbedingung zu halten, sondern bemühten sich stets diese Rahmenbedingung zu erweitern. Diese aktive Verhandlung mit der SED unterstützte die Kulturszene der DDR. So wurde die SED bezüglich der Freizeit in dem Bereich der Kulturpolitik in eine defensive Position gedrängt.

³⁴² SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1294, Bl. 101 f.: a. a. O.

³⁴³ Um die allgemeinen „Jugendpolitik“ in der Zeit, Vgl. Alan McDougall, Youth politics in East Germany: the Free German Youth movement 1946-1968, Oxford 2004.

³⁴⁴ Vgl. Rauhut, a. a. O. (Die Entwicklung) S. 1795 ff.

³⁴⁵ Rauhut, Ebd., S. 1800.

Natürlich unterstützten die Werktätigen in den Kulturbetrieben die Kulturpolitik. Wie waren ihre Arbeitsbedingungen? 1972 wurde der Lohnstandard der Werktätigen im Kulturbereich in Frage gestellt und dessen Anstieg konkret im Politbüro vorgeschlagen: „Im Bereich Kultur bestehen große Disproportionen zwischen dem gesellschaftlichen Auftrag, der Leistung und dem niedrigen Arbeitseinkommen der Mehrzahl der Beschäftigten. Das führt zu hoher Fluktuation, Unterbesetzung der Ensembles, Rückgang der Bewegungen, behindert die Ausbildung des Nachwuchses und schränkt die Arbeitsfähigkeit der kulturpolitischen Einrichtungen ein. Ernsthaft sind die Arbeit und der Bestand kleiner und mittlerer Theater und Orchester gefährdet. Die monatliche Gage liegt z. Zt. bei 65 % der Schauspieler und bei fast 90 % der Schauspielerinnen zwischen 435,-M und 700,-M, bei Tänzern zwischen 435,- und 640,-M.“³⁴⁶ Dieser Vorschlag erklärt einigermaßen die Bedeutung der Freizeitindustrie. Interessanterweise kam dieser nicht von Kurt Hager, der zuständig für die Kulturpolitik war, sondern von Willi Stoph, der zuständig für die Wirtschaftspolitik war. Normalerweise wäre es naturgemäß, dass einerseits die Wirtschaftsabteilung, dessen Aufgabe die Erhöhung der Produktivität war, die Lohnerhöhungen zu verhindern versuchte und anderseits die Kulturabteilung, in der die kulturelle Arbeit und dessen gesellschaftliche Bedeutung den Vorrang hatten, diese Lohnerhöhungen anstrebe. Sie zeigt mittelbar die schwache Kenntnis der Kulturabteilung von der Freizeit als Industrie auf.

Eigentlich konnte sich der „Bitterfelder Weg“ nicht genug an die Veränderungen der Bedürfnisse, die aus der Erweiterung der Freizeit zeugte, anpassen. Die SED agierte häufig nach der Parole, „sozialistisch arbeiten, lernen und leben“, aber sie umfasste die Gefahr, dass die Bevölkerung in der Erweiterung der freien Zeit die Auswahlmöglichkeiten der Freizeitaktivitäten erkannte. In der Tat zeigt die jugendliche Musikszene diese Tendenz. Die Diskrepanz zwischen der „gewöhnlichen Bevölkerung“, die selbst möglicherweise den „Genuss“ suchte und die SED, die hauptsächlich die Kultur kontrollierte, vergrößerte sich immer weiter. Gewiss erkannte die SED den Zustand, aber sie konnte oder wollte die Grundsätze, in der die kulturelle Arbeit der Werktätigen zur Erhöhung der Produktivität beitrug, nicht verändern. Daher sollte sie stets das Freizeitverhalten mit dem „Bitterfelder Weg“ verbinden. Es gab hier aber den Widerspruch der Kulturpolitik der SED, in der sie versuchte die Arbeiterklasse in Kulturträger umzuwandeln.

³⁴⁶ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A 1592, Bl. 81: Von Willi Stoph, Vorlage für das Politbüro des ZK der SED Betreff: Beschuß über Lohnpolitische Maßnahmen für bestimmte Beschäftigengruppen des kulturellen Bereiches, 28. 4. 1972.

4.3 Freizeit in der Sportpolitik

In der DDR wurde der Sport als Freizeitaktivität als „Freizeit- und Erholungssport“ bezeichnet. Dieser Ausdruck erhielt die gleiche Bedeutung wie die Begriffe „Volkssport“ oder „Breitensport“, die das alltägliche Sporttreiben der Bevölkerung aufzeigten.³⁴⁷ Bisherige Forschungen vergleichen hinsichtlich der Politik diesen Freizeitsport mit der Sportszene in Westdeutschland oder mit dem Leistungssport, bei dem hauptsächlich die Ausbildung der Sportler für die olympischen Spiele beabsichtigt war. Hinsching sieht hier aufgrund der Tatsache, dass der „Deutsche Turn- und Sport Bund (DTSB)“ nicht nur den Leistungssport, sondern auch den Sport als Freizeitverhalten monopolistisch kontrollierte, keinen freien Raum für selbstständige Aktivitäten.³⁴⁸ Buggel, der an der „Hochschule für Körperfunktion und Sport Leipzig“ in der DDR die Sportsoziologie lehrte, widersprach aufgrund seiner eigenen praktischen Untersuchung in den sechziger Jahren, in der für 62 % der Bevölkerung die Sportpolitik gewiss einige Kritik erhielt, sie aber mit den eigenen Möglichkeiten für sportliche Aktivitäten in der Freizeit zufrieden war.³⁴⁹ Die bestehende Unzufriedenheit resultierte daher zumeist aus dem Mangel an Sportgeräten. Da der Leistungssport das nationale Prestige erhöhen konnte, wurde von der SED selbstverständlich dessen Förderung bevorzugt. Dagegen unterschätzte die SED den Sport als Freizeitaktivität. Die bisherigen Forschungen kritisieren diese Sportpolitik der SED und sehen die gesellschaftliche Selbstständigkeit bei den Sportaktivitäten als positiv an. Die Studien über den Sport spiegeln die Problematik der gesamten DDR-Forschung wieder.³⁵⁰

Rohberg übernimmt danach die Betrachtung von Buggel betrachtet das Verhältnis des Leistungssports zu dem Breitensport in der DDR. Seine Fragestellung ist wichtig für die Betrachtung der Freizeit: „Welche Rolle spielten die Bedürfnisse der Individuen bei der Volkssportentwicklung in der DDR?“³⁵¹ Wird Rohbergs Frage aus Sicht der Politik betrachtet, so ist zu überprüfen, ob die SED mit der Erweiterung der freien Zeit die vielfältigen Bedürfnisse der Bevölkerung nach Sport erfüllen konnte? Hauptsächlich verteilte sich das

³⁴⁷ Vgl. Günter Wonneberger/Helmuth Westphal/Gerhard Oehmigen/Joachim Fiebelkorn/Hans Simon/Lothar Storning (Hrsg.), Geschichte des DDR-Sport, 2002, S. 278; Edelfrid Buggel, Wurde Volkssport in der DDR vernachlässigt?, in: Beiträge zur Sportgeschichte H 14 (2002), S. 44.

³⁴⁸ Vgl. Jochen Hinsching, Der Bereich „Freizeit- und Erholungssport“ im „ausdifferenzierten“ Sport der DDR, in: ders. (Hrsg.), Alltagssport in der DDR, Aachen 1998, S. 25.

³⁴⁹ Buggel, in: a. a. O. (Geschichte des DDR-Sport), S. 42.

³⁵⁰ Vgl. Hans Joachim Teichler (Hrsg.), Sport in der DDR, Eigensinn, Konflikte, Trends, 2003 Köln; Hans-Dieter Krebs, Die politische Instrumentalisierung des Sports in der DDR, in: a. a. O. (Materialien, 12. Wahlperiode, Bd. III), S. 1352.

³⁵¹ Klaus Rohrberg, Gedanken zu Buggels Überlegen, in: a. a. O. (Beiträge zur Sportgeschichte), S. 50.

Bedürfnis der gewöhnlichen Bevölkerung in zwei Richtungen. Die eine ist das aktive Bedürfnis, bei dem aktiv selbst Sport betrieben wird und die andere ist das passive Bedürfnis, bei dem Sportevents, wie zum Beispiel Fußball im Stadion oder vor dem Fernseher geschaut wird. Dieser Teil forciert das aktive Bedürfnis.³⁵²

4.3.1 Diversifikation der sportpolitischen Trägern

Das Politbüro der SED bestimmte vor dem VI. Parteitag die Grundsätze für die „Körperkultur“ und den Sport. Der erste Punkt legte fest, dass das Sportverhalten „der Gesundheit und Erholung, der Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit und einer interessanten und sinnvollen Freizeitgestaltung“ dient. Hier erhielt der Sport die soziale Bedeutung, „da es zu einer sinnvollen Gestaltung der Freizeit und zur Reproduktion der Schaffenskraft des Menschen beiträgt.“ Dabei trugen Massenorganisationen, wie der DTSB, Betriebe und die Regionen gemeinsam die Sportaktivitäten. Dennoch äußert die Direktive auch, dass sich die „Körperkultur und [der] Sport der Erwachsenen entwickeln [... und] in den Familien, im Arbeitskollektiv, mit Freunden und Bekannten durchgeführt wird“ und sie die individuellen Sportaktivitäten begünstigen würde.³⁵³ Darüber hinaus drücken die Unterlagen an die Abteilung für Sport das gestiegene Bedürfnis des Sports in der Freizeit konkret aus: „61 % der Bevölkerung der DDR im Alter von 16 bis 75 Jahren beteiligen sich im Verlaufe eines Jahres, in Sportorganisation, im Betrieb oder im Familien- und Freundeskreis sportlich-touristisch, wobei die sportliche Betätigung im Wohngebiet und in den Naherholungszentren immer größere Bedeutung erhält.“ Sie stellt auch die Träger der Sportaktivitäten dar, dass „es sich hierbei um eine Bewegung von gesamtgesellschaftlichen Charakter und Bedeutung handelt, die weder von einer Organisation noch vom Staat allein bewältigt werden kann.“ Weiter erkennt sie mit den Worten Ulrichts, dass der Sport als Freizeitverhalten bisher nicht unter der alleinigen Kontrolle der Partei liegt, sondern unter Beteiligung der verschiedenen Organisationen, wie den Betrieben, den lokalen Behörden, den Massenorganisationen usw., verwirklicht wurde. Daher findet sich der Sport in den „gesamten

³⁵² Über den „passiven Bedürfnis“ bindet die Forschung bisher die Schauen des Fußballs und des olympischen Spiels mit der nationalen Würdigung auf der staatlichen Ebene zusammen. Anderseits erläutert sie noch nicht genug die Unterstützung der Fußballmannschaft im eigenen Wohnort als den Freizeitverhalten. Die folgende Forschung behandelt das Problem in Sowjetunion in den 1930er Jahren, vgl. Robert Edelman, A small way of saying “No”: Moscow working men, Spartak soccer, and the communist Party, 1900-1945, in: American Historical Review, Vol. 107 (2002) 5, S. 1441 ff.

³⁵³ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/996, Bl. 5 ff.: Direktive zur Ausarbeitung der Perspektivplane für die Entwicklung der sozialistischen Körperkultur bis 1970, „Die Entwicklung der Menschen unserer neuen Zeit erfordert hohe Bildung, die Erziehung zur Charakterstärke und zur körperlichen Vervollkommnung.“, 3. 8. 1965.

gesellschaftlichen Interessen“ wieder.³⁵⁴ Die SED förderte nicht nur die Aktivitäten in den Massenorganisationen, sondern stimmte auch der freien Entfaltung des Sportverhaltens durch Individuen und die Familien zu.

Der Beschluss des Staatsrates, „die Aufgabe von Körperkultur und Sport“, im September 1968, mit dem die Regierung die allgemeine Bedeutung des Sports in der Gesellschaft betonte, erläutert auch den Wert des Freizeitsports. Damals änderte die SED die bisherige Parole von „Jedermann an jedem Ort jede Woche einmal Sport“ in „mehrmals Sport“ um und förderte aktiv die Sportmöglichkeiten.³⁵⁵ In einem anderen Vorschlag setzte die SED das Ziel darin, dass 65 % der Bevölkerungen regelmäßig mehrmals pro Woche den verschiedensten Sport betrieben.³⁵⁶ Der Beschluss verkündete auch, dass „Körperkultur, Sport und Touristik feste Bestandteile der sozialistischen Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen sind“ und betont präzise mit den folgenden Sätzen die Bedeutung des Sports in der Freizeit: „Im Freizeit- und Erholungssport besteht das Hauptanliegen darin, den Werktätigen eine freudebetonte, regelmäßige und wirkungsvolle aktive Erholung nach alters-, berufs- und gesundheitsspezifischen Normativen und Programmen bis ins hohe Alter zu ermöglichen.“³⁵⁷ Der Beschluss erlaubte öffentlich die individuelle selbstständige Tätigkeit des Sportes, um die vielfältigen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

4.3.2 Widerspruch des einheitlichen sportpolitischen Zwecks

Dennoch konnte die SED nicht auf die bisherige ideologische Zielsetzung für Sport verzichten. Der Beschluss von 1968 besagte noch zusätzlich, dass der Sport für die „Verteidigung der Heimat“ gebraucht wurde. Die Leitlinie bis 1980, welche die Abteilung für Sport 1970 schaffte, erläuterte, dass „Im Sporttreiben der Bürger immer mehr das im Kampf der Arbeiterklasse entstandene sozialistische Prinzip der Volkskörperkultur ‚Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat‘ zum bestimmenden Leitmotiv wird.“³⁵⁸ Das Problem liegt aber darin, dass der Beschluss nicht präzise dem Freizeitsport eine andere Zielsetzung gab. Im

³⁵⁴ SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/18/1, Bl. Ohne: von AG Sport, an W. Ulbricht, Auf der Grundlage des Politbürobeschlusses vom 3. August 1865 Direktive zur Ausarbeitung der Perspektivpläne für die Entwicklung der sozialistischen Körperkultur bis 1970, 22. 6. 67.

³⁵⁵ Beschuß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik. Die Aufgaben der Körperkultur und des Sports bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. September 1968, in: GBl. I (1968), S. 279 ff.

³⁵⁶ SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/18/36, Bl. Ohne: Entwurf Prognose Körperkultur und Sport der DDR, 9. 1969.

³⁵⁷ GB1. I. (1968), S. 283.

³⁵⁸ SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/18/9, Bl. Ohne: Leitlinie über die Entwicklung von Körperkultur und Sport in der Deutschen Demokratischen Republik bis 1989, Ohne Datum (26. 6. 1970).

Eigentlichen stimmt diese ideologische Behauptung nicht mit dem Sport als Art des Freizeitverhaltens überein. Dennoch sagte die Leitlinie nichts darüber aus, wie die SED diese Differenz ausgleichen wollte. Der Widerspruch blieb groß, da sie in der Tat die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten in den sportlichen Aktivitäten anerkannte: „Das selbstständige Sporttreiben wird im Rahmen einer gesunden Lebensführung zur aktiven Erholung der Bürger zunehmend beitragen. Es wird sowohl individuell als auch Kollektiv, vor allem in der Familie als Bereicherung des Familienlebens betrieben.“³⁵⁹

Die Richtung zur Monopolisierung des Sports setzte sich auch durch die Organisation des Sports in den siebziger Jahren fort. Damals entschied der DTSB zusammen mit dem FDGB den „gemeinsamen Sportbeschuß“ für die Förderung des Sports in den Betrieben.³⁶⁰ Nach dem Beschluss hatte die SED die „Betriebssportgemeinschaft: BSG“ außerhalb der Arbeitszeit mobilisiert, um die Sporteinrichtungen zu verbessern. Trotzdem konnte die Bevölkerung nicht für die alltäglichen Sportaktivitäten in den Betrieben gewonnen werden. Eine Ursache dafür lag darin, dass das Sportverhalten in den Betrieben allein nur die Durchführung von Sportveranstaltungen vorsah. Für die Reform dieses Zustandes beschloss die SED in November 1972 die „Anordnung über die Wahrnehmung der Verantwortung der Betriebe und staatlichen Einrichtungen auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport“, aber der DTSB beharrte in diesem Fall eindringlich, auf die eigene Stellung, als Hauptträger der sportlichen Aktivitäten.³⁶¹ Danach könnte die SED in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Sportveranstaltungen organisieren. Daraus kann abgeleitet werden, dass der DTSB als Träger des Sports die Bevölkerung stark kontrollierte.

Dennoch gibt es ein interessantes Beispiel. 1975 schickte die Bezirksleitung der SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt einen Bericht über die betreffende Abteilung an Paul Werner. Nach diesem Bericht fand in einem Betrieb das Handballspiel zum 50. Jubiläum seiner Handballmannschaft statt. „Zu diesem Jubiläum wurden von einem Festausschuß, der weder von der BSG- noch Sektionsleitung politisch geführt wurde, Bürger der BRD eingeladen, die ehemalige Einwohner von Beierfeld waren und illegal die Republik verließen. Von den 9 eingeladenen BRD-Bürgern nahmen 2 BRD-Bürger an den Jubiläumsfeierlichkeiten teil und wurden als offizielle Gäste behandelt. Diese BRD-Bürger wurden in Handballmannschaften der Sektion eingegliedert und

³⁵⁹ Ebd.

³⁶⁰ Über folgende Erläuterung zur „gemeinsamen Sportbeschuß“, vgl. Wonneberger, et al. (Hrsg.), a. a. O., S. 280 ff.

³⁶¹ Anordnung über die Wahrnehmung der Verantwortung der Betriebe und staatlichen Einrichtungen auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport vom 20. November 1972, in: GBl. II (1972) Nr. 71, S. 835 f.

spielten aktiv im Rahmen des Jubiläumsturniers mit. Während dieser Zeit tagte ein sogenannter ‚Gründerausschuß‘ (30 Personen). An diesen Sitzungen nahmen die BRD-Bürger teil und wurden mit einer eigens für dieses Jubiläum geschaffenen Medaille geehrt.“³⁶²

Da das lokale Sekretariat der SED deshalb ernsthafte Besorgnis empfand, schickte es diese Unterlagen an den Sekretär des Politbüros. Die Unterlagen zeigen auf, dass die Austauschaktivitäten des Sports die Grundsätze der SED erodierten. Die SED propagierte: „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“, aber in der Realität verwässerte diese Parole in den sportlichen Aktivitäten, da in der Bevölkerung das gemeinsame deutsche Bewusstsein weiterhin bestand. Der Freizeitsport sollte letztlich die Sportpolitik der SED aushöhlen, da er die Verwirklichung der individuellen Interessen beabsichtigte.

4.4 Widerspruch in der „Freizeitpolitik“

Die Bedeutung der „Freizeitpolitik“ stieg insgesamt auf der Ebene des Politbüros der SED nach dem Ende der sechziger Jahre. Damals gab es nur vorsichtige Stimmen gegen die Zielsetzungen der SED-Führung, wie die wissenschaftliche Gruppe unter Ulbricht kritisierte. Die SED konnte aber aus der innen- und außenpolitischen Lage die Politik, die zu den eigenen Fähigkeiten passte, nicht entfalten. Die oben genannten vielfältigen Unterlagen zeigen, dass die SED nicht allein mit der „Freizeitpolitik“ versuchte, der Bevölkerung den selbst bestimmten Willen aufzudrängen, um die Umwandlung der sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Die Verwirklichungsprozesse der „Freizeitpolitik“ unterschieden sich mit dem allgemein vermuteten Image, in dem die SED die privaten Interessen umfassend zu unterdrücken versuchte. Die „Freizeitpolitik“ erhielt deutlich die Prägung, den individuellen Interessen zuzustimmen, denn die SED versuchte sie mit der offiziellen Zielsetzung zu verbinden. Dennoch misslang der SED, bedingt durch den wirtschaftlichen Zustand, der mit dem Begriff der „Mangelwirtschaft“ bezeichnet wurde, die Regulierung und die Einbindung der Freizeitpolitik. Eher zeigten sich die vielfältigen Widersprüche bei den privaten und öffentlichen Aspekten.

Erstens lag das Hauptaugenmerk der SED in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf den

³⁶² SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/22, Bl. 92: von Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, an ZK der SED Rudi Hellmann Leiter der Abt. Sport, Kurzinformation über Vorkommnisse in den Betriebssportgemeinschaften Meßgerätewerk Beierfeld/Erzg. (Kreis Schwarzenberg) und Lok Thum (Kreis Zschopau), 11. 6. 1975.

Industriearbeitern, die Freizeitpolitik aber verlangte langsam eine Veränderung dieses Modells. Die „Fünf-Tage-Arbeitswoche“ versuchte von Anfang an die Arbeitsbedingung in den wirtschaftlichen Bereichen zu verbessern, in denen viele Frauen beschäftigt waren. Jedoch brauchte die SED wegen des „Hausarbeitstags“ und der bisherigen Tradition, durch die die Arbeiterinnen an einigen Arbeitsstandorten tatsächlich schon am Samstag nicht arbeiten mussten, gleichzeitig große Anstrengungen um diese zu verwirklichen. Das Muster, wie beispielsweise der „Treueurlaub“, der für die Industriearbeiter eingeführt wurde, verschwand aber nicht während der sechziger und siebziger Jahre, daher wiederholten sich die gleichen Diskussionen über die Verbesserung der Arbeitsbedienungen der Beschäftigten in anderen Bereichen. Darüber hinaus führte die Verminderung der Arbeitszeit ironischerweise zu der vielfältigen Belastung auf dem Sektor der Freizeitindustrie, in der ein ständiger Arbeitskräftemangel herrschte. Wenn daher die Arbeiter/Innen die Lust an der Beschäftigung in der Freizeitindustrie verloren, sollte die Versorgung der Bevölkerung mit Freizeitgütern, einschließlich der Industriearbeiter als dessen Musterbeispiel, infolgedessen direkt in großem Maß sinken. Daher beruhte die Freizeitpolitik auch auf der „Mangelwirtschaft“, die das typische Bild der wirtschaftlichen Lage der DDR prägte.

Zweitens sollte die durch den kalten Krieg entstandene Konkurrenz zwischen dem östlichen und westlichen Block sogar in der Freizeitpolitik ihre Schatten vorwerfen. Nur mit der Behauptung von der Richtigkeit der eigenen Politik konnte die SED nicht die Bevölkerung von den Möglichkeiten des Freizeitverhaltens überzeugen. Die Bevölkerung verglich nicht nur hier die verschiedenen Freizeitangebote mit den westdeutschen Freizeitmöglichkeiten, sie verstanden sich auch in Bezug auf das Freizeitverhalten nicht als DDR-Bürger/Innen, sondern als Deutsche. Diese Art und Weise des Denkens in der Bevölkerung wurde durch die Besuche Westdeutscher in der DDR, wie auch das Beispiel des Handballspiels aufzeigt, bestätigt. Dieses Verhalten stieß in den verschiedenen Fällen mit den offiziellen Ansichten zusammen, in denen die SED versuchte, die DDR in der sozialistischen Staatenwelt stärker einzubinden. Die Bevölkerung gebrauchte hier aber geschickt die Äußerungen, die die SED seit der Staatsgründung propagierte, in denen die DDR die alleinige Legitimität und den Anspruch auf die Anerkennung als Deutschland nach dem internationalen Recht besaß. Die SED litt daher immer unter der Freizeitpolitik, da diese das Interesse der Bevölkerung am besten reflektierte und das Gespenst des gemeinsamen deutschen Bewusstseins offenbarte. Die SED musste daher den Gegensatz zwischen Sozialismus und Deutsch in ihre Politik mit einbeziehen.

Drittens musste die SED die Freizeitpolitik in der gesamten Partei behandeln, da sie dafür keine spezielle Abteilung einrichtete. Dennoch wurde die Freizeit aber nicht als sekundäres Interesse von der SED wahrgenommen. Die Freizeitpolitik gliederte sich in die Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik ein. Dadurch musste jeder der Politikbereiche bei seinen Aufgaben mit der Freizeitpolitik zusammenarbeiten, die den individuellen „Genuss“ zu verwirklichen versuchte.

Daher bestand für die „Freizeitpolitik“ die Gefahr, dass sie sich, durch ihren eigenen Zweck, im inneren mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik widersprach. Beispielweise stieß die Förderung der sozialistischen Persönlichkeit, die in der Kulturpolitik das ursprüngliche Ziel bildete, infolge der Befreiung des Bedürfnisses nach Freizeitaktivitäten, mit dem individuellen Bedürfnis zur Kultur zusammen. Das steigende Angebot der Freizeitmöglichkeiten brachte die außerordentliche Schwierigkeit, dass die SED neben der kommunistischen gesellschaftlichen Ordnung gleichzeitig die individuellen Bedürfnisse verwirklichen musste. Die SED selbst trug das Risiko, diese Sackgasse zu betreten. Dabei übernahmen nicht nur die Organisationen am Arbeitsort, Gewerkschaften oder Betriebe, sondern auch die Massenorganisationen am Wohnort die Aufgaben der Freizeitpolitik. Die SED erkannte die Vielfältigkeit der individuellen und familiären Interessen in der Freizeitpolitik und versuchte daher die eigene Politik an beiden Orten, Arbeitsplatz und Wohnort, durchzusetzen.

Schließlich verdeutlicht der vorliegende Teil der Arbeit unter dem Aspekt der Freizeitpolitik den Diskurs über das Regime der SED. Die Unterlagen im dritten und vierten Teil zeigen jedenfalls, dass die SED keine völlig willkürliche Politik betreiben konnte und sie eher unter Berücksichtigung der Kritik aus der Bevölkerung ihre Politik bestimmte. Da das Regime diktatorisch war, musste die SED paradoxalement alle Probleme, die normalerweise in die individuelle Privatsphäre gehörten, einschließlich der Freizeit, als eigene Aufgabe annehmen und verstehen. Die SED selbst musste alle Verantwortung tragen, da das wirtschaftliche System nicht trennbar von dem politischen Regime war. Daher musste die SED immer die Kritik der Bevölkerung, die Freizeit betreffend, erdulden. Auch wenn sie aufgrund der materiellen Mängel die Bedürfnisse nicht ausreichend erfüllen konnte, musste sie für die Meinungen in der Bevölkerung dauerhaft sensibel sein. Aus dieser Sicht bezeichnet die vorliegende Arbeit das Regime der SED als „furchtsames“ Regime.

5. Die „Freizeitpolitik“ im FDGB, der Bezirksebene und die Realität des Freizeitverhaltens : Erholungspolitik am Beispiel des Bezirks Rostock

5.1 Die Bedeutung der Erholung in der DDR

Der vorliegende Teil bearbeitet konkret die Frage, in welcher Form eine Problematik der „Freizeitpolitik“ auf der zentralen Ebene der SED diskutiert wurde und wie sich diese auf die lokale und die Organisationsebene auswirkte, da diese für die Verwirklichung der Politik verantwortlich war. Hier stellt der Autor besonders die Erholungsreisen dar, da diese das repräsentative Beispiel im Freizeitverhalten aufzeigen. Die SED gebrauchte nicht das Wort „Freizeitpolitik“, aber sie stellte die Erholungspolitik als Teil der Sozialpolitik fest, die für die „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedienungen der Werktätigen“ verantwortlich war. Natürlich gewann sie nach dem Ende der sechziger Jahre schrittweise an Bedeutung. Daher bildet die Erholungspolitik ein typisches Beispiel der „Freizeitpolitik“.

Der Forschungsgegenstand dieses Kapitels soll die Frage nach der Gewerkschaft als Massenorganisation und des Bezirksrates bilden. Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Gewerkschaft zum großen Teil das alltägliche Leben der „gewöhnlichen Bevölkerung“ in der sozialistischen Gesellschaft bestimmte. Die Gewerkschaft, nicht nur in der DDR, sondern auch in den anderen sozialistischen Regierungen funktionierte als „Transmissionsriemen“, wie Lenin es formulierte. Diese verkörpert im eigentlichen eine aktive Arbeitsgruppe für die Verwirklichung der Politik. Die bisherigen Forschungen reflektieren diese Ansicht, betrachten aber vorwiegend die Staatsgründungsjahre der DDR. In dieser Zeit nahm die subjektive Rolle der Gewerkschaft als die Repräsentanz der Werktätigen ab und wandelte sie sich zum wirklichen „Transmissionsriemen der Partei“. ³⁶³ Danach war es unmöglich, dass die Gewerkschaft der politischen Orientierung der SED öffentlich widersprechen konnte. Da sich die SED für die Interessenwahrnehmung der Arbeitnehmer verantwortlich fühlte, benötigte sie für ihre Kontrolle und Integration der Werktätigen anfänglich den Arbeitsort. Da alle Werktätigen automatisch in die Gewerkschaft eintreten mussten, war es logisch, dass die SED durch die Gewerkschaften die Durchdringung mit ihrer Politik versuchte. Dennoch vertrat die

³⁶³ Vgl. Ulrich Gill, FDGB. Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zu ihrer Auflösung 1990, Köln 1991. Ebenfalls über den Prozess der „Transmission“, vgl. Werner Müller, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, S. 626 ff; Detlev Brunner, Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis die frühen 1950er Jahre, Essen 2002.

Gewerkschaft gleichfalls das Interesse und die Stimme der Werktätigen gegenüber der SED. Diese Aufgabe der Gewerkschaft wuchs beständig an. Allerdings versuchte die SED in den fünfziger Jahren die Probleme, wie die „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ zusammen mit der Gewerkschaft in jedem Betrieb zu beheben.

Die Gewerkschaft gründete schon vor der Staatsgründung im Jahr 1947 den „Feriendienst“, der den Mitgliedern die Gelegenheit einer Erholungsreise vermittelte. Von Beginn an war die Maßnahme der Erholung für die Arbeitsnehmer in der Gewerkschaft das wichtigste Thema.

Tatsächlich bestätigen viele Forschungen, die sich mit Erholungsreisen beschäftigten, diese Aufgabe der Organisation. Beispielweise sieht Kuba im „Feriendienst“ den touristischen Betrieb, der die Dienstleistung auf dem Erholungssektor verwaltete. Er erklärt geschichtlich das institutionelle System des „Feriendienstes“.³⁶⁴ Wie bereits in der Einleitung erwähnt, können diese Einschätzungen auch in den Forschungen von Kaminsky und Merkel gefunden werden.³⁶⁵ Görlich stellt zusätzlich, in seiner eigenen Dissertation, dar, dass der FDGB „Feriendienst“ eigentlich nur unter 50 % der gesamten Reise versorgte. Er richtet darin seine Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit der persönlichen und betrieblichen Reisen. Auch weitete er in seinem Bericht den ost- und westdeutschen Vergleich des Tourismus aus, aber ein Gesamtbild beschreibt er noch nicht.³⁶⁶ Fuhrmann übernimmt den kulturgeschichtlichen Aspekt der Entwicklung der Erholungsreisen in den sechziger Jahren und zeigt das immanente Problem auf, das der FDGB „Feriendienst“ hatte.³⁶⁷

Dennoch besteht auf Seiten der Forschung noch erhöhter Bedarf an der regionalen Ebene. Als Ausnahme vertrat die Studie von Moranda am besten diese Richtung. Sie behandelt das Wandern durch das Gebiet der „sächsischen Schweiz“ in der Umgebung Dresdens und das Erzgebirge, die beide nahe der tschechischen Grenze liegen.³⁶⁸ McLellan führt die Freikörperkultur (FKK), die das nackte Badewesen darstellte, auf. Sie stellte damals die gewöhnliche Szene in den Seebädern der DDR dar. Die Analyse nutzt dafür auch Materialien

³⁶⁴ Vgl. Karlheinz Kuba, Der Feriendienst als soziales Dienstleistungsunternehmen des FDGB, Jahrbuch für Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung , 2005/III (September), S. 64 ff.

³⁶⁵ Vgl. Annette Kaminsky, Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001; Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999.

³⁶⁶ Vgl. Christopher Görlich, Urlaub vom Staat. Zur Geschichte des Tourismus in der DDR, in: Potsdamer Bulletin, 38/39 (2006/2007), S. 64 ff; ders., „Die Deutschen werden reisen wie noch nie...“. Tourismus in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Deutschland Archiv, S. 488 ff.

³⁶⁷ Vgl. Gunhild Fuhrmann, Ferienscheck und Balaton. Urlaub und Tourismus in den 1960ern , in: MKF 33.

³⁶⁸ Vgl. Scott Moranda, The Dream of a Therapeutic Regime: Nature Tourism in the German Democratic Republic, 1945-1978, Dissertation: University of Wisconsin-Madison, 2005.

aus dem Bezirk Rostock. Die Studie zeigt die stillschweigende Anerkennung des FKK durch SED nach den siebziger Jahren, aber sie erörtert zum Schluss: Die Kapitulation des Staates gegenüber der Nacktkultur war de facto die Anerkennung der Privatsphäre unpolitischer Aktivitäten.³⁶⁹ Man könnte eventuell in dieser Studie den ähnlichen Diskurs von der „Nischengesellschaft“ finden, der in der Einleitung der vorliegenden Arbeit kritisch betrachtet wurde.

Die damaligen repräsentativen Erholungsorte in der DDR fanden sich zusätzlich zur „Sächsischen Schweiz“ und dem Erzgebirge im Bezirk Dresden, im „Thüringer Wald“ im Bezirk Suhl und am Ostseestrand, dem einzigen Meereszugang der DDR, im Bezirk Rostock. (Abb. 2) Immer noch gibt es Forschungsbedarf über das Vorgehen und den wirklichen Zustand der konkreten Erholungsaktivitäten.

Die eigenständige Einrichtung einer „Abteilung für Erholungswesen“ mit einer ständigen Kommission durch den Bezirk Rostock bewertete die Abteilung für „Gewerkschafts- und Sozialpolitik“ des ZK der SED als positiv und erklärte die aktive Nutzung der dort gewonnenen Erfahrungen und schlug die Einrichtung einer solchen Abteilung auf zentraler Ebene vor, die einheitlich die Verantwortung für die Erholung trug.³⁷⁰ Da der Bezirk Rostock ein wichtiger Teil der Erholungsgebiete der DDR war, überwachte die SED aufmerksam die Realität der Erholungsaktivitäten in diesem Bezirk.

Daher liegen im vorliegenden Teil der FDGB-Feriendienst und der Bezirk Rostock im Kern der Betrachtungen und erklärt das Verhältnis der verschiedenen Träger der Erholungspolitik. Gleichfalls wird die Frage gestellt, mit welchen Methoden bei der Verteilung der Übernachtungsmöglichkeiten und der Versorgung des Erholungsverhaltens nach den sechziger Jahren der wachsende Bedarf an Erholungsreisen verwirklicht wurde und wie die Reisenden darauf reagierten. Hier wird besonders die Gültigkeit des Diskurses von der „Nischengesellschaft“ überprüft, der bisher die allgemeine Ansicht zur Freizeitszene in der DDR vertritt.

³⁶⁹ Josie McLellan, State Socialist Bodies. East German Nudism from ban to Boom, in: Journal of Modern History, 79 (2007), S. 79.

³⁷⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.021/753, Bd. 12: von Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik, Information und Stellungnahme zu den Vorlagen für Sekretariat des ZK der SED, betr. Bericht und Schlußfolgerungen über die Ausarbeitung der Perspektive des Erholungswesens im Bezirk Suhl mit dem Schwerpunkt der Entwicklung des Erholungszentrums Oberhof, 29. 6. 1967.

Zuerst betrachtet der vorliegende Abschnitt das Argument innerhalb der SED, welche Institutionen als Hauptträger die Erholungseinrichtungen verwalten sollten, und überprüft das Verhältnis des FDGB „Feriendienst“ zu den anderen Institutionen. Dabei konzentriert er sich auf die Verteilung der Übernachtungseinrichtungen, die in der Erholungspolitik immer das Hauptthema blieb. Danach wird die Realität der Erholungspolitik im Bezirk Rostock erörtert. Auch hier wird die Verteilung der Übernachtungseinrichtungen betrachtet werden. Der FDGB Feriendienst schloss, sowohl im Bezirk Rostock als auch in der gesamten DDR, einen Vertrag mit betrieblichen und gesellschaftlichen Institutionen sowie Privatpersonen über die Vermietung freier Zimmer zur Nutzung für Erholungsreisende. Hier erwähnt der vorliegende Teil den Verlauf der Verhandlungen mit den Privatpersonen. Danach stellt er den Verlauf des Aufbaus der Erholungseinrichtungen dar, indem sich das Problem des FDGB-Feriendienstes in den Beziehungen zu den Betrieben zeigte. Auch wird die Realität der „Mangelgesellschaft“ in der DDR reflektiert. Hier wird zusätzlich die Verteilung der Campingplätze untersucht, da sich die Campingszene in der DDR wegen begrenzten Übernachtungskapazitäten der Erholungseinrichtungen entwickelte.³⁷¹ Als letztes beschäftigt sich der vorliegende Teil mit der Freikörperkultur, die als weit verbreitet in der Badeszene der DDR angesehen werden kann.

Hier nutzt der vorliegende Teil nicht nur die verschiedenen Berichte der untergeordneten Organe, sondern auch die Eingaben im Bezirk Rostock als Quellen, da aus ihnen die Reaktionen der gewöhnlichen Bevölkerung erkennbar werden. Diese Eingaben waren damals das wichtigste politische Mittel der Bevölkerung, um die eigenen Ansichten zu den verschiedenen Problemen direkt an die Verwaltungsorgane weiterzugeben.³⁷² Die Sowjetforschung bestätigt auch die Bedeutung der Briefe an die Verwaltungsorgane und deren Meinungen, die in Zeitungen oder Zeitschriften veröffentlicht wurden als Forschungsquelle. Die Eingaben in der DDR waren keine Nachahmungen aus der Sowjetunion, sondern enthielten eine eigene politische und kulturelle Originalität. Die Verwaltungsorgane in der DDR sollten nach den gesetzlichen Regelungen, vom Jahr 1961, innerhalb von 10 bis 20 Tagen nach Erhalt der Eingaben den Betroffenen die Entscheidungen mitteilen. 1969 wurde diese Regelung auf innerhalb von 15 bis 20 Tagen und 1975 auf innerhalb von vier Wochen geändert.³⁷³ Deswegen

³⁷¹ Siehe auch Gerlinde Irmscher, Vergnügen an der frischen Luft. Camping in der DDR, in: Ulrike Häußer/Marcus Merkel (Hrsg.), a. a. O., S. 373 ff.

³⁷² Um die Eingaben gibt es schon viele Forschungen. Insbesondere erklärt Mühlberg die kulturelle Bedeutung der Eingaben, Vgl. Felix Mühlberg, Informelle Konfliktbewältigung. Zur Geschichte der Eingaben in der DDR, Dissertation: Technische Universität Chemnitz, 1999.

³⁷³ Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Eingaben der Bürger und die Bearbeitung durch die Staatsorgane, in: GBl. I (1961), S. 7; Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Eingaben der Bürger , in: GBl. I (1969), S. 241; Gesetz über die

konnte sich die „gewöhnliche Bevölkerung“ mit Vorschlägen, Hinweisen, Anliegen und Beschwerden an jedes politische Organ wenden, auch wenn für sie kein zufriedenstellendes Ergebnis zu erwarten war. Wie das folgende Beispiel aufzeigt, schrieb die Abteilung „Erholungs- und Badewesen“ im Rat des Bezirkes Rostock nach den Verhandlungen mit den anderen Organen selbst dann die Antwort, wenn sie nicht direkt betroffen war. Da der Austausch zwischen den staatlichen Organen und der „gewöhnlichen Bevölkerung“ nicht einmalig war, sondern der Briefverkehr oft vielmals hin und her ging, erhalten diese Eingaben große Bedeutung als geschichtliche Quellen.

5.2 Die Verwaltung der Ferienheime: Die Beziehung des „Feriendienstes“ des FDGB mit den anderen Erholungsträgern

Das Recht der Werktätigen auf Erholung wurde explizit in der Verfassung und dem Arbeitsgesetz anerkannt. Besonders bestimmte § 34 Abs. 1 der Verfassung von 1968, dass „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik [...] das Recht auf Freizeit und Erholung“ hat und Abs. 2 erläutert weiter, dass „Das Recht auf Freizeit und Erholung [...] durch die gesetzliche Begrenzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, durch einen vollbezahlten Jahresurlaub und durch den planmäßigen Ausbau des Netzes volkseigener und anderer gesellschaftlicher Erholungs- und Urlaubszentren“ gewährleistet wird.³⁷⁴ Die bisherige Verfassung von 1949 begrenzte bei der Bestimmung von § 16 Abs. 1. den Umfang der Rechte der Werktätigen und bestätigte im eigentlichen nur das Recht auf Erholung.³⁷⁵ Die Verfassung von 1968 dagegen weitete diesen Gegenstand aus und betonte den Anreiz der aktiven Erholungspolitik. Daher bildet sie den Wendepunkt. Außerdem konkretisierte auch § 79 Abs. 2 des „Gesetzbuch der Arbeit“ im Jahr 1961 das Recht auf Erholung und bestimmte, dass die Gewerkschaft die Hauptverantwortung bei der Verwirklichung dieser Rechte trug. Der § 13 des „Betriebskollektivvertrags“, welcher den jährlichen Arbeitsvertrag zwischen jeder Betriebsleitung und Gewerkschaftsleitung anordnete, forderte dennoch den Betrieb als Träger der sozialpolitischen Wohlfahrt am Arbeitsort. Die SED erkannte, dass die Erholungspolitik von zwei verschiedenen Institutionen getragen wurde.³⁷⁶ Diese Überlegung wurde bei der Veränderung des Arbeitsgesetzes im Jahr 1977 in den § 28 und § 139 übernommen.³⁷⁷

Bearbeitung der Eingaben der Bürger – Eingabengesetz, in: GBII. I (1975), S. 461.

³⁷⁴ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968, Artikel 34, in: GBII. I (1968), S. 211.

³⁷⁵ Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Artikel 16, in: GBII. I (1949), S. 7.

³⁷⁶ Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik, in: GBII. I (1961), S. 31 und 39f.

³⁷⁷ Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Republik, in: GBII. I (1977), S. 191 und S. 213.

Der FDGB kündete schon ab Mai 1947 den Beginn der Vermittlung von Erholungsreisen für seine Mitgliedern und deren Familien an und stellte den „Feriendienst“ auf. Als Zweck dafür wurde angegeben, dass „es sich dabei um ein sozialpolitisches Hilfswerk handelt, das dem Schutz und der Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft dient.“³⁷⁸ Anders als die Politik in den sechziger und siebziger Jahren, setzte die Maßnahme in dieser Zeit nicht direkt die Befriedigung der Freizeitaktivitäten der Werktäglichen voraus. Sie sollte nur der Regeneration der Arbeitskräfte dienen. Als der „Feriendienst“ mit nur vier eigenen Einrichtungen, die die Gewerkschaft anfangs erhalten hatte, seine Arbeit begann, war er, die Übernachtungsmöglichkeiten betreffend, überwiegend von den privaten Pensionen und Hotels abhängig. Der FDGB selbst bestätigte, dass „durch die besondere Lage bedingt, der Feriendienst in diesem Jahr vorwiegend in Vertragsheimen durchgeführt wird.“³⁷⁹ Danach vermehrte der FDGB mit dem Bau neuer Einrichtungen und der sogenannten „Aktion Rose“, mit der die SED die privaten Pensionen und Hotels zwanghaft verstaatlichte, die durch ihn verwalteten Ferienheime. Dennoch konnten nicht alle Werktäglichen in dieser Zeit das Recht auf Erholung in Anspruch nehmen, da die Gesamtkapazität der Einrichtungen und die damaligen Arbeitszeiten den Gebrauch beschränkten. Eher stellte die Benutzung des „Feriendienstes“ die Belohnung der Werktäglichen dar, die zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität beitrugen.

Die Grundsätze des FDGB „Feriendienstes“, welche mit dem Vertrag die Übernachtungskapazitäten sicherstellten, veränderten sich nicht nach dem Ende der sechziger Jahre. Die Daten der offiziellen Statistik zeigen auf, dass der FDGB „Feriendienst“ selbst noch in den siebziger Jahren nur über etwa 30 % der gesamten Betten besetzte, die sie jährlich verwaltete. (Tabelle 10, 11) Aufgrund der anderen Quelle „verfügt der Feriendienst der Gewerkschaften gegenwärtig über 61.000 Betten bei Vertragspartnern. Das sind mehr als 2/3 der Gesamtkapazität.“³⁸⁰ Damals existierten noch drei andere Institution für die Vermittlung von Erholungsreisen neben dem FDGB „Feriendienst“ in der DDR: 1. Betriebserholungseinrichtungen, 2. das „Reisebüro der DDR“ und 3. das Jugendreisebüro, die zusammen unter dem staatlichen Komitee für Touristik und Wandern geordnet waren. 1979 hielt der „Feriendienst“ nur 25 % der gesamten Übernachtungseinrichtungen. Damit rangierte er hinter den Betriebseinrichtungen und den staatlichen Campingplätzen. (Tabelle 13) Das

³⁷⁸ Geschäftsbericht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1946, Hrsg. von Vorstand des FDGB (Sowjetisch besetzte Zone), Berlin 1947, S. 102.

³⁷⁹ Ebd.; Kuba, a. a. O., S. 66.

³⁸⁰ SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.021/753, Bl. 108: von FDGB Bundesvorstand, Rolf Berger Stellvertreter des Vorsitzenden, an, Zentralkomitee der SED Genossen Dr. Günter Mittag, Diskussionsgrundlage zu Problemen der Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften, 10. 2. 1969.

große Problem des „Feriendienstes“ lag in der Beziehung mit den Betriebseinrichtungen, die jeder Betrieb selbst für die eigenen Arbeiter verwaltete. Die Betriebe der DDR hatten ab 1953 die Befugnis, Erholungsheime eigenständig aufzubauen und selbst den Haushalt für den Betrieb der Wohlfahrt von den Beschäftigten zu verteilen.³⁸¹ Doch konnten nur die großen Betriebe, die meistens zur Schwerindustrie gehörten, diese Einrichtungen leiten. Da der Wirtschaftsplan den Schwerpunkt auf diese Bereiche legte, wurden die Haushaltsgelder überwiegend dorthin verteilt. Daher wurden die Arbeiter, die in den mittleren und kleinen Betrieben beschäftigt waren, zwangsläufig von den Erholungsreisen ausgeschlossen. Diese Diskrepanz zwischen Realität und Planung der SED und der Unterschiede der eigenen Interessen der Betroffenen erscheint hier auch deutlich.

Nach den sechziger Jahren stieg das Interesse nach lang andauernden Erholungs- und kurzen Wochenendreisen, da die „gewöhnliche Bevölkerung“ mit der Erhöhung der Urlaubstage und der Einführung der „Fünf-Tage-Arbeitswoche“ mehr freie Zeit dazu gewann, sodass ebenfalls der Bedarf nach Erholungsreisen anstieg. Da der „Feriendienst“ die Erholungsreisen für die Werktätigen, die nicht nur in den großen Betrieben, sondern auch in den mittleren und kleinen Betrieben arbeiteten, vermittelte, musste er schließlich zwangsläufig den Großteil der Mehrbelastung durch die Bedarfszunahme tragen. Die Betriebe, welche schon Erholungseinrichtungen erhalten hatten, bevorzugten einerseits die eigenen Beschäftigten und stellten andererseits, bei niedriger Auslastung der Erholungsheime, die freien Kapazitäten dem FDGB-Feriendienst nicht zur Verfügung, da sie immer Reserven behalten wollten. Die Kapazitäten der Ferienheime, die der FDGB „Feriendienst“ oder das „Reisebüro“ der DDR leiteten, waren während der Hochsaison fast immer ausgeschöpft. Diese uneinheitliche Verwaltung der Erholungseinrichtungen beschleunigte die verdrehte Struktur, darum erkannte die SED deutlich die Notwendigkeit einer Gegenmaßnahme.³⁸² Die Gewerkschaft kam zu fast der gleichen Ansicht und schickte einen Brief an Ulbricht. Interessanterweise zeigt dieser auf, dass der Zustand, die Erholungsreisen betreffend, in den fünfziger und sechziger Jahren völlig unterschiedlich war. Gewiss stieg die Gesamtzahl an Reisen stetig, aber bis 1961 konnte der FDGB „Feriendienst“ genug Übernachtungsmöglichkeiten an die Werktätigen vermitteln. Bis dahin erfüllte er die Versorgung durch den Vertrag, mit dem er die freien Zimmer oder Betten von Privatpersonen vermietete. Nach 1961 verringerte sich aber die Zahl der vermietbaren

³⁸¹ Gerhard Tietze, Die Sozialpolitik – wichtiges Aufgabengebiet der Gewerkschaften, in: Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler, (Hrsg.), Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001, S. 92.

³⁸² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/6.11/115, Bl. 6 ff.: von Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik, Stellungnahme und Vorschläge zur Vereinheitlichung des Feriendienstes aller Organisationen und Institutionen, 28. 2. 1963.

Zimmer und Betten. Daher konnte der FDGB „Feriendienst“ nicht mehr genügend Betten vermitteln. Stattdessen begannen die Betriebe aktiv die eigenen Erholungsheime zu bauen. Da sie die Planung für die Errichtung der Erholungsheime in der gesamten DDR ignorierten, war dieser Aufbau nicht sinnvoll. Gleichzeitig verdeutlichte der Brief die Ungleichheit zwischen den Betrieben. Er stellte eindeutig klar, das nur die Betriebe, die von dem Haushalt für „sozial- und kulturelle Fonds“ viel erhalten hatten, Erholungsheime aufbauen konnten und diese nur zur Schwerindustrie gehört hätten, da die SED in der wirtschaftlichen Planung ihnen die höchste Priorität einräumte. Die Betriebe der Leicht- und Konsumgüterindustrie aber, in denen im Allgemeinen die meisten Frauen beschäftigt waren, nicht solche Erholungsheime bauen konnten, da ihr Anteil von der Verteilung des „sozial- und kulturellen Fonds“ nur gering war. Der Brief führte weiter aus, dass der Beschluss im Oktober 1960, in dem die eigene Verwaltung der Betriebserholungsheime jedes Betriebes anerkannt wurde und gleichfalls die Verteilung der dortigen Kapazitäten vom „Feriendienst“ gefordert wurde, ungenügend sei. Dann betonte er die Umgestaltung des Systems, mit der der FDGB „Feriendienst“ die Verantwortung zur Leitung und Kontrolle der gesamten Erholungseinrichtungen einheitlich erhalten solle.³⁸³

Die SED führte experimentell die einheitliche Leitung der Betriebserholungsheime durch den FDGB „Feriendienst“ in Oberhof/Thüringer Wald und in Kühlungsborn durch.³⁸⁴ In der einheitlichen Organisation habe der „Feriendienst“ die Kapazitäten respektiert, die jeder Betrieb bisher brauchte, habe aber tatsächlich die Betriebserholungseinrichtungen geleitet, um die Zahlen der bestehenden Kapazitäten zu steigern. Dennoch stufte die SED das Ergebnis als schlecht ein. Der Brief des Gewerkschaftsbundes an Ulbricht schätzte diese Betreuung der Urlauber als positiv ein, erläuterte aber auch, dass „an der eigenmächtigen, zum Teil egoistischen Haltung vieler Betriebs- und Heimleiter [...] ein praktisches Experiment bisher gescheitert“ sei.³⁸⁵ Trotzdem betonte der Vorschlag der Abteilung „Gewerkschafts- und Sozialpolitik“ an Günter Mittag im Jahr 1967 wieder die Notwendigkeit, dass die Kooperationsgemeinschaft des FDGB „Feriendienstes“ mit den Betrieben sich weiter zu einheitlichen Erholungsbetrieben entwickeln müsse. Dafür wurden die folgenden Vorteile aufgeführt; „- alle Einrichtungen könnten einheitlich geplant, geleitet und abgerechnet werden, - Einsparung der bisherigen erheblichen Aufwendungen bei den einzelnen Betrieben für eine gesonderte Leistungstätigkeit, - Koordinierung bei Schaffungen neuer Erholungseinrichtungen“

³⁸³ DY 34/24804, Bl. Ohne: Entwurf: Brief des Genossen Herbert Warnke an Genossen Walter Ulbricht, ohne Datum (1966); Vgl., Beschuß über die Nutzung von Betriebserholungsheimen, 13. 10. 1960, in: GBl. II (1960), S.411 ff.

³⁸⁴ Kuba, a. a. O., S. 74.

³⁸⁵ SAPMO-BArch, DY 34/24804: a. a. O.

und - einheitliche Verteilung aller Ferienplätze durch die Betriebsgewerkschaftsorganisationen.“³⁸⁶ Selbstverständlich kritisierte er eindringlich den gegenwärtigen Zustand, in dem das Interesse jedes Betriebs mit dem gesamten gesellschaftlichen Interesse zusammenstieß: „es ist notwendig, die Anstrengungen auf die Überwindung der teilweise noch vorhandenen egoistischen Interessen der einzelnen Erholungsträger zu richten.“³⁸⁷

Zusätzlich forderte der „Vorschlag des FDGB zur Einbeziehung der Betriebserholungsheime in die Planung und Leitung des Feriendienstes der Gewerkschaften“, den die FDGB Vorstand schuf, zur Schaffung einer „Interessengemeinschaft“ auf. Der neue Aufbau der Betriebserholungseinrichtungen bedürfe der Leitung durch den FDGB und der FDGB „Feriendienst“ trüge dafür Verantwortung.³⁸⁸ Für das folgende Jahr zeigt die öffentliche Statistik die Veränderung der Zahlen der Erholungsheime und der Betten auf, die aufgrund der Vereinbarung mit den Betrieben erworben wurde. Da diese Anzahl sich nur unwesentlich veränderte, lässt sich hier der Fortschritt der Kooperation des FDGB „Feriendiensts“ mit den Betrieben nicht bestätigen. (Tabelle 10. und 11)

In den siebziger Jahren kritisierte der Bericht, den der FDGB-Vorstand dem Politbüro der SED übergab, noch die niedrige Anzahl der Aufnahme von Urlaubern in den Betriebserholungseinrichtungen. Zuerst fasste er den kritischen Zustand des FDGB „Feriendienstes“ bis in die sechziger Jahre und dessen Ursache zusammen. „Im Rahmen der Erhöhung der Anzahl der Urlaubsreisen kann die Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften am wenigsten befriedigen. Er wird seiner Rolle und Bedeutung als größter Erholungsträger für die Werktätigen noch nicht voll gerecht. Während der Gewerkschaftswahlen nahmen diese Probleme in der Diskussion einen beachtlichen Platz ein. [...] Durch den Feriendienst der Gewerkschaften erhielt z.B. 1956 jedes 5. FDGB-Mitglied einen Ferienscheck, 1970 auf Grund des Rückgang[s] der Anzahl der Ferienplätze bei Vertragspartnern und der steigenden Mitgliederzahl nur jedes 7. Mitglied. [...] Der Rückgang der FDGB-Urlaubsplätze gegenüber 1965 auf 91,4 % ist begründet in der Aufkündigung von jährlich ca. 1.000 Plätzen in Privatquartieren.“ Sonst kritisierte er, dass die Ferienheime des

³⁸⁶ SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/2.021/753, Bl. 10 f.: von Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik, Bericht und Schlussfolgerungen über die Ausarbeitung der Perspektive des Erholungswesens im Bezirk Suhl mit dem Schwerpunkt der Entwicklung des Erholungszentrums Oberhof, 29. 6. 1967.

³⁸⁷ Ebd.

³⁸⁸ SAPMO-BArch, DY 34/24805, Bl. Ohne: von FDGB-Bundesvorstand Abt. Feriendienst, Präsidiumsvorlage: Vorschläge des FDGB zur Einbeziehung der Betriebserholungsheime in die Planung und Leitung des Feriendienstes der Gewerkschaften, 27. 9. 1967.

FDGB die ungenügenden sanitären Errichtungen, wie die Toiletten und die Wasserleitung, beibehalten haben.³⁸⁹ Dagegen gab der Bericht über die von den Betrieben geleiteten Erholungseinrichtungen die folgende Einschätzung ab: „Es wird geschätzt, daß es hinsichtlich der Auslastung der Betriebsferienheime, die über ca. 50.000 Plätze verfügen, noch erhebliche Reserven gibt. Bisher wurden trotz großer Bemühungen von ca. 600 in Frage kommende erst 172 betriebseigene Heime in die Leitung und Planung des Feriendienstes der Gewerkschaften einbezogen. In der Regel werden die Kapazität der Betriebserholungsheime nur zu etwa 70 % genutzt, während das bei dem Erholungsheimen des FDGB mit über 95 % der Fall ist.“ Dann kritisierte er noch die unkooperative Haltung der Betriebe gegenüber dem FDGB: „Die Ursachen dafür sind die ideologischen Unklarheiten und egoistische Vorbehalte bei den staatlichen Leitern und auch einigen Gewerkschaftsleitungen.“³⁹⁰

Der Bericht erkannte bemerkenswerter Weise exakt, dass der erst der Anfang, jedem Werktätigen die Möglichkeit zur individuellen Erholungsaktivität zu geben, erfolgt war. „In zunehmendem Maße nutzen Werktätige individuelle Erholungsmöglichkeiten in Privatquartieren, bei Verwandten und Bekannten sowie in eigenen Wochenendgrundstücken bzw. Bungalows. So weilten z.B. in der Saison 1970 im Bezirk Rostock neben den 1.620.800 organisierten Urlaubern ca. weitere 300.000 Erholungssuchende an der Ostsee bzw. im unmittelbaren Hinterland.“. Dann zeichnete der Bericht das Problem, das durch die persönlichen Erholungsreisen hervorgerufen wurde: „Einerseits tritt ein Rückgang der vertraglichen Bindung von Privatquartieren beim Feriendienst der Gewerkschaft und dem Reisebüro ein, anderseits werden die gleichen Quartiere teilweise für Privatvermietungen genutzt.“³⁹¹ Auch erläutert er nochmals genau den Widerspruch und den Streit in der Freizeitszene der DDR, den die vorliegende Arbeit mehrmals aufzeigt. Hier widersprach sich die Orientierung zur Kollektivierung, die das politische Regime bei dem Angebot der Übernachtungsmöglichkeiten verfolgte, mit der Orientierung zur Individualisierung, auf die die „gewöhnliche Bevölkerung“ hoffte.

Danach verkündeten die SED, der Ministerrat und der FDGB im März 1973 den gemeinsamen Beschluss, mit dem die SED aktiv die neuen Einrichtungen und die Reparaturen der Erholungsheime, die in sechziger Jahren stillstanden, förderte. Der Beschluss erläuterte auch

³⁸⁹ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1579, Bl. 70 ff.: von Bundesvorstand des FDGB, Vorlage für das Politbüro des ZK. Betrifft: Maßnahmen zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften, Anlage. Kurzeinschätzung, Entwicklung einer Bereiche des Erholungswesens der DDR von 1966-1970, 22. 2. 1972.

³⁹⁰ Ebd., Bl. 72.

³⁹¹ Ebd., Bl. 76.

die Schaffung der „Interessengemeinschaft“, die in dem oben erwähnten Vorschlag des FDGB gefordert wurde, um die Erholungsheime effektiv aufzubauen. Gewiss erwähnte der Beschluss nur indirekt die Errichtung eines einheitlichen Betriebs, aber er erläuterte, dass „die bewährten Formen der Kooperation und der vertraglichen Vereinbarungen zwischen Betriebserholungsheimen und dem FDGB-Feriendienst in den Erholungsorten [...] weiterentwickelt und gute Erfahrungen stärker verallgemeinert werden [sollen].“ Die SED verband hier die Betriebserholungseinrichtungen mit der „einheitlichen Planung und Leitung“ durch den FDGB „Feriendienst“, deshalb verzichtete sie nicht auf die Vereinheitlichung des Trägers für Erholungsaktivitäten.³⁹²

Ein anderer Bericht im nächsten Jahr betonte darum die festgestellten eigenen Erfolge, aber erkannte auch die noch bestehenden Schwierigkeit bei der Kooperation des FDGB „Feriendienstes“ mit den Betrieben: „Die vom Feriendienst angestrebte Erweiterung solcher Kooperationsbeziehungen auf etwa 400 in Frage kommende Betriebserholungsheime geht infolge der abwartenden oder ablehnenden Haltung vieler betrieblicher Funktionäre nur schleppend voran.“³⁹³ Die SED versuchte hier trotz der „Mangelwirtschaft“ die sinnvolle Nutzung der Materialien und die sinnvolle Verteilung des Haushaltsgelds, aber sie konnte ihre Absichten nicht so einfach durchsetzen, da die Betriebe weiter auf der Verfolgung ihrer eigenen Interessen beharrten. Daher geriet die SED in ein weiteres Dilemma: „Der geringe Wohnungsbau in den Erholungsorten und der im Zusammenhang mit dem Neubau von Erholungsheimen wachsende Arbeitskräftebedarf zwingt den Feriendienst in zunehmendem Maße Kapazitäten in den Erholungsheimen für die Unterbringung von Mitarbeitern zu nutzen.“³⁹⁴ Auch wenn der FDGB „Feriendienst“ diese neuen Einrichtungen aufbaute, so verringerten diese Bauarbeiten, durch die Aufnahme der Bauarbeiter in den Ferienheimen, die aktuelle Aufnahmekapazität für Reisende. Das unsinnige Verhalten, das die SED selbst hervorrief, dehnte sich von der Leitung bis hin zur Errichtung der Erholungseinrichtungen aus, da die verschiedenen Beteiligten im Hintergrund aktiv die eigenen individuellen Interessen verfolgten. So war es für die SED äußerst schwierig dieses Problem zu überwinden. (Abb. 3)

³⁹² Gemeinsame Beschuß des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und Ministerrates der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften sowie zu Fragen der Kuren, 7. 3. 1972, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, Bd. XIV ,Berlin (Ost) 1977, S. 49f.

³⁹³ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1726, Bl. 40: von Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB, Vorsitzender des Ministerrates der DDR Abt. Gewerkschaft und Sozialpolitik (H. Warnke, H. Sindermann, F. Brock), Vorlage für das Politbüro des ZK der SED, Bericht über die Verwirklichung des gemeinsamen Beschlusses des ZK der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über die Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften sowie zu Fragen der Kuren vom 7. März 1972, 25. 10. 1973.

³⁹⁴ Ebd., Bl. 38.

Die SED sammelte direkt nach der Bekanntgabe des gemeinsamen Beschlusses die Reaktionen der Bevölkerung. Diese waren im Allgemeinen befriedigend, es gab aber auch folgende Aussagen: „In einigen Betrieben tritt die Hoffnung auf, daß sich die Anzahl der Ferienplätze für den Betrieb erhöhen wird. Anderseits gibt es Bedenken, daß die im Beschuß enthaltenen Verbesserungen nur den Arbeitern bzw. Schichtarbeitern zugute kommen. Wir hoffen allerdings, daß auch die Berufstätigen, die nicht im direkten Produktionsprozeß arbeiten, aber einen wesentlichen Anteil an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der DDR haben, berücksichtigt werden. (Frauensonderklasse Pankow bei der Bezirksbildungsstätte des BV FDGB Berlin)“³⁹⁵ Die Bevölkerung erkannte richtig den Kurs der SED, in dem die industriellen Werktätigen bevorzugt wurden und befürchte nun die Verstärkung dieser Ungerechtigkeit innerhalb der Arbeiterschaft.

Ab 1972 spürte die Bevölkerung die Zunahme ähnlicher Ungerechtigkeiten, die aus dem Abkommen des FDGB „Feriendienstes“ mit dem „Interhotels“ resultierten. Die „Interhotels“ wurden in den Erholungsorten und Städten gebaut, in denen ausländische Touristen, besonders aus dem westlichen Ausland, erwartet wurden. Hier erhielten die Reisenden wesentlich bessere Bedingungen als in den anderen Übernachtungseinrichtungen der DDR. Trotzdem erlaubte die SED auch den Werktätigen der DDR die Übernachtung in den Interhotels. Zunächst wurden 80% von drei „Interhotels“, unter ihnen auch das „Hotel Neptun“ in Rostock-Warnemünde, an den FDGB „Feriendienst“ verteilt.³⁹⁶ Es war aber gewiss schwierig, dass die einfachen Werktätigen nur mit eigenem Geld die Übernachtungen in den Interhotels bezahlten. Die SED erkannte daher folgendes: „Der bisherige Kreis der Nutzer zeigt einen noch ungenügenden Anteil der Arbeiterklasse. Das resultiert aus dem Preisniveau dieser Hotels, das gemessen an der Einkommensstruktur der Arbeiterklasse sehr hoch ist.“ Daher beschloss sie eine beträchtliche Unterstützung für die Aufenthaltskosten der „Interhotels“³⁹⁷ In der Folge verdeutlichte die Maßnahme zu dieser Zeit die Ungerechtigkeiten zwischen den Werktätigen bei den Möglichkeiten der Erholungsreisen, die sich auf die Unterschiede zwischen den produzierenden Betrieben gründete. Ursprünglich stellten die „Interhotels“ dem FDGB-Feriendienst nur extrem geringe Aufenthaltskapazitäten zu Verfügung, da sie hauptsächlich die ausländischen Gäste aufnahmen. Daher sollten diese Kapazitäten der

³⁹⁵ SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 32436, Bd. 2, Ohne Bl.: von Abt. Gewerkschaft und Sozialpolitik, Information über Stimmungen, Meinungen und Probleme zum gemeinsamen Beschuß des Politbüros des ZK der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften sowie zu den Fragen der Kuren, 14. 3. 1972.

³⁹⁶ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2 A/1542, Bl. 80 ff.: von H. Sindermann, W. Jarowinsky, D. Steber, Vorlage für Politbüro , Nutzung von Interhotels zur Verbesserungen der Arbeiterklasse, 23. 9. 1971.

³⁹⁷ Ebd., Bl. 82.

„Interhotels“ den Werktägigen, die in der wirtschaftlichen Schwerpunktindustrie beschäftigt waren und noch dazu zur Erhöhung der Produktivität beitragen, als Belohnung zugeteilt werden. Die „Interhotels“ übernahmen so eine ähnliche Rolle, wie die FDGB Ferienheime in den fünfziger Jahren. Dennoch sah schon in den siebziger Jahren die „gewöhnliche Bevölkerung“ die Erholungsreisen als selbstverständliches Recht an. Daher sah sie die „Interhotels“ als eine gewöhnliche Auswahlmöglichkeit der Reiseunterkunft an. Deswegen hätte die „gewöhnliche Bevölkerung“ die unzureichende Verteilung dieser Kapazitäten als Förderung der Ungerechtigkeit einschätzen können. Tatsächlich erreichte, vor der direkten Einführung der Maßnahmen, folgender Bericht Günter Mittag: „Aus mehreren Betrieben, die nicht in der Liste der Schwerpunktbetriebe enthalten sind und z. T. auf Versammlungen während der Gewerkschaftswahlen gibt es das Argument: ‚Wir haben auch hervorragende Produktionsarbeiter und Kollegen mit großen Leistungen; es ist ungerecht, daß wir keine Plätze bekommen.‘“³⁹⁸ Ein Bericht nach der Einführung kritisierte diesen Punkt: „Trotz dieser Entwicklung (90.000 Reisen in Interhotels, fast 130.000 Reisen in neuerbaute Heime sowie über 216.000 Reisen in rekonstruierte Erholungsheime) enthalten die Eingaben kritische Hinweise zur Anzahl der Reisen und zur Zimmerstruktur. Besonders in Klein- und Mittelbetrieben stehen oftmals keine Reisen in neuerbaute Heime oder Interhotelreisen zur Verfügung.“³⁹⁹ Gleichzeitig zeigt er auch die Unzufriedenheit aufgrund anderer Probleme auf. Trotz das die Möglichkeit auf Erholungsreisen für Werktägige mit Kindern sich auf die Monate Juli und August, in denen ihre Kindern Sommerferien hatten, beschränkte, gab es in diesem Zeitraum nur wenige Verteilungen auf Ferienheime.⁴⁰⁰ Nach Einschätzungen der SED konnte, wenn die Aufenthaltszahlen in den Interhotels über das ganze Jahr überwacht würden, die „planmäßige“ und „sinnvolle“ Nutzung der Kapazitäten der Erholungseinrichtungen einer breiteren Schicht an Werktägigen ermöglicht werden. Dennoch sollten die Werktägigen die Diskrepanz zwischen der Richtlinie der SED und der Realität erkennen.

Die Unzufriedenheit verbreitete sich nicht nur in der Schicht der Arbeiter, sondern auch unter den Intellektuellen. So beschwerten sie sich beispielsweise über die Verteilung der Plätze des Erholungsheims in Ahrenshoop, im Kreis Ribnitz-Damgarten - Bezirk Rostock. Ahrenshoop wurde ursprünglich nach Kriegsende als Ort festgelegt, indem Künstler sich für künstlerische

³⁹⁸ SAPMO-BArch, DY 30/2937, Bl. 20: von Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik, Information über die bisherigen Erfahrungen bei der Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros vom 28. 9. 1971 über die Nutzung der Interhotels zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, 4. 1. 1972.

³⁹⁹ SAPMO-BArch, DY 34/23551, Bl. Ohne: von Bundesvorstand des FDGB Abteilung Feriendienst, Präsidiumsinformation zur Verteilung der Erholungsaufenthalte des FDGB 1976, 10. 3. 1976.

⁴⁰⁰ Ebd.

Aktivitäten lange aufhalten konnten. Daher bekamen bisher vorrangig Intellektuelle die Plätze in diesem Erholungsheim. Der Brief, den die Vertreter des Kulturbundes an Hager schickten, erläutert, dass „in diesem Jahr führende Intellektuelle, die in Ahrenshoop keinen Ferienplatz erhalten konnten, sich beschwerdeführend an die Partei wenden“ und berichtete die große Anzahl der Klagen. Der Brief rechtfertigte einerseits die Linie der Verteilung der Erholungseinrichtungen, in der die SED die Werktätigen bevorzugte, aber er kritisierte andererseits unter Betonung der Verbindung zwischen Intellektuellen und Arbeiterschicht die ungünstige Maßnahme gegen die Intellektuellen: „die Zahl der durch uns eingewiesenen Intellektuellen von 2.552 im Jahre 1972 ist auf 1.811 im Jahre 1975 gesunken. [...] Wir konnten von Jahr zu Jahr weniger Intellektuellen helfen, darunter nicht wenige Intellektuelle, die auf Grund ihrer Herkunft aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind.“⁴⁰¹

Um die Verringerung der Kapazitäten aus dem Vertrag mit den privaten Erholungseinrichtungen zu bremsen, legte die SED, beim Beschluss des Sekretariats der SED am 26. September 1973, die Erhöhung der Mietpreise für die Benutzung der privaten Erholungseinrichtungen fest.⁴⁰² Im folgenden Jahr hob die SED die bisherige Mietsteuer, für die Zimmer oder Betten die der FDGB „Feriendienst“ vermietete, auf.⁴⁰³ Der Bericht aus dem Bezirk Rostock sprach dieser Maßnahme einen bestimmten Erfolg zu: „Bei der Erschließung von Reserven gibt es gute Fortschritte. Sehr günstig wirkte sich hierauf der Beschuß des Sekretariats des ZK der SED und des Ministerrates der DDR über die neuen Zimmerpreise aus. Der Rückgang von Privatunterkünften konnte für 1974 und 1975 dadurch gestoppt werden.“⁴⁰⁴ Aber er konnte nichts zu der Gesamtverbesserung des Verteilungszustandes der Erholungseinrichtungen aussagen. Tatsächlich fasste ein Meinungsbericht exakt die Realität die Erholungseinrichtungen betreffend zusammen: „Vereinzelt wurden auch Bedenken geäußert wie z. B. im VEB Kirow-Werk und VEB Metallgußwerk Leipzig, ob sich die Erhöhung der Anzahl der Reisen auch praktisch auswirken werde, da die Mitgliederzahl des FDGB ebenfalls ständig steige. Es wurden auch solche Meinungen laut, daß dieser Beschuß evtl. nur für einige Berufsgruppen wirksam wird, wie das z. B. bei dem Beschuß über die

⁴⁰¹ SAPMO-BArch, DY 30/IV/B 2/2.024/39, Bl. Ohne: von Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik, Bundessekretariat (Dr. Karl-Heinz Schulmeister, Erster Bundessekretär), an, Mitglieder des Politbüro und Sekretär des ZK der SED Genossen Kurt Hager, ohne Titel, 11. 2. 1976.

⁴⁰² SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1726, Bl. 38; a. a. O.

⁴⁰³ Anordnung über die Steuerbefreiung von Einnahmen aus der Vermietung von Zimmern an den Feriendienst des FDGB und die Einrichtungen des Kur- und Bäderwesens, in: GBl. I (1974) Nr. 20, S. 195.

⁴⁰⁴ SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 32436, Bd. 1, Bl. Ohne: von Abteilung Parteiorgane und Abteilung Wirtschaftspolitik, Bericht über die Verwirklichung des „Gemeinsamen Beschlusses des Politbüros des ZK der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes sowie zu Frage der Kuren“ vom 7. 3. 1972 im Bezirk Rostock, verbundenen mit einer Konzeption für 1976-80, 26. 3. 1975.

Interhotels der Fall war.“⁴⁰⁵

Die SED versuchte wieder eine grundlegende Maßnahme gegen den „nicht sinnvollen“ Zustand der Erholungseinrichtungen zu ergreifen. Sie fasste auf der Tagung des Politbüros am 4. November 1978 den Beschluss, dass nicht die Betriebe, sondern der FDGB-Feriendienst in Zukunft prinzipiell die umfassende Verantwortung über die Erholungseinrichtungen trug. Der Feriendienst sollte daher Neuaufbau, Reparaturen sowie die Verteilung der Erholungsplätze an Werktätige kontrollieren und selbst durchführen. Der Beschluss verpflichtete die Betriebserholungsheime zur Kooperation mit dem FDGB-Feriendienst. Das Protokoll des Politbüros bestätigte die Tatsache, dass nach dem VIII. Parteitag die Zahlen der Betriebserholungsheime mehr anstiegen, als die des FDGB-Feriendienstes. Auch der Bericht über die „Maßnahmen für die Entwicklung des Einflusses des FDGB auf das Betriebserholungswesen und für die Leitung und Planung der betrieblichen Erholungseinrichtungen“ verweist auf diese Problematik: „Viele Betriebe haben sich entsprechend ihren Möglichkeiten eigene Erholungseinrichtungen geschaffen, ist jedoch die Versorgung mit Erholungsaufenthalten zwischen Betrieben, Kombinaten und Volkswirtschaftszweigen sehr differenziert. In einer Reihe von Betrieben liegt die Anzahl der Erholungsaufenthalte über der Zahl an Belegschaftsmitgliedern, während andere Betriebe ausschließlich mit den Erholungsaufenthalten des Feriendienstes der Gewerkschaften versorgt werden und damit jährlich nur jedem 6. Werktätigen einen Erholungsaufenthalt anbieten können. Das Betriebserholungswesen hat sich etwa um das 2,5 fache schneller entwickelt als der Feriendienst der Gewerkschaften. Damit wird der Grundsatz, daß der FDGB Haupterholungsträger der Arbeiterklasse ist, in Frage gestellt.“⁴⁰⁶ Dieses Problem konnte die SED damals nicht vernachlässigen, da die Ungleichmäßigkeit bei der Verteilung der Erholungsreisen die fundamentale Legitimität des sozialistischen Regimes bedrohte. Die SED kritisierte hier die selbststüchtige Errichtung der Erholungsheime durch die Betriebe, da die „gesetzliche[n] Regelungen verletzt, falsch ausgelegt oder umgangen [,] [..., die] Prinzipien der sozialistischen Sparsamkeit verletzt [und] [...] Arbeitskräfte zu Lasten der ökonomischen Aufgaben des Betriebes abgezogen“⁴⁰⁷ wurden. Der Beschluss plante, 40 % von der

⁴⁰⁵ SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 32436, Bd. 2, Ohne Bl.: von Abt. Gewerkschaft und Sozialpolitik, Information über erste Stimmungen und Meinungen zum gemeinsamen Beschuß des Politbüros des ZK der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften sowie zu den Fragen der Kuren, 9. 3. 1972.

⁴⁰⁶ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2188, Bl. 8: Maßnahmen für die Entwicklung des Einflusses des FDGB auf das Betriebserholungswesen und für die Leitung und Planung der betrieblichen Erholungseinrichtungen, 31. 10. 1978.

⁴⁰⁷ Ebd. Bl. 10.

Aufnahmekapazität der Betriebserholungsheime dem FDGB-Feriendienst zu übergeben.⁴⁰⁸ Eigentlich gründete sich der Vorschlag dieses Beschlusses auf den starken Ambitionen der Abteilung „Gewerkschaft- und Sozialpolitik“ und zielte darauf, die Träger der Erholungspolitik mit dem FDGB „Feriendiensts“ zu vereinigen.⁴⁰⁹ Dieser Schritt wurde aber mit dem Änderungsvorschlag vom 22. Juni 1979, den das Sekretariat des ZK dem Politbüro übergab, verworfen. Die SED bestätigte nun wie früher die Leitung der Betriebe in den Erholungsheimen.⁴¹⁰ In diesem Prozess kann durchaus die Gegenaktionen der Repräsentanten vermutet werden, die das betriebliche Interesse vertraten. Die SED versuchte die Ungleichmäßigkeiten der Verteilung und die Ungerechtigkeit der Möglichkeiten von Erholungsreisen auszulöschen, ironischerweise verstärkte sie aber infolgedessen diese Problematik.

Das Verhältnis des FDGB zu den anderen Institutionen, besonders zu den Betrieben, erhielt seinen schweren Konflikt durch die Uneinigkeit über die Errichtung und die Leitung der Erholungseinrichtungen. Die Vereinigung der Erholungsträger unter dem FDGB „Feriendienst“ wurde seit den sechziger Jahren konsequent versucht, kollidierte aber immer mit den Eigeninteressen der betrieblichen Seite und konnte so nur minimal ausgebaut werden. Die Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Plätze in den Erholungseinrichtungen gegenüber der „gewöhnlichen Bevölkerung“, die der FDGB schon in den sechziger Jahren erkannte, blieben auch in den siebziger Jahren bestehen. Dieses Problem konnte die SED, trotz verschiedener Versuche, nicht lösen.

5.3 Die Realität der Erholungspolitik im Bezirk Rostock

Der vorliegende Teil intensiviert hier die Betrachtungen der Realität im Erholungsbereich im Bezirk Rostock, um die allgemeine Problematik ausführlicher zu beleuchten. Unter den Erholungsgebieten, die die Bevölkerung am liebsten besuchen wollte, rangierte die Küstenregion der Ostsee mit 44 % an erster Stelle. An zweiter Stelle lagen mit 35% die Gebirgsregionen, wie der Thüringerwald und das Erzgebirge und die Städtereisen mit 9 %. Das heißt, der Bezirk Rostock besaß typischerweise die Erholungsorte, auf die sich die Erwartungen

⁴⁰⁸ Ebd.

⁴⁰⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 32437, Bd. 2, Ohne Bl.: Entwurf! Grundsätze für die Erhöhung des Einflusses des FDGB auf das Betriebserholungswesen und für die Leitung und Planung der betrieblichen Erholungseinrichtungen.

⁴¹⁰ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2244, Bl. 92 ff.: Änderung des Beschlusses des Politbüros vom 7. 11. 1978, Maßnahmen für die Entwicklung des Einflusses des FDGB auf das Betriebserholungswesen und für die Leitung und Planung der betrieblichen Erholungseinrichtungen, 22. 6. 1979.

der Bevölkerung konzentrierten.⁴¹¹ Daher reflektiert die Realität der Erholungsreisen im Bezirk Rostock den Erfolg und den Misserfolg der Erholungspolitik in der gesamten DDR. Gleichfalls repräsentieren die Erholungsmöglichkeiten der „gewöhnlichen Bevölkerung“ an der Ostsee die Freizeitszene in der DDR.

5.3.1 Die Verteilung der Ferienheime und deren Errichtung

Zu Anfang sah der Rat des Bezirks Rostock in dem umfassenden Programm zur Erweiterung der Erholungsreisen, im Jahr 1959, die Verhinderung der Individualisierung der Erholungsreisen: „Der unorganisierte Verkehr wird künftig durch unsere Maßnahmen geringer, während die Gelegenheitsfahrten durch das Deutsche Reisebüro erheblich und die Wochenendbesucher gering ansteigen dürften.“⁴¹² In dieser Zeit wurde die Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche, trotz der Verminderung der Arbeitszeit, noch nicht diskutiert. Daher setzte das Programm die Lebensweise der fünfziger Jahre voraus, in der der Mittelpunkt des Alltagslebens der Bevölkerung noch am Arbeitsort lag. Der Plan forderte die enge Kooperation des FDGB „Feriendienst“ mit den Betriebserholungsheimen, da der Zentralverband des FDGB noch keine Erhöhung der Aufnahmekapazitäten des FDGB „Feriendienstes“ bis 1965 plante.⁴¹³

Dennoch mussten die betreffenden Organisationen im Bezirk Rostock stets die zunehmende Individualisierung den Erholungsreisen anpassen. Das Problem spiegelte sich direkt in der Verringerung der Aufnahmekapazitäten der Erholungsheime des FDGB „Feriendienstes“ wider. Im Jahr 1962 wurde bei der Tagung der Verantwortlichen für das Erholungswesen kritisiert, dass die Verträge mit Privatpersonen, von denen der FDGB oder das „Reisebüro“ bisher die Betten vermieteten, aufgekündigt wurden und die „Schwarzvermietung“ in den betroffenen Orten sich anschließend ausbreitete.⁴¹⁴ „Ein Beispiel dafür gibt es auch in Göhren. Dort hat ein Verkaufsstellenleiter seine Betten gegenüber dem FDGB gekündigt. Jetzt hat er an einen Doktor vermietet, die Bürgermeisterin hat richtig gehandelt und ihre Genehmigung hierzu nicht gegeben. Da im Intelligenzheim des DER noch Betten frei waren, brachte sie den Doktor dort unter. Der Verkaufsstellenleiter lief jetzt Sturm dagegen und die ständige Kommission Ordnung und Sicherheit, bei der er sich beschwerte, hat eine vollkommen falsche Auseinandersetzung

⁴¹¹ SAPMO-BArch, DY 30/J IVA 2/2/1579, Bl. 70: a. a. O.

⁴¹² LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 29, Bl. 16: Rat des Bezirkes Rostock Stellvertreter d. Vorsitzenden, Vorlage Grobplan für die Perspektive des Bäderwesens bis zum Jahre 1965, 16. 2. 1959.

⁴¹³ Ebd., Bl. 17.

⁴¹⁴ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 52, Bl. 6 und Bl. 17: Rat des Bezirkes Rügen Abgeordneten-Kabinett, Protokoll über die Beratung der ständigen Kommission Bäderwesen des Bezirkstages Rostock am 29. und 30. 5. 62 auf der Insel Rügen, 31. 5. 1962.

mit der Bürgermeisterin geführt und der Enderfolg ist der, dass der Dr. jetzt wieder bei dem Vst.-Leiter wohnt. Man muss diese gesamte Frage in Göhren sowieso einmal untersuchen, denn ich habe den Eindruck, das die ständigen Kommissionen in Göhren der Meinung sind, dass sie über der Volksvertretung stehen und mehr zu sagen haben als diese.“⁴¹⁵

1964 legte der Rat des Bezirks Rostock die Grundsätze für die weitere Entwicklung bis 1970 fest und erörterte direkt die Hauptursachen der Abnahme von Vertragsbetten beim FDGB und dem „Reisebüro“ in den folgenden Punkten: „1. Die Vermieter sind zeitweise nicht mehr bereit, gewisse Einschränkungen im Wohnraum in Kauf zu nehmen. 2. Bei Familienzuwachs mußte auf bisher vermietete Zimmer durch den Vermieter zurückgegriffen werden. 3. Die Ansprüche der Urlauber an die Wohnkultur steigen ständig, so daß auf schlechte Qualität der angebotenen Zimmer verzichtet werden muß. 4. Die bisherige Zimmerpreisgestaltung stellt keinen echten materiellen Anreiz dar (ungenügende Differenzierung – 1,20 MDN bis 2, -MDN) usw. [, dies] fördert die Schwarzvermietung.“⁴¹⁶ Selbstverständlich verlangten sie die stufenweise Einstellung des Einheitsmietpreises und dessen Erhöhung als die Gegenmaßnahme.

Die Schwarzvermietung beruhte nicht nur auf dem finanziellen Anreiz. Die Tagung, auf der sich die Bürgermeister der Erholungsorte im Bezirk Rostock im Februar 1964 versammelten, bestätigte das es bei der üblichen Vermittlung des Reisebüros, „nicht angängig sei, kurzfristige Absagen dem Rat der Gemeinde mitzuteilen, wenn ein Mieter für ein Zimmer des DER nicht anreisen kann. Derjenige, der nicht anreist, sollte sich doch mindestens 14 Tage vorher melden.“⁴¹⁷ Der Ausdruck zeigt indirekt auf, dass die privaten Vermieter angesichts der Gewissheit von Mieteinnahmen eher auf die Schwarzvermietung, als auf die durch die Regel bestimmten öffentlichen Vermietungen mit dem „Reisebüro“, vertrauten.

Der Rat des Bezirks Rostock bestimmte zusätzlich zur Regulierung der Zentralregierung in den sechziger Jahren jährlich eine eigene Regelung, um die Schwarzvermietung einzuschränken. Nach der repräsentativen Regelung von 1963 haben die Fremdpersonen die vorherige Erlaubnis der örtlichen Verwaltung gebraucht, wenn sie zwischen dem 1. Mai und 30. September in den privaten Erholungseinrichtungen an der Ostsee übernachten wollten.⁴¹⁸ Wie bereits erwähnt,

⁴¹⁵ Ebd., Bl. 6.

⁴¹⁶ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 82, Bd. 12: Grundsätze für die weitere Entwicklung und Verbesserung des Erholungswesens im Bezirk Rostock, 10. 12. 1964.

⁴¹⁷ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 36, Bd. 15: Protokoll über die Ergebnisse der Diskussion des ersten Tages des Bäderbürgermeisterlehrganges in Semper am 19. 1. 1964, 12. 2. 1964.

⁴¹⁸ Beschuß Nr. 37 (160) – 5/63 des Rates des Bezirkes; Über die Freigabe von Zimmern und Schlafstellen für die

kam es zu keiner Erhöhung der Mietpreise für Betten des FDGB „Feriendienstes“ und des „Reisebüros“ bis 1973. Daher konnte die SED auf die „Schwarzvermietung“ immer nur verspätet reagieren.

Dagegen verhielt sich die „gewöhnlichen Bevölkerung“ sehr klug. Sowohl die Vermieter, als auch die Personen, die einen Zimmer zu mieten suchten, veröffentlichten Kleinanzeigen in den lokalen Zeitungen. (Abb. 4)⁴¹⁹ Der Bezirk konnte diese Kleinanzeigen nicht verhindern, da diese Handlungen nicht das Gesetz verletzten. Dennoch zielten die Anstrengungen des Rates des Bezirk Rostock nicht nur auf die Eingrenzung der Schwarzvermietung, sondern auch auf die Erhaltung der gesamten Bettenzahlen des FDGB-Feriendienstes und des Reisebüros. Er musste daher die Kleinanzeigen so interpretieren, dass das Verhalten der „gewöhnlichen Bevölkerung“ sich von der Regelungsabsicht unterschied. Daher verlangte der Verantwortliche der Abteilung „Erholung- und Bäderwesen“ im Bezirk Rostock von dem Verlag, der die Anzeigen und die Werbung in der Zeitung verwaltete, Einschränkungen: „Zu meinem Befremden muß ich feststellen, daß seit Ende Dezember gehäuft Anzeigen in der OZ [Ostseezeitung – N.K.] veröffentlicht wurden. Ich muß daraus entnehmen, daß Ihnen der ganze Ernst der Situation noch nicht bewußt geworden ist. [...] In dem Maße jedoch, wie durch die meiner Ansicht nach unverantwortliche Veröffentlichung solcher Privatanzeigen Fremdenverkehrsraum gesucht und gefunden wird, nehmen die Kündigungen der Privatvermieter gegenüber dem Feriendienst der Gewerkschaften und dem Reisebüro der DDR zu.“⁴²⁰

1971 verstärkte der Bezirk Rostock noch einmal die Einschränkungen gegen die Schwarzvermietung, er beschränkte die künftige Vermietung der privaten Zimmer und Betten auf den FDGB „Feriendienst“ und das „Reisebüro“. ⁴²¹ Danach führte der Kreis Ribnitz-Damgarten eine Untersuchung durch, mit der der Kreis die wirkliche Anzahl der privaten Erholungseinrichtungen registrierte. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, dass sich in der Tat nur zirka 26 % der Vermieter für die verpflichtende Registrierung eingeschrieben hatten, die Gründe finden sich in folgenden Aussagen: „Die bisherigen Erfahrungen lehren, daß

Überlassung an Feriengäste und andere ortsfremde Personen während der Badesaison (vom 1. Mai bis 30. September)

⁴¹⁹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 128, Bl. 68: Ohne Titel.

⁴²⁰ Ebd., Bl. 62: an DEWAG Werbung Rostock, Ohne Titel [Brief über die Anzeige für die Privatquartiersucher], 28. 1. 1970.

⁴²¹ Beschluss des Rates des Bezirk Rostock, Nr. 5-1/71: Zur Überlassung von Zimmer, Schlafstellen und Wochenendhäusern an Feriengäste in der Grenzzone des Küstengebiete – vom 8. 1. 1971, wird in LAG bestätigt.

im Prinzip die Bürger die Notwendigkeit zur Nutzung der Fremdenbettenkapazitäten durch den FDGB-Feriendienst als Hauptträger des gesellschaftlich-organisierten Urlaub erkennen, anderseits jedoch aber mit solchen Argumenten wie ‚wenn ich nicht mehr privat vermieten darf, vermiete ich gar nicht mehr‘, oder ‚ich überlasse nur kostenlos an Bekannte meine Betten, da ich meinen Urlaub zu gleichen Befriedigungen bei meinen Bekannten verbringe‘ auf die beschlossenen Maßnahmen reagieren.“⁴²² Ebenfalls wird festgestellt, dass „Ein weiterer Grund für die nicht sofortige Bereitschaft zur Vermietung an den FDGB-Feriendienst zum Teil recht lukrative Angebote von verschiedenen Betrieben an die Vermieter sein dürften.“⁴²³ Da den Betrieben jährlich die Mittel zur Errichtung neuer eigener Erholungsheime beschränkt wurden, versuchten sich andere Möglichkeiten zur Unterbringung zu verschaffen. So erhielten viele private Vermieter profitablere Angebote von den Betrieben und kündigten daher die bisherige schlechtere Vermietungsbedingung des FDGB-Feriendienstes. Dies war die Hauptursache für den Rückgang der Gesamtzahlen der Vertragsbetten des FDGB.

Wie auch die Veröffentlichung der bereits erwähnten Kleinanzeigen, so war im Grunde auch die Vermietung oder der Tausch des Hauses für den Urlaub nicht gesetzlich verboten und konnte daher im Allgemeinen nicht unterdrückt werden. Die Verhaltensweisen der Privatvermieter standen daher der Organisation der Erholung entgegen, die der FDGB-Feriendienst, aufgrund der Richtlinie der SED hauptsächlich verfolgte. So wurde nicht nur wegen der finanziellen Einnahmen an fremde Personen vermietet, sondern tauschte auch aufgrund persönlichen Vertrauens die Wohnung oder das Haus für den Urlaub. Dies war ein typisches Beispiel für das inoffizielle alltägliche Netzwerk in der DDR. Dieses Verhalten wurde gleichzeitig durch die Politik bestimmt und beschleunigt, sodass die Schwarzvermietung von privaten Zimmern oder Häusern nicht verschwand. Im Kreis Ribnitz-Damgarten verschickte der Rat des Kreises tatsächlich Schreiben an die Familien, die selbst Zimmer oder Häuser schwarz vermieteten, in denen er darum bat, die Regelungen mit denen der Bezirk die Privatvermietung in den Erholungsorten verbot, zu respektieren.⁴²⁴

Aufgrund der unzureichenden Maßnahmen, die der Bezirk Rostock gegen die Schwarzvermietung durchführte, verringerte sich die Zahl der Betten, die der

⁴²² LAG, Rep. 200., 8.3.2. Nr. 153, Bl. 9: von Rat des Kreises Ribnitz-Damgarten. Abt. Erholungswesen, Konzeption zu Problemen der Erfassung der Urlauber in den Städten und Gemeinden des Kreises nach dem Beispiel von Ribnitz-Damgarten und Barth, 01. 09. 1972.

⁴²³ Ebd., Bl. 10.

⁴²⁴ LAG, Rep. 200. 8.3.2. II. Nr. 5, Bl. Ohne: Merkblatt, An alle Haushalte, einschließlich der Sommerhäuser!, Ohne Datum (1976).

FDGB-Feriendienst erhalten konnte, stetig. Diese Maßnahmen verstärkten daher ironischerweise die Auswirkungen, die betrieblichen Erholungsheime dem FDGB-Feriendienst zu übergeben, womit dieser den eigenen Mangel an Aufnahmekapazitäten auszugleichen versuchte. Der Beschluss, den der Ministerrat im Oktober 1960 verabschiedete, forderte ursprünglich, dass die Betriebe bei der Nutzung ihrer Erholungsheime mit dem FDGB-Feriendienst zusammenarbeiteten.⁴²⁵ In der Tat boten auch die Betriebe im Bezirk Rostock zu Beginn der sechziger Jahre nur den eigenen Beschäftigten die Erholungsheime an, übergaben aber die übrigen Aufnahmekapazitäten nicht an den FDGB-Feriendienst und das „Reisebüro“. Auch diesen problematischen Zustand erkannte die ständige Kommission des Kreises Ribnitz-Damgarten in seiner Untersuchung.⁴²⁶

Die Erwartungen der Betriebe, sozialen Institutionen und Individuen, die aufgrund der eigenen Bedürfnisse den Bau neuer Erholungsheime wünschten, stießen notwendigerweise mit der damaligen Richtlinie, die den Neubau von Erholungseinrichtungen stark eingeschränkte, zusammen. Der Ministerratsbeschluss vom Oktober 1960 und der Beschluss des Rates des Bezirk Rostock forderte die vorherige Zustimmung des FDGB-Bezirksverbandes, wenn Betriebe oder wirtschaftliche und soziale Institutionen neue Erholungsheime errichteten wollten.⁴²⁷ Nach den Berichten aus der Gewerkschaft funktionierte diese Regelung aber nicht zufriedenstellend: „Diese Festlegungen wurden noch sehr oft durchbrochen und zum Teil mit Hilfe von Funktionären des Staatsapparates der einzelnen Orte wie z. B. Baabe. Zum Beispiel stellten wir am 14. 5. 1963 in Göhren die Frage, wie es kommt, dass die Handwerkskammer Karl-Marx-Stadt in Juliusruh ein neues Erholungszentrum gebaut hat, ohne Zustimmung des Bezirksvorstandes des FDGB, wie dies im Beschluss des Rates des Bezirk Rostock Nr. 46-13/62 vom 1. 6. 1962 gefordert wird. Die Antwort des Kollegen R., Kreisbauamt Bergen, lautete, dass die Angehörigen der PHG [Sic! PGH] nicht Mitglieder des FDGB sind und daher nach seiner Meinung der FDGB nicht zustimmen brauche. Oder der Rat des Kreises Bergen (Vorsitzender) stellt für den Rat des Kreises Finsterwalde den Antrag auf Zustimmung durch den FDGB, nachdem bereits gebaut wurde.“⁴²⁸

Im Jahr 1966 forderte die „Richtlinie für den Bau von Urlauberunterkünften und sonstigen

⁴²⁵ Beschuß über die Nutzung von Betriebserholungsheimen vom 13. 10. 1960, in: GBl. II (1960) S. 411 ff.

⁴²⁶ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 34, Bl. 56: Einsatz Ständige Kommission Bäderwesen des Bezirkstages mit Ständige Kommission Bäderwesen des Kreistages im Kreis Ribnitz-Damgarten am 22. 8. 1962, ohne Datum.

⁴²⁷ Beschuß vom 13. 10. 1960, a. a. O., in, GBl., II (1960) S. 413; Beschuß des Rates des Bezirk Rostock, Nr. 46-13/62, Regelung der Errichtung von Urlauberunterkünften im Bezirk Rostock vom 1. 6. 1962.

⁴²⁸ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 43, Bl. 49: Konzeption zur Beratung mit dem Genossen Harry Tisch über die weitere Entwicklung des Erholungswesens im Bezirk Rostock, 21. 9. 1963.

Einrichtungen“ beim Bau von Erholungsheimen eine Vereinheitlichung der gesamten Planung des Bezirkes und bekräftigte den bisherigen Weg, den Neubau zu hemmen und die Nutzung der bestehenden Einrichtungen zu rationalisieren, damit versuchte der Rat des Bezirk Rostock die planlose Errichtung von Gebäuden durch Betriebe und andere soziale Institutionen zu verhindern. Die Richtlinie verpflichtete jeden, den Antrag für den Neubau von Erholungsheimen durch Betriebe und andere soziale Institutionen an die Abteilung „Erholungszentrum Ostsee“ zu senden, die dem FDGB-Feriendienst untergeordnet war und betonte gleichzeitig die Rolle des FDGB als Hauptverantwortlichen für die Erholung der Werktätigen. Zusätzlich verbot sie den eigenständigen Bau von einfachen Einrichtungen, wie dem Bungalow.⁴²⁹ So betrug im Jahr 1966 die Anzahl der Anträge von Betrieben und Privatpersonen 853, davon erhielten 163 (ca. 19%) die besondere Erlaubnis zum Neubau.⁴³⁰ Dennoch wurde diese Regelung nicht von jedem beachtet: „Der VEB Ede[l]stahlwerk Freital baut ohne Baugenehmigung 3 Bungalows in Kölpinsee auf. Verantwortlich für den Schwarzbau war ein Beauftragter des Betriebes. Trotzdem er vor dem Bau darauf hingewiesen wurde, daß nicht gebaut werden darf ohne Baugenehmigung, wurden die Bungalows errichtet.“⁴³¹ Ein anderer Bericht zur Untersuchung der Neubauten im Kreis Rügen, aus dem Jahr 1968, kritisierte, dass die Gemeinden und die Kreise den unerlaubten Neubau der Bungalows durch die Betriebe nicht bemerkt hatten.⁴³²

Die bisherige Richtlinie für die Erholungseinrichtungen, in der der Rat des Bezirk Rostock die Neuerrichtung von Erholungsheimen zu hemmen und die Benutzung der bestehenden Erholungsheime zu erhöhen versuchte, spiegelte nicht mehr das steigende Erholungsbedürfnis wider. Daher stellte der Plan, zur prognostischen Entwicklung des Erholungswesens, der 1968 beschlossen wurde fest, dass bis 1980 „die Bettenkapazität um mindestens 10.000 Plätze zu erhöhen“⁴³³ sei. Die Abteilung „Erholungs- und Bäderwesen“ überprüfte im nächsten Jahr nochmals den Plan und bestätigte die Erhöhung des qualitativen und quantitativen Bedürfnisses

⁴²⁹ Beschuß des Rates des Bezirk Rostock, Nr. 21-3/66 vom 4. 2. 1966, Grundsatzregelung zur Sicherung einer planmäßigen Entwicklung der Erholungsgebiete im Bezirk Rostock, Anlage 2, Richtlinie für den Bau von Urlauberunterkünften und sonstigen Einrichtungen des Erholungswesens im Bezirk Rostock durch Betriebe, Einrichtungen, Verwaltungen und Institutionen.

⁴³⁰ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 85, Bl. 22: Bericht und Schlußfolgerungen zur Auswertung des Urlaubsjahres 1966, Ohne Datum.

⁴³¹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 83, Bl. 4: Rat des Bezirk Rostock Abt. Erholungswesen, Analyse über die Eingabenarbeit im Bereich Erholungswesen, 23. 10. 1967.

⁴³² LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 86, Bl. 110: Bericht über die Überprüfung der ungesetzlich vorgenommenen Bungalowbebauung in der Gemeinde Sellin aufgrund der Eingaben der Feriendienstes der Gewerkschaften Erholungszentrum Ostsee, 3. 12. 1968.

⁴³³ LAG, Rep. 200. 2.3.1. Nr. 523, Bl. 9: Beschuß des Rates des Bezirk Rostock, Nr. 106-26/68, Prognostische Entwicklung des Erholungswesens im Bezirk Rostock, 16. 8. 1968.

auf Erholung in der Gesellschaft. Dies gründete sich auf „die ständige planmäßige Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung, verbunden mit einer Erhöhung der Kaufkraft, des disponiblen Freizeitfonds und einer Vervielfachung des Grades der individuellen Motorisierung.“.⁴³⁴ Es ist allerdings zu bezweifeln, ob die Erhöhung des Lebensstandards sich „planmäßig“ entwickelte. Dennoch gibt der Plan merkwürdigerweise genau die Bedingungen des Freizeitverhaltens wieder, die im dritten Teil der vorliegenden Arbeit schon beschrieben wurden. Daher sollte der Wandel der Erholungspolitik auch durch die Voraussetzungen des Freizeitverhaltens bestimmt werden.

Auch wenn der Rat des Bezirks Rostock den Neubau von Erholungseinrichtungen nach dieser Zeit beschleunigte, konnte er nicht einfach die bisherigen Überlegungen außer Acht lassen, dass sich durch die Nutzung der bestehenden betrieblichen Einrichtungen die Aufnahmerate des FDGB-Feriendiensts verbesserte und damit die Gesamtaufnahmehahlen stiegen. Daher versuchte er das Experiment des „einheitlichen Erholungsbetriebes“ von Kühlungsborn auf den ganzen Bezirk auszuweiten.⁴³⁵ Aber schon im Oktober 1968 verweigerte die Handwerkskammer Karl-Marx-Stadt die Teilnahme, da die aus diesem Versuch nur Nachteile für die „einheitlichen Wirtschaftsbetriebe“ entstanden. Als Grund nannte sie, dass ihre Mitglieder nicht in der Gewerkschaft waren, sie ihr Erholungsheim selbst aufgebaut hatten und dieses nur für die Erholung der eigenen Mitglieder benutzte.⁴³⁶ Die Eingabenanalyse von 1969 berichtete über die unkooperativen Haltungen: „Trotzdem in Aussprachen mit den Betriebsleitungen, die Erholungsheime unterhalten, Klarheit über die Bedeutung und den Inhalt der einheitlichen Wirtschaftsbetriebe geschaffen wurde, kam in verschiedenen Fällen zum Ausdruck, daß die Beauftragten der Betriebe nicht gewillt sind, den beschlossenen Weg zu gehen.“⁴³⁷ Dem Rat des Bezirks gelang es nicht die Bedenken der Betriebe auszuräumen, die klar die Parole von „klein, aber mein“ vertraten. Hierzu erläuterte er folgendes: „Notwendig ist vor allem eine ideologische Arbeit mit den Leitungen jener Betriebe, die bislang noch nicht den Weg des Anschlusses ihrer Heime an den Feriendienst der Gewerkschaften gehen wollen. Ihnen muß klar gemacht werden, daß unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Gesamtsystems des Sozialismus nicht mehr jeder Betrieb sein eigenes Erholungswesen organisieren kann,

⁴³⁴ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 139, Bl. 2: Vorlage für die Sitzung des Rates des Bezirkes am 18. 4. 1969, Ohne Datum (1969).

⁴³⁵ LAG, Rep. 200. 8.3.2. II. Nr. 186, Bl. Ohne: Beschluss des Rates des Bezirkes Rostock, Gemeinsamen Beschlusses des Rates des Bezirkes Rostock und des Sekretariats des FDGB-Bezirksvorstandes über die Bildung von einheitlichen Wirtschaftlichen Wirtschaftsbetrieben Erholungswesen, 23. 9. 1968.

⁴³⁶ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 86, Bl. 115: von, Handwerkskammer Bezirk Karl-Marx-Stadt, an Rat der Gemeinde Breege, Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsbetriebes im Erholungswesen, 28. 10. 1968.

⁴³⁷ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 109, Bl. 15: Eingabenanalyse II. Halbjahr 1968 (1.7-31.12.1968), 8. 1. 1969.

sondern die Vorteile der einheitlichen Wirtschaftsorganisation nutzen sollte.“⁴³⁸ Der folgende Bericht zu Auswertung der Urlaubersaison 1970, den der Rat des Bezirk Rostock an Bezirksleitung der SED im Jahr 1971 schickte, erklärte nur die Zahlen. „Zu den 1969 gewonnenen 71 Betriebserholungsheimen[,] kamen im Jahre 1970 40 weitere Betriebsferienheime, die jetzt durch den Feriendienst der Gewerkschaften geplant und geleitet werden.“⁴³⁹ Dieser Bericht benutzte aber nicht mehr den Begriff von den „einheitlichen Betrieben“, der bis zum Jahr davor verwendet wurde. Hier ist indirekt der Misserfolg des Versuchs von den „einheitlichen Betrieben“ zu erkennen.

Der Beschluss des VIII. Parteitags und der gemeinsame Beschluss des Politbüros, des FDGB-Vorstandes und des Ministerrates der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes, im Jahr 1972, beschlossen im Rahmen der „Interessengemeinschaft“, an der der FDGB teilnahm, den Neubau von Erholungsheimen. Danach beschloss der Rat des Bezirks Rostock im nächsten Jahr den selbstständigen Bau der Erholungseinrichtung in den wirtschaftlichen Plan mit einzubinden.⁴⁴⁰ Er versuchte den Haushalt und die Materialien „sinnvoll“ zu verteilen. Seit den sechziger Jahren, in denen der Neubau der Erholungseinrichtungen behindert wurde, appellierte der Rat des Bezirks Rostock immer an die Wichtigkeit von „Planung“ und „Rationalität“ der Erholungseinrichtungen. Aber dieses Problem konnte auch nicht in den siebziger Jahren gelöst werden. Die Bildung der „einheitlichen Wirtschaftsbetriebe“ 1969 brachte den Betrieben nur Nachteile. Das Benutzungsrecht der Betriebe für die Erholungsheime, die sie selbst aufgebaut hatten, nahm soweit ab, dass sie die bestehenden Rechte fast vollständig verloren. Die Betriebe waren eigentlich davon überzeugt, dass die gebildete „Interessengemeinschaft“ für zukünftige Maßnahmen und Neubauten verantwortlich sei und die bisherigen Mühen, die vielen Materialien und Gelder, die in bestehende Einrichtungen investiert worden waren, nicht bedeutungslos werden würden. Daher versuchte die Richtlinie 1973 einen Kompromiss zwischen dem betrieblichen Interesse und dem Interesse des FDGB zu erhalten.

⁴³⁸ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 111, Bl. 36: Bezirkstag Rostock. Ständige Kommission Erholungswesen, Protokoll über die am 4.11.1969 im Zusammenhang mit dem Erfahrungsaustausch des Rates des Bezirkes mit den für das Erholungswesen verantwortlichen Mitarbeitern mit den für das Erholungswesen verantwortlichen Mitarbeitern der Räte der Kreise und den Bürgermeistern der Bäderstädte und -gemeinden durchgeführte Beratung der Ständigen Kommission Erholungswesen, 6. 11. 1969; DY 34/24944, Bl. ohne: von, Abt. Erholungswesen, Vorlage für den Ministerrat zur Einbeziehung der Betriebserholungsheime in die Planung und Leitung des Feriendienstes der Gewerkschaften, 8. 4. 71.

⁴³⁹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. II. Nr. 179, Bl. ohne: von Rat des Bezirkes Rostock Vorsitzender, Auswertung der Urlaubersaison mit Schlußfolgerungen, 3. 2. 1971.

⁴⁴⁰ Beschuß des Rates des Bezirkes Rostock, Nr. 172-25/73, Verfahrensregelung zur Sicherung einer straffen Ordnung und Staatsdisziplin auf dem Gebiet der Grundfondswirtschaft des betrieblichen Erholungswesens im Bezirk Rostock, 7. 12. 73.

5.3.2 Das Problem der Campingplätze: von der „Vermittlung der Ostsee“ zum „Campingzentrum der Ostsee“

Eigentlich sollten die Zelt- und Campingplätze den dauernden Mangel an Hotels in der Ostseeregion ergänzen. Ein Bericht vom Anfang der sechziger Jahre stimmt diesem Zustand zu. „Das Zelt hat im Laufe der Jahre einen immer größeren Kreis von Anhängern gefunden. Es ist jedoch festzustellen, daß nicht immer von der eigentlichen Bedeutung des Zeltens mehr ausgegangen wird, sondern vielfach das Zelt als billige und transportable Übernachtungsgelegenheit angesehen wird.“⁴⁴¹ Dazu erläutert er zusätzlich, dass „sich der Begriff ‘Camping‘ in Deutschland offensichtlich gleichzeitig mit der Entwicklung moderner Gebrauchsartikel für den Zeltfreund durchgesetzt hat.“⁴⁴² Außerdem unterschied der Bericht zwischen „Zelten“ und „Camping“. Die Zelter „sehen im Zelten ein Abwenden von allem Komfort der Großstadt und verbringen ihr Wochenende oder ihren Urlaub nur mit dem Zelt und den notwendigsten Dingen des täglichen Bedarfs auf einem oder verschiedenen Zeltplätzen.“ Die Campingfreunde „möchten auch am Wochenende oder in ihrem Urlaub einen gewissen Komfort nicht missen, aber trotzdem nicht auf fremde Unterkünfte angewiesen sein.“⁴⁴³ Dann stellt der Bericht den höheren Stellenwert des Zeltens gegenüber dem Camping dar. Paradoxe Weise stimmte der Bericht dem damaligen starken Bedürfnis nach „Campingaktivitäten“ in der Gesellschaft zu. Eigentlich wollte die Bevölkerung die Zeit nicht in der Natur verbringen, sondern forderte einfach Alternativen für den Mangel an Erholungseinrichtungen. Er erläuterte schließlich im letzten Teil die Notwendigkeiten der Anlagen, um das Camping für die Bevölkerung bequem zu machen.

Anfangs leiteten die Verwaltungsorgane der einzelnen Kreise selbst die Campingplätze. Daher konzentrierten sich die Campingurlauber auf einige bekannte Campingorte, bis die Besucherzahlen die Aufnahmekapazitäten überschritten. „Teilweise haben die örtlichen Räte es nicht verstanden, die Einhaltung der festgelegten Kontrollziffern durchzusetzen. Einige Räte der Gemeinden gaben, trotzdem die gesamte Kapazität durch das DER vermittelt worden war, selber Zeltscheine aus. Illegal angereiste Zelturlauber konnten auf manchen Zeltplätzen auch deswegen unerkannt und ohne Bezahlung der Zeltplatzgebühren untertauchen, weil die Räte

⁴⁴¹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 31, Bl. 33 ff.: Deutsche Bauakademie Forschungsinstitut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung, (H. Schneider), (1962). Tatsächlich erläutern andere Quellen keine Unterschiede in der Begriffsbestimmung, „Zelten“ und „Camping“ erhalten dort fast gleiche Bedeutungen.

⁴⁴² Ebd.

⁴⁴³ Ebd.

dieser Gemeinden keine Zeltnummern beschafft und ausgegeben hatten.“⁴⁴⁴ Dies war der Hauptgrund für den Mangel der Kapazitäten auf den Campingplätzen. Einerseits verkauften einige Filialen des „Reisebüro“ nicht all ihre Plätze, andererseits kam es beispielsweise in den Filialen von Karl-Marx-Stadt und Leipzig zu Schlangenbildung und dem Komplettverkauf der zugeteilten Plätze. Daran zeigte sich, dass diese Art der Platzverteilung nicht gut funktionierte. Deswegen eröffnete der Rat des Bezirks Rostock im Januar 1962 die „Zeltplatzvermittlung Ostseebezirk“ in Stralsund, damit „sie alle 60 Zeltplätze des Ostseebezirkes vermittelt.“⁴⁴⁵ Sie verteilte 60% der Aufnahmekapazität an die Betriebe und die sozialen Organisationen und die restlichen 40% an Privatpersonen und Familien.⁴⁴⁶ Diese Verteilung zeigt, dass sich das Erholungsverhalten zu Beginn der sechziger Jahre immer noch mit dem Arbeitsort verband.

Die „Zeltplatzvermittlung“ erhielt vom 2. Januar bis 15. März 1964 52.419 Anträge und 10.815 Briefe und verteilte die Plätze auf 345.435 Personen. Um die riesige Anzahl an Anträgen zu bewältigen, benötigte die Zentrale Zeltplatzvermittlung dreizehn zusätzlich kurzfristig beschäftigte Saisonarbeiter. Diese waren Stralsunder Hausfrauen, die aus dem nichtarbeitenden Bevölkerungsteil kamen.⁴⁴⁷ Durch die große Anzahl der Anträge und die geringe Anzahl an bewilligten Arbeitskräften konnte die „Zeltplatzvermittlung“ ihre Funktion nur ungenügend verwirklichen. Beispielweise, erhielt sie bis zum 15. März 1964 52 Beschwerden und Eingaben, den Rat des Bezirkes Rostock erreichten sogar 123 Briefe.⁴⁴⁸ Das größte Problem lag nicht in der Verweigerung der Plätze, sondern in der Art und Weise der Arbeitsmethoden der „Zeltplatzvermittlung“. Eine Eingabe an den Bezirksrat aus der Gewerkschaft „Unterricht und Erziehung“ schilderte sehr deutlich den Zustand: „Unverständlich ist uns jedoch nach wie vor, daß Anträge, die am 2. 1. 1964 vorlagen, schon am 2. 1. 1964 abgelehnt wurden. Nach Ihren Darlegungen gab es zu diesem Zeitpunkt Anträge von etwa 50.000 Bürgern. Bis zum 7. 2. 1964 sind jedoch ‚rund 200.000 Werktätige auf die Zeltplätze vermittelt worden, während 100.000 einen ablehnenden Bescheid erhalten mußten.‘ Das bedeutet, daß 150.000 vermittelt wurden, nachdem die Anträge der o. g. BGL bereits abgelehnt waren. Wäre es nicht richtiger gewesen, wenn die zentrale Zeltplatzvermittlung (Gruppenzelten soll gefördert werden) sofort von sich

⁴⁴⁴ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 3, Bl. 1: Referat Bäderwesen, Kurze Einschätzung der Lage auf den Zeltplätzen 1961, 2. 5. 1962.

⁴⁴⁵ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 1, Bl. 17: Rat des Bezirkes Rostock Referat Bäderwesen, Wo und wie erhalte ich einen Zeltschein für den Ostseebezirk?, Ohne Datum; Beschuß des Rates des Bezirkes Rostock, Nr. 71-17/62, Zeltplatzordnung des Zeltplatzordnung vom 1. 8. 1962.

⁴⁴⁶ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 3, Bl. 34: Stand der Vorbereitung der Saison 1962, Ohne Datum.

⁴⁴⁷ Vgl. LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 35, Bl. 9 f.: Begründung zum Haushalsplan 1964, (1963).

⁴⁴⁸ LAG, Rep 200. 8.3.2. Nr. 1, a. a. O.

aus unsere BGL auf die weniger bekannten und noch freien Plätze orientiert hätte?“⁴⁴⁹ Der Rat des Bezirkes schätzte diesen Fall sehr problematisch ein und schickte einen Prüfungsbrief an die „Zeltplatzvermittlung“. Sie antworte, dass „es nicht sehr günstig war, bereits am 2. 1. 1964 ablehnende Bescheide für Gruppenzelter zu schicken,“ aber entschuldigte sich nicht für ihren Fehler.⁴⁵⁰ In ähnlichen Fällen geschah es oftmals, dass die lokale Redaktion der FDGB-Zeitung „Tribüne“ und viele Privatpersonen dem Rat des Bezirkes Beschwerden über die Frage der Verteilung schickten. Das gründete sich vermutlich darauf, dass die Ablehnungsschreiben, die den betroffenen Arbeiter/Innen übersandt wurden, einfach das gleiche Datum aufwiesen, wie der Posteingang der Anträge. Fast zur gleichen Zeit fand eine Pressekonferenz der Zeltplatzvermittlung statt, auf der sie den Verteilungszustand erklärte und angab, dass sie die bekannten Campingplätze, wie Prerow, Kühlungsborn, Ückeritz und Binz während der Hochsaison nicht mehr vermitteln konnte. Danach informierte sie über die freien Plätze in der Vor- und Nachsaison und den anderen Campingstandorten und forderte Verständnis von der Bevölkerung.⁴⁵¹ Die Pressekonferenz zeigte die erneute Ungeschicklichkeit der Zeltplatzvermittlung. Eine Ursache lag gewiss in ihrem Arbeitskräftemangel, aber es zeigt präzise die Kluft des von der SED betonten Idealbildes mit der Realität. Sofern die SED die eigene Stellung betonte, die Interessen der Werktätigen am besten zu repräsentieren, so musste die „Zeltplatzvermittlung“ unbedingt solche Fehler vermeiden.

Viele Menschen ohne Campingerlaubnis versuchten direkt im Erholungsort einen freien Platz zu finden. Diese Gewohnheit konnte nicht so einfach gestoppt werden. Nach dem Bericht der Zeltplatzvermittlung von 1967 wurde das Camping ohne Erlaubnis stillschweigend in den verschiedenen Orten geduldet: „Wir müssen auch in diesem Jahre wieder einschätzen, dass eine große Zahl Campingfreunde ohne Zeltgenehmigung anreist und das diese trotzdem Aufnahme gefunden hat“⁴⁵² So passierte es, dass die Urlauber, die offiziell eine Erlaubnis bekamen, die Zelträume für die erlaubte Übernachtung nicht nutzen konnten. „Der Zeltplatzleiter in Börgerende wies anreisende Campingfreunde, die im Besitz von gültigen Zeltscheinen waren, mit den Wort ab: ‚Der Platze ist überbelegt‘. Dadurch kam es selbstverständlich zu unliebsamen

⁴⁴⁹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 42, Bl. 18: von Gewerkschaft Unterricht und Erziehung Zentralvorstand Kommission Gesundheits- und Arbeitsschutz, an Rat des Bezirk Rostock Abteilung Erholungswesen, Betr.: Arbeit der zentralen Zeltplatzvermittlung Stralsund, 19. 3. 1964.

⁴⁵⁰ Ebd., Bl. 20: von Zeltplatzvermittlung Ostseebezirk, an Rat des Bezirk Rostock, Abt. Erholungswesen, Ohne Titel, 25. 3. 1964.

⁴⁵¹ Ist der Zeltplatz gesichert? Presskonferenz zur Zeltplatzvermietung in Stralsund, in: Ostseezeitung, 25./26. 1. 1964, S. 4; Zelten kann jeder, der kann, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten, 27. 1. 1964, S. 3; Ferien in Zahlen, in: Neue Zeit, 23. 1. 1964.

⁴⁵² LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 85, Bl. 97: von Zeltplatzvermittlung Ostseebezirk, an Rat des Bezirk Rostock Abt. Erholungswesen, ohne Titel (Einschätzung des Urlaubsjahres 1967), 25. 9. 1967.

Auseinandersetzungen zwischen den Campingfreunden und unserer Dienststelle. Es wird auch in Zukunft solche Campingfreunde geben, die ohne Zeltgenehmigungen anreisen.“⁴⁵³ Dennoch konnten Leiter der Campingplätze die Urlauber ohne Erlaubnis nicht einfach abweisen, da sie gleichzeitig zur „sinnvollen“ Nutzung der Campingplätze, welche die SED immer betonte, aufgefordert waren. Dies zielte auf die volle Auslastung der bestehenden Kapazitäten: „Trotzdem glauben wir, dass eine größere Konsequenz seitens der Zeltplatzleitungen angebracht wäre. Solche Personen, die ohne Zeltplatzgenehmigungen anreisen, sollten nur dann aufgenommen werden, wenn der Platz über freie Kapazitäten verfügt. Andernfalls müssten die Campingfreude auf andere Plätze verwiesen werden.“⁴⁵⁴ Auch hier erscheint der innere Widerspruch der Richtlinie. Vielleicht kannte die Bevölkerung die Richtlinie des Rats des Bezirkes, daher beschrieb ein anderer Bericht die aggressive Meinung einiger Urlauber ohne Erlaubnis: „Ich habe als Bürger das Recht, dort hinzufahren, wohin ich will!“⁴⁵⁵ 1969 bekamen die Mitglieder des Motorsportverbands in Kölleda [Bezirk Erfurt], zusammen die Erlaubnis für eine Campingplatzbenutzung. Den ihnen zugewiesenen Campingplatz erreichten sie am frühen Morgen. Dennoch konnten sie nicht die Ihnen zugewiesenen Plätze erhalten. Sie fuhren weiter zu anderen Campingplätzen, um nach freien Plätzen zu suchen. Dann sagte der Leiter eines anderen Campingplatz, „dass der Zeltplatz ‚Wohlenberger Wiek‘ jeden Tag Leute schickte, die nicht untergebracht werden können, obwohl ihre Campingplatzgenehmigungen ordnungsgemäß vorlägen.“⁴⁵⁶ Am Ende der sechziger Jahre konzentrierten sich die Urlauber noch auf die wenigen bekannten Campingplätze, obwohl es viele freie Plätze auf dem anderen Campinganlangen gab. Dieses Ungleichgewicht der Nutzung zwischen den wenigen beliebten und den weniger bekannten Campingplätzen konnte nicht so einfach abgebaut werden. In dem genannten Beispiel forderte die Urlaubergruppe die Zeltplatzvermittlung auf, die Differenz der unterschiedlichen Benutzungsgebühren zurückzuzahlen, aber „die Sportfreunde erhielten auf diese Eingabe keine Antwort, erst auf eine Mahnung der Stadtverordneten Frau S. wurde eine Antwort am 22. 8. 69 durch die Zeltplatzvermittlung des Ostseebezirkes erteilt.“⁴⁵⁷ So fühlten sie sich nicht nur von der Campingplatzleitung, sondern auch von den administrativen Organen ungerecht behandelt. Der Motorsportbund in Erfurt, der diesen Beschwerdebrief ebenfalls erhielt, protestierte heftigste bei der Kreisverwaltung Stralsund, wegen dieses Vorfalls. Trotz

⁴⁵³ Ebd., Bl. 100.

⁴⁵⁴ Ebd.

⁴⁵⁵ LAG, Rep. 200.8.3.2. Nr. 108, Bl. 40: Protokoll über die Ergebnisse des Erfahrungsaustausches mit den für das Erholungswesen verantwortlichen Ratsmitgliedern der Kreise und den Zeltplatzleitern in Prerow am 27. 8. 1969.

⁴⁵⁶ LAG, Rep. 200.8.3.2. Nr. 110, Bl. 2: von Allgemeiner Deutscher Motorsportverband Bezirksleitung Erfurt, an, Rat des Kreises Stralsund Abteilung Inneres, ohne Titel (Brief über die Zeltplatzvermittlung für die Sportfreunden), 19. 9. 1969.

⁴⁵⁷ Ebd.

die „Zeltplatzvermittlung“ betonte, dass sie die administrativen Fehler bei der Vermittlung der Campingplätze jährlich vermindere, blieb dieses Problem im Kern immer bestehen.⁴⁵⁸

Dieser Fall zeigt die Grenzen der bürokratischen Verwaltung auf, die sich in jeden Staat finden lassen. Im Jahr 1970 strukturierte der Rat des Bezirks Rostock daher die „Zeltplatzvermittlung“ zu dem „Campingzentrum der Ostsee“ um. Dieses umfasste alle Angelegenheiten des Campingwesens im Bezirk Rostock, von der Verteilung der Plätze bis hin zur Leitung und Errichtung neuer Campingplätze. Die Richtlinie bestimmte neben der qualitativen Verbesserung der Campingplätze die Erhöhung der Benutzung.⁴⁵⁹ Ähnlich der Richtlinie zu den Einschränkungen des Neubaus von Erholungsheimen, erreichte auch die Richtlinie von der „sinnvollen“ Nutzung der Campingplätze, die der Rat des Bezirkes Rostock zu Beginn der sechziger Jahre einführte, die Grenzen ihrer Verwirklichung. Die Kreise erhielten bisher das Recht, 30 % der Campingplätze für die Betriebe zu verteilen, aber der Rat der Bezirk forderte diese 1971 auf, diese Kapazität bis auf 20 % in 1972 zu verringern. Er versuchte mit dieser Maßnahme, die Leitung der gesamten Campingplätze im Bezirk durch das „Campingzentrum“ zu verstärken. Dabei bestimmte diese Richtlinie, dass die Verteilung den Industriearbeiter bevorzugte, der in Schwerpunktindustrie beschäftigt war.⁴⁶⁰ Das Verhältnis der Verteilung der gesamten Aufnahmekapazität des „Campingzentrums“ änderte sich von 60 % für die Betriebe und 40 % für die Privatpersonen und Familien auf 50 % für beide.⁴⁶¹ In dieser Zeit erzwang der Fortschritt der Individualisierung und der Familienzentralisierung im Erholungsverhalten diese Veränderung, weg von den bisherigen kollektiven Anträgen und Vermittlung der Campingplätze durch die Betriebe.

Der Rat des Bezirk Rostock rechtfertigte sich im Jahr 1973 gegen die vom FDGB Zentralverband herausgegebene „Information über Tendenzen der Verschlechterung des von den staatlichen Organen im Bezirk Rostock durchgeföhrten Campingurlaubs der Werktätigen“. In dem Schreiben betonte der Rat des Bezirks gewiss die Erhöhung der Aufnahmekapazität der Campingplätze, trotzdem wurden im Bezirk Rostock 1972 ein Drittel der Anträge auf

⁴⁵⁸ Vgl. LAG, Rep. 200. 8.2.3. Nr. 71, Bl. 175: von Rat des Ostseebades Graal-Müritz, Einschätzung des Urlaubsjahres 1966 und 1. Schlussfolgerungen für die Durchführung der Saison 1967, Ohne Datum (1967).

⁴⁵⁹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 123, Bl. 5: Die Entwicklung des Campingwesens im Bezirk Rostock und die Herausarbeitung von Schlussfolgerungen für die Planung und Leitung des Campingwesens, 23. 4. 1970.

⁴⁶⁰ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 188, Bl. 5: von, Rat des Bezirkes Rostock. Abt. Erholungswesen, Grundrichtung für die Entwicklung des Erholungswesens im Fünfjahrplanzeitraum 1970-1975, 2. 11. 1971; Beschuß des Rates Bezirkes Rostock, Nr. 4-1/71, Zum Bericht über die Auswertung der Urlaubersaison 1970 und Schlussfolgerungen für 1971 vom 8. 1. 1971.

⁴⁶¹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 134, Bl. 1: Campingordnung des Bezirkes Rostock, Ohne Datum (1971); Beschuß des Rates der Bezirkes Rostock, Nr. 32-4/74, Ordnung für das Betrieben, die Vermittlung und die Benutzung der Campingplätze des Bezirkes Rostock -Campingordnung- vom 22. 2. 1974.

Campingurlaub verweigert, in Zahlen waren es 256.000 Menschen. Daher kann vermutet werden, dass selbst die Antragsteller, welche eine Genehmigung erhielten, diese nicht immer für den gewünschten Zeitraum oder den gewünschten Campingplatz erhielten.⁴⁶²

Die Kreise erlaubten bisher ein Maximum von 30 % der Kapazität den Betrieben zur langfristigen Benutzung der Campingplätze. Daher konnte sie mit dieser Maßnahme die Betriebe zum Bau neuer sanitärer Anlagen in den Campingplätzen auffordern. Diese Regelung von 30 % konnte aber nicht immer von allen Campingplätzen eingehalten werden, wie die oben bereits erwähnte Eingabe der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung zeigt: „Wir hatten keine Kapazitäten mehr für Gruppenzelter zu Verfügung, weil die Räte der Gemeinden, die ihnen zur Verfügung stehenden 30 % weit überzogen.“⁴⁶³ Darüber hinaus protestierte beispielsweise der VEB Wirkmaschinenbau Karl-Marx-Stadt, 1969, gegen die plötzliche Bekanntgabe der Gemeinde Altenkirchen, eine Zeltgaststätte auf dem von ihm benutzten Campingplatz zu errichten. Er hatte diesen Campingplatz bereits viele Jahre genutzt, um das Sommercamping der Jugendlichen auszurichten und arbeitete auch bei der Verbesserung der sanitären Anlagen mit dem Kreis zusammen. Der Betrieb wünschte sich das Zeltlager für die Jugendlichen und Kinder in einer ruhigen Umgebung. Die Gemeinde hingegen versuchte die Annehmlichkeiten aller Urlauber auf dem Campingplatz zu erhöhen. Hier mussten die Interessen beider Parteien aufeinanderstoßen.⁴⁶⁴

Dieses Beispiel zeigt den Widerspruch des Campingwesens in der DDR. Ursprünglich sollte das Camping die Gelegenheit bieten, sich in der Natur zu treffen. Deswegen wurde normalerweise das Essen selbst gekocht und in Zelten übernachtet. Da die Campingplätze der DDR den Mangel an Erholungsheimen ergänzen sollten, sollte auch hier die Bevölkerung nicht auf die alltägliche gemütliche Umgebung verzichten. Daher mussten die Verwaltungsorgane immer auf den Neubau von Zeltgaststätten, kleiner Geschäfte und sanitärer Anlagen aufmerksam machen. Die Betriebe übernahmen dabei die Verbesserung der sanitären Anlagen, wie Toiletten- und Waschhäuser, auf den Campingplätzen. Damit konnten sie aber nicht das Recht auf ihre zugewiesenen Plätze erhalten, obwohl sie die Kosten für den Ausbau aus ihrem

⁴⁶² LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 196, Bl. 32: Antwort auf die Information des Mitgliedes des Präsidiums des FDGB Bundesvorstandes, Dr. Rösel, an die Genossen Harry Tisch, Willi Marlow und Heinz Hanns, Ohne Datum (1973).

⁴⁶³ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 42, Bl. 20: von Zeltplatzvermittlung Ostseebezirk, an, Rat des Bezirkes Rostock, Abt. Erholungswesen Kollegen Karsten, Ohne Titel (Antwort zur Eingaben aus Gewerkschaft Unterricht und Erziehung Zentralvorstand), 25. 3. 1964.

⁴⁶⁴ Vgl. LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 110, Bl. 30 ff.: von, Textima VEB Wirkmaschinenbau Karl-Marx-Stadt, an, Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock, Ohne Titel (Brief über eine Eine Mitteilung des Rates der Gemeinde Altenkirchen/Rügen), 28. 5. 1969.

betrieblichen Haushalt auftrieben. Die weiteren Beschränkungen ihrer bisherigen Nutzungsmöglichkeiten auf den Campingplätzen stellten einen Eingriff in ihr bestehendes Nutzungsrecht dar, deshalb verstärkte sich ihr Ressentiment zunehmend. Die Betriebe ärgerten sich besonders über die Veränderung der Richtlinie im Jahr 1971. Nach der neuen Regel mussten die Betriebe, jedes Jahr neue Anträge bei dem „Campingzentrum“ stellen, wenn sie mehr als die, durch die Gemeinden verteilten, bevorzugten 20 % der Campingplatzkapazitäten erhalten wollten. In der Tat führte dies zur steigenden Unzufriedenheit bei den Betrieben. „Die Nachfrage von Betrieben zur Vermittlung von Campingplätzen ist tatsächlich sehr hoch. Sie betrug im Jahre 1973 5370 Anträge. 3892 Anträge konnten berücksichtigt werden während 1478 eine Absage erhalten bzw. auf Campingplätze anderer Bezirke verwiesen werden mußten. Es besteht also immer die Aufgabe, einen bestimmten Teil von Betrieben Absagen zu erteilen. Hierbei stehen sich nun zwei verschiedene Interessen gegenüber. Einerseits protestieren die Betriebe, wen sie nach Ablauf ihrer Genehmigung im nächsten Jahr nicht wieder vermittelt werden und sie fordern, auf unbeschränkte Zeit die Genehmigung zu erhalten. Anderseits gibt es zahlreiche Eingaben im ‚Campingzentrum Ostsee‘ solcher Betriebe, die jahrelang nicht berücksichtigt werden konnten und dagegen protestieren, warum andere Betriebe für mehrere Jahre solche Genehmigungen erteilt bekommen und sie ihren Betriebsangehörigen eine solche Möglichkeit nicht bieten können. Sie fordern die gleichberechtigte Behandlung aller Betriebe bei der Zeltplatzgenehmigung.“⁴⁶⁵

Einerseits stieg die Unzufriedenheit der Betriebe über die Verteilung der Campingplätze, anderseits behielten die Betriebe mit genehmigten Plätzen ihre selbstsüchtige Nutzung bei. So kritisierte die „Auswertung der Urlaubersaison“ des Jahres 1970 die Betriebe wie folgt: „Es wurden 450 201 Personen vermittelt, davon sind jedoch nur 429 657 angereist. Bei der Mehrzahl der nicht Angereisten handelt es sich um Betriebe, die wie z. B. der VEB Kalikombinat Sonderhausen, für die Zeit vom 1.5. bis 30.9 1970 Campinggenehmigungen beantragt und bezahlt haben, aber erst am 15.6 die ersten Urlauber schickten und auch den September kaum nutzen.“⁴⁶⁶ Die Betriebe ignorierten den Grundsatz, mit dem die SED für die „planmäßige“ und „sinnvolle“ Benutzung der Erholungseinrichtung forderte.

Die unterschiedlichsten Forschungen haben bereits gezeigt, dass die Bevölkerung den Konsumgütermangel in der DDR bereits erkannte und versuchte die betreffenden Güter anzuhäufen. Diese spezifische gesellschaftliche Verhaltensweise in der DDR, wie Saitô es

⁴⁶⁵ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 196, Bl. 35: a. a. O.

⁴⁶⁶ LAG, Rep. 200. 8.3.2. II Nr. 179, Bl. Ohne: a. a. O.

bezeichnet, zeigt sich auch bei den Anträgen und der Nutzung der Campingplätze.⁴⁶⁷ Wenn die Betriebe die Campingplätze nur in der Zeit beantragt hätten, in der sie von ihren Arbeitern für Erholungsreisen gebraucht wurden, dann wäre die Änderung der Platzzuteilung auf 20 % der Kapazitäten für Betriebe ausreichend gewesen. Da aber die Arbeiter aufgrund der „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ im eigenen Betrieb mehr Erholungsmöglichkeiten pro Person oder Familie forderten, behielten die Betriebe dieses „planlose“ und „sinnlose“ Verhalten bei der Beantragung und Verteilung der Campingplätze bei.

5.3.3 Freikörperkultur: FKK

Die Freikörperkultur hatte sich in den achtziger Jahren als die typische Badeszene in der DDR etabliert. Im Allgemeinen ist die Bewegung, die bereits in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg Tradition hatte, in der Ära Ulbricht unterdrückt worden. Die Anordnung von 1956 bestimmte, dass nur in begrenzten und dementsprechend gekennzeichneten Orten FKK betrieben werden durfte und die Förderung des FKK durch soziale Organisationen verboten war.⁴⁶⁸ Diesbezüglich hatte die SED unter Honecker die Richtung gewechselt. Zwar förderte sie nicht aktiv die Freikörperkultur, aber sie duldet FKK in einem bestimmten Umfang. In der Tat versuchte die Ausführungsverordnung der Anordnung von 1956 auf natürlichem Wege FKK zu verringern: „Mit der Freigabe von Plätzen zum Baden ohne Badebekleidung soll nicht erreicht werden, diese Art des Badens zu verbreiten, sondern den Bürgern, die aus ethischen Gründen Anhänger des Nacktbadens sind, wird die Möglichkeit gegeben, dieses ungestört durchzuführen.“⁴⁶⁹ Im Bezirk Rostock patrouillierten die Polizei und die betreffenden Verwaltungsorgane der Gemeinden die Badeorte und überwachten, dass FKK nur an den gekennzeichneten Strandabschnitten betrieben wurde. Für den entgegengesetzten Fall erklärte die Anordnung aber, dass „Bürger, die einen freigegebenen Platz zum Baden ohne Badebekleidung benutzen, nicht das Recht [haben], bekleidete Personen am Betreten dieser Örtlichkeit zu hindern oder zum Nacktbaden zu nötigen.“⁴⁷⁰ Durch diese Bestimmung konnte der Teil der Bevölkerung, die keine Anhänger des FKK waren, trotzdem die Strände frei besuchen. Daher interessierten sich nach und nach immer mehr Menschen für FKK.

⁴⁶⁷ Saitô, a. a. O., S. 247.

⁴⁶⁸ Anordnung zur Regelung des Freibadewesens, in: GBl. I (1956), S. 433 ff.

⁴⁶⁹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. II. Nr. 188, Bl. Ohne: Abschrift. Anordnung zur Regelung des Freibadewesens vom 18.5.1956, Ohne Datum (1956).

⁴⁷⁰ Ebd.

1966 führte der Sportmedizinische Dienst Rostock eine Untersuchung die Freikörperkultur durch. Die Umfrage stellte fest, dass 10 % der Ostseestrände FKK ermöglichen und der Bezirk Rostock die steigende Popularisierung des FKK nicht weiter ignorieren konnte.⁴⁷¹ Aufgrund der Berichte, die jeder Kreis dem Rat des Bezirks im Jahr 1969 zukommen ließ, ergab sich, dass sich zahlreiche FKK-Strände im Bereich Vorpommern, wie auf den Inseln Usedom und Rügen, befanden. Dagegen existierten in Mecklenburg vergleichsweise nur wenige, im Kreis Wismar sogar keine FKK-Strände.⁴⁷² Die Bewohner aus dem Bezirk Rostock oder den umgebenden Bezirken Neubrandenburg und Schwerin betrieben nicht so stark FKK. Der Großteil der FKK-Anhänger bestand aus den Erholungsreisenden, die aus den Bezirken Berlin, Dresden und Leipzig kamen. Nach dem Ergebnis der Untersuchung des Sportmedizinischen Diensts Rostock waren 82 % der FKK-Anfänger Verheiratete und Familien, von denen 64 % Kinder hatten. Oft besuchte die gesamte Familie die FKK-Strände. Dabei waren 46,3 % der Männer und 25,3 % der Frauen der gesamten FKK-Anhänger Intellektuelle. Der Anteil von Arbeitern und Arbeiterinnen lag dagegen nur bei 19 % der Männer und 11 % der Frauen.⁴⁷³

Zwar resultierte das Untersuchungsergebnis nur auf ca. 65 zurück erhaltenen Umfragebögen, durch die allgemeinen Fragestellungen – wie „Was gefällt Ihnen nicht?“ – können trotzdem die tatsächlichen Probleme um die FKK bestätigt werden. Im Allgemeinen kritisierte das Ergebnis der Befragung die geringe Anzahl an FKK-Stränden, die wenigen FKK-Orte im Binnenland und die schlechten sanitären Anlagen auf den FKK-Campingplätzen. In der folgenden Kritik ist die typische Unzufriedenheit zu erkennen: „Zu wenig Möglichkeiten vor allem auf Zeltplätzen FKK zu betreiben. Die vorhandenen Plätze müßten abgeschlossener sein.“⁴⁷⁴ Die meisten FKK-Urlauber gebrauchten die Campingplätze nur als Übernachtungsmöglichkeit. Da die „Zeltplatzvermittlung“ in Stralsund auch die Kapazitäten der FKK-Campingplätze verteilte, wurden die Bedürfnisse der FKK-Anhänger nicht befriedigend berücksichtigt. „Was mir noch nicht gefällt: Bei meinen Antrag auf Zeltplatzgenehmigung gebe ich stets an ‚Ückeritz oder Bansin‘ damit ich auf alle Fälle zum FKK-Strand nach Ückeritz kann. Nun muß man immer wieder feststellen, daß in Ückeritz Leute zelten, die nach Bansin zum ‚Textilstrand‘ gehen. Gebt also die Zeltplätze am FKK-Strand nur an Anhänger der FKK!“⁴⁷⁵ Also sahen die

⁴⁷¹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 98, Bl. 11: Aus der Sportärztlichen Hauptberatungsstelle des Sportmedizinischen Dienstes Rostock (Chefarzt: Dr. med. K. Märker), Die Freikörperkultur (FKK) im Rahmen von Urlaub, Freizeit und Sport, (1966).

⁴⁷² Vgl. LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 115, Bl. 1. ff.: Freigabe von Strandabschnitten für FKK, 1969; LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 98, Bl. 78; Frageantwort zum Problem der Freikörper-Kultur, 1966.

⁴⁷³ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 98, Bl. 12 f.: a. a. O.

⁴⁷⁴ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 98, Bl. 30: Frageantwort zum Problem der Freikörper-Kultur, 1966.

⁴⁷⁵ Ebd., Bl. 73.

Befragten den Grund für die Benachteiligungen der FKK-Anhänger im Fehlen einer gesellschaftlichen Organisation dieser. Die folgende Antwort auf einem Fragebogen verdeutlicht einerseits die Meinung der FKK-Anhänger, FKK auf einen bestimmten Raum zu begrenzen: „Es wäre in Erwägung zu ziehen bzw. zu wünschen, daß der Aufenthalt auf dem FKK-Platz abhängig ist von einer Mitgliedschaft einer FKK Organisationen, die dem Kulturbund, DTSB. o. ä. angeschlossen sein kann. Der Beitrag sollte ruhig eine angemessene Höhe haben, um wirkliche Interessenten in der Gemeinschaft zu haben. Der [Das] Geld könnte für die Verschönerung der Plätze Verwendung finden.“⁴⁷⁶ Andererseits drückten andere Antworten auch die Erwartung der Anerkennung des FKK in der Gesellschaft aus: „Da die Freikörperkultur auf der Familienbasis fundiert, wäre sie auch ein[e] große Förderung des so oft angestrebten Massensport[es].“⁴⁷⁷

Gewiss war es schon 1966 ein ernsthaftes Problem, dass die FKK-Strände nicht strikt oder nur ungenügend von den normalen Stränden abgegrenzt waren. Der Kreis Wolgast, der die Insel Usedom verwaltete, erwähnte dieses Problem: „In diesem Jahr sind vielfach die Schilder ‘FKK Strand’ von unbekannten Personen entfernt worden und [dass] die FKK Urlauber ihre zugewiesenen Strandabschnitte unberechtigt erweiterten. Es kam auch vor, dass andere Urlauber, die durch diesen Abschnitt gegangen sind, von FKK Urlaubern belästigt wurden.“⁴⁷⁸ Kurioserweise stimmte die Absicht der FKK-Anhänger mit dem Versuch der SED in der Ära Ulbricht darin überein, dass der FKK-Strand streng von dem normalen Strand getrennt werden sollte.

Die Zeitung „Norddeutsche Neuste Nachrichten“ erhielt 1970 eine Anfrage, in der ein Leser die erlaubten Strände für FKK wissen wollte. Der Redakteur fragte daraufhin den Rat des Bezirks, ob er die zugelassenen FKK-Strände in der Zeitung veröffentlichen durfte. Damals erlaubte der Rat des Bezirks, dem Leser die Strände mitzuteilen, untersagte aber die Veröffentlichung in der Zeitung.⁴⁷⁹ Anders als von der SED zuerst erwartet, stieg das Verlangen, FKK zu betreiben Jahr für Jahr an. In der Folge nahm die Anzahl der FKK-Strände zu. Nach den Unterlagen des Bezirks Rostock wurden die FKK-Strände, die 1970 zu den inoffiziellen FKK-Stränden

⁴⁷⁶ Ebd., Bl. 30.

⁴⁷⁷ Ebd., Bl. 77: von W. S., an Sportmedizinischer Dienst Rostock, Brief um die Freikörperkultur, 9. 9. 66.

⁴⁷⁸ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 70, Bl. 44: a. a. O.

⁴⁷⁹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 128, Bl. 11: von Abt. Erholungswesen, an, Norddeutsche Neueste Nachrichten. VEB National Chefredakteur Parteifreund Starauscheck, Ohne Titel [Brief über die FKK-Reservate], 19. 2. 1970.

gerechnet wurden, 1974 als offizielle FKK-Strände aufgeführt.⁴⁸⁰ Der Wechsel gründete sich auf die steigende Nachfrage der FKK-Anhänger. Zusammen ungefähr 100 Personen unterschrieben diese Eingaben.⁴⁸¹

Die Umfrageuntersuchung über die Freikörperkultur betrachtet abschließend den zukünftigen Umgang mit FKK selbst: „Es erhebt sich die Frage, ob man nicht den zahlreichen Forderungen nach einer besseren Abgrenzung der FKK-Gebiete nachkommen sollte. Zum anderen sollten bei der Zeltplatzvergabe die Wünsche hinsichtlich eines Zeltplatzes mit FKK-Strandabschnitt berücksichtigt werden, damit nicht Urlauber, die keine FKK-Anhänger sind, auf einen Zelplatz mit FKK-Strandabschnitten vermittelt werden.“⁴⁸² Der Anstieg des Bedürfnisses nach FKK schritt proportional mit der Zunahme des Bedürfnisses nach allgemeiner Stranderholung fort. Durch den Mangel an Stränden und Campingplätzen war es in der DDR, wie in anderen Ländern, unmöglich, den FKK-Strand strikt von den anderen Stränden zu trennen. Deswegen vermischten sich an den FKK-Stränden „normale“ Urlauber allmählich mit den FKK-Anhängern. Aufgrund dieses Mangels und der Vermischung, wurde die Absicht der SED und der FKK-Anhänger, die Strände streng voneinander zu trennen, mit der Zeit unmöglich. Schließlich veränderte die SED tatsächlich ihre Meinung und so konnte der eigene spezifische kulturelle Raum des FKK in der DDR entstehen.

In diesem Punkt kann also, wie von McLellan bereits diskutiert, der These der „Nischengesellschaft“ bezugnehmend auf die Absicht der strikten Trennung der FKK-Strände von den „normalen“ Stränden und der Zutrittsbeschränkung zugestimmt werden. Um die Richtigkeit zu garantieren, war diese Umfrageuntersuchung anonym. Dennoch gab es einige Antwortbögen, auf denen die Antwortenden die eigene Adresse vermerkt hatten. Wenn in der Ära Ulbricht FKK einfach unterdrückt worden wäre, so hätten diese Antwort möglicherweise politische Konsequenzen nach sich gezogen. Daher war es rationell, die Umfrage anonym zu beantworten. Die „Nischengesellschaft“ setzte diese Rationalität voraus.

Nach diesem Beispiel konnte in der Realität die „Nischengesellschaft“, in der sich die Bevölkerung einen von der Politik getrennten, privaten, freien Raum erhielt, nicht zustande

⁴⁸⁰ LAG, Rep. 200. 8.3.2. II. Nr. 188, Bl. Ohne: Übersicht über FKK-Strandabschnitte. Stand 1970, 30. 7. 1975.

⁴⁸¹ LAG, Rep. 200. 8.3.2. II. Nr. 200, Bl. 51 ff.: an den Rat des Bezirkes Rostock, Eingabe, betr. Einrichtung eines offiziellen FKK-Strandes zwischen den Ostseebädern Trassenheide u. Karlshagen, 28. 7. 73, Bl. 56: Einrichtung eines offiziellen FKK-Strandes zwischen den Ostseebädern Trassenheide und Karlshagen, Ohne Datum.

⁴⁸² LAG, Rep. 200. 8.3.2. Nr. 98, Bl. 13: a. a. O.

kommen. Eher versuchten die FKK-Anhänger aktiv die SED zu beeinflussen, um ihre eigenen Interessen zu verwirklichen, was ihnen bis zu Ende der DDR 1990 nicht gelang. Die Ironie der Geschichte besteht darin, dass sich nach dem Ende der Zustand des FKK vollständig veränderte. Der Zustrom der westlichen Touristen und ihre starken Aufforderungen, die FKK'ler aus ihrem Blickfeld fernzuhalten, vertrieb die Freikörperkultur in die „Nische“, sodass die FKK-Strände nun strikt von den anderen Stränden abgegrenzt waren.

5.4 Die Realität der Erholungspolitik: Die „unbewusste Interessensvertretung“ der gesellschaftlichen Institutionen und die Erschaffung einer „geschickten Resonanzgesellschaft“

Die Erholungspolitik der SED zielte ohne Zweifel genau auf die rationelle Verteilung der Erholungsheime und die Organisation der Erholungsreisen. Nach Ansicht der SED sollte der FDGB-Feriendienst deren „Hauptträger“ darstellen. Doch mangelte es zu Beginn der sechziger Jahre deutlich an den Aufnahmekapazitäten der Erholungsheime, die der FDGB-Feriendienst selbst erhielt, um das Bedürfnis nach Erholungsreisen vollständig zu erfüllen. Da der Neubau nicht so stark in den wirtschaftlichen Aufbauplanungen berücksichtigt wurde, verlangte die SED die „Rationalisierung“ oder den „rationellen Gebrauch“ der Materialien und der Anlagen, die im wirtschaftlichen Prinzip des NÖSPL in den sechziger Jahren bestimmt wurden. Nach den Überlegungen der SED hatte die Erhöhung der Verwendung der Erholungsheime die Wünsche der „gewöhnlichen Bevölkerung“ nach Erholungsreisen erfüllt, daher beschränkte die SED die Errichtung neuer Erholungsheime. Das reflektierte die gesamte wirtschaftspolitische Richtlinie Ulbrichts, in der die SED erst die Wirtschaft aufbaute und danach die soziale Wohlfahrt zu verwirklichen suchte. Als einen Teil der Wirtschaftspolitik führte sie von 1966 bis 1967, kurz vor der dritten Etappe des NÖSPL, die Fünf-Tage-Arbeitswoche ein und erhöhte die Mindesturlaubstage. Ironischerweise verstärkten aber diese beiden Maßnahmen das Bedürfnis nach Erholungsreisen der gewöhnlichen Bevölkerung. So hob der Rat des Bezirkes Rostock tatsächlich schon 1968 die Richtlinie von der Baubeschränkung der neuen Erholungsheime auf.

Aufgrund des Beschlusses der „Interessengemeinschaft“, in der die betrieblichen Erholungsheime mit dem FDGB-Feriendienst zusammenarbeiteten, begann der FDGB-Feriendienst den Neubau von Erholungsheimen und 1972 verkündete Honecker auf dem VIII. Parteitag die Parole: „alles für das Wohl und Glück des Volkes“. Dieser Politikwechsel resultierte aber nicht aus dem Wechsel an der politischen Spitze der SED. Das

Problem der Erholungsheime und deren Verteilung tauchten nicht erstmals während der Honecker-Zeit in der gesamten DDR auf, es war eher eine Hinterlassenschaft der Ära Ulbricht, die die SED als politische Aufgabe zu lösen hatte.

Die Vermietung der freien Zimmer und Betten von Privatpersonen und die Verteilung der Aufnahmekapazitäten der Betriebserholungsheime ergänzten den Mangel der Erholungsheime des FDGB-Feriendienstes. Der Konflikt über die Verteilung der Kapazitäten der Erholungsheime entstand im Wesentlichen zwischen betroffenen Organisationen der DDR. Vor diesem Hintergrund lag die Verfolgung des Eigeninteresses der gewöhnlichen Bevölkerung. Es spiegelte sich nicht nur in den Aktionen der Privatpersonen, wie die Schwarzvermietung, wider, sondern auch in den Vertragsverhandlungen des FDGB-Feriendienstes mit den Betriebserholungsheimen. Die Betriebe bevorzugten für die Produktivitätssteigerung auch die Wohlfahrt der eigenen Beschäftigten. Hier erfüllten die Betriebe als sozialer Apparat das Interesse der gewöhnlichen Bevölkerung. Dieses Verhalten zeigt zu einem bestimmten Teil, wie die Bevölkerung ihre Interessen in der DDR ausdrückte. Die gewöhnliche Bevölkerung passte sich den damaligen Umständen an. Einerseits nutzten sie die Möglichkeit zu Erholungsreisen, die die jeweiligen sozialen Organisationen, denen sie selbst angehörten, anboten, anderseits versuchten sie durch persönliche Verbindungen und Kontakte andere Übernachtungsmöglichkeiten zu bekommen. Sie bemühten sich das eigene Interesse bestmöglich zu verwirklichen.

Der FDGB-Feriendienst hatte explizit auf dem Gesetz über Verantwortung für das Erholungswesen der Werktätigen bestanden. Trotzdem wurde von den Betrieben immer noch erwartet, einen Teil der Wohlfahrt der eigenen Beschäftigten zu tragen. Eigentlich waren beide für die privaten Interessen derselben Werktätigen verantwortlich. Trotzdem gründete sich der Konflikt zwischen beiden auf den unterschiedlichen Wegen, mit denen beide ihre Aufgabe zu erfüllen versuchten. Logischerweise waren beide Behauptungen, die der Betriebe und die des FDGB-Feriendienstes, über die Verteilung der Erholungsheime richtig, da sie beide das Interesse der Werktätigen verfolgten. Dennoch verstärkte das vielfache Auftreten derselben Interessen der gewöhnlichen Bevölkerung, durch die unterschiedlichen Wege, die Mangelwirtschaft. Dadurch verschärfte sich die Unzufriedenheit in der Gesellschaft. Auch wirkten sich die Unterscheidungen bei der Verteilung der Erholungsreisen nach den unterschiedlichen Industriezweigen und die daraus entstehenden Ungerechtigkeiten zusätzlich negativ auf die Bevölkerung aus. Daraus entwickelten sich die Zweifel am Wert der

Gerechtigkeit. Hier wurde die Verfolgung der wirtschaftlichen Rationalität durch die Planung, die das sozialistische Regime forderte, geschädigt. Mit Sicherheit gelang der SED in der Erholungspolitik die Planung mit konkreten Zahlen. Dies umfasste die konkrete Regulierung und Verteilung der Kapazitäten der Erholungsheime, deren Neubau, den Aufbau der gastronomischen und kulturellen Einrichtungen sowie das Angebot an kulturellen Aktivitäten. Dennoch konnte sie der doppelten Anforderung des Interesses der Gesellschaft nicht ausreichend entsprechen. Die Erholungspolitik zeigte zum Teil gründlich die „Planlosigkeit der Planwirtschaft“ und dass die „Planwirtschaft keiner ernsthaften Richtlinie für den Plan“ folgte.

Wenn man die Rationalisierung der Aufnahmekapazitäten und die Neuerrichtungen der Erholungsheime betrachtet, dann versuchte die SED in den sechziger und siebziger Jahren mehrmals die Bindung der Betriebe an den FDGB-Feriendienst zu verstärken. Im Jahr 1979 regulierte die SED endlich per Gesetz diese Bindung. Diese mehrmaligen Versuche der SED zeigen selbst die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Erholungspolitik.

Oberflächlich betrachtet verfolgte die Erholungspolitik die Verwirklichung der Organisation und der Kollektivierung, die die SED verfolgte. Werden aber die verschiedenen Materialien zusammen überprüft, so versuchten sowohl die Betriebe als auch der FDGB die Erholungseinrichtungen lediglich für die eigenen Beschäftigten bzw. die eigenen Mitglieder zu gewinnen. Die sozialen Institutionen trugen rechtlich das Interesse der Individuen und deren Familien. Die Massenorganisationen der SED, wie der FDGB, waren verantwortlich für die „Transmission“. Sie wurden aber ebenfalls zu „unbewussten Interessensvertretung“ ihrer Mitglieder und der Bevölkerung. Der Versuch der Organisation und der Vereinheitlichung der Erholungsreisen sollte gründlich dem ursprünglichen Charakter des Freizeitverhaltens von der Verwirklichung des individuellen Genusses widersprechen.

Welche Gesellschaft gestaltete dann also das Erholungsverhalten in der DDR? Die obengenannten Berichte und die Eingaben reflektieren deutlich das politische Verhalten der gewöhnlichen Bevölkerung. Das zeigte sich auch in der Freikörperkultur, die die SED zu unterdrücken versuchte. Das gezeigte Bild widerspricht deutlich der These der „Nischengesellschaft“, die die Trennung des privaten Lebens von dem öffentlichen Leben innerhalb der Gesellschaft der DDR voraussetzt. Nach der These der „Nischengesellschaft“ hatte die Bevölkerung sich in den privaten Raum zurückgezogen und nur dort die wahre Meinung über die Politik besprochen. Das Erholungswesen stellt am bestens

das private Element des menschlichen Lebens dar, dennoch verhandelte die gewöhnliche Bevölkerung auch hier sehr aktiv auf der politisch Ebene mit dem SED-Regime. Als Hintergrund kann natürlich nicht ignoriert werden, dass die SED die allgemeine Verantwortung für die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen trug. Das zwang die Bevölkerung dazu, politisch zu sein, um das eigene Interesse verwirklichen zu können. Aus diesem Verhalten der Bevölkerung ist jedoch nicht zu erkennen, dass sie einseitig vom SED-Regime unterdrückt wurde und infolgedessen die eigene politische Meinung in den sogenannten „Nischen“ versteckte. Es ist eher anzunehmen, dass Teile der gewöhnlichen Bevölkerung, durch Einwirkungen, klug die Richtung der SED lenkte. In der Gesellschaft der DDR wurde der privater Raum, indem die Menschen sich frei von der Einwirkung des politischen Regimes aufhalten konnten und der öffentliche Raum, der hauptsächlich von dem Verhältnis zum politischen Regime bestimmt war, miteinander vermischt. Aus diesem Bild der Bevölkerung kann gewiss auf eine individualistische und eigennützige Gesellschaft geschlossen werden, da die gewöhnliche Bevölkerung anscheinend in der „Mangelwirtschaft“ eher das individuelle Interesse verfolgte.

Zuletzt soll der vorliegende Teil noch am Beispiel eines Berichts über Beschwerden zur Verteilung der Campingplätze im Jahr 1976 das weitere gesellschaftliche Bild darstellen. „Am 27. 4. 76 sprach z. B. Herr L. aus O. bei Magdeburg vor und teilte folgenden Sachverhalt mit: Sein Antrag Nr. 34428, eingegangen am 8. 12. 75 für die Saison abschlägig beantwortet. Beantragt wurden die Plätze Prerow und Trassenheide. Auch das unterbreitete Angebot konnte nicht mehr realisiert werden. Herr L. konnte nachweisen, daß er seit 4 Jahren auf seinen ersten Antrag ständig eine Absage erhalten hat. Gleichzeitig wies er nach, daß eine befriedete Familie S. aus Magdeburg ständig Zusagen bekommt. Als Beweis legte er die Campinggenehmigungen der Familie S. für 1976 vor. Der Antrag hat die Nr. 39659 und ging am 9. 12. 75 bei uns ein. Herr S. beantragte ebenfalls den Campingplatz Prerow und Trassenheide für die gleiche Zeit wie Herr L. und erhielt Trassenheide genehmigt. Dies ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß auch dieses System in unserem Projekt nicht mehr funktioniert.“⁴⁸³ Der Bericht selbst zeigt also deutlich, dass das neue EDV-System für die Campingplatzverteilung im Campingzentrum nicht gut funktionierte. An dieser Stelle ist es nicht notwendig, die umfassende Bedeutung dieser Problematik hier nochmals zu wiederholen. Der wichtigste Punkt hier besteht darin, dass Herr S., der offensichtlich bevorteilt wurde, Herrn L., der die Verwaltungsorgane kritisierte, über die eigene Verteilung des Campingplatzes

⁴⁸³ LAG, Rep. 200. 8.3.2. II. Nr. 4., Bl. Ohne: Analyse über die Arbeit des Campingzentrum „Ostsee“, (6. 5. 76).

informierte. Eigentlich besteht für Herrn S. keine Notwendigkeit, diese Dinge an Herrn L. weiterzugeben. Im diesem Fall wäre es verständlich, wenn die Bevölkerung wegen der „Mangelgesellschaft“ und der eigenen sinnvollen Beurteilung das selbstsüchtige Verhalten zeigte. Dennoch arbeiteten beide deutlich, zur gegenseitigen Hilfe, zusammen. Ähnliche Beispiele stellte die vorliegende Arbeit schon mehrmals vor, daher kann dieses Beispiel von guten Willen nicht als Einzelfall angesehen werden. Die vorliegende Arbeit vermeidet hier die Einschätzung, welche moralische Bedeutung diese gesellschaftliche Szene in der DDR innehatte. Dennoch entspricht die enge Kooperation der Angehörigen der gesellschaftlichen Schichten ironischerweise der Idee vom Sozialismus, die sich in diesem Fall aber nicht durch Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, sondern durch den wirtschaftlichen Mangel, die Ungerechtigkeiten sowie den Misserfolg des SED-Regimes verwirklicht hatte.

Aus dem oben gezeigten Gesellschaftsbild taucht die Resonanz im horizontalen Verhältnis zwischen den Individuen innerhalb der Gesellschaft der DDR auf. Diese Resonanz zeigt die Einsicht, dass die gewöhnliche Bevölkerung grundsätzlich das eigene Interesse verfolgte, sich aber gleichfalls gegenseitig Hilfe leistete, wenn sie ähnliche Interessen vertraten. Die Resonanz der Bevölkerung spiegelt sich ebenfalls im vertikalen Verhältnis zwischen dem politischen Regime und der Gesellschaft wider. So antwortete sie einerseits auf die Einwirkungen der SED, andererseits verdeutlichte sie, aufgrund des idealen Gesellschaftsbildes, das die SED betonte, immer ihre eigenen Interessen. Schließlich war das Verhalten der gewöhnlichen Bevölkerung auch von einer gewissen Geschicklichkeit geprägt, da sie es verstand, die einzelnen individuellen Interessen mit den Interessen anderer zu verbinden. Daher konnte die SED die gesellschaftliche Resonanz nicht einfach ignorieren. So nahm die Bevölkerung auch Einfluss auf das politische Regime und unter diesen Auswirkungen schwankte die Gesellschaft der SED. Hier wird der Resonanzeffekt, den die Gesellschaft der DDR gegenüber dem politischen Regime besaß, deutlich. Die vorliegende Arbeit bezeichnet daher, aufgrund dieses Zustandes, die Gesellschaft der DDR als „geschickte Resonanzgesellschaft“.

6. Der Kleingarten als die „Näherholungsmöglichkeit“ in der Stadt Rostock

6.1 Die Bedeutung des kleinen Gartens im Freizeitverhalten

Bereits in den sechziger Jahren gehörten die Kleingärten zu den typischen Freizeitaktivitäten in der DDR. Sie hatten eine lange Tradition und waren in der Bevölkerung sehr beliebt.⁴⁸⁴ In der Gegenwart müssen die Kleingärten bei der Beschreibung des Alltagslebens in der DDR unbedingt erwähnt werden. Diese kleinen Gärten symbolisierten in den bisherigen Forschungen die „Nischengesellschaft“, in der die Bevölkerung an ihrem kleinen Raum der privaten Freiheit festhielt.⁴⁸⁵ So betrachtet Isolde Dietrich die Realität der Kleingartenaktivität in den fünfziger Jahren aus kulturgeschichtlichen Aspekten und stützt sich dabei auf die Zeitschrift „Kleingärtner“, die von 1949 bis 1962 veröffentlicht wurde. Nach ihrem Werk unterstützte die SED seit Mitte der siebziger Jahre die Kleingartenaktivität als Freizeitverhalten, da diese Aktivität den Mangel der landwirtschaftlichen Produktion ergänzte. Tatsächlich waren die Kleingärtner oft unpolitisch oder gegen die verschiedene Propaganda der SED in den fünfziger Jahren, dann konnte die SED nicht unbedingt ihren Willen durchsetzen. Zunächst schuf die SED keine eigene Massenorganisation, durch die die Kleingärtner geleitet werden sollten, da sie zunächst davon ausging, dass diese Aktivität von selbst verschwinden würde. Jedoch erklärt Dietrich in ihrer Arbeit nicht die „Nischengesellschaft“, sondern die spezifischen gesellschaftlichen Verhaltensweisen, die in den Kleingärten erkennbar waren.⁴⁸⁶ Sie veröffentlichte auch Materialien beim Bundesarchiv über die Gartenpolitik der SED bis zur Wende. Daher besitzt ihre Studie repräsentativen Charakter in diesem Forschungsbereich.⁴⁸⁷

Die aktuelle Forschung zeigt, dass sich diese Aktivität der Kleingärtner nicht nur auf die städtischen Gebiete beschränkte, sondern sich auch auf die ländlichen Gebiete ausbreitete. Nach Meyer-Renschhausen besaßen die Bauern auch nach der landwirtschaftlichen Kollektivierung ein kleines Stück Land, welches sie außerhalb der beruflichen Arbeit in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) nutzten. Meyer-Renschhausen

⁴⁸⁴ Vgl. Günter Katsch/Johann B. Walz, Kleingärten und Kleingärtner im 19. und 20. Jahrhundert. Bilder und Dokumente, Leipzig 1996.

⁴⁸⁵ Vgl. Wilhelm Bleek, Kleingärtner, Kleintierzüchter und Imker. Eine exemplarische Nische in der DDR und deren Zukunft, in: Dieter Voigt/Lothar Mertens, (Hrsg.), Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR, Berlin 1992, S. 67-100.

⁴⁸⁶ Vgl. Isolde Dietrich, 'Ne Laube, 'n Zaun und 'n Beet Kleingärten und Kleingärtner in der DDR, in: Badstübner (Hrsg.), a. a. O., S. 374 ff.

⁴⁸⁷ Vgl. Isolde Dietrich, Hammer Zirkel Gartenzaun, Die Politik der SED gegenüber den Kleingärtnern, Berlin 2003.

bezeichnet dies als Nebenerwerbslandwirtschaft.⁴⁸⁸

Die bisherigen Forschungen stellen dar, dass der Kleingarten und die Nebenerwerbslandwirtschaft seit den sechziger Jahren eine große Bedeutung als Ergänzung der sozialistischen Landwirtschaft erhielten. Die vorliegende Arbeit erwähnte bereits, im Zusammenhang mit dem „Institut für Marktforschung“, die Bedeutung der Kleingärten. In der Freizeitaktivität der Kleingärten, die die SED in den Naherholungsbereichen gestattete, zeigt sich die typische Verbindung der „Mangelgesellschaft“ mit dem Freizeitverhalten. Gewiss erklärt die bisherige Forschung diesen Aspekt, dabei wird aber noch nicht ausführlich auf die Realität auf regionaler Ebene eingegangen. Nach den bisherigen Forschungen konnte die Kleingartenaktivität a priori mit der These von der „Nischengesellschaft“ verbunden werden. Um die Mangelwirtschaft ein wenig zu ergänzen, förderte die SED seit den sechziger Jahren die Kleingärten, daher kann hier eine politische Beziehung zwischen der Politik und der Gesellschaft gefunden werden.

Zunächst bestätigt der vorliegende Teil, aufgrund der bisherigen Forschungen und der damaligen öffentlichen Materialien, die allgemeine Politik der SED bezüglich der Kleingärten. Danach wird der Kleingarten auf der lokalen Ebene, am Beispiel der städtischen Kleingärten in der Stadt Rostock, betrachtet. Hier soll dargestellt werden, wie sich die Kleingartenaktivität mit der landwirtschaftlichen Produktion verband und wie sie sich als Freizeitverhalten entwickelte. Neben der Ergänzung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Kleingärten, hatte die Mangelwirtschaft in der DDR auch Einfluss auf die Versorgungsmengen von Saatgut und Futtermittel. Der vorliegende Teil betrachtet die persönlichen Beziehungen in den Kleingärten und die Konflikte, die durch die Mängel an Saat- und Futtermitteln entstanden. Als Quellen werden hier die Protokolle des Rats des Bezirks Rostock und die Materialien dessen Abteilung für Landwirtschaft aus dem Landesarchiv Greifswald sowie die Materialien der Abteilung Landwirtschaft beim Rat der Stadt Rostock aus dem Stadtarchiv Rostock genutzt.

6.2 Die „Kleingartenpolitik“ der SED und VKSK

Fast alle Massenorganisationen, wie der FDGB, der Frauenbund usw., wurden schon zu Beginn der fünfziger Jahre gegründet. Der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) jedoch, der hauptsächlich die Kleingartensparte leiten sollte, gründete sich erst 1959.

⁴⁸⁸ Elisabeth Meyer-Renschhausen, Kleinlandwirtschaft in der Regionalpolitik. Selbsthilfe durch informelle Wirtschaft: Zur Rolle der Kleinlandwirtschaft in der Provinz, in: 38 Deutschland Archiv 4, S. 607 ff.

Bis dahin hatte die Gewerkschaft die Kleingartenaktivitäten verwaltet. Die SED nahm den Verband nicht unbedingt bejahend auf.⁴⁸⁹ Die Verordnung, in der dessen Gründung bestimmt wurde, besagte nur, dass „der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter [...] allein berechtigt [ist], Grundstücke zum Zwecke der Weiterverpachtung an Kleingärtner zu verpachten“, aber aus ihr geht nicht hervor, dass der VKSK einen Teil der Freizeitaktivitäten trug.⁴⁹⁰ Eigentlich besteht die Frage, ob die SED diese Organisation wirklich benötigte. Wir können aufgrund dieses Verlaufs der Gründung interpretieren, dass die SED den VKSK einfach als eine Methode zur gesellschaftlichen Mobilisierung ansah. Trotzdem muss beachtet werden, dass auch die Kleingärten auf eine lange Tradition vor dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen sind.

In der Tat beruhte die Ursache der späten Gründung des VKSK auf diese Tradition. Die SED unterstützte bis in die sechziger Jahre nicht die kleingärtnerischen Aktivitäten und misstraute diesen. Das resultierte aus dem engen Verhältnis mit dem Idealbild der kommenden sozialistischen Gesellschaft in der SED. Die Parteiführung betrachtete die Kleingärten nur als vorläufig dringende Notwendigkeit, bezugnehmend auf den Lebensmittelmangel, direkt nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach ihrer Einschätzung hätte die Entwicklung des Sozialismus diesen Zustand auflösen müssen und die Kleingärten wären anschließend schrittweise von selbst verschwunden.⁴⁹¹ Zusätzlich wurden die Kleingärten von der SED, im Verlauf des tatsächlichen Wandel von der leninistischen Partei, als Hort der Sozialdemokratie und „kleinbürgerlicher Elemente“ eingeschätzt, daher glaubte die SED nicht diese Aktivität organisieren zu müssen.⁴⁹² Bei dem Säuberungsprozess nach dem 17. Juni 1953 kritisierte sie die unpolitische Tendenz der Kleingärtner: „Das traditionelle Mißtrauen gegenüber dem Kleingärtner als dem Prototyp des unpolitischen Deutschen wurde von neuem entfacht.“⁴⁹³

In der Gründungszeit des VKSK herrschte nur ein lockeres Verhältnis zur SED. Diese Einschätzung aber wandelte sich allmählich in positive Richtung nach dem ersten Verbandstag 1963 in Leipzig. Damals schickte Ulbricht einen Brief und erwähnte darin die Bedeutung der Kleingärten für das Freizeitverhalten. „In den Sparten des Verbandes finden Arbeiter, Angestellte, Angehörige der Intelligenz, Hausfrauen und Rentner bei sinnvoller Freizeitbeschäftigung und kulturellem Schaffen Freude und Entspannung und schöpfen

⁴⁸⁹ Dietrich, a. a. O. (‘Ne Laube), S. 388.

⁴⁹⁰ Verordnung über das Kleingarten- und Siedlungswesen und die Kleintierzucht, GBl. I 1960, S. 1.

⁴⁹¹ Vgl. Dietrich, a. a. O. (‘Ne Laube), S. 381.

⁴⁹² Dietrich, a. a. O. (‘Ne Laube), S. 383.

⁴⁹³ Dietrich, a. a. O. (‘Ne Laube), S. 386.

zugleich neue Kraft für ihre Arbeit in Betrieben und Instituten.“⁴⁹⁴ Die Bedeutung des Kleingartens als Freizeitgestaltung stieg in der Gesellschaft von allein, daher erkannte die SED die Kleingärten schrittweise als Freizeitaktivität an. Speziell wurden die Sparten der Kleingärten in der Umgebung der großen Städte angesiedelt. Der Brief Ulrichts hob aber gleichzeitig hervor, dass „wir [be]grüßen besonders die Initiative von Kreisorganisationen des Verbandes der Kleingärtner, Siedler, und Kleintierzüchter, die den sozialistischen Wettbewerb von Mitglied zu Mitglied, von Sparte zu Sparte, und von Kreisverband zu Kreisverband organisieren, um mehr Obst und Gemüse, mehr Fleisch, Milch, Eier, Honig, Wolle und Felle zu erzeugen und dadurch mithelfen, die Bevölkerung besser zu versorgen.“ Hier verlangte Ulricht explizit die Ergänzung des Mangels in der landwirtschaftlichen Produktion von den Kleingärtnern.⁴⁹⁵

Das starke Bedürfnis nach Kleingärten in den städtischen Gebieten, als eine Auswahlmöglichkeit der Naherholungsaktivitäten, ist neben der Produktionsergänzung von Obst und Gemüse auf den schlechten Wohnungszustand in den Städten zurückzuführen. Die Forschungen, die sich mit den Wohnverhältnissen in der DDR beschäftigen, zeigen, dass die Wohnungsversorgung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein durchgängiges Problem blieb. Die SED beschloss in ihrer Wohnungspolitik den Aufbau neuer Stadtgebiete außerhalb der alten Stadtzentren und baute Apartmentblöcke, die in der Bevölkerung generell „Plattenbau“ genannt wurden. Da die SED diese Häuser nicht mit Gärten für die Werktätigen ausstattete, erkannte die Bevölkerung in dieser Situation schrittweise, dass der Garten die Produktion von Obst und Gemüse ergänzte. Da sich diese Versorgungssituation nicht so leicht ausgleichen ließ, ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung im Kleingarten die Lösung des Versorgungsmangels an Obst und Gemüse sah und den Aufbau von Gartenanlagen in der städtischen Umgebung verlangte. Dabei standen die Überlegungen der Bevölkerung nicht im Widerspruch zur Politik der SED.

Es lässt sich jedoch nicht sagen, dass die Aktivitäten auf dem Land den Mangel der landwirtschaftlichen Produktion ergänzten. Hier beschränkten sich die Beschäftigungsmöglichkeiten fast ausschließlich auf den Agrarsektor. Die Bauern wurden nach der Kollektivierung der Landwirtschaft, wie die industriellen Werktätigen in der Stadt, zu Lohnarbeitern bei den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Sie behielten aber noch ein kleines Stück Land, mit dem sie einem Nebenerwerb nachgehen konnten, um die

⁴⁹⁴ Der Kleingärtner, 7 (1963), S. 3; zitiert nach Dietrich, a. a. O. (Hammer), S. 172.

⁴⁹⁵ Ebd.

niedrigeren Löhne zu kompensieren. Die Regierung kaufte dann für einen sehr günstigen Vorzugspreis die Produkte dieses Nebenerwerbs.⁴⁹⁶ Hier besteht die Möglichkeit, dass die Bauern nicht so fleißig in der LPG arbeiteten, sondern sich eher auf die Schwarzarbeit und den eigenen kleinen Boden konzentrierten.

In den achtziger Jahren unterstützte die SED aktiv die Kleingärten: „Auch in Zukunft findet die individuelle Produktion in den persönlichen Hauswirtschaften der Genossenschaftsbauern und Arbeiter und im Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter unsere volle Unterstützung. Auf Dauer hat sie ihren festen Platz in unseren Bilanzen und ergänzt die gesellschaftliche Produktion sehr wirksam. Bis 1990 werden 150000 Kleingärten neu geschaffen, davon 20000 für die Hauptstadt Berlin. In diesem Prozeß werden zugleich die Beziehungen der Kleingartenanlagen und Siedlungen zum gesellschaftlichen Leben in den Wohngebieten immer enger.“⁴⁹⁷ Die Kleingartenpolitik der SED schwankte ähnlich wie die Politik bezüglich des FKK, deren Hintergrund sich auch auf die Mangelwirtschaft gründete.

6.3 Entwicklung der Kleingärten in der Stadt Rostock

6.3.1 Einordnung der Kleingartensparten und deren Verteilungsmangel

Seit den sechziger Jahren stieg der Bedarf an Kleingärten auch im Bezirk Rostock, auch wenn dieser eher aus landwirtschaftlichem Gebiet bestand, stark an. Der Rat des Bezirkes Rostock schuf im November 1968 die „Grundsätze zur Entwicklung von Kleingartenanlagen im Rahmen der perspektivischen Gesamtentwicklung der Städte und Gemeinden.“⁴⁹⁸ Im Statistischen Jahressbuch wurden im Bezirk Rostock 40.242 Mitglieder vom VKSK registriert.⁴⁹⁹ Eine Einschätzung des Bezirks Rostock besagte, dass sich die Sparten der Kleingärten von 1.384 ha 1960 auf 1.329 ha 1968 verringert hatten. Die Fläche an Kleingärten hatte sich also um 55 ha im gesamten Bezirk verkleinert und gleichzeitig waren 462 Sparten aufgelöst worden. Die Ursache lag in der Ausdehnung der neuen städtischen Viertel und dies hatte besonders in der Bezirkshauptstadt Rostock ernsthafte Auswirkungen. Bis 1968

⁴⁹⁶ Vgl., Meyer-Renschhausen, a. a. O., S. 608.

⁴⁹⁷ Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1986, S. 59.

⁴⁹⁸ LAG, Rep. 200. 2.3.1. Nr. 535, Bl. 109: Beschuß des Rates des Bezirkes Rostock Nr. 178-39/68, Grundsätze zur Entwicklung von Kleingartenanlagen im Rahmen der perspektivischen Gesamtentwicklung der Städte und Gemeinden, 29. 11. 1968.

⁴⁹⁹ StJB 1969, S. 500.

verschwanden in Rostock 86 ha Kleingartenfläche und 2.186 Sparten wurden aufgelöst.⁵⁰⁰ Diese Verringerung war erheblicher als in anderen Städten. „Während in den anderen Kreisen dafür nicht nur Ersatz, sondern zusätzliche Flächen für die Entwicklung von Neuanlagen bereitgestellt wurden, wurden in Rostock nur 10 ha als Ersatz bereitgestellt.“⁵⁰¹ Der Bericht kritisierte die Auflösung der Kleingärten, die die Stadtplanung verursachte: „Durch kurzfristige Kündigungen von Kleingärten für Bauzwecke werden viele Bürger verärgert.“⁵⁰² Daher forderte er bei der Planung der Stadterweiterung die Anwesenheit des Leiters des VKSK, um die Interessen der Kleingärtner zu vertreten. Gleichfalls weißt er auch auf das erhöhte Bedürfnis nach Kleingärten hin: „Wie aus der Analyse hervorgeht, können zurzeit 2525 Anträge auf Erwerb eines Kleingartens nicht berücksichtigt werden. Dabei handelt es sich hier um registrierte Bewerbungen. In Wirklichkeit ist der latente Bedarf, wie einige Untersuchungen in Rostock zeigen, weit höher. In der Stadt Rostock zum Beispiel wird der Bedarf auf über 2.000 Kleingärten geschätzt.“⁵⁰³ (Die Anzahl der öffentlich registrierten Anträge betrug 864 Anträge in der Stadt Rostock)⁵⁰⁴

Das folgende Beispiel bestätigt den Bedarf sowie die Unzufriedenheit und Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Sparten auch in der Kleingartenpolitik. Herr V., der in Rostock wohnte, hatte im Dezember 1968 beantragt, Sparten für die Kleintierzucht zu erhalten. Nach drei Monaten befragte er, wegen fehlender Antwort, einen Leiter des VKSK in der Stadt, bekam aber nur die Antwort, dass das Problem nicht zur Zuständigkeit des VKSK gehörte. Daraufhin wendete er sich, ebenfalls ohne Erfolg, an einen andern Leiter des Verbands. Nachdem er schließlich mit dem Bezirksleiter des VKSK in Kontakt getreten war und erhielt er endlich die Antwort, dass es kein Problem damit gäbe, die neuen Sparten zu erhalten. Dennoch bekam er auch in den nächsten drei Monaten keinen Bescheid vom VKSK. Ein einer weiteren Eingabe schrieb Herr V. schließlich an den Bezirksrat und erläuterte die folgenden Behauptung: „Aus dem vorstehend geschilderten Sachverhalt schlussfolgere ich, dass in dem Vorstand des Kreisverbandes Mitglieder tätig sind, die noch in der früheren Vereins-Ideologie verfangen sind und noch nicht begriffen haben, warum unser Staat diese Massenorganisation so tatkräftig unterstützt und dass es nicht nur darauf ankommt, irgendwelche Exoten u.ä. zu züchten, sondern dass der Verband als Massenorganisation die Mitglieder an den Aufbau des Sozialismus heranführen soll und

⁵⁰⁰ LAG, Rep. 200. 2.3.1. Nr. 535, Bl. 119 ff.: Einschätzung der Entwicklung von Kleingartenanlagen des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter im Rahmen der perspektivischen Gesamtentwicklung der Städte und Gemeinden im Bezirk Rostock.

⁵⁰¹ Ebd., Bl. 123.

⁵⁰² Ebd.

⁵⁰³ Ebd., Bl. 128.

⁵⁰⁴ Ebd., Bl. 121.

damit zugleich für die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Eiern und Fleisch beitragen soll. [...] Ich möchte noch darauf hinweisen, dass ich, trotzdem ich noch nicht Verbandsmitglied bin, von 8 Hühnern bereits über 400 Eier abgeliefert habe, trotz meiner 4-köpfigen Familie.“⁵⁰⁵ Einfach betrachtet ist dies die Eingabe eines unglücklichen Bürgers, der nicht die beantragte Sparte erhielt und sich dann darüber beschwerte. In seiner Aussage verbindet er allerdings geschickt das eigene Interesse, in dem er den Boden für das Freizeitverhalten erhalten wollte, mit dem gesamten gesellschaftlichen Interesse. Die von ihm erwähnten „Exoten“ stellen die Ziervögel, wie Papageien und Sittiche, dar. Es war schon zu dieser Zeit bekannt, dass die DDR die Ziervögel, die die Kleintierzuchten aufzogen, in die westlichen Länder exportierte. Dies war damals eine wichtige Methode für den Erwerb fremder Währungen. Herr V. versuchte deswegen der Hühnerzucht, die seinem eigenen Freizeitinteresse entsprach, eine höhere gesellschaftliche Bedeutung als der Ziervogelzucht zuzuschreiben. Ursprünglich unterlagen sowohl die Hühnerzucht als auch die Vogelzucht der freien individuellen Wahl. Es gab keine Bevorzugung in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung, da beide den gleichen gesellschaftlichen Wert für das SED-Regime besaßen und sie zur Verringerung der Mangelwirtschaft beitrugen. Darüber hinaus kritisierte Herr V. hier, dass der Funktionär des VKSK in Rostock sich nicht sozialistisch verhielt. Ob diese Einschätzung richtig war, bleibt ungeklärt, aber er verdeutlichte, dass sein eigenes Interesse wertvoller für die politische Linie der SED als die Erklärung der Funktionäre war. Zusätzlich unterstützte er mit der Leistung vom Verkauf der Eier die Legitimität seiner Aussage. Dieses Beispiel zeigt gut die Art und Weise einer „geschickten Resonanzgesellschaft“.

Die Grundsätze des Bezirks Rostock von 1968 bestimmten auch die Größe der Lauben, die in den Kleingärten gebaut werden durften. Sie rechneten für die Zukunft mit einem steigenden Bedürfnis nach Kleingärten auch an Wochenenden, daher beinhalteten die Grundsätze den Neubau kultureller Einrichtungen und Restaurants in den Kleingartenanlagen. Eindeutig wurde hier der positive Aspekt der Kleingärten in den Freizeitaktivitäten erkannt, dennoch konnte das Bedürfnis nach Kleingärten nicht immer erfüllt werden. Hier zeigt sich das typische widersprüchliche Bild der DDR. So sammelte beispielsweise der VKSK bereits für eine kulturelle Anlage die benötigten Materialien, bekam aber schließlich keine Bauerlaubnis. Daraufhin schickte er eine Beschwerde an den Rat des Bezirks. „Mit dieser Ablehnung können wir uns insofern nicht einverstanden erklären, da wir durch die Beschlüsse des 2. Verbandstages und Beschlüsse des Zentralvorstandes beauftragt worden sind, keine Mühe bei der

⁵⁰⁵ LAG, Rep. 200 4.6.1.1. Nr. 481, Bl. 75; von, V., an, den Rat des Bezirkes – Abt. Landwirtschaft, Kleintierzucht, Eingabe, 22. 7. 1963.

Verbesserung der Kultur- und Schulungsarbeit zu scheuen. Unser Ostseebezirk, der über 40.000 Mitglieder zählt und alljährlich einen ökonomischen Wert von mehr als 30 Millionen MDN erarbeitet, hat gerade in der Kulturarbeit gegenüber den anderen Bezirksverbänden noch viel aufzuholen, da uns in den 246 Kleingartenanlagen gegenwärtig nur 32 Kulturhäuser, gemeint sind aber nur Kulturräume, zur Verfg. stehen. Im Bez. Verband Leipzig z.B. sind in jeder Anlage Kulturräume vorhanden, so dass sich in diesen Anlagen eine gute Spartenarbeit entwickeln kann. [...] Mit der Fertigstellung der Kulturbaracke will der Vorstand der Sparte Klg. „Wurmberg“ auch die politisch-ideologischen Fragen mehr in den Mittelpunkt der künftigen Verbandsarbeit stellen. [...] Der Bau von Kulturbaracken würde mit dazu beitragen, einen besseren Kontakt zwischen dem Spartenvorstand und den Mitgliedern herzustellen. [...] Wir sind als Bezirksverband daran sehr interessiert, ein solches Spartenleben zu entwickeln, das zur Erfüllung unserer gesellschaftspolitischen und ökonomischen Aufgaben beiträgt.“⁵⁰⁶

Der Bedarf an Kleingärten stieg in den siebziger Jahren noch weiter. Nach der „Konzeption zur Entwicklung von Kleingartenanlagen in der Stadt Rostock für Zeitraum bis 1990“, aus dem Jahr 1977, gab es zu diesem Zeitpunkt etwa 10.000 Kleingärten auf 400 ha Fläche in Rostock. Damals gab es ca. 70.000 Haushalte in der Stadt, sodass folglich nur einer von sieben Haushalten einen Kleingarten bekam. Den zukünftigen Bedarf schätzte das Konzept wie folgt ein: „Der weitere Bedarf der Bürger an Kleingärten ist hoch. Gegenwärtig liegen dem VKSK etwa 4.000 registrierte Anträge vor und die Nachfrage wird sich mit dem Bau weiterer Wohngebiete noch erhöhen. So wird z.B. nach Abschluß des komplexen Wohnungsbaus im Nordwesten mit insgesamt 38.600 Haushalten zu rechnen sein. Die Kleingartenversorgung in diesem Territorium beträgt z. Zt. etwa 1.500 Kleingärten. Zur Bedarfsdeckung wären bei der c.a. Relation 5.500 Kleingärten erforderlich, so daß ein Fehlbedarf von ca. 4.000 Kleingärten mit einer Fläche von 160 ha vorauszusehen ist.“⁵⁰⁷

In den sechziger und siebziger Jahren entwickelten sich nach und nach neue Stadtgebiete in Rostock. Dazu gehören beispielsweise im Süden des ursprünglichen Stadtgebietes die Südstadt und westlich der Warnow Lütten Klein oder Evershagen.⁵⁰⁸ Im „Nordwesten“, den die obigenannte Konzeption beschrieb, kam es seit den siebziger Jahren zum Neubau von

⁵⁰⁶ LAG, Rep. 200. 4.6.1.1. Nr. 482, Bl. 99: von, Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Bezirksverband Rostock, an, Rat des Bezirkes Rostock, Beschwerde über die Versagung einer Baugenehmigung, 6. 3. 1967.

⁵⁰⁷ AHR, 2.1.1. Nr. 11804, Bl. Ohne: Konzeption zur Entwicklung von Kleingartenanlagen in der Stadt Rostock für Zeitraum bis 1990, Ohne Datum (3. 3. 1977).

⁵⁰⁸ Vgl. Karsten Schröder, In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahre 1990, Rostock 2003, S. 289 ff.

Stadtteilen. Für diese wurde der hohe Bedarf an Kleingärten bereits in der Stadtplanung vorausgesehen. Dagegen war das Bedürfnis der Bewohner im alten Stadtzentrum nicht so hoch: „[D]ie Nachfrage der Bürger aus dem Stadtzentrum nach Erwerb von Kleingärten ist nicht so sehr ausgeprägt, als in den Neubaugebieten. Der Bedarf wurde besser abgedeckt.“⁵⁰⁹ Daraus ist erkennbar, dass vor allem die Bewohner des Plattenbaus ihre Freizeit im Kleingarten verbringen wollten und die Ergänzung des Versorgungsmangels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen leisteten.

6.3.2 Die Realität der Ergänzung von der landwirtschaftlichen Produktion

Von der Ergänzung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die Kleingärten wurde hauptsächlich die Versorgung mit Obst, Gemüse, Hühnerfleisch, Kaninchenfleisch, Ei und Honig erwartet. Die statistische Datei über die Marktversorgung durch Kleingärten im Bezirk Rostock existiert seit 1969. So vermerkt ein Bericht der Abteilung Allgemeine Landwirtschaft des Bezirksrats, dass die Kleingärten tatsächlich einen Anteil von 13,5 % bei der Versorgung mit Hühner- und Kaninchenfleisch und 26,6 % bei Eierproduktion des gesamten Markts trugen. Noch höhere Anteile hatten sie bei Obst, Gemüse und Honig. So lieferten sie ca. 60 % des Gemüses, 80 % des Obstes und sogar 98 % des Honiganteils des gesamten Marktes. Zwar wurden beispielsweise nur 2.000 t. Gemüse aufgekauft, aber die Kleingärtner konsumierten selbst etwa 10.000 t.⁵¹⁰ Die Kleingärten ergänzten also deutlich die Produktion der sozialistischen Landwirtschaft.

Aber schon ein früherer Bericht des VKSK erwähnte ähnliche Zahlen. So „kommen doch z.B. etwa 60 % des Obstangebotes aus den Kleingärten. Wenn wir weiter betrachten, daß die Gesamtproduktion der Mitglieder im Bezirk Rostock einschl. Eigenverbrauch einen Wert von 23,3 Millionen DM. beträgt, so kommt darin wohl am besten die Kraft unserer jungen demokratischen Massenorganisation zum Ausdruck. In einer sinnvollen Freizeitbetätigung schaffen unsere Mitglieder damit einen wertvollen Beitrag zur Entlastung des Marktes und der Stärkung unserer Volkswirtschaft.“⁵¹¹ Die Bezirksleitung des VKSK selbst schrieb die Unterlagen, mit denen sie die Mitglieder von der sozialen Bedeutung der Kleingartenaktivität

⁵⁰⁹ AHR, 2. 1.1. Nr. 11804: a. a. O. (Konzeption).

⁵¹⁰ LAG, Rep. 200. 2.3.1. Nr. 602, Bl. 67: Von Rat des Bezirkes Rostock Abt. Allg. Landwirtschaft, Bericht über die Leitungstätigkeit der Abteilung Allgemeine Landwirtschaft und die Entwicklungstendenzen in der landwirtschaftlichen Kleinproduktion zur Ratssitzung , 8. 6. 1970.

⁵¹¹ LAG, Rep. 200. 4.6.1.1. Nr. 482, Bl. 259: von Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Bezirksverband Rostock, an, alle Vorstände der Sparten und Kreisverbände des Verbändes des Verbandes der KSK im Bezirk Rostock, Bezirks-Nachricht 4/1963, 29. 4. 1963.

überzeugte. Die gesamte Versorgung mit Nahrungsmitteln hing allerdings vom Verkauf aus den Kleingarten ab. 1976, als eine schwere Sommer trockenheit herrschte, verringerte sich die Versorgung mit Obst und Gemüse. Der im Ernte-Echo, im August desselben Jahres, veröffentlichte Artikel über den Maßnahmenplan zum Erntegeschehen der Bezirksleitung des VKSK endete mit folgender Feststellung: „Die kontinuierliche Erhöhung unserer Verkaufsleistungen wird sich günstig auf die weitere Versorgung unserer Bevölkerung mit den gefragten Erzeugnissen aus unserer sinnvollen Freizeitgestaltung auswirken.“⁵¹² So hatten sich die Kleingärten vom einfachen individuellen Hobby zu einer wichtigen gesellschaftlichen Institution der Nahrungsmittelversorgung verwandelt. Die Kleingärten trugen de facto nicht nur eine ergänzende Rolle, sondern eher einen Großteil zur Nahrungsmittelversorgung bei.

Als Massenorganisation übernahm der VKSK nicht nur die Verteilung der Sparten auf die Mitglieder, sondern versuchte auch die politische Ideologie der SED zu vermitteln und musste ebenfalls, bezüglich der Sparten, die Rolle des Leiters eines landwirtschaftlichen Produktionsbetriebes übernehmen. Der VKSK förderte die Erhöhung der Produktivität von jeder Sparte und regulierte das Verhältnis mit den Vertriebsorganen. Beispielsweise verlangten die „Grundsätze zur Entwicklung von Kleingartenanlagen im Rahmen der perspektivischen Gesamtentwicklung der Städte und Gemeinden“ vom November 1968 die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsvereinigung Obst, Gemüse u. Speisekartoffeln, die die einheitliche Bearbeitung und den Vertrieb des Obsts, Gemüses und der Speisekartoffeln verwaltete: „Um die kontinuierliche Obstversorgung der Bevölkerung weiter zu verbessern, ist eine enge Zusammenarbeit der Kleingartensparten mit der Wirtschaftsvereinigung Obst, Gemüse u. Speisekartoffeln zu sichern. [...] Der Aufkauf von Gartenerzeugnissen ist zunehmend durch vertragliche Vereinbarungen zwischen der Wirtschaftsvereinigung Obst, Gemüse u. Speisekartoffeln ([W]OGS) und den Sparten KSK unter Einschaltung des Einzelhandels zu sichern.“⁵¹³

Trotzdem zögerten viele Mitglieder des VKSK dem Folge zu leisten, da sie über ihre eigene Ernte selbst verfügen wollten. So ist zumindest folgende Aussage eines Berichts über die Leitungstätigkeit der Abteilung Allgemeine Landwirtschaft und die Entwicklungstendenzen in der landwirtschaftlichen Kleinproduktion zu erklären: „Nach wie vor gibt es jedoch von einer

⁵¹² LAG, Rep. 200. 4.6.1.1. II. Nr. 617, Bl. Ohne: Aktuelle Information über das Erntegeschehen in Ostseebezirk. Bezirksvorstand des VKSK beschloß Maßnahmenplan, in: Ernte-Echo, Nr. 5, 6. 8. 1976.

⁵¹³ LAG, Rep. 200. 2.3.1. Nr. 535, Bl. 111: a. a. O.

Reihe Kleingartensparten eine ablehnende Haltung zum Abschluß konkreter Verträge.“⁵¹⁴ In einem Bericht über die Jahreshauptversammlung einer Kleingartenanlage findet sich weiterhin, dass „Egoistisches Denken von Anlagenmitgliedern verurteilt wird, die überwiegend ihre Parzellen zu gewerblichen Zwecken nutzen.“⁵¹⁵ Die Bevölkerung genoss scheinbar nicht mehr die Kleingärten als Freizeitaktivität und konsumierte selbst die eigenen Ernten, sondern sie nutzten sie oftmals um in der eigenen freien Zeit profitable Nebeneinkünfte zu erhalten.

6.3.3 Politik im Problem von der Futtermittelverteilung

Die Eingliederung der kleingärtnerischen Aktivitäten in die Planwirtschaft hatte nicht nur einseitige Auswirkungen auf den Ankauf der erzeugten Produkte durch die Organe der Nahrungsmittelversorgung. Für die landwirtschaftliche Arbeit benötigten die Kleingärtner Saatgut und Futtermittel. Erst die Versorgung mit diesen Gütern ermöglichte diese Aktivitäten. Daher schloss der VKSK einen Vertrag mit dem Volkseigenen Erfassungs-und-Aufkaufbetrieb für landwirtschaftliche Erzeugnisse (VEAB) ab, durch den die Mitgliedern des VKSK seit 1. Juli 1963 die Futtermittel gegen den Ankauf von Tieren oder Eiern bekommen konnten, so erhielten sie „Für den Verkauf von Eiern auf der Grundlage von langfristigen, nach Quartalen detaillierten Vereinbarungen für je 5 verkaufte Eier = 1kg Futtermittel.“⁵¹⁶

Leider funktionierte diese Vermittlung von Beginn an nicht wirklich gut. Ein Bericht der Leitung des VKSK des Bezirk Rostock an die Abteilung von Landwirtschaft bei dem Rat des Bezirk erläuterte, dass „die Siedler und Kleingärtner im Stadtteil Reutershagen seit 6 Wochen für abgelieferte Eier keine Rücklieferung an Futter erhalten haben und die Eierfassungsstellenleiter die Auskunft geben, daß der VEAB über zu wenig Transportraum verfügt, um das Futtergetreide heranzuschaffen.“⁵¹⁷ Der VKSK verlangte die Überprüfung des VEAB, besonders aber die Überprüfung der Ankaufstelle für Eier. Die Antwort des VEAB entschuldigte sich in gewissem Maße, gab aber auch eine eigene, andere Einschätzung des Sachverhalts ab: „Desweiteren wurden die Konsum-Verkaufsstellen Jung-Jochen-Weg und

⁵¹⁴ LAG, Rep. 200. 2.3.1. Nr. 602, Bl. 70: a. a. O. (Bericht über die Leistungstätigkeit der Abteilung Allgemeine Landwirtschaft und die Entwicklungstendenzen in der landwirtschaftlichen Kleinproduktion zur Ratssitzung), Bl. 70.

⁵¹⁵ AHR, 2.1.1. Nr. 11800, Bl. 6: Bericht über die am 14.2.1975 durchgeführte Jahreshauptversammlung.

⁵¹⁶ AHR, 2.1.1. Nr. 11807, Bl. Ohne: von Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter – Kreisverband, an, alle Spartenvorstände, Ausnutzung der Produktionsreserven bei tierischen Erzeugnissen und tierischen Rohstoffen zur Verbesserung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern, und der Industrie mit Rohstoffen, 2. 7. 1963.

⁵¹⁷ LAG, Rep. 200 4.6.1.1. Nr. 481, Bl. 18: von Abt. Allg. Landwirtschaft, an, VVEAB, Futtermittelrücklieferung für abgelieferte Eier und Lebendkaninchen, 13. 9. 1966.

Bräsigplatz überprüft. Dabei stellte sich heraus, daß Futtergetreide vorhanden war. Frau H. aus der Verkaufsstelle Bräsigplatz erklärte uns, daß immer ausreichend Futtergetreide vorhanden war. Frau K. aus der Verkaufsstelle Jung-Jochen-Weg gab uns Mitteilung darüber, daß zwischen dem 6. und 13. 9. 66 ca. 1 ½ bis 2 Tage kein Futtergetreide vorhanden gewesen ist. Diese Verkaufsstelle wurde am 13. 9. 1966 beliefert.⁵¹⁸ Trotzdem versprach der VEAB die weitere Prüfung des Sachverhaltes. Obwohl der Vertrag die Punkte ausführlich festlegte, verlangte ein anderer Bericht tatsächlich wieder die Regulierung der Methode zur Futtermittelvermittlung. „Wir bitten Sie, darüber zu machen, daß diese Futtermittel unter Berücksichtigung des jeweiligen Hühnerbestandes ausgegeben werden, um Unregelmäßigkeiten in der Verteilung, wie sie teilweise vorgekommen sind, zu vermeiden.“⁵¹⁹

Bei der Futtermittelverteilung für die Hühnerzucht gab es sogar einen Fall, der bei der Konfliktkommission vorgebracht werden musste. Herr S., der die Hühner bei einem Kleintiersparten in der Stadt Rostock züchtete, nannte hier als Grund, „daß die Verteilung des Geflügelfutters durch die Sparte ungerecht erfolgt und daß die Sparte Rassegeflügel Rostock ein reaktionärer Verein wäre“⁵²⁰ und forderte die Lösung dieses Konflikts. „Nach Auffassung des Zuchtfr. S. sollen nicht die züchterischen Leistungen, sondern die Eierleistung und die Hühnerzahl die Grundlage für die Futterverteilung bilden. Demgegenüber bringt Zchtfr. E. zum Ausdruck, daß die Futtermittlung aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses der Mitgliederversammlung so erfolgt, daß die züchttierische Leistung und die aktive Beteiligung an der Spartenarbeit die Grundlage für eine differenzierte Futterverteilung bildet.“⁵²¹

Nach den Unterlagen erkannte Herr S. „diesen Beschuß nachträglich nicht an, da er meint, daß die Leistung, zu der jedes Mitglied der Sparte dem Staat gegenüber verpflichtet ist, hierbei nicht genügend berücksichtigt wird und es seiner Meinung nach nicht gerechtfertigt ist, daß ein Hühnerhalter mit 10 Hühner die gleiche Futterzuteilung erhält wie der Hühnerhalter mit 30 Hühnern.“⁵²² Dagegen führt Herr Dr. H., der Leiter der Konfliktkommission, aus, „daß die Leistung eines Spartenmitgliedes nicht allein nach der Eierleistung zu messen ist, sondern

⁵¹⁸ LAG, Rep. 200 4.6.1.1. Nr. 481, Bl. 20: von Vereinigung Volkseigener Erfassungs-und-Aufkauf-Betriebe Landwirtschaftlicher Erzeugnisse, VVEAB Rostock, an, Bezirksverband der Kleingärtner, Sieder und Kleintierzüchter, Futtermittel für abgelieferte Eier und Lebendkaninchen, 28. 9. 1966.

⁵¹⁹ AHR, 2.1.1. Nr. 11807, Bl. Ohne: von Rat des Bezirkes Rostock Referat Landwirtschaft, an, Rat der Stadt Abt. Landwirtschaft, Futteraufteilung für das I. Quartal 1964, 19. 12. 1963.

⁵²⁰ AHR, 2.1.1. Nr. 11807, Bl. Ohne: Protokoll der Sitzung des Konfliktausschusses Sparte Rassegeflügel Rostock von 1875, 21. 10. 64; von, Sparte Rassegeflügel Rostock im Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, Kreisverband Rostock (gegründet 1875), an, S., Ohne Titel, 20. 5. 1965.

⁵²¹ Ebd.

⁵²² Ebd.

hauptsächlich nach den Aufwendungen für die züchterische Arbeit. Das Ziel der Sparte in Rassegeflügel besteht darin, möglichst viele verschiedene Hühnerrassen in ihren wesentlichen Merkmalen zu erhalten und damit gegebenenfalls Material an die Landestierzucht abgeben zu können.“⁵²³ Weiter erläuterte Herr E. noch, „daß die Nichtanerkennung eines demokratisch gefaßten Mehrheitsbeschlusses eine undemokratische Handlung darstellt.“⁵²⁴ Den Grund für die strenge Kritik an Herrn S. sah der Bericht darin, dass Herr S. nicht von dem Beschluss dieser Sparte überzeugt war und darin das andere Mitglieder ausführten, „daß Spartenmitglieder Futter aus der Futterzuteilung verkauft und anderweitig verhandelt haben und daß ein Spartenmitglied sich auf den Standpunkt gestellt hat, ‚daß er doch nicht so blöde wäre und Eier ab liefert‘“⁵²⁵. In der Tat stand Herr S. hartnäckig zu seiner Meinung, dass sich die Futterverteilung auf die Hühnerzahlen stützen sollte. Die Kommission verlangte von ihm preiszugeben, wer die Aussage des Nichtablieferns der Eier ihm gegenüber sagte. Herr S. behielt den Namen aber für sich. Als Folge davon forderte die Konfliktkommission von Herrn S., dass er sich für die Lüge entschuldigte, die Sparte nochmals überprüfte, wer die Verwirrung über Ordnung der Sparte verursachte und die Überprüfung der Aussage, ob der Wiederverkauf der Futtermittel der Realität entsprach. Trotzdem war Herr S nicht von dem Ergebnis der Kommission überzeugt. Schließlich wurde er aus der Sparte entlassen, da er der Aufforderung zur Entschuldigung nicht nachkam und den Beitrag nicht bezahlte.⁵²⁶

Aufgrund dieses Beispiels lassen sich persönliche Verhaltenweisen im VKSK erkennen. Wenn der obengenannte Vertrag des VKSK mit dem VEAB auf der persönlichen Ebene angewendet wurde, so ist die Meinung von Herrn S. richtig. Dennoch gibt es kein gesetzliches Problem damit, wenn die Leitung des VKSK auf der Ebene der Sparten diesen Vertrag anwendet. Der Vertrag ermöglichte die Futterverteilung ohne Beachtung der Hühnerzahlen. Zudem ist der Beschluss der Sparte demokratisch, da die Mehrzahl der Mitglieder diesem auf der Vollversammlung zugestimmt hatte. Vielleicht unterhielt Herr S. mehr Hühner als andere Mitglieder und konnte so mehr Gewinn machen. Dagegen wurden anderen Mitgliedern mehrmals Futtermitteln vermittelt, so das die notwendige Menge für die Zucht überschritten war und verkauften diesen Überschuss, um so ihren Gewinn zu erhöhen. Sicherlich verstieß die Wiederverkauf der überschüssigen Futtermittel gegen den Zweck des Ankaufs der Eier.

⁵²³ Ebd.

⁵²⁴ Ebd.

⁵²⁵ AHR, 2.1.1. Nr. 11807, Bl. Ohne: Protokoll der Sitzung des Konfliktausschusses Sparte Rassegeflügel Rostock von 1875, 21. 10. 64; von, Sparte Rassegeflügel Rostock im Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, Kreisverband Rostock (gegründet 1875), an, S., Ohne Titel, 20. 5. 1965.

⁵²⁶ Ebd.

Dennoch gründeten sich beide vorgebrachten Leitbilder der Futtermittelverteilung, das des Herrn S. und das der anderen Mitglieder, auf die sozialistische Legitimität. Daher wäre die einzige Lösungsmöglichkeit diese Konflikts, die vollständige Verstaatlichung der Hühner selbst gewesen. Nur weil die Bevölkerung hier ihre Freizeitaktivitäten mit dem profitablen Nebenerwerb verband, konnte dieses Problem entstehen. Darüber hinaus behandelten Herr S. und die anderen Mitglieder des VKSK diesen Konflikt absichtlich sehr politisch.

Das Problem der Futtermittel bestand aber trotzdem weiter. So erreichte die Erhöhung der Industriepreise, welche vom dem Ministerrat im Juli 1965 beschlossen wurden, auch die Futtermittelpreise. „Durch produktionsfördernde Maßnahmen werden die entsprechenden Mehrkosten ausgeglichen. Die landwirtschaftlichen Kleinstbetriebe (Kleingärtner, Sieder u. Kleintierzüchter) haben keinen Anspruch auf einen Ausgleich. Darüber gibt es besonders unter den Mitgliedern des Verbandes der KSK, im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung ihrer Verbandswahlen, erregte Diskussionen. Die typische Meinung, so in den Sparten Städte Rostock, Wolgast u.a., ist folgende: ‚Mit der Erhöhung der Erzeugerpreise für Getreide wurde offiziell erklärt, daß diese Maßnahme keine Auswirkungen auf die Verbraucher hat; jetzt müssen wir trotzdem mehr zahlen‘.“⁵²⁷ Das war die Beschwerde gegen die Industriepreisreform, die schon im dritten Teil erwähnt wurde. Es zeigt, dass die Kosten in der Tat weiter an die Einzelhandelspreise übergeben wurden. Diese Entwicklung widersprach den Erwartungen der SED gänzlich. Da die SED die Produktionen der Kleingärten politisch mit der großbetrieblichen Landwirtschaft verbunden hatte, musste es zwangsläufig zu Problemen und Ungerechtigkeiten zwischen den Kleingärten und den großen Landwirtschaftsbetrieben kommen.

6.4 Die Doppelbedeutung des Freizeitverhaltens und der Ergänzungsaktivität von der landwirtschaftlichen Produktion

Die Kleingartenaktivität verbreitete sich nach Ende der sechziger Jahre stetig in der Gesellschaft der DDR, da die SED auch der sozialen Bedeutung zustimmte. Die SED schätzte hier die doppelte Signifikanz. Nach den sechziger Jahren stieg die freie Zeit gewissermaßen an, daher konnte die Kleingartenaktivität zur sinnvollen Nutzung der Freizeit beigetragen. Anderseits hatten die Kleingärten den Mangel der Nahrungsmittel zu ergänzen. Auch wenn der

⁵²⁷ LAG, Rep. 200. 4.6.1.1. Nr. 481, Bl. 62.: von Ref. Allg. Landwirtschaft, an, Arbeiter- u. Bauerninspektion der Deutschen Demokratischen Republik - Bezirksinspektion Rostock, Information zur Diskussion über die Erhöhung der Futtermittelpreise, 15. 1. 1966.

Bezirk Rostock eher zum landwirtschaftlichen Gebiet gehörte, so gibt es keinen Zweifel daran, dass nicht nur das Element der Freizeitaktivität von Bedeutung, sondern ebenso die Ergänzung der landwirtschaftlichen Produktion im Bezirk Rostock wichtig war.

In den Kleingärten verbanden sich zwei Problemfelder. Das erste Problem zeigte sich in der Frage, ob sich das Freizeitverhalten in der DDR hauptsächlich am Arbeits- oder am Wohnort verwirklichen sollte. Die zweite Problematik besteht darin, welcher inhaltlichen Unterschiede es zwischen der städtischen und der ländlichen Freizeitszene gab. Diesen Zusammenhang muss in zukünftigen Forschungen konkret betrachtet werden. Die bisherige Forschung betont die selbstständige Rolle des Arbeitsorts im Alltagsleben. Die Organisation des VKSK pro Sparte stellte aber keine Beziehung mit dem Arbeitsort her, daher zeigt sich in den kleingärtnerischen Aktivitäten möglicherweise ein Anhaltspunkt dafür, dass die Bedeutung des Wohnorts für Freizeitaktivitäten betont wurde. Wenn darüber hinaus die Freizeitforschung die ländliche Freizeitszene im Blickfeld behält, könnte die landschaftliche Arbeit in der Freizeit auf den eigenen kleinen Grundstücken ein charakteristisches Bild ergeben. Der folgende Satz Meyer-Renschhausens bestätigt dies. „An dieser seitens der DDR-Agrarwissenschaft als ‚ländliche Lebensweise‘ apostrophierten Lebensform lag den Dorfbewohnern mehr als etwa am Reisen. Noch Mitte der 80er Jahre waren 38 Prozent von ihm nahe zu noch nie verreist.“⁵²⁸

Die SED hoffte damals, dass die Kleingärten die landwirtschaftliche Produktion ergänzen. Dies widersprach sich eigentlich mit der sozialistischen landwirtschaftlichen Idee, in dessen Kern die landwirtschaftlichen Großbetriebe und deren Mechanisierung und Industrialisierung lag. Auch wenn die Kleingärten nicht verschwanden, so sollten sie eigentlich den puren Genuss in den Freizeitaktivitäten darstellen. Dennoch erwartete die SED nach den sechziger Jahren von den Kleingärten die Ergänzung der landwirtschaftlichen Produktion und beschleunigte weiter dessen Ausbreitung. Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse hatten die Kleingartenanlagen in der sozialistischen Landwirtschaft nicht nur eine ergänzende, sondern schließlich die Hauptrolle übernommen. Der Vertrag des VKSK mit dem WOGS zeigt deutlich, dass die Kleingärtner teilweise als Produzenten von Nahrungsmitteln in die Berechnungen der Planwirtschaft mit einbezogen worden waren.

Dennoch förderte diese Zustände die Möglichkeit der Nebenbeschäftigung und somit eines zusätzlichen Einkommens. So beschleunigte die SED unbewusst die Schwarzarbeit in der

⁵²⁸ Meyer-Renschhausen, a. a. O., S. 609.

Freizeit. Daher entwickelten sich große Unterschiede zwischen dem Idealbild der sozialistischen Freizeit und der Realität. Die Kleingärten unterstützten die Mangelwirtschaft der DDR, aber erodierten gleichfalls durch die Schwarzarbeit die Wurzeln der sozialistischen Wirtschaft. Die Kleingartenanlagen stellten ein ambivalentes Wesen in der Gesellschaft der DDR dar. Hier verschwammen die Grenzen zwischen Freizeit- und Produktionsaktivität. Daher kann hier nicht die Trennung des privaten von dem öffentlichen Leben bestätigen werden, von der die These der „Nischengesellschaft“ ausgeht. Die „geschickte Resonanzgesellschaft“, dessen These die vorliegende Arbeit vertritt, scheint aber nicht einheitlich in der Gesellschaft der DDR bestanden zu haben, wie der Konflikt der Futtermittelverteilung zeigt. So bestand auch die Möglichkeit, dass Konflikte innerhalb der Gesellschaft über das eigene Interesse entstanden. Wie durch die Verteilung der Sparten und der Futtermittel bestätigen werden kann, handelte die gewöhnliche Bevölkerung auch in der Freizeit sehr politisch.

7. Fazit

7.1 Der Widerspruch in der Freizeitszene der DDR: Die Konkurrenz des „furchtsamen politischen Regimes“ mit der „geschickten Resonanzgesellschaft“

Die vorliegende Arbeit versuchte durch die Analyse der Freizeit in der DDR die politische Integration und die Wechselbeziehungen des politischen Regimes mit der Gesellschaft zu erklären. Die Fragestellung konzentrierte sich dabei auf drei Punkte: 1. Kann die „Freizeitpolitik“ in der gesamten Politik der SED erkannt werden? 2. Konnte die SED das eigene Idealbild der Freizeit in der Gesellschaft verwirklichen und eine „sozialistische Freizeit“ gefunden werden? 3. Wie reagierte die Gesellschaft auf die Politik der SED?

Zur ersten Frage stellte der zweite Teil den inneren Widerspruch der Freizeitidee in der SED dar. Die Freizeit erhielt einerseits individuelle Interessen, anderseits verlangte die SED die Standardisierung und die Kollektivierung der Freizeit. Dieser Widerspruch bestimmte konsequent die Politik der SED in Bezug auf die Freizeit. Dabei entfalteten sich die Freizeitmöglichkeiten in der DDR nicht stufenweise. Gewiss stiegen die freie Zeit und der Arbeitslohn, aber die instabile Konsumgüterversorgung musste die Möglichkeiten der Freizeitaktivitäten beschränken. Die Voraussetzungen für die Freizeitpolitik der SED und der Freizeitverhalten der „gewöhnlichen Bevölkerung“ wurden daher als doppelt und widersprüchlich bestätigt. Die „gewöhnliche Bevölkerung“ kombinierte aber die inoffiziellen sozialen Netwerke und das offizielle Unterstützungssystem, um die eigenen Freizeitmöglichkeiten in der „Mangelwirtschaft“ zu verwirklichen. Trotz dieser ideellen und materiellen Widersprüche bestand eine Freizeitpolitik. Die SED ließ schon in den sechziger Jahren deutlich das individuelle persönliche Interesse offen, damit sich die Arbeitsproduktivität in den industriellen Fabriken erhöhte. Die Freizeit bildete dabei den Anreiz und gleichzeitig das Ergebnis des sozialistischen Systems. Daher stieg die Bedeutung der Freizeit notwendigerweise auch im Alltagsleben. Die Entwicklung der Freizeitpolitik reflektierte den gesellschaftlichen Zustand, aber die SED besaß keine einheitliche Freizeitpolitik, sondern übertrug jeder Abteilungen im betreffenden Bereich eigene Verantwortungen. Die „Freizeitpolitik“ wandelte sich dabei schrittweise nach der Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche vom sekundären politischen Thema der Abteilungen bis hin zum wichtigen Bereich, den die SED beachten musste, um

Zweitens zielte die SED in der Freizeit auf die Schaffung einer „sozialistische Persönlichkeit“, welche durch die Parole: „sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ typisch repräsentiert wurde. Trotzdem unterdrückte sie nie die individuellen Interessen, um das endgültige Ideal der sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft zu erreichen. Das Wesen der Freizeitpolitik spiegelt genau die Gegensätze innerhalb der Freizeitidee der DDR wider, deshalb versuchte die SED immer das private und das öffentliche Interesse zu regulieren. Erst wenn es zu einer Anpassung der beiden Interessen gekommen wäre, hätte eine eigenständige „sozialistische Freizeit“ gefunden werden können. In der Tat bestand der Konflikt zwischen diesen Interessen jedoch fortwährend. Auch wenn die vorliegende Arbeit die „sozialistische Freizeit“ beschreibt, stellt sie nicht dies nicht die Existenz in der realen Freizeit in der DDR, sondern allein das Leitbild der SED dar. Weiter führen die Widersprüche, die zwischen der Idee und den Voraussetzungen der Freizeit auftraten, zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Freizeitindustrie und förderte die Umstrukturierung des bisherigen Modells der Sozialpolitik. Nach dem Bau der Berliner Mauer war auch offiziell klar, dass die SED kein Gesamtdeutschland anstrebte. Dadurch hatte die SED Schwierigkeiten mit dem „deutschen Bewusstsein“ der „gewöhnlichen Bevölkerung“, das sich überall im Freizeitverhalten finden lässt.

Gegen diese Widersprüche in der Freizeitpolitik agierte die „gewöhnlichen Bevölkerung“ sehr geschickt in ihren Freizeitverhalten. Der fünfte Teil zeigt deutlich die „unbewussten Interessensgruppierung“ innerhalb der Gewerkschaft mit den anderen Institutionen auf. Die Gewerkschaft vertrat einerseits als Massenorganisation die Gruppe der Arbeiter auf betrieblicher Ebene, um die Politik der SED treu zu erfüllen, andererseits wandelte sie sich auch zu einer starken Interessensgruppe für die individuellen Interessen ihrer Mitglieder.

Drittens konnte die vorliegende Arbeit, aufgrund der Wechselwirkung zwischen SED und Gesellschaft, das SED-Regime als das „furchtsame politische Regime“ bestimmen und stellt das Wesen der Gesellschaft der DDR als „geschickte Resonanzgesellschaft“ dar. Es gab die Möglichkeit, dass die SED die Verbindung mit der Gesellschaft selbst unterbrach und sie willkürlich die Politik durchführte. Dennoch sammelte die SED seit den sechziger Jahren die Reaktion aus der Gesellschaft im Freizeitbereich, der ursprünglich den Fortbestand des politischen Regimes nicht direkt bedrohte. Die SED war selbst für die Probleme, die durch die Mangelwirtschaft in der DDR auftraten, verantwortlich, deswegen musste sie Sorge für das Alltagsleben, einschließlich der Freizeit, der „gewöhnlichen Bevölkerung“ tragen. Daher

versuchte sie fortdauernd die politischen Ansichten und Kritik der Gesellschaft zu erfahren. Die Bevölkerung konnte ihre Meinung durch Eingaben und bei Versammlungen, die vor den Wahlen in den Betrieben stattfanden, äußern. Die SED sammelte dadurch die gesellschaftlichen Stimmungen. Hier stellt die Existenz der „Stasi“ ein gutes Beispiel für die „Furchtsamkeit“ der SED dar. Die SED war der Ansicht, durch die „Stasi“ Kenntnis von der politischen Atmosphäre in der Gesellschaft und die Meinungen über die eigene Politik zu erringen. Die vorliegende Arbeit definierte aus diesem Grund das SED-Regime als das „furchtsame politische Regime“. Die Realität der SED zeigt kein willkürliches und unterdrückende Bild, sondern die Schwäche, die paradoxerweise aus der Diktatur entstand.

Anderseits erzählen die Eingaben, die den Kontakt der „gewöhnlichen Bevölkerung“ mit der SED zeigen und die Berichte der SED zum Teil ihre aktive politische Interaktion. Da diese Unterlagen selbst eine Auswirkung auf die SED voraussetzte, erschien die politische Reaktion naturgemäß. Sicherlich kann kritisiert hier werden, dass diese Unterlagen nicht die reale Situation in der DDR aufzeigen. Dennoch muss auf diesen Zustand aufmerksam gemacht werden. Niemand wusste, wann die SED plötzlich die politische Linie in Richtung der Unterdrückung wechseln würde. Trotzdem besprach die „gewöhnliche Bevölkerung“ konsequent ihre politische Meinung. Aufgrund der These der „Nischengesellschaft“ hätte sie dies allein in der Freizeit, als den privatesten Bereich für eigene individuelle Interessen und nur in der Familie oder im Freundeskreise besprechen dürfen und ihre Meinungen und Bedürfnisse nicht gegenüber der SED preisgeben dürfen. Dennoch erläuterte sie durch die Eingaben nicht nur aktiv das eigene Interesse, sondern zeigte ferner die eigene Stärke, indem sie die Gewerkschaft zur eigenen Interessensgruppe umwandelte. Das zeigt den Resonanzeffekt aus der Gesellschaft gegenüber dem politischen Regime. Auch gab es im horizontalen Verhältnis innerhalb der Gesellschaft der DDR einen solchen Resonanzeffekt, wie am Beispiel der gegenseitigen Kommunikation zwischen Herrn L. und Herrn S., über die Verteilung der Campingplätze, erwiesen wurde. Sie zeigten sich also konkret darin, dass die „gewöhnliche Bevölkerung“ prinzipiell das eigene Interesse verfolgte, sie aber gleichfalls den Erhalt des anderen ähnlichen Interesses beschleunigte und unterstützte. Die „gewöhnliche Bevölkerung“ nutzte verschiedene gesellschaftliche Wege und konnte so geschickt mit der SED verhandeln, um das eigene Interesse zu verwirklichen.

Die These der „Nischengesellschaft“ beschränkt sich auf die westliche Ansicht des freien Raums, der die freie politische Äußerung gegenüber dem Regime ermöglichte, nur auf den

privaten Raum, wie Familie und Freundeskreis. Sie diskutiert im Eigentlichen nur darüber, welche Farbe des Chamäleons das echte Bild aufzeigt. Die vorliegende Arbeit zeichnet dagegen ein Bild der DDR-Gesellschaft, in welchem sich die „gewöhnlichen Bevölkerung“ sowohl im privaten Raum, als auch in der Öffentlichkeit aktiv die politische Meinungsäußerung nutzte. Sie leugnet auch nicht die Vielfältigkeit, die dem Chamäleon entspricht. Dennoch liegt das Wesen des Chamäleons in der Wechselhaftigkeit der Farben und das begründet sich durch die spezifische politische Situation in der DDR. So behielt die Gesellschaft der DDR, trotz des chamäleonartigen Verhaltens, immer ihr eigenes Wesen. Hier spalteten sich das oberflächliche und das echte Gesicht nicht. Die „gewöhnliche Bevölkerung“ nutzte auch in der Freizeit aktiv die politische Interaktion.

Daher vertritt die vorliegende Arbeit die Meinung, dass die These der „Nischengesellschaft“ nicht auf das Bild der Freizeitaktivitäten der Gesellschaft der DDR anzuwenden ist. Die vorliegende Arbeit zeigt auch ein anderes, als das unterdrückte gesellschaftliche Bild, das die These des Totalitarismus für selbstverständlich ansieht, daher bezeichnet sie den gesellschaftlichen Zustand der DDR als eine „geschickte Resonanzgesellschaft“.

Dennoch muss beachtet werden, dass dieses gesellschaftliche Bild der Resonanzgesellschaft nicht einheitlich in der DDR vorhanden war und sie nicht einheitlich dem SED-Regime gegenüberstand. Wie die Problematik bei der Verteilung der Futtermittel bei der Sparte für Hühnerzucht in Stadt Rostock zeigt, gab es gewiss auch innerhalb der Gesellschaft der DDR Konflikte um die eigenen persönlichen Interessen. Daher bestand die „geschickte Resonanzgesellschaft“ nur in einem lückenhaften Zustand. Natürlich kann hier nicht von einem Aufkeimen oder der Basis für einen Widerstand gegen das SED-Regime, wie die zivilgesellschaftliche These es darlegt, gesprochen werden. Auch wenn die Resonanz sich nicht in der gesamten Gesellschaft ausbreitete, so nutzten doch einzelne Teile der „gewöhnlichen Bevölkerung“ die Furchtsamkeit der SED und konnten „geschickt“ mit dem politischen Regime verhandeln.

Das politische Verhalten erwächst paradoxerweise aus dem unfreien Verhältnis des politischen Regimes mit der Gesellschaft, daher sollte es aktiv, aber gleichfalls gezwungenermaßen sein. Dennoch kann hier nicht das einseitige unterdrückte gesellschaftliche Bild gefunden werden. Der Zustand erzählt auch den starken Kontrast zwischen zur westlichen Gesellschaft, in der die

verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Probleme, einschließlich der Freizeit, ausschließlich in den privaten Bereich gehörten und infolgedessen die politische Apathie beschleunigt wurde.

In der DDR verband die „Mangelwirtschaft“ das politische Regime stark mit der Gesellschaft. Anders als die bisherigen Annahmen der „Nischengesellschafts“-These, wo der öffentliche Raum vom privaten getrennt war, wechselte die politische Handlung der „gewöhnlichen Bevölkerung“ nicht zweiseitig zwischen der oberflächlichen Stimmung und der wahren Meinung, sondern der formelle Teil der Gesellschaft überlagerte den informellen Teil. Die „geschickte Resonanzgesellschaft“ als ein gesellschaftliches Bild der DDR versteckte die politische Stärke und den Widerspruch und schwankte möglicherweise zwischen den beiden Polen der Zustimmung und Ablehnung. Oft werden die eigenen Diskurse unter der Voraussetzung von parlamentarischer Demokratie oder dem westlichen Wertesystem gebildet, dennoch bestätigt die vorliegende Arbeit an diesem Punkt die Bemühung der gewöhnlichen Bevölkerung nach eigenen Interessen und der Abschaffung der Freizeit im unfreien Zustand. Hier muss an eine Parole im Herbst 1989 erinnert werden, die Reisefreiheit forderte.

Die vorliegende Arbeit gab die Antwort auf ihre Fragestellung, stieß aber auf einige neue wichtige inhaltliche Fragen, die in Zukunft zu erforschen sind. Erstens stellt die vorliegende Arbeit die „geschickte Resonanzgesellschaft“ für ein gesellschaftliches Bild in den sechziger Jahren und siebziger Jahren vor. In welcher Beziehung steht aber dieses Bild zu den früheren Jahren? Besonders sollten hierfür das Verhältnis mit der „konstruktive Anpassung“ von Ross oder mit der „subjektiven Anpassungsprozesse=Unterordnungsprozesse“ von Adachi befragt werden. Die vorliegende Arbeit sieht im Bau von Berliner Mauer 1961 den Wendepunkt und den Wechsel in der gesellschaftlichen Mentalität. Trotzdem kann aus beiden Diskursen von Ross und Adachi die Kontinuität einer „geschickten Resonanzgesellschaft“ angenommen werden, da sie ebenfalls das persönliche Interesse und die gesellschaftlichen Verhaltensweisen als Grundströmung auf dem ländlichen Gebiet diskutieren. Die politische Stimmung im städtischen Lebensraum in den fünfziger Jahren muss dafür natürlich auch untersucht werden. Außerdem welches Gesicht stellt die „geschickte Resonanzgesellschaft“ im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Bild der achtziger Jahre dar? Welche Rolle hat sie in Bezug auf den Verfall des SED-Regimes und auf die Opposition, die unter dem Dach der Kirchen erwuchs und die „bürgerliche Gesellschaft“ verkörperte? Wie funktionierte diese Beziehung des Triangels?

Die vorliegende Arbeit erklärt auch, dass die Individualisierung und die Familienzentralisierung im alltäglichen Lebensstil schrittweise von den sechziger bis in die siebziger Jahre fortschritten. Sie zweifelt aber teilweise an den bisherigen Voraussetzung der DDR-Forschung, in der der Arbeitsort als Produktionsplatz die wichtigste Rolle im politischen und gesellschaftlichen Leben einnahm und erwähnt daher zunehmende Rolle des Wohnorts. Dennoch prüft sie nicht genügend, welche Rolle beide, Arbeits- und Wohnort, in den Beziehungen in der Gesellschaft der DDR spielte. Die Bedeutung des Arbeitsortes im gesellschaftlichen Leben veränderte sich wahrscheinlich nicht durch den Wandel der Gewerkschaft zur Interessensgruppen. Die Individualisierung und die Familienzentralisierung in der Gesellschaft beschleunigte anderseits die Einbeziehung der Kleingartensparte und der Restaurants. Die Bedeutung des Lebens außerhalb des Arbeitsorts stieg gleichfalls. Dieser Punkt kann aus Sicht der Individualisierung und der Familienzentralisierung in der Geschichte der Sozialpolitik, die in der deutschen Zeitgeschichte im großen Rahmen immer heftig debattiert wurde, erforscht werden. Die vorliegende Arbeit zeigt konkret das Bild der Freizeit im Zusammenhang mit der „Mangelwirtschaft“, erwähnt aber nicht ausreichend das Verhältnis der Freizeit gegenüber der Kulturarbeit, einschließlich der Berufsausbildung, die die SED in den Betrieben, im Verlauf der Individualisierung und der Familienzentralisierung, vorantrieb.⁵²⁹ Ebenso wie die Entwicklung der Sozialpolitik in der DDR, verbindet sich das Problem mit der Überlegung nach der politischen Rolle des Arbeitsorts.

Abschließend erwähnt die vorliegende Arbeit den Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Regime und die Bedingung der politischen Integration in der DDR. Die Einflüsse des SED-Regimes auf die Gesellschaft bestanden immer auch im Bereich der Freizeit, der ursprünglich am weitesten von der politischen Integration entfernt war. Wahrscheinlich hatten die Aktivitäten der „Stasi“ in der Freizeitszene auch das typische Beispiel vom Totalitarismus bestätigt. Dennoch empfing die Gesellschaft der DDR nicht einseitig die Eingriffe der SED. Anders als die Nischengesellschaft, zeigt die „geschickte Resonanzgesellschaft“ auf, dass die Gesellschaft der DDR als politisches Subjekt die Vermittlungsmöglichkeiten, die das politische Regime schuf, aktiv nutzte, um das private Interesse von einigen gesellschaftlichen Mitgliedern am besten zu verwirklichen. Die SED suchte immer den gegenseitigen Kontakt mit der Gesellschaft, wie die Eingaben und die Meinungsumfragen zeigten und sie konnte daher möglicherweise auf die Kritik aus der Gesellschaft reagieren. Das politische System der DDR war undemokratisch, da der Machtwechsel nicht durch Wahlen ermöglicht wurde, aber die

⁵²⁹ Vgl. Annette Schuhmann, Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb. Gesellschaftliche Erziehungspraxis in der SBZ/DDR 1956 bis 1970, Köln/Weimar/Wien 2006.

Wege zur Äußerung der politischen Meinung blieben immer bestehen.

Die SED wollte die totale Kontrolle der Gesellschaft auch in der Freizeit verwirklichen, konnte diese Zielsetzung aber nicht erreichen, weswegen das Regime in diesem Bereich nicht totalitär agieren konnte. Da sich die DDR von den politischen Verhältnissen einer parlamentarischen Demokratie unterschied, wäre es der SED aber auch möglich gewesen, die gesellschaftliche Stimme zu ignorieren. Dennoch verschloss sich die SED in den sechziger und siebziger Jahren niemals beiden Möglichkeiten. Dieses Bild kann nicht auf alle sozialistischen Staaten angewendet werden. Die DDR stabilisierte sich in den sechziger und siebziger Jahren oberflächlich, dennoch stand die „geschickte Resonanzgesellschaft“ im Alltagsleben in der Tat, besonders im Bereich der Freizeit, ständig in heftigen taktischen Verhandlungen und Konkurrenz mit dem „furchtsamen Regime“.

7.2 Möglichkeiten zukünftiger vergleichender Geschichtsforschung über die Freizeit

Die Ergebnisse der Forschung über die Freizeit der DDR, die die vorliegende Arbeit darstellt, enthält eine breite Perspektive für die zeitgeschichtlichen Forschungen und die Politikwissenschaft. Die vorliegende Arbeit beschreibt in der Einleitung, dass die Entwicklung der Freizeit eine starke moderne und zeitgeschichtliche Prägung besitzt. Daher muss die Entwicklungsgeschichte der Freizeit weiterhin ausgiebig erforscht werden. In der Tat stellt die bisherige Forschung einschließlich der deutschen Zeitgeschichtsforschung verschiedene Forschung vor. Am umfassendsten stellt die Studie von Corbin die Entwicklung der Freizeit seit der Moderne und die Entfaltung der arbeitsfreien Zeit, dar, in der sich hauptsächlich die Popularisierung und die Kommerzialisierung der Freizeitaktivitäten befinden.⁵³⁰ In der deutschen Zeitgeschichtsforschung behandelt die Forschung von Schildt und von Saitô den Zeitraum des „Wirtschaftswunders“ der BRD in den fünfziger Jahren.⁵³¹ Huck und Mühlberg untersuchen die früheren Zeiten.⁵³²

Dabei bildet die Entwicklung der Freizeit kein einzelnes Problem im kulturellen, wirtschaftlichen, oder gesellschaftlichen Aspekt, sondern verbindet sich mit der Politik oder dem politischen Regime. Die vorliegende Arbeit erklärte bereits diese enge Beziehung mit

⁵³⁰ Vgl. Alain Corbin, *L'avènement des loisirs (1850-1960)*, Paris 1995.

⁵³¹ Vgl. Axel Schildt, *Modernen Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995; Saitô, a. a. O.

⁵³² Vgl. Gerhard Huck, *Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland*, Wuppertal 1990; Dietrich Mühlberg, *Arbeiterleben um 1900*, Berlin (Ost) 1983.

einem Beispiel der Freizeitszene der DDR. Welches Bild kann von der Freizeit in anderen sozialistischen Regime, wie der Sowjetunion, in der Zeit des Nationalsozialismus oder des Faschismus und im Kapitalismus unterschiedlicher zeitlicher und geografischer Bedingungen auf?⁵³³ Die vorliegende Arbeit sieht in der grundsätzlichen Prägung des Freizeitverhaltens die Verwirklichung des individuellen Interesses. Es verbindet sich mit der Diskussion über das Verhältnis der Privatangelegenheiten mit der Öffentlichkeit, die bisher in der Politikwissenschaft mehrmals untersucht wurde.

Das deutsche Beispiel erfuhr alle drei obengenannten politischen Regime und zeigt den engen Zusammenhang zwischen Gesellschaft und politischen Regime. Daher benötigt der Forschungsbereich trotz der großen Anzahl an bisherigen Forschungen weitere Untersuchung. In Japan symbolisieren die Worte vom „Tod durch Überarbeitung“ (Karoshi) und „unbezahlten Überstunden“ (Service Zangyô) stark die Überlegungen der Arbeit im politischen Regime und in der Gesellschaft. Daher muss man notwendigerweise in Japan auch die Politikgeschichte der Freizeit und der Geschichte des Freizeitverhaltens betrachten. Hierin besteht die Bedeutung für die vergleichenden historischen Forschungen über die Freizeit.

⁵³³ Über die italienische Organisation der Freizeit in der faschistischen Zeit siehe, Victoria De Grazia, *The culture of consent. Mass Organization of leisure in fascist Italy*, Cambridge 1981.

8. Quellen

8.1 Archiv

Bundesarchiv (BArch)

Staatliche Plankommission,	DE 1
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik,	DE 2
Volkswirtschaftsrat der DDR,	DE 4
Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch.)	
Arbeitsprotokoll der Politbüro beim dem ZK der SED,	DY 30/ J IV 2/2A
Reinschrift der Politbüro beim dem ZK der SED,	DY 30/ J IV 2/2
Büro Gerhard Grüneberg,	DY 30/A 2/2.023/1 bis 291
Büro Werner Jarowinsky,	DY 30/A 2/2.032/1 bis 119
Büro Kurt Hager,	DY 30/IV/B 2/2.024/1 bis 140
Büro Erich Honecker,	DY 30/vorl. SED
Büro Günter Mittag,	DY 30/2047 bis 2620
Büro Walter Ulbricht,	DY 30/IV A 2/2.021/1 bis 930
Büro Paul Werner,	DY 30/2621 bis 3287
Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik,	DY 30/3288 bis 3754
Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel,	DY 30/IV A 2/6.11/1 bis 118
Abt. Kultur,	DY 30/vorl. SED
Abt. Sport,	DY 30/IV A 2/6.10/1 bis 353
Agitationskommission beim Politbüro des ZK der SED,	DY 30/IV A 2/9.06/1 bis 176
Nachlass Walter Ulbricht	DY 30/IV A 2/18/1 bis 45
	DY 30/IV 2/2.106/1 bis 21
Vorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes,	NY 4182/
Landesarchiv Greifswald (LAG), Bezirkstag und Rat des Bezirkes Rostock	
Protokollsammlung des Rats des Bezirkes Rostock,	DY 34
Protokoll des Bezirksrates Rostock,	Rep. 200. 2.3.1.
Abt. Allgemeine Landwirtschaft Produktion,	Rep. 200. 4.6.1.1.
Abt. Erholung und Bäderwesen,	Rep. 200. 8.3.2.
Archiv Hansestadt Rostock (AHR) Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt Rostock	
Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter	AHR, 2.1.1.

8.2 Zeitung

Norddeutsche Neueste Nachrichten,
Neue Zeit
Ostseezeitung
Tribüne

8.3 Gedruckte Quellen, Dokumentensammlungen, Reden und Schriften

Autorenkollektiv unter Leitung Gerhard Lippold: Das Zeitbudget der Bevölkerung, Berlin (Ost) 1971.

Autorenkollektiv unter Leitung von Peter Voß, Die Freizeit der Jugend, Berlin (Ost) 1981.

Befehl Nr. 56 Obersten Chefs der SMA vom 17. 2. 1946, in: Arbeit und Sozialfürsorge. Jahrbuch von 1945 bis 31. März 1947, Berlin 1947, S. 307-308.

Beilagen: Bemerkungen von Friedrich Engels zum Programm der Sozialistischen Föderation in Nordengland, in: MEW, Bd., 21, hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1979, S. 510-511.

Bischoff, Werner: Zur effektiven Zeitleben Belastung der privaten Haushalt in der DDR durch Hausarbeit, in: MIfM 6 (1967) 1, S. 5-9.

Bischoff, Werner: Zu einigen Problemen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Motortourismus in der DDR, in: MIfM 12 (1973) 1, S. 17-22.

Bischoff, Werner/Scholz, Horst: Zeitbilanzuntersuchungen als Methode der Marktforschung, in: MIfB 4 (1965) 3, S. 20-23.

Bischoff, Werner/Schmutzler, Olaf: Zum Umfang der Ferienreisetätigkeit der erwachsenen Bevölkerung der DDR, in: MIfM 7 (1968) 1, S. 31-37.

Buggel, Edelfried: Aus der Arbeit der Internationalen Sozialistischen Forschungsgemeinschaft „Aktive Ferienerholung“, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutschen Hochschule für Körperkultur 4 (1962) 2, S. 101-102.

Buggel, Edelfried: Sport und Touristik im Urlaubsverhalten Jugendlicher und Erwachsener. Verlauf und Ergebnisse einer konkret-soziologischen Untersuchung im Juli 1962 in Graal-Müritz (Ostsee), in: Theorie und Praxis der Körperkultur 12 (1963) 10, S. 360-371 und 700-708.

Buggel, Edelfried: Zur gegenwärtigen Situation und zu den Perspektiven der Freizeitforschung an Erwachsenen der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Körperkultur, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutsche Hochschule Körperkultur Leipzig 8 (1966) 3, S. 9-12.

Buggel, Edelfried: Über die Bedeutung des Sports für Freizeit und Urlaub, in: Wissenschaftliche Zeitschrift. Der Karl-Marx Universität Leipzig,

Mathematisch-Naturwissenschaftliche Reihe 12 (1963) 1, S. 63-67.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, Bd. XIV, Berlin (Ost) 1977.

Dlouhy, W.: Die künftige Entwicklung des Bedarfs nach gastronomischen Leistungen in der DDR, in: MIfM 15 (1976) 3, S. 23-26.

Donat, Peter: Der Bevölkerungsbedarf nach Leistungen des öffentlichen Gaststättenwesen in der DDR und seine langfristige Entwicklung, in: MIfM 16 (1977) 4, S. 5-10.

Dölling, Irene: Zu eigenen Aspekten des Zusammenhangs von Arbeitskultur, Freizeitkultur und Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus, in, MKF 22 (1987), S. 213-21.

Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), in: MEW, Bd. 20, hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin(Ost) 1972, S. 5-303.

Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau. 14. bis 16. November 1957, Berlin (Ost) 1957.

Feier- und Festgestaltung als Bestandteil sozialistischer Lebensweise. hrsg. von Institut für Weiterbildung des Ministerium für Kultur an der Kunsthochschule Berlin, 1981.

Freizeit und Kulturarbeit. Forschungen und Konzeption, MKF 19 (1986).

Freizeit als Lebensraum arbeitender Menschen im Sozialismus – ihr Platz in der Freizeitkultur des 20. Jahrhunderts, MKF 22 (1987).

Gemeinsame Beschuß des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und Ministerrates der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften sowie zu Fragen der Kuren, 7. 3. 1972, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, Bd. XIV, Berlin (Ost) 1977, S. 49-51.

Geschäftsbericht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1946, hrsg. von Vorstand des FDGB (Sowjetisch besetzte Zone), Berlin 1947.

Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, hrsg. von Bundesvorstand des FDGB, Berlin (Ost) 1982.

Gesetzblatt der DDR Teil I und II (GBI.).

Günther, Sigrid: Maler- und Tapezierarbeiten werden im Rahmen der Heimwerkerarbeit immer populärer, in: MIfM 19 (1980) 3, S. 28-30.

Hanke, Helmut (Hrsg.): Kultur und Freizeit. Zu Tendenzen und Erfordernissen eines kulturvollen Freizeitverhaltens, Berlin(Ost) 1971.

Hanke, Helmut: Freizeit in der DDR, Berlin(Ost) 1979.

Hanke, Helmut: Freizeit in der DDR. Tendenzen und Perspektiven, in: Freizeitkultur MKF, 22 (1987), S. 249-262.

Hanke, Helmut: Freizeit in der DDR – Tendenzen und Perspektiven, in: Weimarer Beiträge 35 (1987) 7, S. 1061-1077.

Hanke, Helmut/Mühlberg, Dietrich: Bestimmung des Kulturbegriffs, in: Zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterklasse. Theorie, Methodologie, Darstellung, MKF 2 (1978), S. 3-10.

Hanke, Helmut/Ziermann, Klaus: Unterhaltung und Geselligkeit als Bestandteil sozialistischer Lebensweise, 1979.

Hieck, Willy: Die Wechselwirkung zwischen Arbeitszeit und Freizeit und der Zusammenhang mit der allseitigen Entwicklung des Menschen im Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaft 9 (1961) 2, S. 272-297.

Honecker, Erich: Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin (Ost) 1971, S. 34-123.

Honecker, Erich: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 31-151.

Honecker, Erich: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1986, S. 31-101.

Hübner, Manfred: Zwischen Alkohol und Abstinenz. Trinksitten und Alkoholfrage im deutschen Proletariat bis 1914, Berlin (Ost) 1988.

Karl Marx-Friedrich Engels Werke, hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.

Keck, Alfred: Zum Forschungsprogramm des Arbeitskreises „Lebensstandard“, in: Wirtschaftswissenschaft 12 (1964) 6, S. 1020-1028.

Kleines Politisches Wörterbuch, Neuauflage 1988, Berlin (Ost) 1988.

Knötzsch, Petra: Nur Einheit von Arbeitserleichterung, Zeiteinsparung und Qualität, in: MIIfM 14 (1975) 2, S. 21-23.

Köppert, Willi: Die Aufgaben des Institut für Bedarfsforschung im Jahre 1965, in: MIIfB 4 (1965) 1, S. 1-4.

Krausse, Ursula: Gärten und Freizeit, in: MIIfM 14 (1975) 4, S. 25-29.

Kuczynski, Jürgen: Freizeit – Tendenzen und Perspektiven. Bemerkungen zu einem Artikel von Helmut Hanke, in: Weimarer Beiträge 33 (1987) 12, S. 2094-2096.

Kultur-Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1978.

Kühne, Lothar: Zum Begriff und zur Methode der Erforschung der Lebensweise, in: ders., Haus

und Landschaft, Dresden 1985.

Lamberz, Werner: Partei und Massen, in: Einheit 27 (1972) 7, S. 846-855.

Lenin, Wladimir Iljitsch Staat und Revolution, in: W. I. Lenin Werke, Bd. 25, hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin (Ost) 1972 S. 393-507.

Liebermann, Plan, Gewinn, Prämie, in: die Wirtschaft Nr. 39 von 26. 9. 1962, S. 15.

Marx, Karl: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrads zu den einzelnen Fragen, in: MEW, Bd. 16, hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1962, S. 190-199.

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1962.

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25. hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1964.

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1983, S. 47-768.

Materialien des IX. Kulturtheoretischen Kolloquiums „Kulturgeschichtliche Probleme proletarischer Lebensweise“ am 26. und 27. November 1980 an der Humboldt-Universität zu Berlin, MKF 9 (1981).

Matterne, Esther: Familiencamping – ein wesentlicher Faktor bei der weiteren Entwicklung des Campingwesens in der DDR, in: MIfM 10 (1971) 2, S. 18-21.

Merker, Joachim: Zu einigen Grundtendenzen in der langfristigen Entwicklung der Freizeitgestaltung während des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, in: MIfB 2 (1963) 1, S. 1-14 und 31-48.

Merker, Joachim: Die langfristige Entwicklung des Bevölkerungsbedarfs nach Konsumgütern, die der Freizeitgestaltung dienen, und die Problematik ihrer quantitativen Bestimmung mittels rationeller Verbrauchsnormen, in: MIfB 3 (1964) 3, S. 1-16.

Mittag, Günter, Ideologische und ökonomische Probleme bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbs, in: Einheit 19 (1964) 9/10, S. 57-70.

Mühlberg, Dietrich: Freizeit und Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus, Ohne Datum.

Mühlberg, Dietrich: Proletarisches Freizeitverhalten und seine öffentlichen Einrichtung im Deutschland der Jahrhundertwende, in: MKF 9 (1981), S. 123-152.

Ostdeutsche Kulturgeschichte, MKF 33 (1993).

Petzoldt, Gerlinde: Erforschung der Freizeit durch Ökonomen und Sportwissenschaftler der DDR in den sechziger Jahren. Kommentierte Bibliographie, in: Freizeit und Kulturarbeit, MKF 19 (1986), S. 5-55.

Petzoldt, Gerlinde, Erforschung des Freizeitverhaltens in der DDR und der Sowjetunion. Drei Studien, MKF 25 (1988).

Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 2, Berlin (Ost) 1976, S. 209-266.

Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1959.

Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1963.

Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1967.

Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin (Ost) 1971.

Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1976.

Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1986.

Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Beschuß des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Juli 1963, Die Anwendung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen. Beschuß des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Juni 1963, Berlin (Ost) 1963.

Roesler, Jörg: Vom Akkordlohn zum Leistungslohn. Zu den Traditionen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und zur Einführung des Leistungslohnes in der volkseigenen Wirtschaft der DDR 1948 bis 1950, in: ZfG (1984) H. 9. S. 779-795.

Röblitz, Günther: Jugendforschung, Freizeitbereich als Problemen und Aufgabe, in: Jugendforschung (1965) 4, S.1-3.

Röblitz, Günther: Führung des Freizeitleben der lernenden Jugend als pädagogische Aufgabe, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutsche Hochschule für Körper Kultur Leipzig 8 (1966) 3, S. 81-90.

Röblitz, Günther: Freizeitpädagogik in der DDR als Problem und Aufgabe, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftlicher Reihe 17 (1968)1, S. 19-26.

Schmutzler, Jutta: Zu einigen Aspekten der Heimwerkertätigkeit in der DDR, in: MIfM 16 (1976) 1 S. 29-31.

Skell, Wolfgang: Freizeitforschung aus Sicht der Psychologen, Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Mathematik-naturwissenschaftliche Reihe 12 (1963) 1, S.

9-18.

Spieler, Klaus: Bürgerliche Freizeitpädagogik in der BRD. Kommentar und Auswahlbibliographie, in: Freizeit und Kulturarbeit Forschungen und Konzeptionen, MKF 19 (1986), S. 57-92.

Steinhaußen Ursula/Faulseit, Dieter/Bonk, Jürgen (Hrsg.): Handbuch für schreibende Arbeiter, Berlin (Ost) 1969.

Stompler, Wolfgang: Zur Urlaubsreisetätigkeit der DDR-Bevölkerung, in: MIIfM 13 (1974) 1, S. 19-22.

Tourismus, MKF 24 (1988).

Ulbricht, Walter: Das Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Berlin (Ost) 1963.

Ulbricht, Walter: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, in: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1., Berlin (Ost) 1963, S. 28-251.

Ulbricht, Walter: Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin (Ost) 1966.

Ulbricht, Walter: Die Volle Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus gewährleisten, in: Ulbricht, Walter: Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin (Ost): 1966, S. 17-25.

Ulbricht, Walter: Kampf um Höchstniveau erfordert straffe komplexe Führung, wissenschaftliche Planung sowie die volle Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in der Volkswirtschaft, in: Ulbricht, Walter: Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin (Ost) 1966, S. 26-45.

Ulbricht, Walter: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1967, S. 25-287.

Ulbricht, Walter: Die weitere Gestaltung des gesellschaftlichen System des Sozialismus, Beschlüsse, Berlin (Ost): 1968.

Weichsel, Ruth, : Individuell geschneiderte Oberkleidung – Luxus, Hobby oder „Notlösung“, in: MIIfM 16 (1976) 1, S. 13-16.

Winkler, Gunnar (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik der DDR. 1945-1985, Berlin (Ost) 1989.

W.I. Lenin Werke, hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.

Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1977.

Zur historischen Ausbildung sozialistischer Freizeitkultur. Thesen 1986. Teil II: Zeit im

Sozialismus und sozialistische Freizeitkultur, in: MKF 22 (1987), S. 181-186.

Zu theoretischen und methodologischen Fragen der Kulturgeschichtsschreibung Referat (1),
MKF 2 (1978).

9. Literatur

Adachi, Yoshihiro: „Bodenreform und Kollektivierung in den Dörfern der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Land Mecklenburg-Vorpommern 1945-1961, in: Geschichte und Wirtschaft Bd. 188 (2005), S. 50-66 (auf Japanisch).

Adachi, Yoshihiro: Das Problem der Vertriebenen in den ostdeutschen Dörfern und der „Sozialismus“ nach dem zweiten Weltkrieg: Bodenreform und Kollektivierung als Siedlungsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Agrargeschichtsforschung , Bd. 43 (2009), S. 28-38 (auf Japanisch).

Agde, Günter (Hrsg.) Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991.

Alheit, Peter/Haack, Hanna: Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptunwerft, Berlin 2004.

Austermühle, Theobald: Der DDR-Sport im Lichte der Totalitarismus-Theorien, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 11 (1997) 1, S. 28-51.

Autorenkollektiv Frankfurt, Probleme sozialistischer Kulturpolitik am Beispiel DDR, Frankfurt (Main) 1974.

Badstübner, Evemarie (Hrsg.), Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000.

Barck, Simone/Langermann, Martina/Lokatis, Siegfried: „Jede Buch ein Abenteuer“.
Zensur-System und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis zur Gegenwart, Berlin 1997.

Bauerkämper, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005.

Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

Bleek, Wilhelm: Kleingärtner, Kleintierzüchter und Imker. Eine exemplarische Nische in der DDR und deren Zukunft, in: Voigt, Dieter/Mertens, Lothar (Hrsg.): Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR, Berlin 1992, S. 67-100.

Bouvier, Beatrix : Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002.

Boyer, Christoph/Skyba, Peter: Sozial- und Konsumpolitik als Stabilisierungsstrategie. Zur Genese der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der DDR, in: DA 32 (1999) 4, S 577-590.

Brunner, Detlev: Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis die frühen 1950er Jahre, Essen 2002.

Buggel, Edelfrid: Wurde Volkssport in der DDR vernachlässigt?, in: Beiträge zur Sportgeschichte H 14 (2002), S. 40-44.

Ciesla, Burghard: Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischwarenkonsum in der DDR, in: Lindenberger, Thomas (Hrsg.)

Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 205-233.

Corbin, Alain: L'avévement des loisirs (1850-1960), Paris 1995.

Dietrich Gelde: Ablenkung vom Klassenkampf oder Produktivkraft Vergnügen. Positionen zur Unterhaltung in der DDR, Häußer, Ulrike/Merkel, Marcus (Hrsg.): Vergnügen in der DDR, Berlin 2009, S. 231-252.

Dietrich, Isolde: 'Ne Laube, 'n Zaun und 'n Beet Kleingärten und Kleingärtner in der DDR, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.), Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S. 374-414.

Dietrich, Isolde: Hammer Zirkel Gartenzaun, Die Politik der SED gegenüber den Kleingärttern, Berlin 2003.

Dietrich, Isolde: Laubenpiepervergnügen, in: Häußer, Ulrike/Merkel Marcus (Hrsg.): Vergnügen in der DDR, Berlin 2009, S.361-372.

Edelman, Robert: A small way of saying "No": Moscow working men, Spartak soccer, and the communist Party, 1900-1945, in: American Historical Review, Vol 107 (2002) 5, S. 1441-1474.

Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mühlert, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003.

Feinstein, Joshua: The Triumph of the Ordinary. Depictions of Daily Life in the East German Cinema, 1949-1989, Chapel Hill 2001.

Fuhrmann, Gunhild: Ferienscheck und Balaton. Urlaub und Tourismus in den 1960ern, in: MKF (1993) 33, S. 273-301.

Fulbrook, Mary: Anatomy of Dictatorship, Oxford/New York 1995.

Fulbrook, Mary: The People's State. East German Society from Hitler to Honecker, New Haven/London 2005.

Fulbrook, Mary (Hrsg.): Power and Society in the GDR, 1961-1979. The "Normalisation of rule"? , New York/Oxford 2009.

Gaus, Günter: Wo liegt Deutschland? Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983.

Gill, Ulrich: FDGB. Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zu ihrer Auflösung 1990, Köln 1991.

Görlich, Christopher: Urlaub vom Staat. Zur Geschichte des Tourismus in der DDR, in: Potsdamer Bulletin 38/39 (2006/2007), S. 64-68.

Görlich, Christopher: „Die Deutschen werden reisen wie noch nie...“. Tourismus in Ost- und Westdeutschland nach 1945, DA 41 (2008) 3, S. 488-492.

De Grazia, Victoria: The culture of consent. Mass Organization of leisure in fascist Italy, Cambridge 1981.

Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuafl., Frankfurt (Main) 1990.

Haendcke-Hoppe, Maria: Das Gaststättenwesen in der DDR, Berlin (West) 1979.

Hankiss, Elemér, The “Second Society”. Is There an Alternative Social Model Emerging in Contemporary Hungary?, in: Social Research, Spring/Summer 1988, S. 13-42.

Hanson, Stephen. E.: Time and Revolution: Marxism and Design of Soviet Institutions, Chapel Hill 1997.

Häußer, Ulrike/Merkel Marcus (Hrsg.): Vergnügen in der DDR, Berlin 2009.

Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hrsg.): Die SED: Geschichte, Organisation, Politik, Ein Handbuch, Berlin 1997.

Heldmann, Philipp: Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks. Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre, Göttingen 2004.

Hinsching, Jochen: Der Bereich „Freizeit- und Erholungssport“ im „ausdifferenzierten“ Sport der DDR, in: Hinsching, Jochen (Hrsg.): Alltagssport in der DDR, Aachen 1998, S. 15-33.

Hinsching, Jochen (Hrsg.): Alltagssport in der DDR, Aachen 1998.

Hockerts, Hans Günter: (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004.

Hockerts, Hans Günter: Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: Kocka, Jürgen/Puhle, Hans-Jürgen/Tenfelde Klaus (Hrsg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München/New Providence/London/Paris 1994, S. 790-804.

Hofmann, Dirk: Sozialpolitik, in: Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hrsg.): Die SED: Geschichte, Organisation, Politik, Ein Handbuch, Berlin 1997. S. 345-363

Holzweißig, Gunter: Massenmedien in der DDR. 2., völlig überarb. Aufl., Berlin (West) 1989.

Hübner, Peter: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 1995.

Hübner, Peter/Danyel, Jürgen: Soziale Argumente im politischen Machtkampf. Prag, Warschau, Berlin 1968-1971, in: ZfG 50 (2002) 9, S. 804-832.

Huck, Gerhard: Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980.

Iggers, Georg G./Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (Hrsg.) Die

DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München 1998.

Irmscher, Gerlinde: Freizeitleben- Muße, Feierabend, Freizeit, in: Badstübner, Evamarie (Hrsg.), Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S. 350-373.

Irmscher, Gerlinde: „Arbeitsfrei mit Küßchen drauf“. Zeit und Leben in den Sechzigern, in: Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, hrsg. von Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln/Weimar/Wien, S. 37-47.

Irmscher, Gerlinde: Vergnügen an der frischen Luft. Camping in der DDR, in: Häußer, Ulrike/Merkel Marcus (Hrsg.): Vergnügen in der DDR, Berlin 2009, S. 373-384.

Izeki, Tadahisa: Das Erbe der Runden Tische in Ostdeutschland. Bürgerorientierte Foren in und nach der Wendezeit, Frankfurt (Main) 1999.

Jarausch, Konrad H./Siegrist, Hannes (Hrsg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt (Main) 1997.

Jarausch, Konrad H.: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der Fürsorgediktatur, in: APuZ 48 (1998) 20, S. 33-46.

Jesse, Eckhard: War die DDR totalitär?, in: APuZ 44 (1994) 40, S. 12-23.

Jessen, Ralph: die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: GG 21 (1995) 1, S. 100-110.

Jowitt, Ken: New World Disorder. The Leninist Extinction, Berkeley, 1992.

Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut: Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

Kaiser, Monika: 1972. Knockout für den Mittelstand, zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe, Berlin 1990.

Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.

Kaminsky, Annette: Warenproduktion und Bedürfnisse in Übereinstimmung bringen“. Markt- und Bedarfsforschung als Quelle der DDR-Sozialgeschichte, in: DA 31 (1998) 4, S. 579-593.

Kaminsky, Annette: Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001.

Katsch, Günter/B. Walz, Johann: Kleingärten und Kleingärtner im 19. und 20. Jahrhundert. Bilder und Dokumente, Leipzig 1996.

Kaschuba, Wolfgang/Merkel, Ina/Scholze-Irrlitz, Leonore/Scholze, Thomas: Forschungsbericht „Freizeitverhalten in der DDR und in den neuen Ländern: Geselligkeit, Fest- und Konsumkultur“, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. von Deutschen Bundestag, Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern, Bd. V, Baden-Baden Frankfurt (Main)

1999, S. 655-744.

Kawai, Nobuharu: Die Perspektive und die Entwicklung der DDR-Forschung in Großbritannien. Zur Bedeutung des Diskurses um Mary Fulbrook, in: Zeitschrift der Recht- und Politikwissenschaft Bd. 32 (2006), S. 33-44 (Auf Japanisch).

Klötzer, Sylvia: „Volldampf voraus?“ – Satire in der DDR. „Eulenspiegel“ und „Kabarett am Obelisk“ in den siebziger und achtziger Jahren, in: Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 267-310

Klötzer, Sylvia: Satire und Macht. Film, Zeitung, Kabarett in der DDR, Köln 2006.

Kleßmann, Christoph: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 254-270.

Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft in: Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547-553.

Kornai, János: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995.

Krebs, Hans-Dieter: Die politische Instrumentalisierung des Sports in der DDR, in: Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. von Deutschen Bundestag, Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, Baden-Baden/Frankfurt (Main) 1995, S. 1314-1369.

Kuba, Karlheinz: Der Feriendienst als soziales Dienstleistungsunternehmen des FDGB, Jahrbuch für Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2005/III (September), S. 64-79.

Larsen, Eric, Marxism-Leninism's Loss of Momentum. Conflict and Routinization in the East German State, 1961-1971, Dissertation, University of Washington, Department of Sociology 1994.

Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.

Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999.

Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen, in: Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999.

Lüdtke, Alf : Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993.

Ludz, Peter Christian: Parteielite in Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur, und Ideologie der

SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, 2.Aufl., Köln 1968.

Ludz, Peter Christian: Markt- und Bedarfsforschung in der DDR, in: DA 2 (1969) 5, S. 457-472.

Madarász, Jeannette Z., Working in East Germany, Normality in a Socialist Dictatorship, 1961 to 1979, Basingstoke 2006.

Maier, Charles S.: „Consigning the Twentieth Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era“, American Historical Review, 105 (2000), S. 807-831.

Maier, Charles S.: Two Sorts of Crisis? The “long” 1970s in the West and the East, in: Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): Koordinaten deutscher Geschichte in Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 49-62.

Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. von Deutschen Bundestag, Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, Baden-Baden/Frankfurt (Main) 1995.

Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. von Deutschen Bundestag, Bd. IV, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Baden-Baden/Frankfurt (Main) 1999.

Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. von Deutschen Bundestag, Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern, Bd. V, Baden-Baden/Frankfurt (Main) 1999.

McDougall, Alan: Youth Politics in East Germany: the Free German Youth movement 1946-1968, Oxford 2004.

McLellan, Josie: State Socialist Bodies. East German Nudism from ban to Boom, in: Journal of Modern History, 79 (2007), S. 48-79.

Meyer-Renschhausen, Elisabeth: Kleinlandwirtschaft in der Regionalpolitik. Selbsthilfe durch informelle Wirtschaft: Zur Rolle der Kleinlandwirtschaft in der Provinz, in: DA 38 (2005) 4, S. 607-612.

Mehringer, Hartmut (Hrsg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995.

Melis, Damian van: „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006.

Merkel, Ina: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999.

Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität

und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt (Main) 1992.

Michalk, Maria: Kulturpolitik und Rolle der mit Kultur befaßten Verbände und Organisationen in der SBZ/DDR, in: Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. von Deutschen Bundestag, Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, Baden-Baden/Frankfurt (Main) 1995, S. 1676-1701.

Micksch, Jürgen: Jugend und Freizeit in der DDR, Opladen 1972.

Moranda, Scott: The Dream of a Therapeutic Regime: Nature Tourism in the German Democratic Republic, 1945-1978, Dissertation: University of Wisconsin-Madison, 2005.

Mühlberg, Felix: Informelle Konfliktbewältigung. Zur Geschichte der Eingaben in der DDR, Dissertation Technische Universität Chemnitz, 1999.

Müller, Werner: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, S. 626-664.

Müller, Werner: Doppelte Zeitgeschichte. Periodisierungsprobleme der Geschichte von Bundesrepublik und DDR, in: DA 29 (1996) 4, S. 552-559.

Niemann, Heinz: Meinungsforschung in der DDR: die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993,

Niemann, Heinz: Hintern Zaun: Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an Politbüro der SED, Berlin 1995.

Opaschowski, Horst W.: Freizeit, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Neuauflage 1996, Bonn 1996, S. 330-339.

Pence, Katherine/Betts, Paul (Hrsg.), Socialist Modern. East German Everyday Culture and Politics, Ann Arbor 2007.

Petzoldt, Gerlinde: „Freie Zeit – was nun?“ Alltägliche Modernisierung in der Arbeitsgesellschaft DDR, in: MKF 33 (1993), S. 153-189.

Pirker, Theo: Der Plan als Befehl und Fiktion: Wirtschaftsführung in der DDR, Gespräche und Analysen, Opladen 1995.

Poutrus, Patrice G.: Lebensmittelkonsum, Versorgungskrisen und die Entscheidung für den „Goldbroiler“, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 391-421.

Poutrus, Patrice G.: Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2002.

Rauhut, Michael: Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964-bis 1972 – Politik und Alltag, Berlin 1996.

Rauhut, Michael: Die Entwicklung der Unterhaltungsmusik in der DDR (Rock, Jazz) und im Transformationsprozeß, in: Materialien der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. IV/2, hrsg. von Deutschen Bundestag, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Bd. IV, Baden-Baden/Frankfurt (Main) 1999, S. 1784-1814.

Richthofen, Esther von, Bringing Culture to the Masses. Control, Compromise and Participation in the GDR, New York/Oxford 2009.

Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963 und 1970 in der DDR, Berlin 1990

Roesler, Jörg: Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 144-170.

Roesler, Jörg: Das NÖS als Wirtschaftskonzept. Sichten, Tatsachen, Interpretationen, DA 31(1998) 3, S. 383-398.

Rohrberg, Klaus: Gedanken zu Buggels Überlegen, in: Beiträge zur Sportgeschichte H 14 (2002), S. 45-54.

Ross, Corey: Constructing Socialism at the Grass-Roots: The Transformation of the East Germany, 1945-1965, Basingstoke 2000.

Ross, Corey: The East German Dictatorship. Problems and Perspectives in the Interpretation of the GDR, London 2002.

Sache, Carola: Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939-1994, Göttingen 2002.

Saitô, Akira: Konsumleben und Frauen. eine Aspekte der deutschen Sozialgeschichte 1920-1970, Tokio 2007 (auf Japanisch).

Saldern, Adelheid von: Eine soziale Klasse ißt, trinkt und schläft nicht. Die Arbeitsgruppe „Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterklasse“, in: Iggers, Georg G./Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München 1998, S. 241-258.

Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995.

Schroeder, Klaus, unter Mitarbeit von Steffen Alisch: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949 bis 1990, München 1998.

Schröder, Karsten (Hrsg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahre 1990, Rostock 2003.

Schuhmann, Annette, Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb. Gesellschaftliche Erziehungspraxis in der SBZ/DDR 1956 bis 1970, Köln/Weimar/Wien 2006.

Schuhmann, Annette (Hrsg.): Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2008.

Shiokawa, Nobuaki: Der Sozialistische Staat und die Arbeiterklasse. Die Integration und Kontrolle der Arbeiter in den sowjetischen Betrieben, Tokio 1984 (auf Japanisch).

Shiokawa, Nobuaki: Der vergangene Sozialismus. Das Gesicht des Leviathans, Tokio 1999 (auf Japanisch).

Steiner, André: Politische Vorstellung und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer. Briefe Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow, in: Mehringer, Hartmut (Hrsg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 233-268.

Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül, 1999 Berlin.

Steiner, André: Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.

Steiner, André (Hrsg.): Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln/Weimar/Wien 2006.

Stitzel, Judd: Fashioning Socialism. Clothing, Politics, and Consumer Culture in East Germany, Oxford/ New York 2005.

Sywottek, Arnold: „Sozialismus“ und „Totalitarismus“ in der DDR-Geschichte, in: Deutsche Studien Bd. 30 (1993), S. 25-38.

Teichler, Hans Joachim (Hrsg.): Sport in der DDR, Eigensinn, Konflikte, Trends, 2003 Köln.

Tietze, Gerhard: Die Sozialpolitik – wichtiges Aufgabengebiet der Gewerkschaften, in: Manz, Günter/Sachse, Ekkehard/Winkler, Gunnar (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001, S. 83-98.

Tomita, Takeshi: Die Struktur der Stalinismus. Sowjetischen Politikbestimmung und Integration der Nation in den 1930er, Tokio 1996 (auf Japanisch).

Veblen, Thorstein: Theorie der feinen Leute, Frankfurt (Main) 1993.

Voigt, Dieter: Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Untersuchung, Köln 1975.

Voigt, Dieter/Mertens, Lothar (Hrsg.): Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR, Berlin 1992.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2000.

Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 1999.

Weber, Max: Die Typen der Herrschaft, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972. 5. Aufl., S.122-176.

Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Neuauflage 1996, Bonn 1996.

Wicke, Peter: Zur Kunst in der DDR. Die Entwicklung der Unterhaltungsmusik in der DDR (Rock, Jazz) und im Transformationsprozeß, in: Materialien der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. IV/2, hrsg. von Deutschen Bundestag, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Bd. IV, Baden-Baden/Frankfurt (Main) 1999, S. 1872-1895.

Wilton, Dan: The ‘Societalisation’ of the State. Sport for the Masses and Popular Music, in: Fulbrook, Mary (Hrsg.): Power and Society in the GDR, 1961-1979, the “Normalisation of rule”? , New York/Oxford 2009, S. 102-129.

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Bonn 1998.

Wolter, Heike: DDR-Bürger auf Reisen. Zwischen Privatsache und Staatsangelegenheit, in: Häußer, Ulrike/Merkel Marcus (Hrsg.): Vergnügen in der DDR, Berlin 2009, S. 425-443.

Wonneberger, Günter/Westphal, Helmuth/Oehmigen, Gerhard/Fiebelkorn, Joachim/Simon, Hans/Skorning Lothar: Geschichte des DDR-Sport, 2002.

Wunderwirtschaft DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, hrsg. von Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln/Weimar/Wien 1996.

Zimmermann, Wolfgang: Die industrielle Arbeitswelt der DDR unter dem Primat der sozialistischen Ideologie, Münster/Hamburg/London 2002.

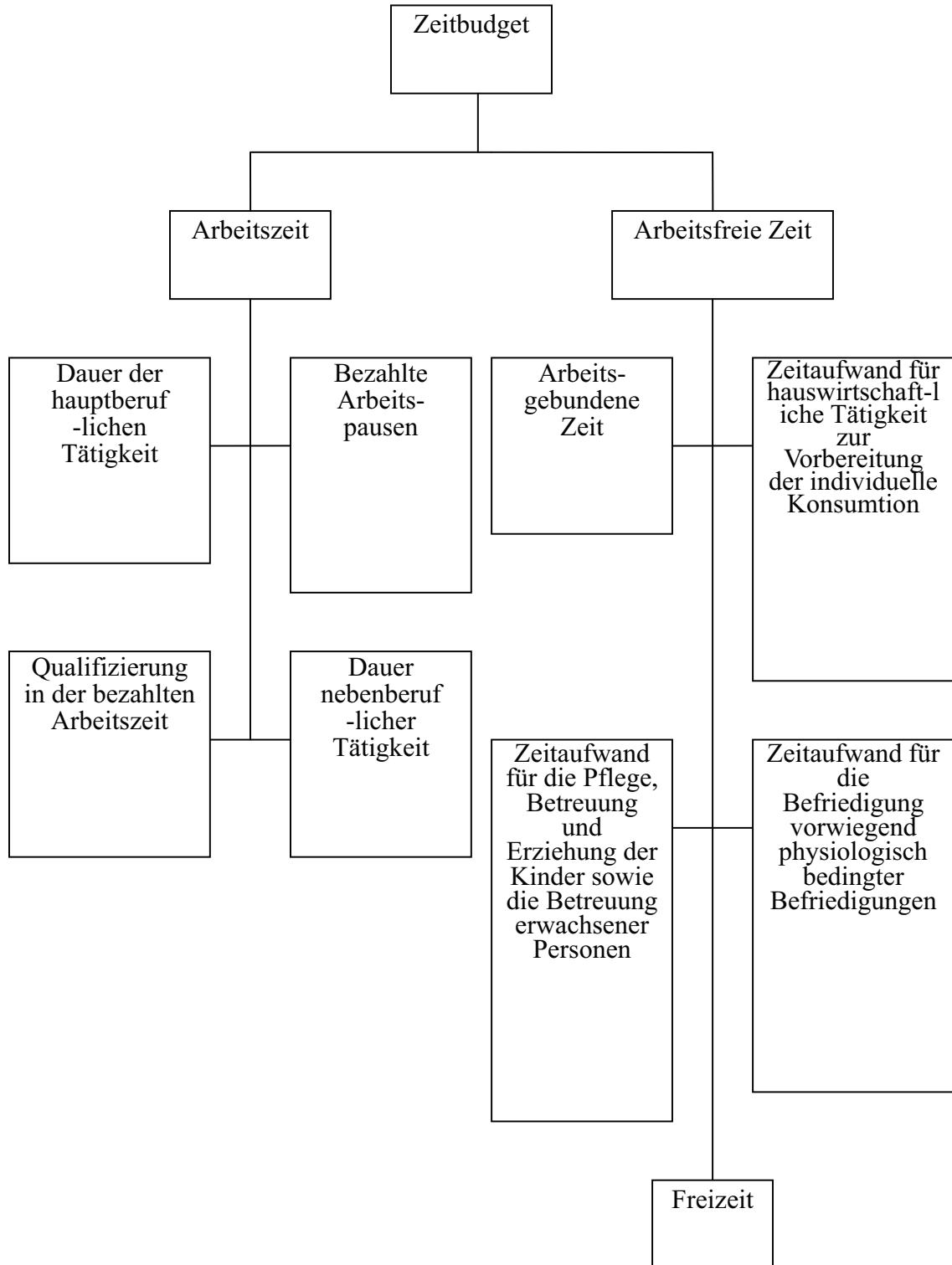
10. Anhang

10.1 Abkürzungsverzeichnis

APuZ:	Aus Politik und Zeitgeschichte
BGL:	Betriebsgewerkschaftsleitung
BRD:	Bundesrepublik Deutschland
CSSR:	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA:	Deutschland Archiv
DDR:	Deutsche Demokratische Republik
DHFk:	Deutsche Hochschule für Körperkultur (in Leipzig)
DTSB:	Deutscher Turn- und Sportbund
FDGB:	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ:	Freie Deutsche Jugend
FKK:	Freikörperkultur
GBl.	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik
GG:	Geschichte und Gesellschaft
KIM:	Kombinat Industrielle Mast
KPdSU:	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LPG:	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MEW:	Marx-Engels-Werkausgabe
MIfB:	Mitteilungen des Instituts für Bedarfsforschung
MIfM:	Mitteilungen des Instituts für Marktforschung
MKF:	Mitteilungen aus der Kulturwissenschaftlichen Forschung
NÖSPL:	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
ÖSS:	Ökonomisches System des Sozialismus
SBZ:	Sowjetische Besatzungszone
SED:	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SAPMO:	Stiftung Archiv der Partien und Massenorganisation der DDR (im Bundesarchiv)
SMAD:	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
UdSSR:	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UNESCO:	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinigten Nationen für Erziehung Wissenschaft und Kultur)
USA:	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
VEAB:	Volkseigener Erfassungs-und-Aufkaufbetrieb für landwirtschaftliche Erzeugnisse
VEB:	Volkseigener Betrieb
VKSK:	Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter
VR:	Volksrepublik
VVB:	Vereinigung Volkseigener Betriebe
WOGS:	Wirtschaftsvereinigung Obst, Gemüse und Speisekartoffeln
ZFG:	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK:	Zentralkomitee

10.2. Tabelle und Abbild

Tabelle. 1: Die Gliederung des Zeitbudgets der Bevölkerung



Aus: Autorenkollektiv unter Leitung Gerhard Lippold, Das Zeitbudget der Bevölkerung, Berlin (Ost) 1971, S. 42.

Tabelle 2: Die wöchentliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeit von Facharbeitern in elf Ländern (Herbst 1965)

Land bzw. Stadt	Arbeitszeit (Stunden)		arbeitsfreie Zeit (Stunden)	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
UdSSR (Pskow)	42,0	39,2	126,0	128,8
Polen (Torun)	47,6	42,7	121,3	125,3
DDR (insges.)	46,8	28,2	121,2	139,8
CSSR (Olomouc)	42,7	36,4	125,3	131,6
Ungarn (Györ)	51,1	43,4	116,9	124,6
Bulgarien (Kazanlik)	46,2	39,9	121,8	128,1
Jugoslawien (Kragujevac)	46,9	43,4	121,1	128,1
Frankreich (insges.)	43,4	37,1	124,6	130,9
Belgien (insges.)	46,2	36,4	121,8	131,6
Westdeutschland (insgs.)	42,0	25,9	126,0	142,1
USA (insges.)	41,3	28,7	126,7	139,3

Aus: Gerhard Lippold, Querschnittsanalyse von Zeitbudgets aus elf Ländern, Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie, S. 443.

Tabelle 3: Die Struktur der arbeitsfreien Zeit der Bevölkerung in elf Ländern (Herbst 1965) in Stunden pro Woche

Geschlecht/ Land bzw. Stadt	arbeitsfreie Zeit insges.	Davon entfielen auf		Befriedigung pys. Bedürfnisse	Freizeit
		Die arbeitsgebundene Zeit	Hausarbeit		
Männer					
UdSSR (Pskow)	124,6	9,8	15,4	65,1	34,3
Polen (Torun)	121,8	9,8	13,3	65,1	19,6
DDR (insgesamt)	120,0	6,0	13,9	63,0	37,1
CSSR (Olomouc)	127,4	6,3	17,5	70,0	33,6
Ungarn (Györ)	117,6	11,2	14,0	65,8	26,6
Bulgarien (Kazanlik)	121,1	11,9	16,1	68,7	24,5
Jugoslawien (Kragujevac)	122,5	9,8	12,6	67,2	32,9
Frenkreich (insgesamt)	122,5	7,0	14,0	74,9	26,6
Belgien (insgesamt)	120,4	7,0	7,7	72,8	32,9
Westdeutschland (insgesamt)	122,5	7,7	11,2	72,8	30,8
USA (insgesamt)	125,3	10,5	13,3	67,9	33,6
Frauen					
UdSSR (Pskow)	126,0	7,0	30,8	64,4	23,8
Polen (Torun)	142,1	4,9	42,7	67,9	26,6
DDR (insgesamt)	139,6	3,2	44,6	65,2	26,6
CSSR (Olomouc)	142,8	3,5	43,4	70,7	25,2
Ungarn (Györ)	140,0	5,6	46,9	67,9	19,6
Bulgarien (Kazanlik)	132,3	7,7	32,9	68,6	23,1
Jugoslawien (Kragujevac)	151,2	3,5	46,2	68,6	32,9

Frenkreich (insgesamt)	150,5	2,1	45,5	77,0	25,9
Belgien (insgesamt)	149,4	2,8	41,6	76,3	31,5
Westdeutschland (insgesamt)	154,7	1,4	45,5	76,3	31,5
USA (insgesamt)	152,6	2,8	43,4	70,7	35,7

Aus: Gerhard Lippold, Querschnittsanalyse von Zeitbudgets aus elf Ländern, Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie S. 445.

Tabelle 4 : Zeitaufwand für Hausarbeit im Durchschnitt aller Haushalte

Zeitraum	Zeitaufwand je Haushalt	
	Minuten	Stunden
Täglich	407	6,8
Wöchentlich	2849	47,5
Jährlich		2476,0

Tabelle 5: Durchschnittlicher täglicher Zeitaufwand für Hausarbeit nach Tätigkeitsgruppen im Durchschnitt aller Haushalte

Tätigkeitsgruppe	Durchschnittl. tägl. Zeitaufw. In Minuten	Anteil d. Tätigkeitsgr. In %
Speisezubereitung	133	32,6
Reinigung der Wohnung	104	25,5
Reinigung der Wäsche	68	16,7
Einkaufen	51	12,6
Sonstige Hausarbeiten	51	12,6
Hausarbeit gesamt	407	100.0

Aus: Werner Bischoff, Zur effektiven Zeitleben Belastung der privaten Haushalt in der DDR durch Hausarbeit, in: Mitteilung der Institut für Marktforschung (MIIfM), 6 (1967) 1, S. 6.

Tabelle 6: Gründe für die Wahl der Urlaubsform Camping (Anzahl der Nennungen je 100 Campingfamilien)

Grund	Nennungen je 100 Campingfamilien
1. Es ist keine Bindung an feste Essenzeiten bzw. Gaststätten erforderlich – der Tagesaulauf kann selbst gestaltet werden	70
2. Der Campingurlaub gestattet eine größere Naturverbundenheit und außerdem eine größere Ungezwungenheit gegenüber anderen Urlaubsformen	64
3. Die Zeitdauer der Urlaubsverbringung kann den Bedürfnissen besser angepasst werden – keine Bindung an einen bestimmten Termin wie z. B. bei FDGB und Reisebüro	51
4. Es ist von vornherein gesichert, daß Familien mit Kindern auch in der Schulferienzeit der Kinder den Urlaub gemeinsam verbringen können	46
5. Die Urlaubsgegend kann stärker vom Reisenden selbst bestimmt werden als bei anderen Urlaubsarten	37
6. Nach Anschaffung der Grundausstattung bringt der Campingurlaub finanzielle Vorteile mit sich, außerdem kann die Campingausrüstung bis auf wenige Artikel nach und nach angeschafft werden	35
7. Beim Reiseangebot des FDGB oder des Reisebüros (bzw. in Betriebsferienheimen u. ä.) gab es keine Möglichkeit, die den Wünschen in gleichem Maße entsprach	34
8. Für Familien mit Kleinkindern ist es, was die Zubereitung und Einnahme der Mahlzeiten betrifft, besonderes günstig	13
9. andere Gründe	3
Nennungen je 100 Camping-Gemeinschaften insgesamt	353

Aus: Esther Matterne, Familiencamping – ein wesentlicher Faktor bei der weiteren Entwicklung des Campingwesens in der DDR, in: MIfM, 10 (1971) 2, S. 20 f.

Tabelle 7: Einstellungen zum Schneidern als Freizeitbeschäftigung

Einstellung	Bezugsbasis	
	Alle befragt. Frauen	Frauen, die selbstgefert. Bekl. besitzen
Selbstschneidern ist beliebte Freizeitbeschäftigung	31 %	58 %
Selbstschneidern ist nützliche Angelegenheit, Freizeit wird bzw. würde nur ungern geopfert	28 %	29 %
Viel zu schade	19 %	4 %
Keine Meinung	22 %	9%

Aus: Ruth Weiuchsel, Individuell geschneiderte Oberkleidung – Luxus, Hobby oder „Notlösung“, in: MIfM 15 (1976) 1, S. 15.

Tabelle 8: Gründe für die Durchführung von Malerarbeiten durch Haushaltangehörige in den Jahren 1970 und 1974.

-Angaben in % -

Gründe	1970	1974
1. es ist billiger	70,5	63,5
2. keine Handwerker zu bekommen	36,1	42,7
3. zu lange Wartezeit	31,8	31,3
4. es ist einfacher	16,4	18,0
Summe 2.-4.	84,3	92,0
5. Freude	12,7	16,6
6. Hobby	8,4	12,4
7. Ausgleich zur Berufsarbeit	4,9	7,6
Summe 5.-7.	26,0	36,6
Durchschnittliche Zahl der genannten Gründe pro Haushalt	1,8	1,9

Aus: Jutta Schmutzler, Zu einigen Aspekten der Heimwerkertätigkeit in der DDR, in: MfM, 16 (1976) 1 S. 30.

Tabelle 9: Durchschnittliches monatliches Arbeitseinkommen der vollbeschäftigte n Arbeiter und Angestellte n nach Bestandteilen in der staatlichen Industrie 1960 bis 1973

a) Durchschnittliches monatliches Arbeitseinkommen der vollbeschäftigte n Arbeiter und Angestellte n nach Bestandteilen in der staatlichen Industrie in Mark														
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Lohn	527	547	560	566	582	598	611	625	644	662	689	705	733	745
Sonderzahlung	9	9	8	8	8	8	8	7	7	6	6	10	5	4
Prämien	21	21	23	25	28	35	34	31	41	48	54	62	68	78
Lohn/Sonderzuschläge/Prämie n	557	577	591	599	618	641	653	663	692	716	749	777	806	827
Übrige Einkommen (soziale Zuwendungen, Kinder- und Ehegattenzuschläge, Krankengeldzuschüsse)	14	14	12	15	15	15	16	17	18	20	21	22	20	20
Arbeitseinkommen gesamt	571	591	603	613	633	656	669	680	710	736	770	798	825	847
b) Struktur der Bestandteile des durchschnittlichen monatlichen Arbeitseinkommens der vollbeschäftigte n Arbeiter und Angestellte n in %														
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Lohn	92.3%	92.4%	92.9%	92.3%	91.9%	91.2%	91.3%	91.9%	90.7%	89.9%	89.5%	88.3%	88.8%	88.0%
Sonderzahlung	1.6%	1.5%	1.3%	1.3%	1.3%	1.2%	1.2%	1.0%	1.0%	0.8%	0.8%	1.3%	0.6%	0.5%
Prämien	3.7%	3.7%	3.8%	4.1%	4.4%	5.3%	5.1%	4.6%	5.8%	6.5%	7.0%	7.8%	8.2%	9.2%
Lohn/Sonderzuschläge/Prämie n	97.5%	97.6%	98.0%	97.7%	97.6%	97.7%	97.6%	97.5%	97.5%	97.3%	97.3%	97.4%	97.7%	97.6%
Übrige Einkommen (soziale Zuwendungen, Kinder- und Ehegattenzuschläge, Krankengeldzuschüsse)	2.5%	2.4%	2.0%	2.4%	2.4%	2.3%	2.4%	2.5%	2.5%	2.7%	2.7%	2.8%	2.4%	2.4%
Arbeitseinkommen gesamt	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%

Aus: Steiner, a. a. O. (Die DDR-Wirtschaftsreform), S. 573, Tab. A. 12.

Tabelle 10: Anzahl der Ferienheime

■ Anteil der Eigenheime ■ Insgesamt ◆ Eigenheime * Betriebserholungsheime ▲ Vertragshäuser

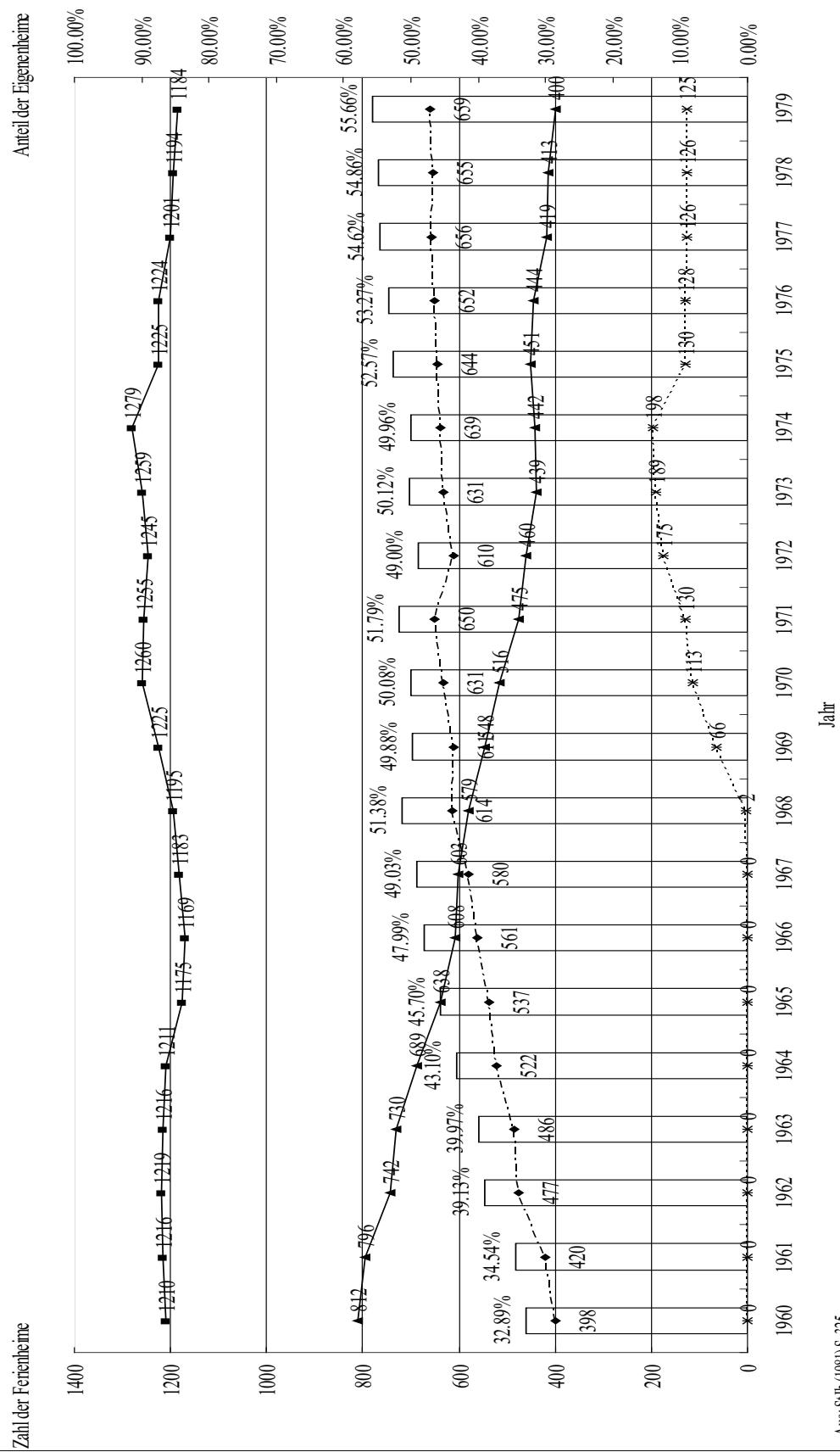
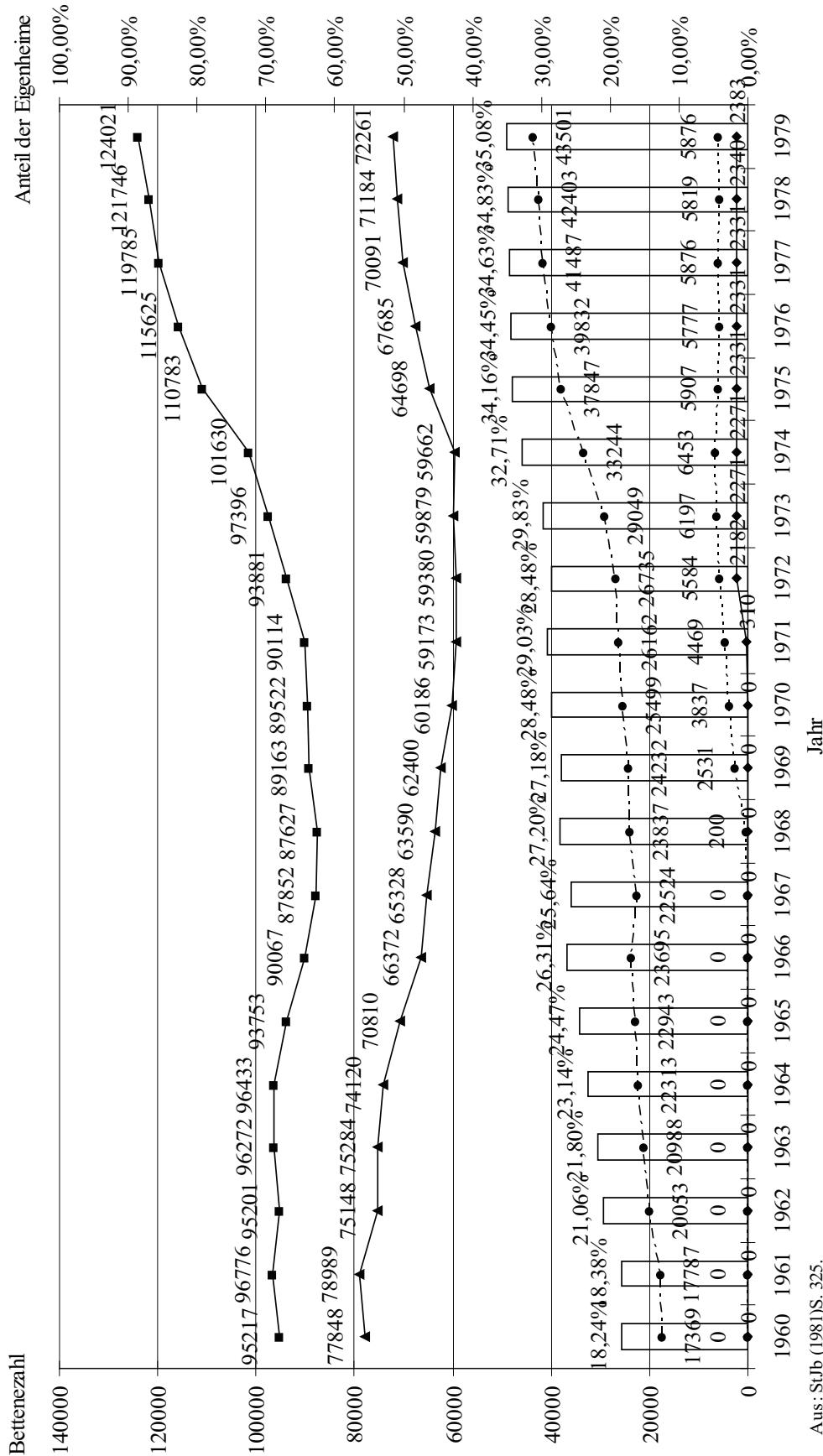
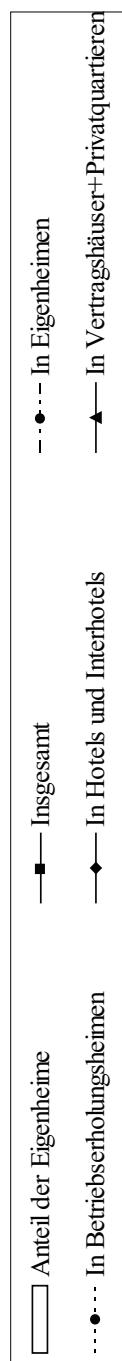
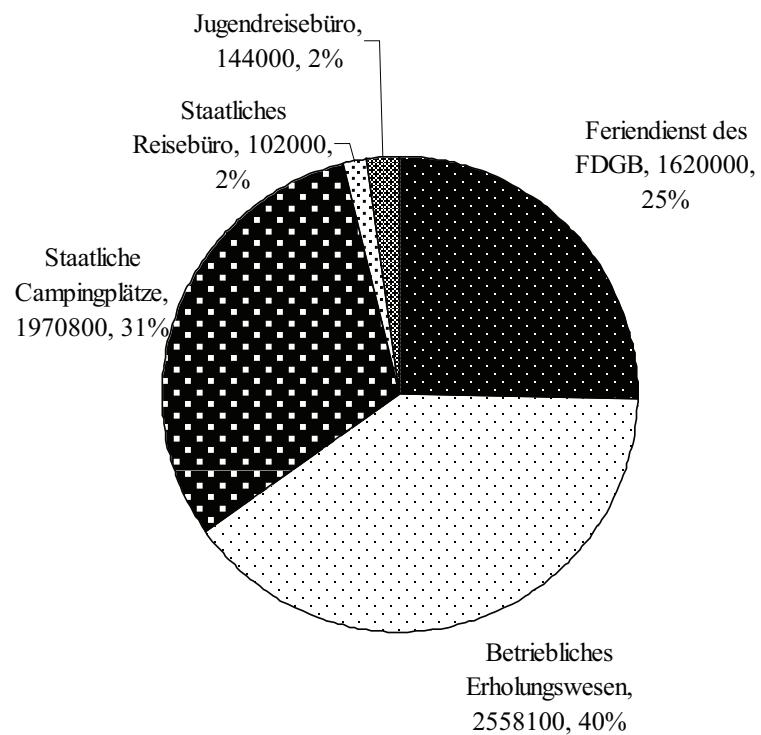


Tabelle 11: Bettenzahl der Ferienheime



Aus: StJb (1981)S. 325.

Tabelle 12: Verteilung der Urlauber in Jahr 1979



Aus: StJb (1980), S. 325 ff.

Abb. 1



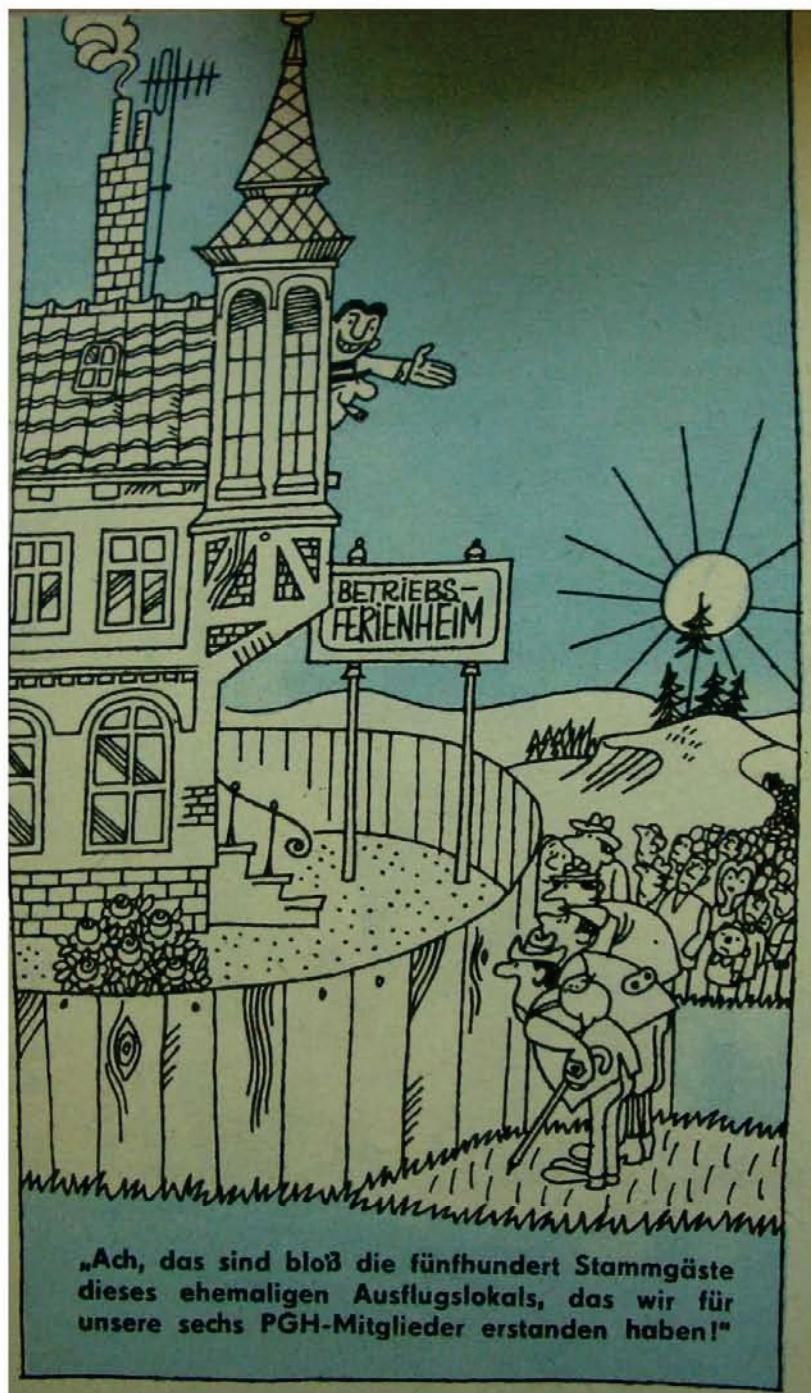
Aus: Eulenspiegel (1966), Nr. 2, S. 5

Abb. 2



Aus: Deutsche Demokratische Republik Handbuch, 1979, S. 437.

Abb. 3



„Ach, das sind bloß die fünfhundert Stammgäste
dieses ehemaligen Ausflugslokals, das wir für
unsere sechs PGH-Mitglieder erstanden haben!“

Aus: Eulenspiegel (1969), Nr. 2, S. 5

Abb. 4

Ostsee-Zeitung

ORGAN DER BEZIRKSLEITUNG ROSTOCK DER SOZIALISTISCHEN EINIGE PARTIE DEUTSCHLANDS

Verschiedenes

Arztehepaar

mit 3 Kindern sucht für 2-3 Wochen, Mitte Juni bis Ende August, Burgalow bzw. Unterstandsmöglichkeit an der Ostsee, in Strandnähe Altenbrüder, Wernigerode, Markt 3, bis 10.68 an die DEWAG-Werbung 25 Rostock.

Industriekaufmann

wünscht die Bekanntheit, mit charaktergestärkt, jüngster Heirat, bis 40 Jahre, spätestens 6/68 an die DEWAG-Werbung 25 Rostock.

Krippenplatz, Städte, gegen Nähe Bremer Str. zu tauschen gesucht, Angeb. unt. 6/68 an DEWAG 25 Rostock.

ROSTOCK-STADT

vom 26. 1. 1970

Suche für mich

und meine beiden kleinen Mädchen einen aufrichtigen, zuverlässigen Freund und Kameraden. Blin. Geschild., 38 J., 1.68 gr., dhl. Zuschr. erb. unter 6/68 an DEWAG-Werbung 25 Rostock.

Biete Wochenkrippenplatz (Geh-dorf) 2 bzw. 1 Jahr. Siche entsprechenden Tralesskrankenplatz, mögl. Nähe Heubekippenhof, Angeb. unt. 6/64 an DEWAG-Werbung 25 Rostock.

Suchen für unsere Tochter (10 Wo.) gute und liebevolle Tagessiege ab 1. Februar 1970, Bahnhofsnähe, bevorzugt Angeb. unt. 6/62 an die DEWAG 25 Rostock.

Junger Mann

35/1.70 sucht junge Frau von 16-18 Jahren, zweitälterer Heirat, Kreis Wismar oder Rostock, Zuschriften mit Bild (zurück) unter K 9628 an DEWAG Wismar.

Gesucht werden

für die Urlaubzeit vom 16. 8. bis 26. 8. 1970 2 weibliche Zimmer, Zuschriften an Rudolf Acht, 89 Görlitz, Bleßnitzer Straße 31.

Witwe, 45/1, 60

wünscht Bekanntschaft mit aufricht., charakterf. Herrn, zwecks harmonischer Zweihand. Moderner Wohnung, vorhanden. Zuschr. erb. unter 6/61, 4. un. 6/69 an DEWAG-Werbung 25 Rostock.

7. 8. 9.

3. Dreibettzimmer in der Zeit vom 1. Aug. bis 5. Sept. 1970 für drei Wochen in Strandnähe ges. Angebote an Bernd Dietrich, Döbeln, Grimmstraße 11.

Nivellergerät NI 660 zu verkaufen

Angebote unter 1.11 an die DEWAG 22 Greifswald.

Leherin, 34 J., 1.69

mit 11 Jähr. Sohn, wünscht aufz. Herrn, kennendein, Zuschr. u. 20 an DEWAG 22 Greifswald.

Suche für meine 3 Kinder

(15, 12 und 3 J.) liebvolle Mutter und für mich gute Ehepartnerin. Bin 35 J., Witwer, 1.68 gr., Wohnung vorhanden. Nur erinn. an die DEWAG 23 Stralsund.

... wenn

suche 3 Ferienplätze, privat, 2 bis 3 Wochen, in Strandnähe, Zusch. erb. am Heinz Preßpriech, 9/65 Schletttau, Talstr. Nr. 106.

Zimmer o. Bungalow

an der Ostsee für 4 Personen zwischen 1. Juli bis 15. August 1970, für 14 Tage bis 3 Wochen. Bei bester Vergütung, gesucht, Heinz Bernert, 8401 Hahnenfeld, Kreis Riesa.

Erdbeermasch., 100 Stück,

18 M. Küken- und Geflügelzaun aus 1-2 mm starker Wellenrohre, Rundmaschen 3 cm Ø, 60 cm hohe Rollen mit Spannselz, beliebigen Hochzäunen, lfd. in 2,40 M. gric. (z. B. 3×60 cm ist 1,80 m hoher Zaun). E. Dietrichstr. 18, Leipzig. Reichelstraße 31.

Gummischutz (ras)

10./15./20.-M.

Unauflöslicher Versand

speziell für die Nachfrage

H. KÄSTNER 805 Dresden

Seit 1899

7. 8. 9.

Suche Zimmer

für junges Ehepaar und 2 Kinder (4 und 6 Jahre ab, mögl. im Monat Juli 1970), Angebote unter D 468 an DEWAG 25 Rostock.

vom 29. 12. 1969



Ehepaar mit 5½ Jahr. Tochter sucht für Juni oder Juli 1970 1. 3. Woch. Zimmer an der Ostseeküste, Anseeb. an Frau Inge Kavert, 1422 Henningsdorf, Fentanesstr. 37.

BLITZ - POLITUR
Wange halb
und trittfest!

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass die Dissertation selbständig verfasst wurde und ausschließlich die angegebenen Hilfsmittel verwendet wurden.

Rostock, 3. September 2010

Nobuharu Kawai

Lebenslauf
Persönliche Angaben

Name: Kawai
Vorname: Nobuharu
Geburtsdatum: 21. März 1976
Geburtsort: Shizuoka, Japan
Familienstand: ledig
Staatangehörigkeit: Japan

Bildungsweg

Schulbildung

April 1982 – März 1988 Akasa Grundschule (Hamamatsu-shi, Shizuoka)
April 1988 – März 1991 Hamakita Hokubu Mittelschule (Hamamatsu-shi, Shizuoka)
April 1991 – März 1994 Hamana Oberschule (Hamamatsu-shi, Shizuoka)

Studium

April 1995 – März 1999 Seikei Universität (Tokyo)
B.A. :Abschluss am Seminar für Politikwissenschaft
Hauptfach: Politikwissenschaft
Zweitfach: Zeitgeschichte, Erziehungswissenschaft

April 1999 – März 2001 Seikei Universität (Tokyo)
M.A.: Abschluss am Seminar für Politikwissenschaft
Hauptfach: Politikwissenschaft
Zweitfach: Zeitgeschichte

April 2000-März 2001 in der Zeit Auslandsaufenthalt in Deutschland
am Institut für Politikwissenschaft der Universität Heidelberg als Austauschstudent

April 2001-März 2005 Seikei Universität (Tokyo)
Wissenschaftliche Hilfskraft (Teaching Assistant) am Seminar für
Politikwissenschaft

seit April 2005 Universität Rostock Philosophische Fakultät
Promovend am Historischen Institut

Zusammenfassung

Die „Freizeitpolitik“ der SED und das Freizeitverhalten der „gewöhnlichen Bevölkerung“ in der DDR : Die Konkurrenz eines „furchtsamen politischen Regimes“ mit einer „geschickten Resonanzgesellschaft“

Nobuharu Kawai

In der DDR-Forschung wird die Freizeit unter verschiedenen wissenschaftlichen Aspekten untersucht. Insbesondere diskutiert die Kulturgeschichte oft in der letzten Zeit die Freizeit. Sie behandelt konkret z.B. den Kleingarten, FKK und Reisen. Dennoch gibt es bisher nur wenige Forschungen, die ein allgemeines Bild der Freizeit in der DDR beschreiben. Die bisherigen Forschungen heben die Arbeit als wichtiges Feld für die DDR-Führung hervor. Daher blieb, aus dieser Forschungsperspektive, die Freizeit als deren Gegenstück noch weitestgehend unbeachtet.

Die vorliegende Arbeit gehört zur internationalen DDR-Forschung. In der deutschen DDR-Forschung wird manchmal der Diskurs über das politische Regime und über die Gesellschaft getrennt. Dagegen verbindet die internationale DDR-Forschung häufig, am deutlichsten in der anglo-amerikanischen Forschung sichtbar, in den letzten Jahren die beiden Aspekte bewusst gemeinsam und in ihrer Interaktion.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich erstens mit der Frage, ob und wie die so genannte „Freizeitpolitik“ entstand, obwohl diese von der SED selbst nicht systematisch angesprochen wurde und welche Position dann die „Freizeitpolitik“ in ihrer gesamten Politik besaß. Sie fragt zweitens, welches Problemsichten die SED besaß, in der Mangelwirtschaft die ausreichende Versorgung mit Freizeitgütern der Gesellschaft zu sichern. Abschließend untersucht sie die Gültigkeit des bisherigen Bildes von der SED und der Gesellschaft. Es soll geprüft werden, ob auch in der Freizeit der DDR, wie ein zentrales Theorem der „Totalitarismus-Theorie“ folgert, ein einseitiger Zu- und Eingriff des Regimes auf die Gesellschaft erfolgte. Die bisherigen Forschungen, sowohl die Forschungen über das Regime als auch die über die Gesellschaft, setzen die These der „Nischengesellschaft“ voraus. Die vorliegende Arbeit versucht als Kernthema die Frage zu beantworten, ob diese These auch auf die Freizeitszene der DDR anwendbar ist oder ob sich ein anderes Bild der Gesellschaft ergibt.

Der Werk von Marx und Engels betrachtet die Arbeit im Kapitalismus und in der kommunistischen Zukunft, aber sprach fast nie die Freizeit an. Daraus versuchte die SED gleichwohl eine offizielle Freizeitidee abzuleiten. Daher kam der Freizeitidee für die SED letztlich ein größerer Einfluss auf Arbeitsidee zu als es in den ideologischen Grundansichten vorgegeben war. Für die SED basierte das eigene Freizeitkonzept auf drei Voraussetzungen: 1. die qualitative Zunahme der Freizeit, 2. der Zuwachs der Produktivität als eine Bedingung der Freizeit und 3. die qualitative Inhalt der Freizeit.

Die offizielle Freizeitidee der SED basiert auf diesen marxistischen Voraussetzungen und sie verband sie mit der leninistischen Disziplin, in der die Partei die „Führungsrolle über die Massen“ ergriff. Die SED legitimierte damit die eigene Rolle in der Freizeitpolitik. Die Freizeit konnte nicht jedem Individuum selbst überlassen werden, daher versuchte sie unbedingt Einfluss auf die Freizeit zu gewinnen. Aus Sicht der SED war die Freizeit sowohl für das Individuum als auch für die gesamte Gesellschaft sinnvoll, um eine Orientierung beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu geben. Deswegen stellte sie die „sinnvolle Freizeitnutzung“ auf die Tagesordnung und förderte die „sozialistischen Persönlichkeit“. Die offizielle Freizeitidee verwies damit auf eine kollektive und einseitige Richtung von Mittel und Zweck zur Verwirklichung der Freizeit. Die individuelle Prägung, die in der Freizeit immanent ist, war aber in der Realität gleichzeitig nicht zu unterbinden. Der Widerspruch, ob die Kollektivität oder die Individualität in der offiziellen Freizeitidee mehr Gewicht besitzt, trat früh auf. Jedoch unterschätzte die SED den Antagonismus dieser Problematik.

In den sechziger Jahren erkannte die Soziologie ernsthaft den Bedarf zur Freizeitforschung in der DDR, da sich die Freizeitaktivitäten graduell in der Gesellschaft entfalteten. Sie versuchte, erstmals aufgrund der offiziellen „Linie“ die Möglichkeit einer „sinnvollen Nutzung“ der Freizeit zu ergründen, konnte aber nicht die Differenziertheit von persönlicher Individualität in der Gestaltung der Freizeit Zielsetzung ausblenden. Sie hatte auch schrittweise dem Zweifel am Kollektivismus-Paradigma in der offiziellen Freizeitidee Rechnung zu tragen. In den achtziger Jahren diskutierte die Kulturwissenschaft und -geschichte in der DDR auch die Freizeit. Sie schätzten die Individualität und die Vielfalt auch in den Zielsetzungen höher als die Kollektivität und die Einseitigkeit ein. Daher trat der grundsätzliche Widerspruch in der Freizeitidee am klarsten auf. Die Freizeit bildet „Stolperstein“ der SED auf.

Die SED versuchte in den fünfziger Jahren einfach durch die Arbeit und die Arbeitsidee die Gesellschaft der DDR umzuformen und gleichzeitig zu integrieren, da der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Normalisierung des alltäglichen Lebens aufgrund der Zerstörung direkt nach dem zweiten Weltkrieg Vorrang genoss. Freizeit war in den fünfziger Jahren kein Thema, sowohl in der SED als auch in der Gesellschaft: „So wie wir Werktätigen heute arbeiten, werden wir morgen leben.“ Dennoch wurde die Notwendigkeit von der Freizeitgestaltung in Zukunft schon in dieser Zeit programmiert: „So wie wir Werktätigen durch unserer Hände Arbeit die Voraussetzungen schaffen, wird unsere Regierung morgen mehr und bessere Waren verteilen und die Politik der Preissenkungen fortsetzen können.“

Der Aufbau der „Berliner Mauer“ bereitete indirekt die Freizeitpolitik und die Entwicklung der Freizeitaktivitäten vor. Die Mauer hinderte die Menschen physisch an der Flucht und zwang sie zur Integration in die DDR-Gesellschaft, aber sie veränderte auch gleichzeitig die Mentalität in der Bevölkerung, so dass eine Verbesserung der Lebensverhältnisse nur in der DDR als realisierbar erschien. Das bewirkte zugleich wachsende Bedürfnisse für den individuellen Wohlstand des Einzelner und in der gesamten Gesellschaft.

Das „NÖSPL“ unter Ulbricht strebte ein Prämiensystem auch für den individuellen Arbeiter an, um die gesamte wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen. Zielsetzungen und Methoden der Wirtschaftspolitik kehrten sich in den sechziger und siebziger Jahren um. Die SED öffnete präzise selbst in den sechziger Jahren den Weg, individuelle Interessen breiter zu verfolgen. Diese neue Grundströmung änderte sich auch in den siebziger Jahren nicht. Infolgedessen wollte und konnte die SED nicht mehr die Verfolgung des individuellen Interesses in der Bevölkerung unterbinden. Das bewirkte zugleich eine Kontinuität in der Freizeitpolitik der SED.

Die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit ermöglichte einen breiteren Raum für Freizeitaktivitäten. Sie bildete eine Grundlage für eine tatsächlich als „freie Zeit“ verfügbare Freizeit. Die gleichzeitige Erhöhung der Löhne und Gehälter führten zu mehr verfügbarem Geld für diese zusätzliche freie Zeit. Dennoch konnte die SED die Bevölkerung nicht gleichmäßig und ausreichend mit Konsum- und Dienstleistungsgütern versorgen. Der Konsum in der DDR war immer schwankend und – gemessen an den Bedürfnissen – unzureichend. Die Voraussetzungen der Freizeit in der DDR spiegeln daher nicht die Standards einer „wirtschaftlichen Entwicklungsstufentheorie“ wider.

Die Bedeutung der „Freizeitpolitik“ wuchs insgesamt auch für das Politbüros der SED nach dem Ende der sechziger Jahre an. Die Realisierungsebenen der „Freizeitpolitik“ unterschieden vom allgemein zu vermuteten Image, dass die SED die privaten Interessen umfassend zu unterdrücken versuchte. Die „Freizeitpolitik“ erhielt sichtbar deutlich die Prägung, individuell Interessen aufzunehmen, aber die SED versuchte, sie mit der offiziellen Gesellschaftspolitik zu verbinden. Dennoch misslang der SED, bedingt durch den wirtschaftlichen Zustand, der mit dem Begriff der „Mangelwirtschaft“ bezeichnet wurde, die Regulierung und die Einbindung der Freizeitpolitik. Eher zeigten sich die vielfältigen Widersprüche bei den privaten und öffentlichen Aspekten:

Erstens lag das Hauptaugenmerk der SED in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf den Industriearbeitern, die Freizeitpolitik aber verlangte langsam eine Veränderung dieses Modells. Die „Fünf-Tage-Arbeitswoche“ versuchte von Anfang an die Arbeitsbedingung in den wirtschaftlichen Bereichen zu verbessern, in denen viele Frauen beschäftigt waren.

Die Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche veränderte direkt das Freizeitverhalten, aber es erforderte zugleich die Korrektur des bisherigen politischen Modells, gegründet auf die Vorstellungen einer „Arbeitsgesellschaft“. Es eröffnete präzise den Weg der Entlassung der Interessenverfolgung für das einzelne Individuum. Gleichwohl führte die Verminderung der Arbeitszeit ironischerweise zu einer vielfältigen Mehrbelastung der Betriebe der Freizeitindustrie sowie ihrer Mitarbeiter, da dort ein ständiger Arbeitskräftemangel herrschte.

Zweitens sollte sogar die durch den Kalten Krieg entstandene Konkurrenz zwischen dem östlichen und westlichen Block ihre Schatten auf die Freizeitpolitik voraus werfen. Die Bevölkerung verglich nicht nur hier die verschiedenen Freizeitangebote mit den westdeutschen Freizeitmöglichkeiten, sie verstanden sich auch in Bezug auf das Freizeitverhalten nicht als DDR-Bürger/Innen, sondern als Deutsche. Dieses Verhalten kollidierte häufig mit den offiziellen Ansichten, in denen die SED versuchte, die DDR als „Leitbild“ in der sozialistischen Staatenwelt zu verankern. Die Bevölkerung operierte hier aber geschickt mit den Äußerungen, die die SED seit der Staatsgründung propagierte, in denen die DDR die alleinige Legitimität und den Anspruch auf die Anerkennung ihrer Selbständigkeit besaß. Die SED litt daher immer unter dem aus der Freizeitpolitik resultierenden Problem, da diese das Interesse der Bevölkerung am besten reflektierte und das Gespenst des gemeinsamen deutschen Bewusstseins offenbarte.

Drittens leitete die SED die Freizeitpolitik aus mehreren Abteilungen der Parteiführung, da sie dafür keine spezielle Abteilung einrichtete. Dennoch wurde die Freizeit aber nicht als sekundäres Interesse von der SED wahrgenommen. Jeder Politikbereich musste bei seinen Aufgaben mit der Freizeitpolitik zusammenarbeiten, die den individuellen „Genuss“ und die individuelle Wohlfahrt zu verwirklichen versuchte. Daher bestand für die „Freizeitpolitik“ beständig die Gefahr, dass sie sich, durch ihren eigenen Zweck, im inneren mit den Positionen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Widerspruch zu geraten. Das steigende Angebot der Freizeitmöglichkeiten brachte die außerordentliche Schwierigkeit, dass die SED neben den kommunistischen Gesellschaftszielen auch gleichzeitig die individuellen Bedürfnisse im Auge haben musste. Die SED selbst ging das Risiko ein, in eine Sackgasse zu geraten. Die SED erkannte die Vielfältigkeit der individuellen und familiären Interessen in der Freizeitpolitik und versuchte daher die eigene Politik an beiden Orten, Arbeitsplatz und Wohnort, durchzusetzen.

Viertens analysiert die vorliegende Arbeit unter dem Aspekt der Freizeitpolitik auch den Diskurs über das Regime der SED. Die SED konnte keine völlig willkürliche und den Bedürfnisse der Bevölkerung losgelöste Politik betreiben (wie sie es zum Beispiel vor dem 17. Juni 1953 getan hatte) und sie legte eher unter partieller Berücksichtigung der Kritik aus der Bevölkerung ihre Politik fest. Da das Regime diktatorisch war, musste die SED paradoxe Weise alle Probleme, die normalerweise in die individuelle Privatsphäre gehörten, einschließlich der Freizeit, als eigene Aufgabe annehmen und verstehen. Auch wenn sie aufgrund der materiellen Mängel die Bedürfnisse nicht ausreichend erfüllen konnte, musste sie für die Meinungen in der Bevölkerung dauerhaft sensibel sein. Aus dieser Sicht bezeichnet die vorliegende Arbeit das Regime der SED als „furchtsames“ Regime.

Mit dem Erholungsverhalten zeigt die vorliegende Arbeit präzise die Wirklichkeit der „Freizeitpolitik“ der SED und des Freizeitverhaltens der Bevölkerung. Dabei untersuchte sie die breiter die Beziehung zwischen dem „Feriendienst“ des FDGB den anderen sozialen Institutionen. Die Erholungspolitik der SED zielte ohne Zweifel auf die rationelle Verteilung der Erholungsheime und die Organisation der Erholungsreisen. Nach Ansicht der SED sollte der FDGB-Feriendienst deren „Hauptträger“ darstellen. Doch mangelte es zu Beginn der sechziger Jahre deutlich an Aufnahmekapazitäten der Erholungsheime, die der FDGB-Feriendienst selbst erhielt, um das Bedürfnis nach Erholungsreisen vollständig zu erfüllen. Die Vermietung freier Zimmer und Betten

von Privatpersonen und die Verteilung der Aufnahmekapazitäten der Betriebserholungsheime verringerten den Mangel an Plätzen in den Erholungsheimen des FDGB-Feriendienstes. Der Konflikt über die Verteilung der Kapazitäten der Erholungsheime entstand im Wesentlichen zwischen den beiden betroffenen Parteien – dem FDGB auf der einen und den Betrieben auf der anderen Seite. Vor diesem Hintergrund verfolgte die gewöhnliche Bevölkerung ihre Eigeninteressen. Sie passte sich den damaligen Umständen an. Einerseits nutzte sie die Möglichkeiten zu Erholungsreisen, die die jeweiligen sozialen Organisationen, denen sie selbst angehörten, anboten, anderseits versuchten sie durch persönliche Verbindungen und Kontakte andere Übernachtungsmöglichkeiten zu bekommen. Sie bemühten sich, das eigene Interesse bestmöglich zu verwirklichen.

Der FDGB-Feriendienst beruhte auf dem Gesetz über die Verantwortung für das Erholungswesen der Werktätigen. Trotzdem wurde von den Betrieben immer noch erwartet, einen Teil der Wohlfahrt der eigenen Beschäftigten zu tragen. Eigentlich waren beide für die privaten Interessen derselben Werktätigen verantwortlich. Trotzdem gründete sich der Konflikt zwischen beiden auf die unterschiedlichen Wege, mit denen beide ihre Aufgabe zu erfüllen versuchten. Logischerweise waren die Behauptungen beider, die der Betriebe und die des FDGB-Feriendienstes, über die Verteilung der Erholungsheime richtig, da sie beide das Interesse der Werktätigen verfolgten. Dennoch verstärkte das vielfache Auftreten derselben Interessen der gewöhnlichen Bevölkerung, durch die unterschiedlichen Wege, die Mangelwirtschaft. Dadurch verschärfte sich die Unzufriedenheit in der Gesellschaft. Auch wirkten sich die Unterscheidungen bei der Verteilung der Erholungsreisen nach den unterschiedlichen Industriezweigen und die daraus entstehenden Ungerechtigkeiten zusätzlich negativ auf die Bevölkerung aus. Daraus entwickelten sich die Zweifel am Wert der Gerechtigkeit. Hier wurde die Verfolgung der wirtschaftlichen Rationalität durch die Planung, die das sozialistische Regime forderte, geschädigt. Die SED konnte der doppelten Anforderung des Interesses der Gesamtgesellschaft nicht ausreichend entsprechen. Die Erholungspolitik zeigte zum Teil gründlich die „Planlosigkeit der Planwirtschaft“ und dass die „Planwirtschaft keiner ernsthaften Richtlinie für den Plan“ folgte.

Oberflächlich betrachtet verfolgte die Erholungspolitik der SED die Verwirklichung der Organisierung und der Kollektivität der Freizeit. Werden aber die verschiedenen Materialien zusammen überprüft, so versuchten sowohl die Betriebe als auch der FDGB die

Erholungseinrichtungen lediglich für die eigenen Beschäftigten bzw. die eigenen Mitglieder zu interpretieren. Die sozialen Institutionen förderten rechtlich das Interesse der Individuen und deren Familien. Die Massenorganisationen der SED, wie der FDGB, waren verantwortlich für die „Transmissionsriemen“. Sie wurden aber ebenfalls zu „unbewussten Interessensvertretung“ ihrer Mitglieder und der Bevölkerung.

Die verschiedene Berichte und die Eingaben reflektieren deutlich das politische Verhalten der gewöhnlichen Bevölkerung. Das zeigte sich auch in der Freikörperkultur, die die SED anfangs zu unterdrücken versuchte. Das Bild widerspricht deutlich der These der „Nischengesellschaft“, die die Trennung des privaten Lebens von dem öffentlichen Leben innerhalb der Gesellschaft der DDR unterstellt. Das Erholungswesen stellt am besten das private Element des menschlichen Lebens dar, dennoch wirkte die gewöhnliche Bevölkerung auch hier sehr aktiv auf der politischen Ebene auf das SED-Regime ein. Als Hintergrund kann natürlich nicht ignoriert werden, dass die SED die allgemeine Verantwortung für die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen trug. Das zwang die Bevölkerung dazu, politisch zu sein, um das eigene Interesse verwirklichen zu können. Aus diesem Verhalten der Bevölkerung ist jedoch nicht zu erkennen, dass sie einseitig vom SED-Regime unterdrückt wurde und infolgedessen die eigene politische Meinung in den sogenannten „Nischen“ versteckte. Es ist eher anzunehmen, dass Teile der gewöhnlichen Bevölkerung durch Einwirkungen unterschiedlicher Art klug die Richtung der SED beeinflusste. In der Gesellschaft der DDR wurde der private Raum, indem die Menschen sich frei von der Einwirkung des politischen Regimes aufhalten konnten und der öffentliche Raum, der hauptsächlich von dem Verhältnis zum politischen Regime bestimmt war, miteinander vermischt. Aus diesem Bild der Bevölkerung kann gewiss auf eine individualistische und eigennützige Gesellschaft geschlossen werden, da die gewöhnliche Bevölkerung anscheinend in der „Mangelwirtschaft“ eher das individuelle Interesse verfolgte. Dennoch zeigt ein Bericht über die Verteilung des Campingplatzes präzise die gegenseitige Hilfe in der DDR-Gesellschaft. Die enge Kooperation der Angehörigen der gesellschaftlichen Schichten entspricht ironischerweise der Idee vom Sozialismus, die sich in diesem Fall aber nicht durch Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, sondern durch den wirtschaftlichen Mangel, die Ungerechtigkeiten sowie den Misserfolg des SED-Regimes verwirklicht hatte.

Aus dem oben gezeigten Gesellschaftsbild taucht die Resonanz im horizontalen Verhältnis zwischen den Individuen innerhalb der Gesellschaft der DDR auf. Diese Resonanz zeigt die Einsicht, dass die

gewöhnliche Bevölkerung grundsätzlich das eigene Interesse verfolgte, sich aber gleichfalls gegenseitig Hilfe leistete, wenn sie ähnliche Interessen vertraten. Die Resonanz der Bevölkerung spiegelt sich ebenfalls im vertikalen Verhältnis zwischen dem politischen Regime und der Gesellschaft wider. So antwortete sie einerseits auf die Einwirkungen der SED, anderseits verdeutlichte sie, aufgrund des idealen Gesellschaftsbildes, das die SED betonte, immer ihre eigenen Interessen. Schließlich war das Verhalten der gewöhnlichen Bevölkerung auch von einer gewissen Geschicklichkeit geprägt, da sie es verstand, die einzelnen individuellen Interessen mit den Interessen anderer zu verbinden. Daher konnte die SED die gesellschaftliche Resonanz nicht einfach ignorieren. So nahm die Bevölkerung auch Einfluss auf das politische Regime. Unter diesen Auswirkungen bewegte sich die SED. Hier wird der Resonanzeffekt, den die Gesellschaft der DDR gegenüber dem politischen Regime besaß, deutlich. Die vorliegende Arbeit bezeichnet daher, aufgrund dieses Zustandes, die Gesellschaft der DDR als „geschickte Resonanzgesellschaft“.

Nach den bisherigen Forschungen konnte die Kleingartenaktivität a priori mit der These von der „Nischengesellschaft“ verbunden werden. Um die Mangelwirtschaft ein wenig zu ergänzen, förderte die SED seit den sechziger Jahren die Kleingärten, daher kann hier eine politische Beziehung zwischen der Politik und der Gesellschaft gefunden werden. Hier wird der Kleingarten auf der lokalen Ebene, am Beispiel der städtischen Kleingärten in der Stadt Rostock, betrachtet. Wenn auch der Bezirk Rostock eher zum landwirtschaftlichen Gebiet gehörte, so gibt es keinen Zweifel daran, dass nicht nur das Element der Freizeitaktivität von Bedeutung, sondern ebenso die Ergänzung der landwirtschaftlichen Produktion im Bezirk Rostock wichtig war.

Die SED hoffte damals, dass die Kleingärten die landwirtschaftliche Produktion ergänzten. Dies widersprach eigentlich der Idee der sozialistischen Landwirtschaft, dessen Kern die landwirtschaftlichen Großbetriebe und deren Mechanisierung und Industrialisierung bildeten. Auch wenn die Kleingärten nicht verschwanden, so sollten sie eigentlich einen puren Genuss in den Freizeitaktivitäten darstellen. Dennoch erwartete die SED seit den sechziger Jahren von den Kleingärten die Ergänzung der landwirtschaftlichen Produktion und beschleunigte daher weiter deren Ausbreitung. Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse hatten die Kleingartenanlagen in der sozialistischen Landwirtschaft nicht nur eine ergänzende, sondern schließlich sogar die Hauptrolle übernommen. Der Vertrag des VKSK mit dem WOGS zeigt deutlich, dass die Kleingärtner teilweise als Produzenten von Nahrungsmitteln in die Berechnungen

der Planwirtschaft mit einbezogen worden waren.

Dennoch förderten diese Zustände die Möglichkeit der Nebenbeschäftigung und somit eines zusätzlichen Einkommens. So beschleunigte die SED unbewusst die Schwarzarbeit in der Freizeit. Daher entwickelten sich große Unterschiede zwischen dem Idealbild der sozialistischen Freizeit und der Realität. Die Kleingärten unterstützten die Mangelwirtschaft der DDR, aber erodierten gleichfalls durch die Schwarzarbeit die Wurzeln der sozialistischen Wirtschaft. Die Kleingartenanlagen stellten ein ambivalentes Wesen in der Gesellschaft der DDR dar. Hier verschwammen die Grenzen zwischen Freizeit- und Produktionsaktivität. Daher kann hier nicht die Trennung des privaten von dem öffentlichen Leben bestätigt werden, von der die These der „Nischengesellschaft“ ausgeht. Die „geschickte Resonanzgesellschaft“, dessen These die vorliegende Arbeit vertritt, scheint aber nicht einheitlich in der Gesellschaft der DDR bestanden zu haben, wie der Konflikt der Futtermittelverteilung zeigt. So bestand auch die Möglichkeit, dass Konflikte innerhalb der Gesellschaft über das eigene Interesse entstanden. Wie durch die Verteilung der Sparten und der Futtermittel bestätigen werden kann, handelte die gewöhnliche Bevölkerung auch in der Freizeit sehr politisch.

Abschließend erwähnt die vorliegende Arbeit den Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Regime und die Bedingungen der politischen Integration in der DDR. Die Einflüsse des SED-Regimes auf die Gesellschaft bestanden immer auch im Bereich der Freizeit, der ursprünglich am weitesten von der politischen Integration entfernt war. Wahrscheinlich hatten die Aktivitäten der „Stasi“ in der Freizeitszene auch das typische Beispiel vom Totalitarismus bestätigt. Dennoch empfing die Gesellschaft der DDR nicht einseitig die Eingriffe der SED. Anders als die Nischengesellschaft, zeigt die „geschickte Resonanzgesellschaft“ auf, dass die Gesellschaft der DDR als politisches Subjekt die Vermittlungsmöglichkeiten, die das politische Regime schuf, aktiv nutzte, um das private Interesse von einigen gesellschaftlichen Mitgliedern am besten zu verwirklichen. Die SED suchte immer den gegenseitigen Kontakt mit der Gesellschaft, wie die Eingaben und die Meinungsumfragen zeigten und sie konnte daher möglicherweise auf die Kritik aus der Gesellschaft reagieren. Das politische System der DDR war undemokratisch, da der Machtwechsel nicht durch Wahlen ermöglicht wurde, aber die Wege zur Äußerung der politischen Meinung blieben immer bestehen.

Die SED wollte die Kontrolle der Gesellschaft auch in der Freizeit verwirklichen, konnte diese Zielsetzung aber nicht erreichen, weswegen das Regime in diesem Bereich nicht totalitär agieren konnte. Da sich die DDR von den politischen Verhältnissen einer parlamentarischen Demokratie unterschied, wäre es der SED aber auch möglich gewesen, die gesellschaftliche Stimme zu ignorieren. Dennoch verschloss sich die SED in den sechziger und siebziger Jahren niemals beiden Möglichkeiten. Dieses Bild kann nicht auf alle sozialistischen Staaten angewendet werden. Die DDR stabilisierte sich in den sechziger und siebziger Jahren oberflächlich, dennoch stand die „geschickte Resonanzgesellschaft“ im Alltagsleben in der Tat, besonders im Bereich der Freizeit, ständig in heftigen taktischen Verhandlungen und Konkurrenz mit dem „furchtsamen Regime“.

Danksagung

„Es gab zwei wirtschaftliche und soziale Systeme in der Welt. Eins zielte auf die persönliche Freiheit, das andere auf die Gleichberechtigung. Wie nennen wir diese zwei Systeme? Welche System gefällt es Ihnen?“ Diese Frage stellte mir in der Mittelschule, im Frühling 1989, der Lehrer für Landeskunde. Damals hatte diese Frage noch die reale Bedeutung. Die Antwort auf die erste Frage laut natürlich Kapitalismus und Sozialismus. Damals war der Sozialismus für mich noch eine unbekannte Welt. Im Herbst und Winter des Jahres brachen die Länder Osteuropas zusammen. Die Frage, warum der Sozialismus abstürzte, begann mich zu interessieren. Auch wenn die Ergebnisse meiner Arbeit nur vorläufig sind, konnte ich mit ihr hoffentlich eine Antwort vorlegen.

Bei meinem Dissertationsprojekt empfing ich von vielen Leuten Unterstützungen. Zunächst bedanke ich mich bei meinen drei Doktorvätern. In meiner Heimatuniversität, Seikei Universität (Tokyo), betreute mich Prof. Takeshi Tomita seit meinem Studium. Als Experte auf dem Gebiet der Sowjetforschung in Japan, vermittelte er mir eine allgemeine Kenntnis des Kommunismus. An der Universität Rostock hat Prof. Dr. Werner Müller meine Betreuung übernommen. Er unterstützte mich nicht nur wissenschaftlich, sondern half mir auch bei der Erlangung eines Stipendiums. Eine große Hilfe erfuhr ich auch von Prof. Akira Saitô (†), der an der Meiji Universität (Tokyo) lehrte. Obwohl er nicht mein eigentlicher Betreuer war, erlaubte er mir, an seinem Oberseminar teilzunehmen. Er hat mich Prof. Müller vorgestellt und mir eine Gutachten für meine Bewerbung um ein Stipendium geschrieben.

Als ich Prof. Saitô im Sommer 2005 ein vorletztes Mal in Rostock traf, erzählte er mir, dass es entscheidende Voraussetzungen gäbe, die darüber entschieden, ob ein Ausländer das Studium in Deutschland erfolgreich abschließe. Neben dem Kontakt mit dem Betreuer sei dies zum einen die Beziehung zu anderen Dozenten und Kollegen, die auf dem gleichen Forschungsgebiet arbeiten, zum anderen die zu den Fachreferenten und Bibliothekarinnen. Hier habe ich Glück gehabt. An der Universität Rostock waren viele Professoren und Dozenten immer hilfsbereit. Prof. Dr. Kersten Krüger übernahm das Zweitgutachten, Prof. Dr. Peter Burschel den Vorsitz der Promotionskommission. PD. Dr. Mario Niemann, Prof. Dr. Alexander Gallus und Dr. Fred Mrotzek gaben mir viele Anregungen. Das dritte Gutachten übernahm Prof. Dr. Michael Ruck (Universität Flensburg). Große Inspirationen und hilfreiche Ratschläge gaben mir, als junge DDR-Forscher, Gunnar Peters, Dr. Michael Heinz und Christopher Dietrich. In

verschiedenen Moment korrigierten Martin Buchsteiner, Antje Strahl und Catharina Trost mein leider nicht immer so gutes Deutsch. Besonders danken möchte ich auch Raik Dowedeit, der das Lektorat der Arbeit übernahm. Dr. Marcus Schröter (Universität Freiburg) gab mir als Fachreferent ausführliche Informationen zur Literatur. Für die Recherchen nutzte ich sehr häufig die Fachbibliothek DDR-Geschichte, die im ehemaligen Stasi-Gefängnis untergebracht ist. Hier kümmerten sich drei Bibliothekarin, Birgit Mau, Petra Hadaschik und Marion Grödel bestens um mich und waren im Alltag meine Gesprächspartner. Bei dem Besuch der Archiv haben Sieglinde Hartmann (Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde), Kirsten Schäffner (Landesarchiv Greifswald), und Carmen Strobel (Hansastadt Archiv Rostock) geholfen, mich in die Bestände einzufinden.

Prof. Mitsuo Miyamoto, Prof. Megumi Magami, Prof. Seiji Endô, Prof. Dr. Fumiko Nishizaki, Prof. Dr. Takashi Katô, Prof. Dr. Yôichi Kamejima (alle Seikei Universität) und Prof. Tarô Takiguchi (Frauen Universität Tokyo) vermittelten mir Grundkenntnisse der deutschen Sprache, der Zeitgeschichte und Politikwissenschaft. Unterstützung fand ich auch bei vielen anderen japanischen Wissenschaftlern, die zur deutschen Zeitgeschichte forschen. Besonders seien Prof. Dr. Haruhiko Hoshino (Universität Fukuoka), Dr. Yoshie Mitobe (Meiji Universität), Dr. Masahiro Harada (Erziehungsuniversität Naruto), Dr. Atsushi Kitamura (Universität Kyûshû) erwähnt. Darüber hinaus danke ich Dr. Kô Hiraishi (Seikei Universität), Dr. Shingo Eguchi (Präfekturuniversität Shimane), Kôsuke Tsuru (Seikei Universität), Dr. Shinya Sasaoka (Meiji Universität) und Dr. Setsuya Fukuda (Max Planck Institute für demografische Forschung) für ihre große wissenschaftliche und persönliche Unterstützungen.

Das Promotionsprojekt wurde durch die Asahi Glas AG Stipendiumstiftung und die Landesgraduiertenförderung Mecklenburg-Vorpommern gefördert. Ihnen danke ich dafür, dass ich mich auf meine Untersuchung konzentrieren konnte.

Als letztes, aber nicht zuletzt möchte ich mich meinen Eltern, Fusako und Takashi Kawai, danken.

Rostock, Februar 2011

Nobuharu Kawai